D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 45
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

6. November 1981
Preis 1 DM

Jetzt erst recht! Keine Startbahn West!

Von Anette Mönich, Frankfurt

Ob die hessische Landesregierung damit gerechnet hat, mit rascher Räumung und beispielloser Brutalität eine Demoralisierung der Bewegung gegen den Bau der Startbahn West zu erreichen, ob sie im Niederknüppeln des Widerstands die einzige Möglichkeit sieht, das Projekt überhaupt noch durchzukriegen – sie hat sich auf jeden Fall verrechnet. Die Räumung des Hüttendorfes, die Knüppelorgien der Sonderkommandos, die Riesenaufgebote der Polizei haben wie ein Signal zum Aufstehen gegen die Regierung und ihre Politik gewirkt.

Nicht nur am Tag der Räumung wurde demonstriert, die Kundgebungen und Demonstrationen im ganzen Rhein-Main-Gebiet werden täglich größer. Der Widerstand ist nicht nur ungebrochen, er wächst. Jetzt reicht's.

Trotz Polizeiterror, trotz einer Verwaltungsmaschine und eines Justizapparats, der wie geschmiert die nötigen Urteile zu den strittigen Verfahren liefert. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Presse haben erstmal das Gegenteil dessen bewirkt, was sie erreichen sollten. Der Protest gegen die Räumung reicht bis in bürgerliche Zeitungen. Nach einigem Glasbruch und einer Bombenexplosion, die schon von weitem nach Provokation riecht, hat inzwischen die „Gewaltdiskussion" die Medien ergriffen. Nervös aber reagierte der Hessenschau-Sprecher, als er

den Bau der Startbahn West zu erreichen, ob sie im Niederknüppeln des Widerstands die einzige Möglichkeit sieht, das Projekt überhaupt noch durchzukriegen – sie hat sich auf jeden Fall verrechnet. Die Räumung des Hüttendorfes, die Knüppelorgien der Sonderkommandos, die Riesenaufgebote der Polizei haben wie ein Signal zum Aufstehen gegen die Regierung und ihre Politik gewirkt.

Nicht nur am Tag der Räumung wurde demonstriert, die Kundgebungen und Demonstrationen im ganzen Rhein-Main-Gebiet werden täglich größer. Der Widerstand ist nicht nur ungebrochen, er wächst. Jetzt reicht's.

Trotz Polizeiterror, trotz einer Verwaltungsmaschine und eines Justizapparats, der wie geschmiert die nötigen Urteile zu den strittigen Verfahren liefert. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Presse haben erstmal das Gegenteil dessen bewirkt, was sie erreichen sollten. Der Protest gegen die Räumung reicht bis in bürgerliche Zeitungen. Nach einigem Glasbruch und einer Bombenexplosion, die schon von weitem nach Provokation riecht, hat inzwischen die „Gewaltdiskussion" die Medien ergriffen. Nervös aber reagierte der Hessenschau-Sprecher, als er
Kunde von Demonstranten erhielt, die sich auf das Rundfunkgebäude zubewegen.

Die CDU billigt die Entscheidung der Landesregierung und kritisiert sie zugleich, weil sie es so weit hat kommen lassen, daß solche Einsätze nötig sind – sie wählt ein nicht allzu lautes Auftreten: Soll die SPD/FDP-Regierung ruhig in der Schlußlinie bleiben.

Es wäre sicher einfacher für die Landesregierung, wieder „Ruhe und Ordnung" herzustellen, wenn nicht der Antrag auf Volksbegehren/Volksentscheid laufen würde, den über 200000 Wahlberechtigte in Hessen unterzeichnet haben. Am 14.11. soll der Antrag in Wiesbaden durch eine Demonstration überbracht werden. Hat das der Räumungsaktion im Wald bereits jede Legitimation genommen, so führen jetzt die Demonstrationen und die Fortsetzung des Widerstandes auf dem Startbahngelände dazu, daß das Volksbegehren noch breiter unterstützt wird. Alle Aktionen der Landesregierung stärken gegenwärtig den Widerstand.

Das Volksbegehren will die Regierung nicht zulassen; die Begründungen sind mannigfach. Sie lassen sich darunter zusammenfassen, daß dieses Recht der hessischen Verfassung eben dann nicht gilt, wenn es einmal ernst wird.

Genauso wie die Bürgerkriegsmanöver im Wald wird eine Ablehnung des Antrags auf das Volksbegehren nur zum weiteren Zerfall der demokratischen Legitimation der Landesregierung führen. Lehnt sie ab, ist die Abrechnung bei den Landtagswahlen sicher. Wird das Volksbegehren eingeleitet, besteht mittlerweile die ernsthafte „Gefahr", daß die Gegner des Flughafenausbaus einen Erfolg erzielen.

Für die Koalition scheint die Startbahn zu einer Existenzfrage zu werden, mit der sie steht oder fällt. Die Regierung Börner/Gries will an ihrem Kurs, für den die Startbahn West zum Symbol geworden ist, auf jeden Fall festhalten. Noch folgt die Mehrheit der Sozialdemokraten Börner, noch zeigen auch die meisten Gewerkschaften, selbst nach den Polizeieinsätzen, Gefolgschaftstreue. Der hessische DGB-Vorsitzende Richert konnte sich zu keiner Protestäußerung durchringen, obgleich selbst die Bedingungen, an die der DGB sein Ja geknüpft hatte (Prüfung der Umweltverträglichkeit) nicht erfüllt sind. Es ist beschämend zu sehen, wie die Gewerkschaften in dieser Frage beispielsweise hinter die Kirchen zurückfallen. Die Proteste in der hessischen SPD sind schon als schwach zu bezeichnen. Das bisher Hörbarste kam von Norbert Wieczorek, MdB aus Rüsselsheim, der feststellte, daß unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung Polizeieinsätze stattfänden, die es angeblich sonst nur in christdemokratischen Ländern gibt.

Betriebsrat und IG Metall-Vertrauenskörperleitung der Adam Opel AG in Rüsselsheim haben sich an Börner gewandt und ihre Empörung über die Polizeieinsätze gegen die Bevölkerung bei der Räumung des Hüttendorfes zum Ausdruck gebracht. Zumindest Teile der IG Druck und Papier, der GEW und Postgewerkschaft haben ebenfalls gegen die Räumung protestiert.

halten. Noch folgt die Mehrheit der Sozialdemokraten Börner, noch zeigen auch die meisten Gewerkschaften, selbst nach den Polizeieinsätzen, Gefolgschaftstreue. Der hessische DGB-Vorsitzende Richert konnte sich zu keiner Protestäußerung durchringen, obgleich selbst die Bedingungen, an die der DGB sein Ja geknüpft hatte (Prüfung der Umweltverträglichkeit) nicht erfüllt sind. Es ist beschämend zu sehen, wie die Gewerkschaften in dieser Frage beispielsweise hinter die Kirchen zurückfallen. Die Proteste in der hessischen SPD sind schon als schwach zu bezeichnen. Das bisher Hörbarste kam von Norbert Wieczorek, MdB aus Rüsselsheim, der feststellte, daß unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung Polizeieinsätze stattfänden, die es angeblich sonst nur in christdemokratischen Ländern gibt.

Betriebsrat und IG Metall-Vertrauenskörperleitung der Adam Opel AG in Rüsselsheim haben sich an Börner gewandt und ihre Empörung über die Polizeieinsätze gegen die Bevölkerung bei der Räumung des Hüttendorfes zum Ausdruck gebracht. Zumindest Teile der IG Druck und Papier, der GEW und Postgewerkschaft haben ebenfalls gegen die Räumung protestiert.

Die Forderung nach Rücktritt von Innenminister Gries macht die Runde. Die Grünen haben Neuwahlen in Hessen gefordert. Es scheint ausgemacht, daß wenn die Startbahn verhindert werden soll, wenn wenigstens an diesem einen Punkt die Demokratie über die Diktatur der Kapitalisteninteressen siegen soll, diese Regierung weg muß. Was soll, was kann an ihre Stelle treten? Die Grünen haben seit langem beschlossen, zu den Landtagswahlen im nächsten Herbst als Partei zu kandidieren. So wie sich die Lage entwickelt, kann man davon ausgehen, daß das allein kein Fortschritt wäre. Viele ehemalige SPD-Wähler und andere Kräfte, vor allem Linke, werden nicht einfach eine grüne Partei wählen wollen. Soll sich also der Ausgang der Frankfurter Kommunalwahlen auf Hessenebene wiederholen? Vieles deutet darauf hin. Wenn eine Wende erreicht werden soll, könnte sie nur so aussehen, daß der Kurs von Börner in der SPD gekippt wird und alle Kräfte, die sich in der gegenwärtigen Bewegung zusammenschließen, ein Bündnis bilden, das zumindest zur Linken in den Gewerkschaften Verbindung hat. Voraussetzung für eine solche Entwicklung in der SPD, aber auch in der Bewegung, ist eine Änderung der regierungsfrommen Politik der Gewerkschaften und eine Änderung der Parteianspruchspolitik der Grünen.

Die fortdauernden Demonstrationen in den Städten, die Fortsetzung des Widerstands im Wald, der Kampf ums Volksbegehren verändern in jedem Fall die Kräfteverhältnisse in Hessen. „Aufbegehren, Volksbegehren, jetzt erst recht", ist eine der Parolen auf den Demonstrationen, die mit dieser Woche nicht beendet sind.



In Krisenzeiten muß sich der Beamte bewähren

b.l. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden. Hans Peter, Postbeamter, ist aus dem Dienst zu entfernen. Mittlerweile, knapp eine Woche nach dem Urteil, hat Postminister Gscheidle das Rauswurfpapier schon zugestellt. Von einer Übernahme ins Angestelltenverhältnis ist derzeit nicht die Rede, ob-

Nebeneffekt ist bei dieser Verknüpfung die propagandistische Verunglimpfung der Ziele des Kommunismus, indem diese in eins gesetzt werden mit den Realitäten der Ausbeutung und Unterdrückung, wie sie in DDR und Sowjetunion herrschen. Was wurde weiter vorgeworfen? Diffamierung



In Krisenzeiten muß sich der Beamte bewähren

b.l. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden. Hans Peter, Postbeamter, ist aus dem Dienst zu entfernen. Mittlerweile, knapp eine Woche nach dem Urteil, hat Postminister Gscheidle das Rauswurfpapier schon zugestellt. Von einer Übernahme ins Angestelltenverhältnis ist derzeit nicht die Rede, ob-
wohl die Bundesregierung noch nach dem Richterspruch ihr „Bedauern" über das Urteil äußerte und Innenminister Baum scheinheilig im Brustton der Empörung verkündete, nun sei Hans Peter zu empfehlen, das Verfassungsgericht anzurufen. All das ist zynisch, wenn man weiß, daß die Bundesregierung ermächtigt ist, dem Bundesdisziplinaranwalt Weisungen zu erteilen, an die er sich zu halten hat. Keine einzige Weisung oder Richtlinie ist in den letzten Jahren diesem Bundesdisziplinaranwalt durch die Regierung gegeben worden. Er hatte grünes Licht zur Verfolgung, und er hat verfolgt.

Der Postbeamte Hans Peter ist bekanntlich DKP-Mitglied. Nicht einmal die Frage, ob bloße Mitgliedschaft in einer „verfassungswidrigen Partei" ausreicht, wurde *zugunsten* der verbeamteten Lohnabhängigen entschieden. Das war nicht erörterungsbedürftig, weil publizistische Tätigkeit und Kandidatur zu den Gemeindewahlen als *Handlungen* für das Gericht ausreichten, mit denen der Beamte seine Treuepflicht beharrlich verletzt hatte. Nichtanerkennung des Rechts auf Ausübung einer Opposition, Nichtanerkennung der Unabhängigkeit der Gerichte – so beginnt das Sündenregister des Postbeamten, wo das Gericht im selben Atemzug, mit dem es dies Sündenregister aussprach, Opposition ausschloß und den Beweis für die Abhängigkeit der Gerichte nicht schuldig blieb. Diffamierung von Verwaltung und Justiz durch den Gebrauch des „Schlagwortes von den Berufsverboten" war die Begründung der Richter, als sie das Berufsverbot aussprachen. Um es klarzustellen, das Anschuldigungsmaterial entstammt dem KPD-Verbotsurteil von 1956.

Nebeneffekt ist bei dieser Verknüpfung die propagandistische Verunglimpfung der Ziele des Kommunismus, indem diese in eins gesetzt werden mit den Realitäten der Ausbeutung und Unterdrückung, wie sie in DDR und Sowjetunion herrschen. Was wurde weiter vorgeworfen? Diffamierung
der Verfassungsordnung als kapitalistische Ausbeutergesellschaft. Es würde lächerlich wirken, wenn nicht hinter dem Verbot, von Ausbeutung und Unterdrückung zu sprechen, der klirrende Polizeistaat hervorlugen würde, der dies Verbot mit der Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz von Hunderttausenden durchsetzt und zusätzlich noch verlangt, daß diese gänzlich Abstand nehmen von ihren Interessen. Unübersehbar ist, daß dieses Verbot nicht nur auf Parteien zutrifft. Wie kann ein Beamter in der ÖTV danach noch von Ausbeutung sprechen?

Mittlerweile ist der Eintritt in den öffentlichen Dienst ein kleineres Kunststück. Die hohe Arbeitslosigkeit wirkt – insbesondere bei den Lehrern. Die Verfassungsschutzanfragen und daraus folgende Nichteinstellung wegen Teilnahme an Demonstrationen usw. sind Legion. Rechtsschutz dagegen hat das Bundesverwaltungsgericht vor knapp einem Jahr zur Illusion gemacht, wo es die gerichtliche Kontrolle fast gänzlich ausschloß und den „Zweifeln" des Dienstherrn an der Treuepflicht jeden Vorrang einräumte. Die Gefahr einer neuen Säuberungswelle im öffentlichen Dienst ist nicht von der Hand zu weisen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts klingt wie das Jagdhorn. Es wäre die dritte Säuberungswelle in der Geschichte der BRD. Zu Beginn der 50er Jahre wurde die erste mit dem Adenauererlaß eingeläutet. Bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 war fast schon die zweite Welle vorbei. Unübersehbar waren die bisherigen Säuberungswellen Reaktion auf große Bewegungen gegen die herrschenden Verhältnisse, und gleichzeitig hat jedesmal hohe Arbeitslosigkeit den Druck verstärkt.

Neue Signale aus Moskau?

lup. Diplomatie ist eine der Stärken, in denen die sowjetische Supermacht gewiß der amerikanischen überlegen ist und bei der sie – wie in manch anderen Dingen – auf einen reichen zaristischen Erfahrungsschatz aufbauen kann, den seinerzeit Friedrich Engels so treffend geschildert hat. In diesen Bereich gehört Breschnews jüngstes Spiegel-Interview (man muß bei der Lektüre unbedingt das Bild mit dem geschmeichelt-servilen Grinsen Rudolf Augsteins mit vor Augen haben). Ins Auge springen die Lockungen: Die Sowjetunion sei bereit, über alle Waffensysteme zu verhandeln – was der Spiegel als Signal interpretiert, die Sowjetunion sei u.U. zu einer Nullösung bereit. Neben solchen in Wirklichkeit unverbindlichen Andeutungen über Kompromißbereitschaft sollte man über Wesentliches nicht hinweggehen. Breschnew nennt zum ersten Mal die Zahl für die sowjetischen Trägersysteme: 975, was gar so weit von NATO-Schätzungen nicht entfernt ist, wenn nun laut Breschnew die SS 20 doch drei und nicht bloß einen atomaren Sprengkopf trägt, war das wohl doch keine NATO-Erfindung. Daß „nach Aussagen von Experten einige wenige Neutronenladungen genügen, um in einer Stadt wie beispielsweise Hamburg alles Leben auszulöschen", sollte man in dem Zusammenhang verstehen, daß nach ihren eigenen Aussagen auch die Sowjetunion in Bälde in der Lage sein wird, solche Waffen zu produzieren. Gezielte Drohung ist die Bemerkung über die Gefahren, denen sich die BRD durch eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aussetze:

Augsteins mit vor Augen haben). Ins Auge springen die Lockungen: Die Sowjetunion sei bereit, über alle Waffensysteme zu verhandeln – was der Spiegel als Signal interpretiert, die Sowjetunion sei u.U. zu einer Nullösung bereit. Neben solchen in Wirklichkeit unverbindlichen Andeutungen über Kompromißbereitschaft sollte man über Wesentliches nicht hinweggehen. Breschnew nennt zum ersten Mal die Zahl für die sowjetischen Trägersysteme: 975, was gar so weit von NATO-Schätzungen nicht entfernt ist, wenn nun laut Breschnew die SS 20 doch drei und nicht bloß einen atomaren Sprengkopf trägt, war das wohl doch keine NATO-Erfindung. Daß „nach Aussagen von Experten einige wenige Neutronenladungen genügen, um in einer Stadt wie beispielsweise Hamburg alles Leben auszulöschen", sollte man in dem Zusammenhang verstehen, daß nach ihren eigenen Aussagen auch die Sowjetunion in Bälde in der Lage sein wird, solche Waffen zu produzieren. Gezielte Drohung ist die Bemerkung über die Gefahren, denen sich die BRD durch eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aussetze:
„Um mobile Raketen unschädlich zu machen, müßten starke Gegenschläge gegen vermutete Stationierungsräume dieser Raketen geführt werden."

Zu Afghanistan hat der Spiegel Leonid Breschnew nicht befragt, weil, so Augstein: „Ebensogut hätte man den Papst fragen können, warum er immer

noch an der Jungfrauen-Geburt festhalte." Eben. Zu Polen hat der Spiegel zwar gefragt. An der Antwort ist bloß bemerkenswert, daß sie nicht die geringste Zusage dahingehend enthält, daß sich die Sowjetunion einer Militärintervention in Polen enthalten wird.

Das militärische Gesamtkonzept der Sowjetunion umreißt Breschnew mit dem Satz: „Unsere Militärdoktrin schließt Präventivkriege und die (atomare) Erstschlags-Konzeption aus." Der Wahrheitsgehalt des zweiten Teils der Aussage kann nicht größer als der des ersten sein. Dessen Glaubwürdigkeit kann man aber bereits an den Tatsachen überprüfen. Es ist nur gut, daß größere Teile der westdeutschen Friedensbewegung gegenüber den USA wie der Sowjetunion die Worte an Taten messen und gegenüber diesen Taten ihre Haltung unmißverständlich und öffentlich zum Ausdruck bringen. (Siehe auch Bericht und Aufruf zu Aktionen zum Breschnew-Besuch auf Seite 5)

Keine Verlängerung der Wehrdienstzeit

Von Volker Lehmann

Scheinbar in weiser Voraussicht haben der Generalinspekteur Brand und Bundesverteidigungsminister Apel darauf hingewiesen, daß ab 1987 die Zahl der wehrtauglichen Männer nicht mehr ausreiche, um bei 15monatigem Wehrdienst den Personalstand der Bundeswehr bei 495000 zu halten. Als erste Gegenmaßnahme fordern oberster General und Minister die Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf mindestens 18 Monate. Dieser Vorschlag hat scheinbar für sich, daß schon einmal – nur umgekehrt – der Wehrdienst von 18 auf 15 Monate 1971 verkürzt worden ist.

Erst einmal egal, ob 15 oder 18 Monate, hat diese Dauer der Wehrdienstzeit in der Bundeswehr sehr wenig mit der Ausbildung zum Soldaten zu tun. Viel mehr ist sie begründet in den politischen Forderungen der Bourgeoisie in Westdeutschland bzw. derer in den USA, die in solchen Fragen der Auftraggeber der westdeutschen Regierung ist. In spätestens 6 Monaten bei der Bundeswehr ist die militärische Ausbildung durchzuführen, auch wenn man eine ca. einmonatige praktische Überprüfung aller Fähigkeiten einschließt. Deshalb gibt es auch in einer ganzen Reihe von Ländern eine kürzere Wehrdienstzeit als in der BRD, z.B. in den Niederlanden. Wichtiger als die Ausbildung der Soldaten ist der Bourgeoisie das Vorhandensein eines stehenden Heeres, im Fall der Bundeswehr bestehend aus je ca. 50% Wehrpflichtigen und Zeit- bzw. Berufssoldaten. Dieses stehende Heer hat nach der Verfassung, Artikel 87 in Verbindung mit 91, einerseits die Aufgabe einer Polizeireserve, die den Bestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung – d.h. die Herrschaft des Kapitals – zu sichern hat, wenn dazu die anderen bewaffneten Formationen nicht mehr ausreichen. Andererseits soll die Bundeswehr die Interessen der Bourgeoisie nach außen militärisch sichern.

Die Notwendigkeit einer so langen Wehrdienstzeit für den Kriegsfall läßt sich aber auch schlecht begründen. Die Kriegsstärke der Bundeswehr liegt bei mindestens 1,2 Mio. Soldaten, wovon 700000 Reservisten in kürzester Zeit mobilisiert werden sollen. Ohne diese Mobilisierungszeit – dies hat eine Untersuchung von einem belgischen General Close z.B. nachgewiesen – bringen die stehenden Heere für die Verteidigung nichts. Es fragt sich deshalb, ob aus diesem Gesichtspunkt nicht alles dafür spricht, für eine sehr kleine Berufs- und Zeitsoldatenarmee mit vielen Wehrpflichtigen bei kurzen Wehrdienstzeiten einzutreten. Dies würde die Anzahl der militärisch ausgebildeten Männer steigern, die politische Kontrolle der Armee etwas erleichtern und so vielleicht ein bißchen eher den „Verteidigungswillen" dokumentieren. Ersteres war auch der Grund für die Generalität, für eine Verkürzung der Wehrdienstzeit zu Anfang der 70er Jahre einzutreten.

Argumente wie mangelnde Übung und Zusammenarbeit bei solch einer Armee sind nicht stichhaltig, da sich so etwas auch durch andere Maßnahmen als die Präsenz einer 500000 Mann Armee sichern läßt.

Anders stellt sich das ganze allerdings schon dar, wenn man die Frage der Präsenz der Bundeswehr mit den Augen der US-amerikanischen Bourgeois betrachtet. NATO-Oberbefehl, und das heißt US-Oberbefehl, sichern direkte Einsetzbarkeit der Bundeswehr im NATO-Bereich und binden in der globalstrategischen Rivalität mit der anderen Supermacht erhebliche Kräfte der UdSSR. Darüberhinaus sprechen für die westdeutschen Bourgeois finanzielle Gründe für eine lange Wehrdienstzeit bei einer 500000 Mann Armee: Die lange Dienstzeit ermöglicht es, einen erheblichen Teil der Unterführer aus den Wehrpflichtigen zu rekrutieren, je länger desto mehr, bei Milliardenersparnissen. Und nicht zuletzt bemißt sich die Dauer des Zivildienstes an der Wehrdienstzeit samt Wehrübungen, ebenfalls Milliardensummen an Einsparungen.

Dies wird *jetzt* auch der Grund für die lauten Überlegungen und die „Voraussicht" der Militärs sein. Es gibt für die Arbeiterbewegung und die Bewegung gegen den Krieg allen Grund, für einer *Verkürzung* der Wehrdienstzeit zu kämpfen, auch wenn sich dadurch der Charakter der bürgerlichen Armee nicht ändert.

Wird das Urteil gegen Rechtsanwalt Härdle am 11.11. vollstreckt?

Der Widerstand gegen das Urteil wächst weiter an

wos.Heidelberg. Seit dem 18. Februar ist die Heidelberger Staatsanwaltschaft im Besitz eines rechtskräftigen Urteils, mit dem sie Rechtsanwalt Dr. Härdle für 22 Monate hinter Gitter bringen will als Grundlage für ein bereits beantragtes Berufsverbot. Die Versuche der Justizbehörden und der hinter ihnen stehenden reaktionären Kräfte in Heidelberg und im Land Baden-Württemberg, diesen Rechtsanwalt, der seit 1973 in zahlreichen politischen Prozessen die Angeklagten konsequent verteidigt hat, einzuschüchtern und auszuschalten, gehen bis ins Jahr 1975 zurück, als unter dubiosem Vorwand die Anwaltskanzlei von der Staatsanwaltschaft durchsucht wurde.

Doch mit jedem Schritt, mit dem die Justiz glaubt, ihrem Ziel näher zu kommen, erntet sie größeren und breiteren politischen Widerstand. In dieser Zeitung wurde schon mehrfach berichtet (vgl. etwa KVZ Nr. 42, S. 5).

Nachdem es Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht per Beschluß abgelehnt hatten, das skandalöse Urteil des Landgerichts Heidelberg zu überprüfen, hat Dr. Härdle die europäische Menschenrechtskommission (MRK) in Straßburg angerufen. Der gleichzeitig im Landtag von Baden-Württemberg laufenden Petition, Strafaufschub bis zur Entscheidung der MRK zu gewähren, hatten sich neben den Rechtsanwaltskammern von Karlsruhe und Stuttgart zuletzt auch das Präsidium des Deutschen Anwaltsvereins und 37 Richter und Staatsanwälte u.a. angeschlossen. Als der Petitionsausschuß dieses Begehren im September ablehnte, sah die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium anscheinend die Gelegenheit gekommen, durch rasche Vollstreckung der Strafe die Solidaritätsbewegung zu entmutigen und so der um sich greifenden Unruhe bis hinein in die eigenen Reihen Herr zu werden.

Sie haben sich getäuscht: Nach der Ladung zum Strafantritt kamen zahlreiche Mitglieder und Vertreter der verschiedensten politischen Gruppen und Initiativen in die Sitzung der Aktionseinheit gegen das Urteil gegen Dr. Härdle. Es waren zwei bis dreimal soviel wie in den Monaten zuvor. In der Diskussion war man sich bald darüber einig, daß es jetzt darauf ankommt, alles zu tun, um die Strafvollstreckung zu verhindern und daß es auf jeden Fall notwendig ist, das nächste Ziel ins Auge zu fassen, die Verhinderung des Berufsverbots. Es gab zahlreiche Vorschläge für entsprechende Aktivitäten. Folgende Aktionen werden von der Aktionseinheit durchgeführt: Am vergangenen Wochenende wurde in Heidelberg ein vierseitiges Informationsblatt in einer Auflage von 20000 Stück verteilt. Es enthält auch zwei Postkarten mit vorgedrucktem Text, eine an die MRK, mit der die Beschwerde Dr. Härdles unterstützt wird, und eine an den Justizminister, an den die Forderung gerichtet wird, die Strafe nicht zu vollstrecken, bis die MRK entschieden hat. Am Freitag, den 6.11. findet ab dem Universitätsplatz ab 17.15 Uhr eine Demonstration statt, vorher ab 16.15 Uhr ein Kulturprogramm mit Liedern und Straßentheater zur Vorbereitung.

Bitte die einem Teil der Auflage beigelegten Postkarten beachten!

Die Aktionseinheit hat eine eigene Kulturgruppe gebildet, die Lieder, Theaterstücke und eine Kulturveranstaltung noch in diesem Jahr, zu der auch bekannte Sänger und Gruppen eingeladen werden sollen, vorbereitet. Ein Aufkleber gegen die Vollstreckung des Urteils ist in Vorbereitung. Sollte die Staatsanwaltschaft den Haftantritt am 11. November durchsetzen können, wird dieser sicher nicht ohne demonstrative Begleitung sein.

Die Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg will dort eine Initiative einbringen mit dem Ziel, den Fall Härdle und einige andere Heidelberger Justizbesonderheiten parlamentarisch überprüfen zu lassen. Ebenfalls auf Initiative der Grünen soll eine Bürgerinitiative in Heidelberg gegründet werden, die sich mit der dortigen Justiz befaßt. Der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, der SPD-Landtagsabgeordnete Brechtken, hat sich mit einem Brief an den Justizminister gewandt, mit der Bitte, den Strafantritt weiter auszusetzen. Es muß auch daran erinnert werden, daß der Landtag selbst über die Petition von Dr. Härdle bisher noch nicht entschieden hat. Der Forderung nach weiterem Strafaufschub der 37 Richter und Staatsanwälte haben sich inzwischen mindestens sieben weitere angeschlossen. Am Dienstag fand in Stuttgart auf Initiative der Grünen eine Pressekonferenz statt, auf der über diesen Fall und die weiteren Möglichkeiten, die Vollstreckung abzuwenden, unterrichtet wurde.

Auf der rechtlichen Ebene sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Dr. Härdle hatte den nach der Strafprozeßordnung möglichen Strafaufschub von vier Monaten beantragt, wegen gewichtiger privater Gründe (Risikoschwangerschaft seiner Frau) und beruflichen Gründen (Notwendigkeit, einen Vertreter für die Zeit der Haft zu finden und einzuarbeiten, Notwendigkeit, die laufenden Mandate ohne Schaden für die Mandanten abzuschließen). Die Staatsanwaltschaft hat dies abgetan. Nur eine laufende Revisionsbegründungsfrist ließ sie gelten, weil die Justiz selbst sonst in Schwierigkeiten gekommen wäre. Die Revisionsbegründungsfrist läuft am 9.11. ab, am 11.11. soll der Strafantritt jetzt sein. Gegen die weitgehende Ablehnung des beantragten Haftaufschubs hat Dr. Härdle jetzt einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Gegen eine negative Entscheidung des zuständigen Landgerichts kann dann noch Beschwerde eingelegt werden. Doch haben beide Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung, d.h. die Staatsanwaltschaft *kann* am 11.11. die Strafe vollstrecken, auch wenn ein rechtskräftiger Beschluß des Gerichts bis dahin noch nicht vorliegt. Wird sie es wagen?

Spenden-Konto: Heidelberger Volksbank, Kto. 124800, Stichwort: Härdle-Prozeß

Demonstration u. Kundgebung

am Freitag,6.11.81



16^h Kulturprogramm am Uniplatz
17^15 Demonstration ab Uniplatz
18^00 Kundgebung auf dem Rathausplatz

es sprechen: Vertreter von der Justiz, der Universität der Partei, der Gewerkschaft u. G. Härdle

ca. einmonatige praktische Überprüfung aller Fähigkeiten einschließt. Deshalb gibt es auch in einer ganzen Reihe von Ländern eine kürzere Wehrdienstzeit als in der BRD, z.B. in den Niederlanden. Wichtiger als die Ausbildung der Soldaten ist der Bourgeoisie das Vorhandensein eines stehenden Heeres, im Fall der Bundeswehr bestehend aus je ca. 50% Wehrpflichtigen und Zeit- bzw. Berufssoldaten. Dieses stehende Heer hat nach der Verfassung, Artikel 87 in Verbindung mit 91, einerseits die Aufgabe einer Polizeireserve, die den Bestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung – d.h. die Herrschaft des Kapitals – zu sichern hat, wenn dazu die anderen bewaffneten Formationen nicht mehr ausreichen. Andererseits soll die Bundeswehr die Interessen der Bourgeoisie nach außen militärisch sichern.

Die Notwendigkeit einer so langen Wehrdienstzeit für den Kriegsfall läßt sich aber auch schlecht begründen. Die Kriegsstärke der Bundeswehr liegt bei mindestens 1,2 Mio. Soldaten, wovon 700000 Reservisten in kürzester Zeit mobilisiert werden

Bourgeois betrachtet. NATO-Oberbefehl, und das heißt US-Oberbefehl, sichern direkte Einsetzbarkeit der Bundeswehr im NATO-Bereich und binden in der globalstrategischen Rivalität mit der anderen Supermacht erhebliche Kräfte der UdSSR. Darüberhinaus sprechen für die westdeutschen Bourgeois finanzielle Gründe für eine lange Wehrdienstzeit bei einer 500000 Mann Armee: Die lange Dienstzeit ermöglicht es, einen erheblichen Teil der Unterführer aus den Wehrpflichtigen zu rekrutieren, je länger desto mehr, bei Milliardenersparnissen. Und nicht zuletzt bemißt sich die Dauer des Zivildienstes an der Wehrdienstzeit samt Wehrübungen, ebenfalls Milliardensummen an Einsparungen.

Dies wird *jetzt* auch der Grund für die lauten Überlegungen und die „Voraussicht" der Militärs sein. Es gibt für die Arbeiterbewegung und die Bewegung gegen den Krieg allen Grund, für einer *Verkürzung* der Wehrdienstzeit zu kämpfen, auch wenn sich dadurch der Charakter der bürgerlichen Armee nicht ändert.

gleichzeitig im Landtag von Baden-Württemberg laufenden Petition, Strafaufschub bis zur Entscheidung der MRK zu gewähren, hatten sich neben den Rechtsanwaltskammern von Karlsruhe und Stuttgart zuletzt auch das Präsidium des Deutschen Anwaltsvereins und 37 Richter und Staatsanwälte u.a. angeschlossen. Als der Petitionsausschuß dieses Begehren im September ablehnte, sah die Staatsanwaltschaft und das Justizministerium anscheinend die Gelegenheit gekommen, durch rasche Vollstreckung der Strafe die Solidaritätsbewegung zu entmutigen und so der um sich greifenden Unruhe bis hinein in die eigenen Reihen Herr zu werden.

Sie haben sich getäuscht: Nach der Ladung zum Strafantritt kamen zahlreiche Mitglieder und Vertreter der verschiedensten politischen Gruppen und Initiativen in die Sitzung der Aktionseinheit gegen das Urteil gegen Dr. Härdle. Es waren zwei bis dreimal soviel wie in den Monaten zuvor. In der Diskussion war man sich bald darüber einig, daß es jetzt darauf ankommt, alles zu tun, um die Strafvollstreckung zu verhindern und daß es auf jeden Fall notwendig ist, das nächste Ziel ins Auge zu fassen, die Verhinderung des

auch bekannte Sänger und Gruppen eingeladen werden sollen, vorbereitet. Ein Aufkleber gegen die Vollstreckung des Urteils ist in Vorbereitung. Sollte die Staatsanwaltschaft den Haftantritt am 11. November durchsetzen können, wird dieser sicher nicht ohne demonstrative Begleitung sein.

Die Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg will dort eine Initiative einbringen mit dem Ziel, den Fall Härdle und einige andere Heidelberger Justizbesonderheiten parlamentarisch überprüfen zu lassen. Ebenfalls auf Initiative der Grünen soll eine Bürgerinitiative in Heidelberg gegründet werden, die sich mit der dortigen Justiz befaßt. Der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, der SPD-Landtagsabgeordnete Brechtken, hat sich mit einem Brief an den Justizminister gewandt, mit der Bitte, den Strafantritt weiter auszusetzen. Es muß auch daran erinnert werden, daß der Landtag selbst über die Petition von Dr. Härdle bisher noch nicht entschieden hat. Der Forderung nach weiterem Strafaufschub der 37 Richter und Staatsanwälte haben sich inzwischen mindestens sieben weitere angeschlossen. Am Dienstag fand in Stuttgart auf Initiative der Grünen eine

noch Beschwerde eingelegt werden. Doch haben beide Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung, d.h. die Staatsanwaltschaft *kann* am 11.11. die Strafe vollstrecken, auch wenn ein rechtskräftiger Beschluß des Gerichts bis dahin noch nicht vorliegt. Wird sie es wagen?

Spenden-Konto: Heidelberger Volksbank, Kto. 124800, Stichwort: Härdle-Prozeß

Demonstration u. Kundgebung

am Freitag,6.11.81



16^h Kulturprogramm am Uniplatz
17^15 Demonstration ab Uniplatz
18^00 Kundgebung auf dem Rathausplatz

es sprechen: Vertreter von der Justiz, der Universität der Partei, der Gewerkschaft u. G. Härdle

Sonderausschuß in Kreuzberg

bes.Westberlin. Am Freitag tagte zum ersten Mal der beschlossene Sonderausschuß zur „Lösung des Wohnungskonfliktes mit politischen Mitteln" in Kreuzberg. Mit den Stimmen von SPD und AL wurde eine Plakatierung auf allen öffentlichen Anschlagsäulen in der Zeit vom 9. bis 22. November, um Inhalt und Zielsetzung des Beschlusses der Bezirksverordneten (vgl. KVZ 42 und 44) allen Bürgern in Kreuzberg bekanntzumachen und dies unter der Überschrift „Das Bezirksamt gibt bekannt', beschlossen. Mit der Unterschrift des Bezirksbürgermeisters, die bei solchen Veröffentlichungen üblich ist, soll u.a. folgendes wörtlich veröffentlicht werden: „– Eigentümer sollen zunächst für die Dauer des Verfahrens die Besetzungen dulden – Zusammen mit den Besetzern, Paten, Mieterrräten, Blockräten und Eigentümern sollen für alle Häuser einvernehmliche Lösungen gefunden werden – Alle im Zusammenhang mit Hausbesetzungen gestellten Strafanträge sollen zurückgenommen werden – Der Senat soll auf Räumungen verzichten – In Kreuzberg soll nicht nur geredet werden – Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung bitten alle Kreuzberger, dieses Verfahren zu unterstützen. Nachdem die CDU während der Sonderausschußsitzung inhaltlich keine Äußerung von sich gab, stimmte sie nachher formal gegen dieses Plakat, weil doch zuerst das Bezirksamt darüber beschließen solle, ob solch ein Plakat überhaupt veröffentlicht werden darf. Im Bezirksamt hat die CDU 3 Stimmen, die SPD ebenfalls 3 und 1 die AL. Am Dienstag wurde 4:3 beschlossen, daß das Plakat veröffentlicht wird. Der Bezirksbürgermeister ist jetzt offensichtlich von den Herren Lummer und Weizsäcker unter Druck gesetzt worden, dieses Plakat nicht zu unterschreiben. Das Recht hätte er dazu, die Frage ist, ob sich die CDU einen solchen öffentlichen Eklat, indem sie vor das Verfassungsgericht geht, leisten wird. CDU-Bürgermeister Funk hat sich 24 Stunden Bedenkzeit geben lassen. Das Plakat wird aber auch ohne Unterschrift des Bürgermeisters veröffentlicht. Zu Redaktionsschluß lag das Ergebnis von Funks Überlegungen noch nicht vor.

„Friedenshetze" in Önsbach /Baden disziplinarisch geahndet

kvz. Eine wahre Geschichte: Auf der Schulentlassungsfeier der Grund- und Hauptschule Achern-Önsbach rezitieren einige Schüler mit ihrem Lehrer Klaus Schwarz zusammen Gedichte gegen den Krieg, von Kurt Tucholsky, Günter Kunert, Walter Bauer, Bettina Wegener und Josef Griesbeck. Die Mehrzahl der Eltern finden es gut, aber nicht so die anwesenden Ortshonoratioren. So wechselt der Elternbeiratsvorsitzende einige erregte Worte mit dem Lehrer Schwarz. In den Wochen danach geht in der örtlichen Presse eine rege Hetze los: „Dieser Lehrer gehört vom Dienst unverzüglich suspendiert." (Der Polizeichef) „Entgleisung!" (Der Rektor) „Blindwütige, haßerfüllte Polemik gegen den Freiheitswillen" (Die Schüler-Union). – Das Oberschulamt Freiburg leitet disziplinarische Ermittlungen ein und versetzt den Lehrer dann, aus angeblich „dienstlichen Gründen" ins 70 km entfernte Wolfach. Zugleich gibt das Oberschulamt dem Lehrer auf, sich *nicht* öffentlich gegen die erhobenen Anschuldigungen wehren zu dürfen; die Teilnahme an einer GEW-Veranstaltung wird ihm verboten. Er dürfe sich überhaupt nur auf dem Dienstwege äußern! Die GEW hat jetzt, unterstützt von Schülern und Eltern, eine Kampagne eingeleitet zur Rückversetzung und vollen Rehabilitierung des Lehrers Schwarz. Der hatte, sozusagen durch den Maulkorb, erklärt: „Ein besseres Beispiel, daß man politisch werden muß, um dem Recht zum Recht und der Wahrheit zur Wahrheit zu verhelfen, hätten Sie, meine Herren Redakteure, Ortsvorsteher ..., Elternbeiratsvorsitzender ..., und auch Sie, Herr Polizeichef ... meinen Schülern gar nicht geben können."

Elternprotest gegen Streichung der Kindergartenplätze

Hamburg. In den letzten Wochen haben mehrere 1000 Eltern, Erzieher und Kinder gegen die Sparpläne des Hamburger Senats protestiert. In vielen Stadtteilen wurden Fackelzüge zu den Bezirksversammlungen durchgeführt und Listen mit Unterschriften gegen die Maßnahmen übergeben. Der Senat plant über 9 Mio. DM einzusparen, indem 3500 Kinder auf die Straße gesetzt werden und die Beiträge erhöht werden. Unterstützt werden die Eltern neben anderen auch von der IGM. Auf einer Versammlung von ca. 500 Eltern und Erziehern wurden einige Vorschläge für weitere Aktionen gemacht: Demonstration aller Betroffenen am 20.11. in Hamburg, Aktion zur SPD-Klausurtagung in Travemünde am 21./22.11., Teilnahme an einem GEW-Seminar zu den Einsparungen am 26.11. und 28.11.

Auseinandersetzung in der IGM Hamburg um AKW Brokdorf

edd.Itzehoe. Nachdem Anfang des Jahres eine heftige Diskussion in der Hamburger IG Metall ausgelöst wurde durch einen Beschluß der Ortsverwaltung, für den Bau des AKW in Brokdorf einzutreten, hatten mehrere Vertrauenskörper gefordert, daß die Ortsverwaltung ihre Position auf einer Funktionärsversammlung zur Diskussion stellen muß. Diese wird mit einiger Verspätung nun durchgeführt, nicht ohne Zusammenhang mit der Auseinandersetzung innerhalb der Hamburger Sozialdemokratie zu dieser Frage. In einer Podiumsdiskussion sprechen u.a. W.A. Engelmann, 2. Bevollmächtigter der IGM Hamburg, Wirtschaftssenator Steinert (SPD) sowie A. Schmidt, Mitglied der Ortsverwaltung und Betriebsrat bei MAN Hamburg, als Gegner des Atomprogramms. Anschließend findet eine Diskussion unter den Vertrauensleuten statt. Die Ortsverwaltung wird dort ihre Position rechtfertigen müssen, daß auch nach der Beschlußlage der IG Metall-Gewerkschaftstage ein Bau von Brokdorf nicht zu rechtfertigen ist. Obwohl die Entsorgungsfrage als Vorausbedingung des Gewerkschaftstages und die Überführung der HEW in Gemeineigentum als grundlegende Forderung der Gewerkschaft zur Energiepolitik nicht erfüllt sind, hatte die Ortsverwaltung sich im Januar 1981 für Brokdorf ausgesprochen. Die Versammlung aller Vertrauensleute und Funktionsträger der Hamburger IG Metall findet am 7. November statt.

vds-Fachtagung Medizin Streit um Streik

dod. Nachdem die ersten BAföG-Kürzungen eingetreten sind, wird der Unmut unter den Studenten ständig größer. Dieses war auch Hauptthema der vds-Fachtagung Medizin am letzten Wochendende, auf der dieses Mal der MSB stärker als sonst vertreten war. Das Ziel war klar: eindeutige Orientierung auf Streik, um sich gegen BAföG-Kürzungen, Mittelstreckenraketen und was sonst noch dazu gehört zu wehren. Nur stellte sich zu Ungunsten der MSB- und gewerkschaftlich-orientierten Fraktion heraus, daß die Stimmung unter den Studenten doch noch nicht so geeignet ist, zur stärksten Kampfform an den Hochschulen zu greifen. Zugegeben werden mußte von ihnen auch, daß die Bewegung erst in den Anfängen steckt, die Ziele eines solchen Streiks völlig unklar und der Zusammenhang mit anderen Bewegungen wie Häuserkampf und Friedensbewegungen erst hergestellt werden muß. Dies fand auch seinen Ausdruck im Hauptantrag, der nun zunächst auf Klärung der ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge orientiert, um hieraus Kampfformen abzuleiten.





Mit der Staatsmacht gegen die Volksbewegung

Die Hessische Landesregierung läßt das Hüttendorf am Flughafen räumen. Der Zorn wird immer größer.

geh. Montag, 8.30 h, der Vorposten meldet: Die Polizei ist da! Mehrere Hundertschaften Sondereinsatzkräfte aus mehreren Bundesländern überraschen die Gegner der Startbahn 18 West in ihren Hütten. Man hatte damit erst am nächsten Tag gerechnet. Ohne Gegenwehr müssen die Bewohner räumen. Gerade noch kann der Großalarm ausgelöst werden. Die Polizei zieht weitere Hundertschaften und einen Radpanzer in das Dorf nach und beginnt, ausgehend von der in den letzten Wochen errichteten Betonmauer, zwei das Dorf flankierende Keile in den Wald zu treiben. Die so geschaffenen Fronten werden mit starken Polizeikräften bewacht und zusätzlich mit mehreren Rollen NATO-Draht unpassierbar gemacht.

Durch den Großalarm und die 10-Uhr-Nachrichten mobilisiert, streben immer mehr Bewohner der umliegenden Gemeinden auf den Wegen und Schleichpfaden dem Hüttendorf entgegen, die Polizei hat wieder alle Straßen gesperrt und läßt nicht mal Fahrradfahrer durch. Bis Mittag sind es bereits mehrere tausend, gegen 15.00 h schätzt die „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung" rund 15000. Viele ältere Leute, aber natürlich auch Schüler direkt aus den Schulen sind gekommen.

Über den Stacheldrahtverhau werden den Polizisten erregte Anklagen zugerufen: „Ihr ruiniert unser Leben!" „Ja, da lachst du dumm – du brauchst ja hier auch nicht zu leben!" „Ach, ihr seid ja noch zu jung, um dies zu verstehen!" Der in der Form versöhnliche Ton der Debatten der ersten Räumung vor 3 Wochen ist völlig verschwunden. Insbesondere die Älteren greifen die Polizei und die Landesregierung schroff an. „Was wir brauchen, ist ein neuer Nürnberger Prozeß, und der Börner und der Gries gehören da vorgestellt. Und ich werde der erste sein, der die hochzieht!" ruft ein etwa 60 Jahre alter Mann, der noch in Arbeitskleidung erschienen ist. „Der Gries hatte schon recht, wenn er sagte, im Dorf sind Chaoten und Kriminelle – schaut nur rüber." Eine Lehrerin: „Noch vor einer Stunde habe ich meinen Schülern gesagt, wendet keine Gewalt an – jetzt verstehe ich sie und ich möchte selbst Gewalt anwenden, wenn ich euch da im Dorf sehe." Nur vereinzelt gehen Polizisten auf Debatten ein, oft wird dies sofort von der Führung unterbunden.

Über ein Jahr lang war dies Hüttendorf auf dem Privatgelände der Frankfurter Flughafen AG (FAG) eine offene Wunde für die Bourgeois und ihre Politiker. Immer wieder hatte Dregger auf dies „illegale Treiben" hingewiesen und „Taten" verlangt, hatte der freidemokratische Innenminister Gries diesem „Gesetzesbruch" ein Ende angedroht. Die Allparteienkoalition tönte aus den mitgebrachten Kofferradios: CDU-Scherer begrüßte für seine Partei „jeden rechtsstaatlichen Schritt, der d[illegible]zügigen Ausbau des Flughafens ermöglicht". Giani von der SPD erklärte, man „räume aus Sorge vor weiteren Straftaten". „Eine Räumung ist unumgänglich", so die FDP. Jetzt solle durch die rechtsstaatlich gebotene Räumung das illegale Treiben nachhaltig beendet werden.

Diese Entschlossenheit wurde durch den Polizeieinsatz und die Art seiner Entfaltung demonstriert. Wie Besatzer fielen sie ins Dorf ein, zerstörten wichtige Einrichtungen wie die Wasserversorgung, zerschlugen Scheiben, plünderten Vorräte, machten Feuerchen und ließen sichs gut schmecken. Kinderwagen wurden als go-karts benutzt und zerstört. Um bei der Räumung und Schleifung ungestört zu bleiben, wurde der vorher von der Polizei als „Schlichter" genasführte Umwelt-Pfarrer Oeser erst gar nicht herangelassen. Die Pressevertreter wurden erstmal mehrere Stunden festgesetzt, dann nur streng bewacht im Gänsemarsch weitab gelassen. Der Teil der Journalisten, der sich diesen Auflagen nicht beugen wollte, wurde dann prompt auch zusammengeschlagen. (Das hat sich positiv auf die Berichterstattung niedergeschlagen.)

Am Vormittag sind die Demonstranten noch an Zahl klein, durch die Überraschung gelähmt, ohne Führung und stehen der neuen Situation weitgehend hilflos gegenüber. Nachmittags ändert sich dies etwas. Eine Struktur nach den Ortsvereinen der BI wird angestrebt. Kleine Gruppen ergreifen hier und da die Initiative. Kleine Bäume werden herangeschleppt und mit großen Ästen über den NATO-Draht geworfen, um ihn plattzudrücken und ihn so überqueren zu können. An einigen Punkten kommen Demonstranten rüber. In den letzten Wochen ist ja das Dorf befestigt worden. Zur Verteidigung sind ein Graben und ein Wall ringsum ausgehoben und an einzelnen Stellen Palisaden errichtet worden. Jetzt wo die Polizei im Dorf ist, wirkt dies gegen die Startbahngegner, die Polizei hat die Befestigungen noch weiter verstärkt. Einige versuchen den Graben zuzuschütten oder anders heranzukommen. Die Polizei will die gesamte Belagerung auseinandertreiben. Dazu werden spezielle Hundertschaften, wieder Sondereinsatzkommandos aus NRW und Baden-Württemberg, eingesetzt. Wie sie da auf dem Wall stehen, von denen zögert keiner. Stämmig, gut gepolstert, nicht blutjung, Spezialhelm, kein Schutzschild – nur der lange Stock. Ein wüstes Gebrüll wird ausgestoßen, sie springen herab unter die Demonstranten und schlagen mit äußerster Brutalität alles nieder, was ihnen in den Weg kommt. Angstschreie, „Mörder! Mörder!"-Rufe. Dann wird mit chemical-mace, Reizgaswerfern, Tränengas und Rauchbomben geschossen. Sanitäter, Helfer der Verletzten, werden gleich auch noch niedergestreckt. Nach ein, zwei Minuten kommt die Kohorte wieder prügelnd zurück. Unter diesem Terror, der sich den ganzen Nachmittag hinzieht, entwickeln sich aus dem erst passiven Widerstand Scharmützel.

Über diese Auseinandersetzungen kommt die Polizei nicht wie geplant voran. 12.00 h, so hatte sie der FAG versprochen, ist das Dorf flach. Dies erreicht sie erst im Verlauf des Dienstags. Tatkräftig geht die große Zahl der Demonstranten noch Montag und Dienstag an die nächsten Aufgaben: Schutz vor weiteren Geländeeroberungen durch die Polizei, Wiederaufbau des Hüttendorfes in unmittelbarer Nähe des alten Dorfes und in den umliegenden Städten Demonstrationen gegen die Räumung.



ehv.Frankfurt. Schon vor dem Tag X, Räumung des Hüttendorfs, war klar, daß alle, die nicht raus in den Wald fahren können, sich um 17.00 Uhr am Paulsplatz treffen. Durch Mund-zu-Mund-Propaganda über die Räumung treffen sich am Montag dann dort Tausende. Nach einer kurzen Berichterstattung über das Vorgehen der Polizei im Wald wird ausgegeben: zum Hauptbahnhof. Von dort aus wollen wir mit Zügen nach Mörfelden-Walldorf zum Ort des Geschehens fahren. „Hopp, hopp, hopp-Startbahn stopp" skandierend vergrößert sich der riesige Demonstrationszug au: dem Weg zum Bahnhof immer mehr. Am Bahnhof berichtet dann eine Frau, daß der Wald mehr oder weniger von der Polizei besetzt ist. Ein Vorschlag ertönt über den Lautsprecher: „Frankfurt ist einer der größten europäischen Bahnhöfe mit internationalen Verbindungen, wir sollten hier deutlich machen, daß wir uns weder den Bau der Startbahn West noch das brutale Vorgehen der Polizei gefallen lassen. Wir setzen uns jetzt auf die Gleise und blockieren den Zugverkehr." Begeisterter Beifall. Wie selbstverständlich bahnt sich der Demonstrationszug in den Bahnhof seinen Weg auf die Gleise zu. Viele setzen sich auf die Schienen. Die Polizei ist völlig überrascht. Erst ganz langsam, nach einer ½ Stunde, rennen kleine Polizeitrupps in den Bahnhof rein. Die Situation ist gespannt, was wird jetzt passieren? Trotzdem bleiben die meisten. Auch nach einer Stunde sind die Gleise noch blockiert, Züge können weder ein- noch ausfahren. Auf einmal werfen Polizisten Tränengasgranaten mitten unter die Leute, die auf den Schienen hocken. Alles rennt von den Schienen, aber nicht aus dem Bahnhof raus, Parolen werden gerufen. Auch die Reisenden sind durch den Überraschungsangriff eingenebelt. Aber der Protest ist noch nicht erstickt. Dann fliegen vier, fünf, sechs Tränengasgranaten in die Bahnhofshalle, der Bahnhof wird buchstäblich ausgeräuchert und leergeknüppelt. Gleise und Bahnhofeingänge werden von der Polizei umstellt, nur Fahrkarteninhaber können passieren. Draußen bildet sich spontan ein Demonstrationszug Richtung Theater, Alte Oper. Die Polizei kann nicht verhindern, daß 200 Leute eine Vorstellung (über El Salvador) stürmen. Das Stück wird unterbrochen, nach der Diskussion verläßt ⅓ der Zuschauer den Saal, um sich der Demonstration anzuschließen. Die alte Oper ist jedoch schon umstellt, ein kleinerer Zug bewegt sich dann noch Richtung Innenstadt. – Seitdem heißt es jeden Tag: 17 Uhr Paulsplatz. Die Polizei kann die großen „Spontandemonstrationen" nicht verhindern. Dienstag abend 21 Uhr findet in Mörfelden ein Fackelzug mit ca. 8000 Teilnehmern statt. Mittwoch in Frankfurt: Wieder zieht ein riesiger Zug vom Paulsplatz in die Innenstadt. Auf der Kundgebung an der Katharinenkirche wird beschlossen, zum Hessischen Rundfunk zu ziehen und diesen aufzufordern zu senden: Alle Startbahngegner treffen sich täglich 17.00 Uhr. Außerdem soll die Forderung nach einer Life-Sendung im Fernsehen mit Börner, Dregger und Gries verbreitet werden. Ein Vertreter des HR stellt sich stur. Um die Demonstration nicht zu spalten, wird der HR jedoch nicht besetzt. Zur Stunde marschiert der Zug wieder mit zehntausend auf die Alte Oper zu.

meldet: Die Polizei ist da! Mehrere Hundertschaften Sondereinsatzkräfte aus mehreren Bundesländern überraschen die Gegner der Startbahn 18 West in ihren Hütten. Man hatte damit erst am nächsten Tag gerechnet. Ohne Gegenwehr müssen die Bewohner räumen. Gerade noch kann der Großalarm ausgelöst werden. Die Polizei zieht weitere Hundertschaften und einen Radpanzer in das Dorf nach und beginnt, ausgehend von der in den letzten Wochen errichteten Betonmauer, zwei das Dorf flankierende Keile in den Wald zu treiben. Die so geschaffenen Fronten werden mit starken Polizeikräften bewacht und zusätzlich mit mehreren Rollen NATO-Draht unpassierbar gemacht.

Durch den Großalarm und die 10-Uhr-Nachrichten mobilisiert, streben immer mehr Bewohner der umliegenden Gemeinden auf den Wegen und Schleichpfaden dem Hüttendorf entgegen, die Polizei hat wieder alle Straßen gesperrt und läßt nicht mal Fahrradfahrer durch. Bis Mittag sind es bereits mehrere tausend, gegen 15.00 h schätzt die „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung" rund 15000. Viele ältere Leute, aber natürlich auch Schüler direkt aus den Schulen sind gekommen.

Über den Stacheldrahtverhau wer-

walt an – jetzt verstehe ich sie und ich möchte selbst Gewalt anwenden, wenn ich euch da im Dorf sehe." Nur vereinzelt gehen Polizisten auf Debatten ein, oft wird dies sofort von der Führung unterbunden.

Über ein Jahr lang war dies Hüttendorf auf dem Privatgelände der Frankfurter Flughafen AG (FAG) eine offene Wunde für die Bourgeois und ihre Politiker. Immer wieder hatte Dregger auf dies „illegale Treiben" hingewiesen und „Taten" verlangt, hatte der freidemokratische Innenminister Gries diesem „Gesetzesbruch" ein Ende angedroht. Die Allparteienkoalition tönte aus den mitgebrachten Kofferradios: CDU-Scherer begrüßte für seine Partei „jeden rechtsstaatlichen Schritt, der d[illegible]zügigen Ausbau des Flughafens ermöglicht". Giani von der SPD erklärte, man „räume aus Sorge vor weiteren Straftaten". „Eine Räumung ist unumgänglich", so die FDP. Jetzt solle durch die rechtsstaatlich gebotene Räumung das illegale Treiben nachhaltig beendet werden.

Diese Entschlossenheit wurde durch den Polizeieinsatz und die Art seiner Entfaltung demonstriert. Wie Besatzer fielen sie ins Dorf ein, zerstörten wichtige Einrichtungen wie die Wasserversorgung, zerschlugen Scheiben, plün-

Dorf befestigt worden. Zur Verteidigung sind ein Graben und ein Wall ringsum ausgehoben und an einzelnen Stellen Palisaden errichtet worden. Jetzt wo die Polizei im Dorf ist, wirkt dies gegen die Startbahngegner, die Polizei hat die Befestigungen noch weiter verstärkt. Einige versuchen den Graben zuzuschütten oder anders heranzukommen. Die Polizei will die gesamte Belagerung auseinandertreiben. Dazu werden spezielle Hundertschaften, wieder Sondereinsatzkommandos aus NRW und Baden-Württemberg, eingesetzt. Wie sie da auf dem Wall

Schutz vor weiteren Geländeeroberungen durch die Polizei, Wiederaufbau des Hüttendorfes in unmittelbarer Nähe des alten Dorfes und in den umliegenden Städten Demonstrationen gegen die Räumung.

ehv.Frankfurt. Schon vor dem Tag X, Räumung des Hüttendorfs, war klar, daß alle, die nicht raus in den Wald fahren können, sich um 17.00 Uhr am Paulsplatz treffen. Durch Mund-zu-Mund-Propaganda über die Räumung treffen sich am Montag dann dort Tausende. Nach einer kurzen Berichterstattung über das Vorgehen der Polizei

rein. Die Situation ist gespannt, was wird jetzt passieren? Trotzdem bleiben die meisten. Auch nach einer Stunde sind die Gleise noch blockiert, Züge können weder ein- noch ausfahren. Auf einmal werfen Polizisten Tränengasgranaten mitten unter die Leute, die auf den Schienen hocken. Alles rennt von den Schienen, aber nicht aus dem Bahnhof raus, Parolen werden gerufen. Auch die Reisenden sind durch den Überraschungsangriff eingenebelt. Aber der Protest ist noch nicht erstickt. Dann fliegen vier, fünf, sechs Tränengasgranaten in die Bahnhofshalle, der Bahnhof wird buchstäblich ausgeräuchert und leergeknüppelt. Gleise und Bahnhofeingänge werden von der Polizei umstellt, nur Fahrkarteninhaber können passieren. Draußen bildet sich spontan ein Demonstrationszug Richtung Theater, Alte Oper. Die Polizei kann nicht verhindern, daß 200 Leute eine Vorstellung (über El Salvador) stürmen. Das Stück wird unterbrochen, nach der Diskussion verläßt ⅓ der Zuschauer den Saal, um sich der Demonstration anzuschließen. Die alte Oper ist jedoch schon umstellt, ein kleinerer Zug bewegt sich dann noch Richtung Innenstadt. – Seitdem heißt es jeden Tag: 17 Uhr Paulsplatz. Die Polizei kann die gro-









Leserbriefe

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR ist vordringlich

(Zu dem Artikel: „Ist die nationale Einheit Deutschlands von fortschrittlichem Interesse?“, KVZ 41/81, S, 4)

„Ist der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation nicht ein Hebel zum Sturz der Bourgeoisie?“ fragt Gen. K. in seiner Replik auf einen Kommentar in der KVZ 38, und antwortet: ja.

Ich zweifle daran. Soweit es die „Wiedervereinigung“ zumindest der BRD und DDR betrifft, verficht die westdeutsche Bourgeoisie sehr wohl das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation und das Recht auf nationale Einheit – auf ihre Weise und natürlich als ein Ziel unter anderen.

Wohl hat sie 1970/72 bei der Arrondierung ihrer Interessen mit der Sowjetunion und auf Druck der demokratischen Bewegung hier weitgehende Zugeständnisse in Richtung Anerkennung der gegenwärtigen Staaten und Grenzen machen müssen. Aber dennoch hält die westdeutsche Bourgeoisie am Alleinvertretungsanspruch fest und hat die DDR bis heute nicht völkerrechtlich anerkannt. Gegenüber allen Versuchen, ausgehend von den Wünschen der Menschen vor allem in der DDR nach offenen Grenzen und ungehinderter Kommunikation zwischen den beiden deutschen Staaten eine unmittelbar gerechte Strömung nach Wiedervereinigung zu postulieren, muß man daher immer wieder hervorheben: der erste und dringend notwendige Schritt, um hier überhaupt weiterzukommen, ist die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Grenzen Deutschlands insgesamt. (Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir die Bundesregierung in ihrem Standpunkt unterstützen sollten, eine solche Anerkennung könne nur im Rahmen eines Friedensvertrages geschehen.) Ohne daß die Anerkennung zur unabdingbaren Voraussetzung gemacht wird, würde tatsächlich jede Strömung für nationale Einheit ein Anhängsel der Bourgeoisie bleiben. Denn ohne sie würden die Umstände einer auch nur Annäherung für die Volksmassen in der BRD wie in der DDR nicht akzeptabel sein.

Ich teile die in dem kritisierten Kommentar geäußerte Auffassung, daß gegenüber der Frage einer möglichen Annäherung der beiden deutschen Staaten wesentlicher ist die Frage der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der beiden Staaten als Teil des Kampfes aller europäischen Völker. Eine Annäherung – um nur davon zu reden – *ohne* Veränderungen in der Position ganz Europas zu den Supermächten könnte meiner Ansicht nach nur in einer Weise vor sich gehen, daß sie sich gegen die Interessen der übrigen europäischen Völker richten würde. Denn sie könnte dann offensichtlich nur durch ein weitgehendes Arrangement der westdeutschen Bourgeoisie mit der Sowjetunion zustandekommen. „Deutschland“, genauer wohl die BRD, wäre im Ende gegenüber den übrigen europäischen Völkern gestärkt, nicht jedoch gegenüber den Supermächten. Daher ist ein engeres Zusammenrücken der Völker Europas, konkret für

überhaupt weiterzukommen, ist die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Grenzen Deutschlands insgesamt. (Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir die Bundesregierung in ihrem Standpunkt unterstützen sollten, eine solche Anerkennung könne nur im Rahmen eines Friedensvertrages geschehen.) Ohne daß die Anerkennung zur unabdingbaren Voraussetzung gemacht wird, würde tatsächlich jede Strömung für nationale Einheit ein Anhängsel der Bourgeoisie bleiben. Denn ohne sie würden die Umstände einer auch nur Annäherung für die Volksmassen in der BRD wie in der DDR nicht akzeptabel sein.

Ich teile die in dem kritisierten Kommentar geäußerte Auffassung, daß gegenüber der Frage einer möglichen Annäherung der beiden deutschen Staaten wesentlicher ist die Frage der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der beiden Staaten als Teil des Kampfes aller europäischen Völker. Eine Annäherung – um nur davon zu reden – *ohne* Veränderungen in der Position ganz Europas zu den Supermächten könnte meiner Ansicht nach nur in einer Weise vor sich gehen, daß sie sich gegen die Interessen der übrigen europäischen Völker richten würde. Denn sie könnte dann offensichtlich nur durch ein weitgehendes Arrangement der westdeutschen Bourgeoisie mit der Sowjetunion zustandekommen. „Deutschland“, genauer wohl die BRD, wäre im Ende gegenüber den übrigen europäischen Völkern gestärkt, nicht jedoch gegenüber den Supermächten. Daher ist ein engeres Zusammenrücken der Völker Europas, konkret für
uns: Westeuropas, wichtiger als die Frage der nationalen Einheit Deutschlands. Damit ist nichts gegen das *Recht* auf Selbstbestimmung gesagt, wohl aber etwas gegen die aktuelle Dringlichkeit seiner Verwirklichung.

H.K., Bremen

Zu optimistisches Bild über die Entwicklung in Polen

Einige Kritikpunkte zur Berichterstattung zu Polen in den letzten Nummern der KVZ

Liebe Genossen,
Ich denke, daß die KVZ mit ihrer Polenberichterstattung in den letzten Wochen einigermaßen daneben liegt. Deshalb einige Kritikpunkte und Anregungen:

a) Walesas Äußerungen in *Frankreich* zur Änderung der Parteiführung als politischen Ausgangspunkt für eine Einschätzung zu nehmen, wie dies der Genosse Koenen macht (KVZ 43/1981, S. 1), halte ich schlichtweg für naiv. Walesa hat erstens immer eine große Reserve gezeigt, aktuelle Einschätzungen vor der Presse zu veröffentlichen, noch größer wird diese Reserve sein, wenn er im Ausland, insbesondere im westlichen Ausland, dazu gefragt wird. So naiv ist z.B. die bürgerliche Presse überhaupt nicht, die dieses Ergebnis entweder als tatsächliche Wende oder als letzten Ausweg oder als beides in der Entwicklung der Klassenkämpfe in Polen analysiert hat. So lernt man auch in dem Artikel auf den hinteren Seiten über die Lageentwicklung in Polen herzlich wenig, außer, daß es halt kompliziert ist.

b) Die Sowjetunion und ihre Rolle bei diesem Regierungswechsel wird überhaupt nicht berücksichtigt und untersucht. Es ist doch offensichtlich, daß sie auf diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses systematisch hingearbeitet hat, zusammen mit den Bruderparteien. Nicht zuletzt durch ihre Einschätzung des Verlaufs des Solidarność-Kongresses und ihrer Aufgabenstellung. Durch diese Art der Darstellung wird bei weiterem Gang der Klassenkämpfe und eventueller Konterrevolution von innen, die Propagandalüge der SU über ihre „Nichteinmischung“ noch gestärkt.

c) Bei seiner Einschätzung, daß weder die Partei noch die Armee zur Konterrevolution fähig seien, wenn auch durch „wahrscheinlich“ abgeschwächt, stützt sich der Genosse Koenen auf die Auflösungserscheinungen in Partei und Armee (KVZ 43/1981, S. 1 und 7). Dem stehen aber gegenüber – und werden meiner Meinung nach durch den Wechsel von Kania zu Jaruzelski besonders deutlich bzw. den zugrundeliegenden Kräfteverschiebungen im Zentralen Komitee – der Aufbau von zur Konterrevolution fähigen Teilen von Partei und Armee. Dies ist doch wahrscheinlich der Lösungsweg, den die SU i.A. einschlägt, und zwar schon seit geraumer Zeit. Er entspricht auch am ehesten den Forderungen der westeuropäischen Länder, vielleicht mit Ausnahme Frankreichs. Diese werden doch einerseits von den Banken angetrieben, die Kredite zu sichern (siehe den Vortrag Abs zum Kreditrisiko der Banken bei Auslandskrediten, was direkt auf Polen zielt und auch so verstanden wird, FAZ 24.10.1981), wie sie auch inzwischen immer offener die revolutionären Ziele der polnischen Arbeiterbewegung befürchtet.

d) Die Verschlechterung der Vorsorgungslage in Polen und wie es zu ihr kommt u.a., durch die Zurückhaltung der westlichen Hilfe durch die polnische Regierung etc. sind seit Wochen ein offenes Geheimnis, die aber doch als bewußte konterrevolutionäre Strategie begriffen und dargestllt werden muß, auch wenn die konkrete Untersuchung sicherlich große Schwierigkeiten bereitet.

e) Dieses Nichtverstehen einer auch konterrevolutionären Entwicklung scheint mir mit grundlegenden Fehleinschätzungen verbunden zu sein. In KVZ 36/1981 behauptet der Genosse Koenen, daß das Neue an der polnischen Revolution sei, daß mit den Forderungen nach Arbeiterselbstverwaltung zum ersten Mal in der Geschichte die Eigentumsfrage vor der Machtfrage gestellt worden sei.

Ich bezweifele diese Einschätzung stark. Schon das fast gleichzeitige Aufstellen der Forderung nach freien Parlamentswahlen – was faktisch die unmittelbare Forderung nach Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit Bauern und Intelligenz ist –, hätte einen bei einer solchen Einschätzung vorsichtig mache sollen.

Aber es liegt noch ein viel grundsätzlicherer Fehler vor. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem sich die Kapitalistenklasse über den Warenaustausch den Mehrwert aneignet, d.h. die Ausbeutung erst einmal eine

wie sie auch inzwischen immer offener die revolutionären Ziele der polnischen Arbeiterbewegung befürchtet.
d) Die Verschlechterung der Vorsorgungslage in Polen und wie es zu ihr kommt u.a., durch die Zurückhaltung der westlichen Hilfe durch die polnische Regierung etc. sind seit Wochen ein offenes Geheimnis, die aber doch als bewußte konterrevolutionäre Strategie begriffen und dargestllt werden muß, auch wenn die konkrete Untersuchung sicherlich große Schwierigkeiten bereitet.
e) Dieses Nichtverstehen einer auch konterrevolutionären Entwicklung scheint mir mit grundlegenden Fehleinschätzungen verbunden zu sein. In KVZ 36/1981 behauptet der Genosse Koenen, daß das Neue an der polnischen Revolution sei, daß mit den Forderungen nach Arbeiterselbstverwaltung zum ersten Mal in der Geschichte die Eigentumsfrage vor der Machtfrage gestellt worden sei.
Ich bezweifele diese Einschätzung stark. Schon das fast gleichzeitige Aufstellen der Forderung nach freien Parlamentswahlen – was faktisch die unmittelbare Forderung nach Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit Bauern und Intelligenz ist –, hätte einen bei einer solchen Einschätzung vorsichtig mache sollen.
Aber es liegt noch ein viel grundsätzlicherer Fehler vor. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem sich die Kapitalistenklasse über den Warenaustausch den Mehrwert aneignet, d.h. die Ausbeutung erst einmal eine
rein ökonomische Tatsache ist, ist in den Staaten sowjetischen Typs die Aneignung des Mehrprodukts Sache des Staates, die Leitung der Betriebe Sache des Staates, weil sie die Aneignung des Mehrprodukts sichert. Der Staatsapparat in diesen Ländern ist deshalb nicht nur Staatsapparat der herrschenden Klasse, sondern – wie Genosse Schmierer schreibt – *Sitz* der herrschenden Klasse. Die Durchführung der Arbeiterselbstverwaltung nach den Forderungen von Solidarność – vielleicht selbst nach dem Kompromiß zwischen Gewerkschaft und Regierung – bedeutet deshalb nicht nur eine Änderung der Eigentumsverhältnisse, sondern auch die Zerschlagung der *politischen* Macht und ein direkter Angriff auf eine der Grundlagen der herrschenden Klasse.

Da das Produktionsverhältnis in Polen ein völlig anderes ist als in Westdeutschland, kann man deshalb – wie es meiner Meinung nach der Genosse Koenen tut – eine ähnliche Trennung zwischen ökonomischen, sozialen und politischen Kämpfen *nicht* machen, sondern leistet damit nur Fehlern Vorschub.

Übrigens sieht der Genosse Koenen es auch so, daß mit Einführung der Arbeiterselbstverwaltung der „Nomenklatura“ (wie ich es verstehe, ein Ausdruck für die herrschende Klasse) die Basis entzogen wird, er zieht darüber aber keine Konsequenzen bei der Korrektur seiner Einschätzung. Sicherlich wird durch Einführung der Arbeiterselbstverwaltung nicht die *ganze* politische Macht, weil bestimmte Teile des Staatsapparates weiterbestehen bleiben, z.B. die Partei, Armee, Polizei, Justiz etc. Wichtig ist jedoch zu begreifen, daß die ökonomische Verwaltung in Staaten sowjetischen Typs direkter Bestandteil des Staatsapparates sind und nicht wie im Kapitalismus davon getrennt.

U.a. aufgrund der Unterschätzung des Inhaltes dieses Kampfes werden die jetzt schon vorhandenen inneren Widersprüche in Polen unterschätzt, und damit die Schärfe des Klassenkampfes in Polen, der jetzt zu einer faktischen Militärdiktatur geführt hat, unterschätzt.

Immerhin hatte aber schon Rakowski im Zusammenhang mit der Arbeiterselbstverwaltung Augstein gesagt, daß damit die Machtfrage gestellt sei, um den weiteren Verlauf des Klassenkampfes bis hin zum Blutvergießen zu rechtfertigen.

Übrigens muß man sich darüber im Klaren sein, daß dies objektiv so ist, unabhängig davon, ob Solidarność dies will oder nicht, solange sie an der Forderung nach Arbeiterselbstverwaltung festhalten.

Für den Ausgang des Klassenkampfes dürfte es aber relativ entscheidend sein, inwieweit sich die Gewerkschaftsführung darüber im klaren ist oder nicht. Und wie sie sich die Gewerkschaft und das Volk auf diesen Kampf vorbereitet. Dies scheint mir auch – ohne spezifische Kenntnisse der Einzeldebatten – auch der Inhalt der Auseinandersetzung auf dem Solidarność-Kongreß gewesen zu sein, wobei mir völlig unklar ist und dies z.B. in der KVZ, aber auch anderswo, nicht untersucht wird, wohl in der Einschätzung, daß es über diese Frage erneut zu weiteren Kompromissen kommen kann.

Polen scheint mir übrigens das genaue Gegenteil zu beweisen von dem was die Eurokommunisten die Herrschaft der herrschenden Klasse qua Hegemonie nennen. Die politische, soziale, z.T. ökonomische Hegemonie der herrschenden Klasse in Polen scheint mir weitgehend gebrochen, doch ohne Zerschlagung des Staatsapparates scheint es nicht zu gehen – man sollte die jetzigen Militärstreifen nicht unterschätzen, auch nicht übertreiben, aber „Ordnung“ bedeutet in diesem jetzigen Zusammenhang sicherlich Wiederherstellung der politischen Macht der herrschenden Klasse.

Als letztes, man müßte von diesem Standpunkt auch noch einmal die Regierungszeit bzw. die Parteiführerschaft Kanias untersuchen, wo ich denke, daß sie durchweg falsch als „Kompromißherrschaft“ verstanden worden ist. Vielleicht ist sie nur die Zeit gewesen, um die Konterrevolution zu sammeln, die Wirtschaftskrise, die sicherlich objektiv da ist, auch noch durch politische Maßnahmen zu beschleunigen und die ganze Entwicklung von *innen* heraus zu schlagen.

Dann würde die zu Recht lange Zeit erwartete offene Intervention der Sowjetunion gar nicht nötig, was international die optimalste Lösung ist für die SU.

Sicher scheint mir auf jeden Fall zu sein, daß die polnische Partei jetzt versucht, gestützt auf eine lange Vorbereitung die Konterrevolution offen politisch fortzuentwickeln, was übrigens nicht unbedingt eine schnelle Entwicklung heißen muß.

K.E.

Hegemonie der herrschenden Klasse in Polen scheint mir weitgehend gebrochen, doch ohne Zerschlagung des Staatsapparates scheint es nicht zu gehen – man sollte die jetzigen Militärstreifen nicht unterschätzen, auch nicht übertreiben, aber „Ordnung“ bedeutet in diesem jetzigen Zusammenhang sicherlich Wiederherstellung der politischen Macht der herrschenden Klasse.
Als letztes, man müßte von diesem Standpunkt auch noch einmal die Regierungszeit bzw. die Parteiführerschaft Kanias untersuchen, wo ich denke, daß sie durchweg falsch als „Kompromißherrschaft“ verstanden worden ist. Vielleicht ist sie nur die Zeit gewesen, um die Konterrevolution zu sammeln, die Wirtschaftskrise, die sicherlich objektiv da ist, auch noch durch politische Maßnahmen zu beschleunigen und die ganze Entwicklung von *innen* heraus zu schlagen.
Dann würde die zu Recht lange Zeit erwartete offene Intervention der Sowjetunion gar nicht nötig, was international die optimalste Lösung ist für die SU.
Sicher scheint mir auf jeden Fall zu sein,

Noch einmal: „Über die Erfahrungen der westdeutschen Kommunisten mit ihrer Programmdebatte“

Im Artikel des Genossen W.P. (KVZ 36/81, S. 4) zu einer Diskussionsveranstaltung, die in Frankfurt über die „Erfahrungen der westdeutschen Kommunisten mit ihrer Programmdebatte“ stattfand, findet sich nach einer im wesentlichen richtigen Darstellung der behandelten Themen der Satz, daß es bezüglich der Frage der strategischen Gesamtorientierung revolutionärer Politik, die sich in der Maierschen These, daß die Richtung der Produktivkraftentwicklung Hauptinhalt revolutionärer Politik sein solle, eigentlich „keine grundlegenden Widersprüche“ gebe. Viemehr seien wechselseitig von W. Maier und H.-G. Schmierer Positionen kritisiert worden, die so gar nicht vertreten werden würden. Zwar ist es richtig, daß es in der Diskussion ab und zu zu gewissen Überspitzungen gekommen ist, und auch das Aufeinander-Beziehen war nicht besonders ausgeprägt (vor allem von seiten Maiers nur schwach entwickelt), aber heißt dies alles, daß in dieser Frage deshalb gar keine besonderen Differenzen bestünden? Meines Erachtens ist das Gegenteil der Fall.

Wodurch wird denn die Richtung der Produktivkraftentwicklung bestimmt (der Richtung also, in der die „Gesamtheit der subjektiven und gegenständlichen Faktoren des Produktionsprozesses sowie deren Zusammenwirken“ sich bewegt)? Sie wird bestimmt durch den Charakter der Produktionsverhältnisse (Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen).

Es sind die Produktionsverhältnisse, der Charakter der Gesellschaftsordnung, es ist der Kampf der Klassen, die aus den Produktionsverhältnissen herausgewachsen sind, die unserer Epoche Charakter und Inhalt geben. Die Richtung der Produktivkraftentwicklung zum Hauptinhalt revolutionärer Politik zu machen, muß unweigerlich zur Theorie der Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus, zur Theorie führen, daß die Arbeiterklasse als einzig konsequent revolutionäre Klasse ausgespielt hat (auch wenn dies noch nicht am Anfang einer solchen Konzeption steht).

Es handelt sich deshalb hier doch in ganz offensichtlicher Weise um zwei völlig verschiedene Ansätze revolutionärer Politik, und so gesehen handelt es sich beim Artikel von W.P. um einen zum Scheitern verurteilten Versuch zu harmonisieren, wo es sich zu harmonisieren verbietet.

Wo rührt aber nun die ganz offensichtliche Schwäche des KBW her, auf diese Positionen von W. Maier theoretisch fundiert zu antworten? Im Artikel von W.P. scheint mir dies auf den Punkt gebracht worden zu sein. In Antwort auf W. Maiers Haltung zum Kampf um Demokratie schreibt er: „Wie soll politische Macht erfolgreich erobert werden, wenn nicht zuvor die gesellschaftliche Stellung der Bourgeoisie systematisch geschwächt und eingeschränkt und von Positionen der Volksmacht bedroht wird?“ Das aber leistet doch der Kampf um Demokratie nur sehr begrenzt, denn was macht die gesellschaftliche Stellung der Bourgeoisie aus? Worin liegt diese denn begründet? Doch wohl hauptsächlich in den Produktionsverhältnissen mit deren Kern, den Eigentumsverhältnissen, und die werden vom demokratischen Kampf nur peripher tangiert. Hier schlägt ganz einfach wieder einmal die fehlerhafte strategische Konzeption mit dem demokratischen Kampf als Hauptkettenglied negativ durch – der gesamte Bereich der Produktion bleibt unangetastet, um den geht es aber zentral. Die sozialistische Revolution ist ihrem Wesen nach ein sozialer Ansturm, und keiner von demokratisch gesinnten Massen. Damit soll der demokratische Kampf keinesfalls negiert werden – gerade die Kritik des KBW am imperialistischen Ökonomismus war verdienstvoll – also auch der dadurch geschärfte Blick auf die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht ist wichtig (gerade auch gegenüber allen „eurokommunistischen“ Positionen in der Staatsfrage), doch er ist dem sozialistischen Kampf untergeordnet.

Die ganze Diskussionsveranstaltung ist eingebettet in den Satz: „Wir weichen einer erneuten Auseinandersetzung um das Programm nicht aus, sondern sondern suchen sie“ (Kommunismus und Klassenkampf 4/1981). Das KBW-Programm soll systematisch überprüft werden, um dann „erneut die Auseinandersetzungen der Kommunisten zu zentralisieren“. Damit scheint mir aber der KBW auf dem Weg, den zentralen Fehler bei Ausarbeitung des Programms zu wiederholen:

Es wurde verfaßt ohne vorausgegangene konkrete Untersuchung der Produktionsverhältnisse, der Klassenstruktur, der nationalen Frage, der Entwicklung der Arbeiterbewegung, d.h. ohne Imperialismus- und Klassenanalyse der BRD.

„Zwei Wege werden daher durch eine erneute Programmdebatte eröffnet: Der eine würde den Versuch bedeuten, heute bereits das Programm der westdeutschen Revolution als konkrete Kriegserklärung an den Imperialismus zu schreiben. Das Scheitern auf diesem Weg wäre vorprogrammiert. Der andere Weg würde bedeuten, über eine gemeinsame Prinzipienerklärung und die Debatte darüber in der Überwindung des Zirkelwesens einen Schritt vorwärts zu kommen und die vorhandenen Kräfte bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben zusammenzufassen. Ob dieser Weg zum Erfolg führt, kann nicht vorausgesagt werden. Aber er würde den Versuch lohnen.“ (Aufsätze zur Diskussion 14, S. 20)

E., NHT-Gruppe Frankfurt

Produktivkraftentwicklung bestimmt (der Richtung also, in der die „Gesamtheit der subjektiven und gegenständlichen Faktoren des Produktionsprozesses sowie deren Zusammenwirken“ sich bewegt)? Sie wird bestimmt durch den Charakter der Produktionsverhältnisse (Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen).
Es sind die Produktionsverhältnisse, der Charakter der Gesellschaftsordnung, es ist der Kampf der Klassen, die aus den Produktionsverhältnissen herausgewachsen sind, die unserer Epoche Charakter und Inhalt geben. Die Richtung der Produktivkraftentwicklung zum Hauptinhalt revolutionärer Politik zu machen, muß unweigerlich zur Theorie der Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus, zur Theorie führen, daß die Arbeiterklasse als einzig konsequent revolutionäre Klasse ausgespielt hat (auch wenn dies noch nicht am Anfang einer solchen Konzeption steht).
Es handelt sich deshalb hier doch in ganz offensichtlicher Weise um zwei völlig verschiedene Ansätze revolutionärer Politik, und so gesehen handelt es sich beim Artikel

erneuten Auseinandersetzung um das Programm nicht aus, sondern sondern suchen sie“ (Kommunismus und Klassenkampf 4/1981). Das KBW-Programm soll systematisch überprüft werden, um dann „erneut die Auseinandersetzungen der Kommunisten zu zentralisieren“. Damit scheint mir aber der KBW auf dem Weg, den zentralen Fehler bei Ausarbeitung des Programms zu wiederholen:
Es wurde verfaßt ohne vorausgegangene konkrete Untersuchung der Produktionsverhältnisse, der Klassenstruktur, der nationalen Frage, der Entwicklung der Arbeiterbewegung, d.h. ohne Imperialismus- und Klassenanalyse der BRD.
„Zwei Wege werden daher durch eine erneute Programmdebatte eröffnet: Der eine würde den Versuch bedeuten, heute bereits das Programm der westdeutschen Revolution als konkrete Kriegserklärung an den Imperialismus zu schreiben. Das Scheitern auf diesem Weg wäre vorprogrammiert. Der andere Weg würde bedeuten, über eine gemeinsame Prinzipienerklärung und die Debatte darüber in der Überwindung des Zirkelwesens einen Schritt vorwärts zu kommen und die vorhandenen Kräfte bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben zusammenzufassen. Ob dieser Weg zum Erfolg führt, kann nicht vorausgesagt werden. Aber er würde den Versuch lohnen.“ (Aufsätze zur Diskussion 14, S. 20)
E., NHT-Gruppe Frankfurt

Satisfaktion verlangt!

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK),
Zentrales Komitee – Geschäftsführender Ausschuß
Köln, den 28.10.1981

Herr Koenen,
sie haben in der „Kommunistischen Volkszeitung“ Nr. 43/81 auf Seite 11 geschrieben:
„Man muß schon die Wirklichkeit selbst als eine bloße Trübung der eigenen, kindlich reinen Vorstellungswelt ansehen, um die gegenwärtige Krise in der Sowjetunion für eine bloße Propagandaerfindung der westlichen Bourgeois zu halten – wie es kürzlich ein ungenannter Autor in den ‚Politischen Berichten‘ des BWK fertigbrachte. Aber das ist ein Kapitel für sich.“

Dazu stelle ich fest: Die redaktionelle Verantwortlichkeit für den von ihnen angegriffenen Artikel geht aus dem Impressum der Zeitschrift für jedermann klar und eindeutig hervor.

Ihre Unterstellung über den „ungenannten Autor“, der „ein Kapitel für sich“ sei, verstößt gegen jeden journalistischen Anstand, gegen jegliche journalistische Sauberkeit.

Da sie ihre großdeutsche Serie über die Vorteile der bäuerlichen Einzelwirtschaft (der westdeutschen oder der US-amerikanischen?) und über die „altrussische Trägheit“ angekündigt haben, fortsetzen zu wollen, da sie damit offenbar beabsichtigen, der bekannten, im wesentlichen US-imperialistischen Kritik an den Verhältnissen in der Sowjetunion in ihrem Blatt auch künftig ein Organ zu erhalten, halte ich es für angebracht, wenn sie sich für ihre Unverschämtheit bei dieser Gelegenheit entschuldigen.

R. Lötzer

Neue Bücher im Vertriebsprogramm

Karl Marx · Friedrich Engels
Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung

Wie stark sind die Differenzen?

Parteitag der CDU in Hamburg eröffnet

gkr. Ursprünglich sollte es ein Parteitag der Jugend werden, mit eindeutigem Schwerpunkt auf einem jugendpolitischen Programm der CDU. Geblieben davon ist nur noch das Motto: „Mit der Jugend – für eine bessere Zukunft". Ansonsten ist es „ein in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlicher Parteitag" (Heiner Geißler), vor allem wegen der Teilnahme von 500 Jugendlichen. Der Leitantrag des Vorstandes setzt die Schwerpunkte für die Debatte: „Frieden und Freiheit sichern"; „die Soziale Marktwirtschaft erneuern"; „der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen" und „Unser Ziel: Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft".

Im Vorfeld des Parteitages gab es schon heftige Auseinandersetzungen um den Kurs der Union, um den Kurs ihres Vorsitzenden Kohl. Der JU-Vorsitzende Wissmann wie auch der Generalsekretär Geißler übten heftige Kritik an dem Volksfront-Vorwurf Helmut Kohls an die Teilnehmer der Demonstration in Bonn am 10. Oktober. Sie halten eine Debatte mit den teilnehmenden Menschen für notwendig. Biedenkopf hat sich ebenfalls zur Frage der Verteidigung geäußert. Das Konzept der atomaren Abschreckung sei auf Dauer nicht durchführbar, so äußerte er sich in der „Zeit". In dem Abschnitt über die soziale Marktwirtschaft mußte die Antragskommission Formulierungen der Sozialausschüsse aufnehmen, die als ein Zeichen an die Ökologiebewegung verstanden werden können. So heißt es jetzt, man könne dort auf Wachstum verzichten, „wo die natürliche Umwelt gefährdet ist", und zu den vier Zielen einer Stabilitätspolitik (angemessenes Wachstum, hohe Beschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) soll als fünftes treten: „Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens". Nicht, daß das für reale Politik viel bedeuten würde. Die Realität zeigt das Gegenteil, aber natürlich ist es eine Reaktion auf die Bewegungen gegen die Zerstörung der Umwelt. Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU hat gleich dagegen protestiert und Wachstum, sprich Zunahme des in den Händen der Kapitalisten angehäuften Reichtums, als unbedingte Richtschnur jeder Wirtschaftspolitik verlangt.

Die CDU schwimmt gegenwärtig auf einer Woge von Erfolgen, guten Meinungsumfragen. Erst jetzt wurden ihr bei einer sofortigen Wahl mehr als 50% der Wählerstimmen vorausgesagt. Kohl will sich offensichtlich von dieser Woge weitertragen lassen. Seine Eröffnungsrede auf dem Parteitag am Dienstag war ganz darauf abgestellt. Aber tatsächlich wirken eben die gesellschaftlich aufgeworfenen Fragen auch in die CDU hinein, vielleicht weniger in die Partei direkt als auf die Wähler. Bei den 300000 in Bonn waren eben auch Wähler der CDU, auf dem Gelände der Startbahn West des Frankfurter Flughafens, im Hüttendorf, hatte auch die Junge Union eine Hütte gebaut. Es gibt genügend CDU-Politiker in den von der Flughafenerweiterung betroffenen Dörfern, die die Aktionen der Startbahngegner unterstützen.

Und wenn Kohl auf dem Parteitag ausführt: Wir können mit dem in den vergangenen Jahren Erreichten zufrieden sein, so ist dies eben nur die halbe Wahrheit. In Frankfurt wurde OB Wallmann relativ unangefochten gewählt. In Westberlin aber gibt es zwar einen CDU-Senat, zustande gekommen ist er aber nur durch die Unterstützung von FDP-Abgeordneten, die gegen ihre eigene Partei handelten. Und daß diese Konstellation dort so ist, hängt zu einem nicht geringen Teil mit der Zunahme, dem Erfolg der Alternativen Liste zusammen. In Hannover, der Stadt Kurt Schumachers, wie Kohl in seiner Rede sagte, ist zwar die CDU mittlerweile mit der SPD gleichauf, aber ohne die Alternativen geht praktisch nichts. Es ist offensichtlich nicht einfach ein Trend hin zur CDU festzustellen, sondern eine Bewegung weg von der SPD.

Heiner Geißler will dieser Bewegung gegenüber der Partei mehr Bewegungsraum verschaffen. Und gerät dabei in Widerspruch zum Parteivorsitzenden. Ihn hat er implizit in seinen Gedanken schon entmachtet. Im Deutschlandfunk erklärte er auf die Frage, wie er sich das veränderte Verhältnis zwischen sich und Kohl erkläre, zwischen Fraktion und Partei müsse es eine Arbeitsteilung geben. Die Fraktion habe eher die Aufgabe, auf der Basis des Wahlkampfprogramms die Auseinandersetzung mit der Regierung zu führen, die Partei habe dagegen durch mittel- und langfristige Arbeit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, „daß wir bei den nächsten Bundestagswahlen die Mehrheit der Wähler gewinnen". Kohl hat in seiner Eröffnungsrede mit deutlicher Anspielung auf Biedenkopf, Geißler, Wissmann, sinngemäß erklärt, diejenigen, die Interviews ständig gäben, sollten lieber statt einem Interview drei Wahlkampftermine wahrnehmen. Der lange Beifall für diese Äußerung läßt eher darauf schließen, daß seine Linie bei den Delegierten die Oberhand behalten wird.

Bundesastenseminar, das nicht stattfand

Zentralrat der vds beschließt einstimmig „schärfste Proteste und Streiks" – bundesweit vom 7. bis 12.12.

klb. Am letzten Wochenende (31.10./1.11.) sollte in Dortmund eine ASten-Aktionskonferenz stattfinden. Bei dieser Konferenz, zu der der Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) eingeladen hatte und an der ca. 110 von insgesamt 186 Mitglieds-ASten teilnahmen, sollte beraten werden, wie die Studentenschaften auf die dramatische Verschlechterung sämtlicher Studienbedingungen (BAföG-Kürzungen, allerorten Erhöhung der Sozialbeiträge und Essens-

der Politik der Bundes- und Landesregierungen auseinanderzusetzen; sie zwinge ihn zur Entscheidung, ob er dagegen kämpfen wolle oder nicht. Gegenüber der Frage der Kampfform treten bei MSB und SHB alle inhaltlichen Gesichtspunkte zurück, sieht man einmal von der platten Formel „Gegen Rotstift und Raketen" ab, nach deren innerer Logik der Kampf gegen die „Rotstiftpolitik" den Kampf gegen die US-Raketen erfordere, weil diese die „Rotstiftpolitik" verursachten und umgekehrt ein erfolgreicher Kampf gegen

Ungleichzeitigkeit von Bewegungen und Kämpfen an den Hochschulen nicht für ein Manko; sie halten nichts von einer Vereinheitlichung dieser ungleichzeitigen Bewegung von oben, zumal auf falschen Grundlagen und zumal angesichts der Absicht des MSB Spartakus, in und mit solchen „vereinheitlichten" Aktionen seine „Führungsrolle" in der Studentenbewegung zu stärken.

Dazwischen die Juso-Hochschulgruppen, zerstrittener denn je. Die einen (der Stamokap-Flügel) unterstütz-

auf Dauer nicht durchführbar, so äußerte er sich in der „Zeit". In dem Abschnitt über die soziale Marktwirtschaft mußte die Antragskommission Formulierungen der Sozialausschüsse aufnehmen, die als ein Zeichen an die Ökologiebewegung verstanden werden können. So heißt es jetzt, man könne dort auf Wachstum verzichten, „wo die natürliche Umwelt gefährdet ist", und zu den vier Zielen einer Stabilitätspolitik (angemessenes Wachstum, ho-

dorf, hatte auch die Junge Union eine Hütte gebaut. Es gibt genügend CDU-Politiker in den von der Flughafenerweiterung betroffenen Dörfern, die die Aktionen der Startbahngegner unterstützen.

Und wenn Kohl auf dem Parteitag ausführt: Wir können mit dem in den vergangenen Jahren Erreichten zufrieden sein, so ist dies eben nur die halbe Wahrheit. In Frankfurt wurde OB Wallmann relativ unangefochten gewählt. In Westberlin aber gibt es zwar

aussetzungen dafür zu schaffen, „daß wir bei den nächsten Bundestagswahlen die Mehrheit der Wähler gewinnen". Kohl hat in seiner Eröffnungsrede mit deutlicher Anspielung auf Biedenkopf, Geißler, Wissmann, sinngemäß erklärt, diejenigen, die Interviews ständig gäben, sollten lieber statt einem Interview drei Wahlkampftermine wahrnehmen. Der lange Beifall für diese Äußerung läßt eher darauf schließen, daß seine Linie bei den Delegierten die Oberhand behalten wird.

Bundesastenseminar, das nicht stattfand

Zentralrat der vds beschließt einstimmig „schärfste Proteste und Streiks" – bundesweit vom 7. bis 12.12.

klb. Am letzten Wochenende (31.10./1.11.) sollte in Dortmund eine ASten-Aktionskonferenz stattfinden. Bei dieser Konferenz, zu der der Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) eingeladen hatte und an der ca. 110 von insgesamt 186 Mitglieds-ASten teilnahmen, sollte beraten werden, wie die Studentenschaften auf die dramatische Verschlechterung sämtlicher Studienbedingungen (BAföG-Kürzungen, allerorten Erhöhung der Sozialbeiträge und Essenspreise, Wohnungsnot, Stellenstreichungen, Überfüllung etc.) durch die Haushaltsbeschlüsse der Bundes- und Länderregierungen antworten könnten. Seitens des MSB Spartakus und des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) lag der Vorschlag für einen „bundesweiten Streik" „Gegen Rotstift und Raketen" auf dem Tisch; aber es war bereits nicht mehr nur ein Vorschlag; an allen Hochschulen, wo die genannten Gruppen vertreten sind, hatten sie bereits eine massive Kampagne für einen solchen Streik eingeleitet, und bei Beginn der Konferenz lagen 21 Beschlüsse von Vollversammlungen und eine Reihe von ASten- und Fachschaftsbeschlüssen in dieser Richtung vor.

Doch die Konferenz wurde zu einem Fiasko; sie fand eigentlich nicht einmal statt. Der politische Bankrott eines Dachverbandes der Studentenschaften in seinen gegenwärtigen Strukturen wurde – wieder einmal – offenbar. Einseitige Schuldzuweisungen taugen aber zur Erklärung wenig. Doch der Reihe nach.

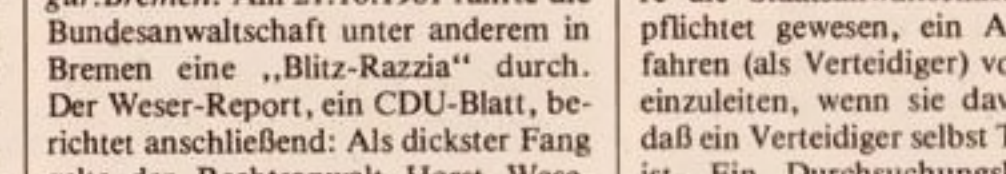
Am Samstag gegen 14.30 Uhr (mit vierstündiger Verspätung) beginnt das Plenum mit ersten Stellungnahmen der verschiedenen Fraktionen, in denen die unterschiedlichen Standpunkte deutlich werden. Für MSB und SHB gibt es nur die eine Frage: bundesweiter Streik – ja oder nein. Sie begründen ihr unbedingtes Eintreten für bundesweiten Streik damit, daß auf die massiven Kürzungen bei den Sozial- und Bildungsausgaben mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf die Hochschulen eine massive Antwort der Studenten nötig sei; und die massivste Antwort sei eben ein bundesweiter Streik; sie zwinge jeden Studenten, sich mit der Politik der Bundes- und Landesregierungen auseinanderzusetzen; sie zwinge ihn zur Entscheidung, ob er dagegen kämpfen wolle oder nicht. Gegenüber der Frage der Kampf*form* treten bei MSB und SHB alle inhaltlichen Gesichtspunkte zurück, sieht man einmal von der platten Formel „Gegen Rotstift und Raketen" ab, nach deren innerer Logik der Kampf gegen die „Rotstiftpolitik" den Kampf gegen die US-Raketen erfordere, weil diese die „Rotstifpolitik" verursachten und umgekehrt ein erfolgreicher Kampf gegen die Raketen erhöhte Bildungs- und Sozialausgaben ermögliche. Der Kampf für den Frieden wird auf die Waffenfrage (ja genauer, auf die Frage der US-Raketen) reduziert; die „Rotstiftpolitik" als Folge bloßer Umverteilungen im Staatshaushalt, die in umgekehrter Richtung rückgängig gemacht werden müßten, hingestellt. Und zu allem Überfluß wurden derlei Plattitüden (um nicht Falschheiten zu sagen) von MSB/SHB damit begründet, daß die vorgelegte Streikresolution nicht für die Linken, sondern für die Masse der Studenten gedacht sei, kurz die Masse der Studenten wird für blöd erklärt.

Die Basisgruppen lehnen diese Vorschläge ab. Zum einen verbiete ihnen ihr Politikverständnis generell, für Beschlüsse von oben nach unten einzutreten; d.h. sie lehnen es ab, auf einer Bundesastenkonferenz einen bundesweiten Streik zu beschließen, der dann an der Basis durchgesetzt werden soll, zumal an der Mehrzahl der größeren Universitäten in NRW, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern die Streikbereitschaft nicht als positiv eingeschätzt wird. Sie kritisieren die Begriffslosigkeit der von MSB/SHB vorgelegten Resolution; sie betonen, daß gerade Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise, der staatlichen Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik und der Kriegsgefahr, die Entwicklung einer längerfristigen Strategie linker Politik an den Hochschulen und die Auseinandersetzung darüber nottue. Sie sind für Aktionen entsprechend den Bedingungen und Bewegungen an den einzelnen Hochschulen und in den einzelnen Bundesländern, die auch Streikaktionen einschließen. Sie halten die Ungleichzeitigkeit von Bewegungen und Kämpfen an den Hochschulen nicht für ein Manko; sie halten nichts von einer Vereinheitlichung dieser ungleichzeitigen Bewegung von oben, zumal auf falschen Grundlagen und zumal angesichts der Absicht des MSB Spartakus, in und mit solchen „vereinheitlichten" Aktionen seine „Führungsrolle" in der Studentenbewegung zu stärken.

Dazwischen die Juso-Hochschulgruppen, zerstrittener denn je. Die einen (der Stamokap-Flügel) unterstützten die Vorschläge von MSB/SHB, andere (die hessischen Jusos) stehen den Positionen der Basisgruppen näher, wieder andere wollen einen Kompromiß mit MSB/SHB, aber nicht auf der Basis eines „Aufrufs für einen bundesweiten Streik".

Nach dem ersten Fraktionsdurchgang kommen am Samstag aus den ASten noch ganze vier oder fünf Redner auf dem Plenum zu Wort. Der Sonntagvormittag und der frühe Nachmittag verstreichen mit Fraktionssitzungen (lediglich die Basisgruppen haben gegen 12 Uhr ihre Beratungen abgeschlosen und einen Antrag auf Basis der „Marburger Erklärung", siehe KVZ Nr. 41, vorgelegt). Die untereinander zerstrittenen Juso-Fraktionen können sich nicht einigen. Auf den Fluren regierten die Kongreßstrategen von MSB, SHB, Jusos und LHV, um in stillen Eckchen in kleinen Gruppen Kompromißformeln auszuhandeln. Schließlich, gegen 17 Uhr, ist das Platzen des Bundesastenseminars offensichtlich. Der Zentralrat – zwischen den Mitgliederversammlungen das oberste beschlußfassende Organ der vds – soll tagen; er besteht aus 30 ASten (die Basisgruppen sind darin nicht vertreten). Der Zentralrat soll einen Kompromiß finden zwischen MSB/SHB und Teilen der Jusos. Die Basisgruppen fordern die Einberufung des Plenums bis 17.45 Uhr, ansonsten würden sie nach Hause fahren. Doch ein Plenum findet nicht mehr statt; die Diskussion und Auseinandersetzung wird der eifrigen Suche nach Formelkompromissen seitens der Fraktionsführer von MSB, SHB, Jusos und LHV geopfert. Die Basisgruppen und

Fortsetzung Seite 6 unten



kvz. Am Dienstag begann in Nürnberg der erste Prozeß gegen 10 Angeklagte wegen des 5. März. Was der Gerichtsvorsitzende über die Angeklagten denkt, zeigte sich schon in den an RAF-Prozesse erinnernden Sicherheitsmaßnahmen, gegen die die Verteidiger, genauso wie gegen den zu kleinen Sitzungssaal, protestierten. Daß nach der Änderung der Dienstverteilung bei der Festnahme nun auch kurzfristig für das Hauptverfahren diese abgeändert wurde, läßt erneut den Schluß zu, daß genehme Richter die Verfahren durchziehen sollen. Der vorsitzende Richter Manger bestätigte dies indirekt in einem von „Stern" berichteten Biertischgespräch: „Ich hätte es genauso gemacht wie der treffliche Kollege Meyerhöfer" (der die meisten Haftbefehle ausgefertigt hatte). Gegen ihn wurde Befangenheitsantrag gestellt.

Mit § 129a-Vorwurf Verteidigerrechte außer Kraft gesetzt

gür.Bremen. Am 21.10.1981 führte die Bundesanwaltschaft unter anderem in Bremen eine „Blitz-Razzia" durch. Der Weser-Report, ein CDU-Blatt, berichtet anschließend: Als dickster Fang gelte der Rechtsanwalt Horst Wesemann. Unter anderem sei bei ihm Belastungsmaterial in Zusammenhang mit der erfolgreichen Vertreibung von Verfassungsschützern aus einer Wohnung in der Graudenzer Straße gefunden worden, wo sie eine Wohngemeinschaft bespitzelt hatten. Grundlage der Durchsuchungsaktion: § 129a StGB, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Von diesem Vorwurf hatte Rechtsanwalt Wesemann zuvor keine Mitteilung erhalten. Nur aus der Überwachung von Anwaltspost und -telefon konnte er so etwas schließen. Auch bei der Durchsuchung u.a. seiner Anwaltskanzlei wurden Angaben zu konkreten Vorwürfen verweigert. Die Bundesanwälte weigerten sich sogar, den Durchsuchungsbefehl vorzuzeigen. Nur der Weser-Report wußte zu berichten, es handele sich um eine terroristische Vereinigung, die u.a. einen Sprengstoffanschlag auf Hochspannungsmasten der NWK gemacht habe (gerichtet gegen das AKW Esensham).

Wesemann hat in AKW-Verfahren verteidigt und ist als linker Anwalt bekannt. Das ist wohl der Ansatzpunkt der Bundesanwaltschaft zum Eingreifen. Der Verdacht des § 129a StGB reicht aus, um wesentliche strafprozessuale Rechte außer Kraft zu setzen, Post und Telefon zu kontrollieren. So wird man zum „Drahtzieher der Terroristenszene", wie der Weser-Report zu berichten weiß.

Tatsächlich rühren die bei Wesemann gefundenen Unterlagen im wesentlichen aus seiner Verteidigertätigkeit, unter anderem im Vorfall Graudenzer Straße. Hier hat denn auch die Bremer Staatsanwaltschaft gleich mit zugelangt, um aus den Verteidigungsunterlagen Beweismaterial gegen die Beschuldigten zu erhalten. Hier wurde Wesemann kurzum zum Mitbeschuldigten erklärt, weil sonst eine Beschlagnahme rechtswidrig gewesen wäre. Bis zum Zeitpunkt der Durchsuchung war Wesemann ein solcher Vorwurf nicht eröffnet worden. Dabei wäre die Staatsanwaltschaft sogar verpflichtet gewesen, ein Ausschlußverfahren (als Verteidiger) vor dem OLG einzuleiten, wenn sie davon ausgeht, daß ein Verteidiger selbst Tatbeteiligter ist. Ein Durchsuchungsbefehl eines Bremer Gerichts wegen des Vorfalls Graudenzer Straße wäre nicht zu erwirken gewesen, aber über den Umweg eines 129a-Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft mit Hilfe der Bundesanwaltschaft endlich an Material in diesem Zusammenhang, nämlich an die Verteidigerunterlagen, herangekommen.

Um eine wirksame Propaganda zu unterstützen, haben dann noch Staatsanwaltschaft oder Polizei dem Weser-Report ein Foto aus erkennungsdienstlichen Unterlagen zugespielt. Retuschiert mit schwarzem Bart und auf einen anderen Oberkörper montiert, konnte dann der „Terrorist" der Leserschaft präsentiert werden. 39 Kollegen aus der Bremer Strafverteidigerinitiative haben deshalb Strafanzeige erstattet.

49 Anwaltskollegen haben bis jetzt eine Erklärung unterzeichnet, mit der sie Anwaltskammer und -verein zu Protestmaßnahmen auffordern.

Veranstaltungen

Bremen eine „Blitz-Razzia" durch. Der Weser-Report, ein CDU-Blatt, berichtet anschließend: Als dickster Fang gelte der Rechtsanwalt Horst Wesemann. Unter anderem sei bei ihm Belastungsmaterial in Zusammenhang mit der erfolgreichen Vertreibung von Verfassungsschützern aus einer Wohnung in der Graudenzer Straße gefunden worden, wo sie eine Wohngemeinschaft bespitzelt hatten. Grundlage der Durchsuchungsaktion: § 129a StGB, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Von diesem Vorwurf hatte Rechtsanwalt Wesemann zuvor keine Mitteilung erhalten. Nur aus der Überwachung von Anwaltspost und -telefon konnte er so etwas schließen. Auch bei der Durchsuchung u.a. seiner Anwaltskanzlei wurden Angaben zu konkreten Vorwürfen verweigert. Die Bundesanwälte weigerten sich sogar, den Durchsuchungsbefehl vorzuzeigen. Nur der Weser-Report wußte zu berichten, es handele sich um eine terroristische Vereinigung, die u.a. einen Sprengstoffanschlag auf Hochspannungsmasten der NWK gemacht habe (gerichtet gegen das AKW Esensham).

fahren (als Verteidiger) vor dem OLG einzuleiten, wenn sie davon ausgeht, daß ein Verteidiger selbst Tatbeteiligter ist. Ein Durchsuchungsbefehl eines Bremer Gerichts wegen des Vorfalls Graudenzer Straße wäre nicht zu erwirken gewesen, aber über den Umweg eines 129a-Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft mit Hilfe der Bundesanwaltschaft endlich an Material in diesem Zusammenhang, nämlich an die Verteidigerunterlagen, herangekommen.

Um eine wirksame Propaganda zu unterstützen, haben dann noch Staatsanwaltschaft oder Polizei dem Weser-Report ein Foto aus erkennungsdienstlichen Unterlagen zugespielt. Retuschiert mit schwarzem Bart und auf einen anderen Oberkörper montiert, konnte dann der „Terrorist" der Leserschaft präsentiert werden. 39 Kollegen aus der Bremer Strafverteidigerinitiative haben deshalb Strafanzeige erstattet.

49 Anwaltskollegen haben bis jetzt eine Erklärung unterzeichnet, mit der sie Anwaltskammer und -verein zu Protestmaßnahmen auffordern.

Veranstaltungen

Bremen
Veranstaltung zur Gründung einer Friedensinitiative im Bremer Gesundheitswesen. Konsul Hackfeld Haus, Birkenstr. 34
Freitag, 13.11.1981, 20 Uhr

Hamburg
Schmetterlinge „Die letzte Welt", Koproduktion mit dem jungen forum, Ruhrfestspiele; Veranstaltung der DGB-Gewerkschaftsjugend Hamburg. Eintritt 7 DM, Karten beim DGB Kreis Hamburg, Abt. Jugend
Montag, 9.11.1981, Audi Max der Universität, und *Dienstag,* 10.11.1981, jeweils 19.30 Uhr

Frankfurt
Zum Judenprogrom am 9. November 1938: Bewältigung oder Verdrängung?
Montag, 9.11.1981, Volksbildungsheim, Kleiner Saal, 19.30 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag: · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Demonstration und Kundgebung zum Breschnew-Besuch beschlossen

2. Beratung zur Vorbereitung von Aktionen in Köln / DKP veranstaltet Mimikry

lup. Es ist nun beschlossene Sache, daß am 22. November, am Vorabend des Breschnew-Besuchs, eine gegen die Blockpolitik gerichtete Demonstration, Kundgebung sowie eine Diskussions- und Kulturveranstaltung in Bonn stattfinden wird. Die endgültige Fassung des Aufrufs mit seinen Erstunterzeichnern ist nebenan dokumentiert.

Für den KBW hat der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitee beschlossen, den Aufruf zu unterzeichnen und die Mobilisierung zu den geplanten Aktivitäten in Bonn nach Kräften zu unterstützen.

Vorausgegangen war der Ausarbeitung der endgültigen Fassung des Aufrufs eine weitere Beratung in Köln am vergangenen Sonntag, an der um die 100 Vertreter von zahlreichen Organisationen, Initiativen etc. beteiligt waren. Der reichlich mühsame, teilweis chaotische und letzten Endes nicht besonders fruchtbare Verlauf dieser 8-stündigen Beratung ergab sich vor allem aus der Tatsache, daß es sich auch die DKP nicht hatte nehmen lassen, zu dem Treffen zu erscheinen, wenn auch nicht offiziell, sondern vertreten durch ihre Mitglieder (vielleicht auch Sympathisanten) in verschiedenen Komitees, allen voran Gunnar Matthiesen vom „KOFAZ", einige MSBler, SDAJler; und erschienen war auch ein Vertreter der DFU. Offenkundiger Zweck des Erscheinens war die Obstruktion der Vorbereitung der geplanten Aktion, vorgetragen in der Form eines Mimikry. Die Anlage der Aktion sei undemokratisch und spalterisch – wo doch immerhin Aufruf und Einladung zu dem Treffen über mehrere Zeitungen frühzeitig veröffentlicht worden waren, ganz im Gegensatz übrigens zur Vorbereitung des „Krefelder Appells". Der vorgelegte Aufruf übernehme NATO-Positionen, verbreite Antikommunismus, ja es gäbe darin sogar halbfaschistisches Vokabular, hieß es. Gemeint war damit die Einschätzung, daß die SS 20 Westeuropa bedrohen, die Verurteilung der Interventionsdrohung gegen Polen und der Invasion in Afghanistan. Und schließlich, es gelte, die Einheit von Bonn zu verteidigen und in Form einer einheitlichen Aktivität zum Breschnew-Besuch fortzusetzen. Als wäre nicht schon längst vereinbart, daß DKP u.a. fähnchenschwingend und jubelnd bereitstehen, wenn Breschnew in

die DKP nicht hatte nehmen lassen, zu dem Treffen zu erscheinen, wenn auch nicht offiziell, sondern vertreten durch ihre Mitglieder (vielleicht auch Sympathisanten) in verschiedenen Komitees, allen voran Gunnar Matthiesen vom „KOFAZ", einige MSBler, SDAJler; und erschienen war auch ein Vertreter der DFU. Offenkundiger Zweck des Erscheinens war die Obstruktion der Vorbereitung der geplanten Aktion, vorgetragen in der Form eines Mimikry. Die Anlage der Aktion sei undemokratisch und spalterisch – wo doch immerhin Aufruf und Einladung zu dem Treffen über mehrere Zeitungen frühzeitig veröffentlicht worden waren, ganz im Gegensatz übrigens zur Vorbereitung des „Krefelder Appells". Der vorgelegte Aufruf übernehme NATO-Positionen, verbreite Antikommunismus, ja es gäbe darin sogar halbfaschistisches Vokabular, hieß es. Gemeint war damit die Einschätzung, daß die SS 20 Westeuropa bedrohen, die Verurteilung der Interventionsdrohung gegen Polen und der Invasion in Afghanistan. Und schließlich, es gelte, die Einheit von Bonn zu verteidigen und in Form einer einheitlichen Aktivität zum Breschnew-Besuch fortzusetzen. Als wäre nicht schon längst vereinbart, daß DKP u.a. fähnchenschwingend und jubelnd bereitstehen, wenn Breschnew in
der BRD eintrifft. Als hätte nicht gerade auch die Bonner Kundgebung eine klare Stoßrichtung gegen beide Supermächte und beide Blöcke gehabt. Und als sei etwa eine gemeinsame Kundgebung anläßlich des Breschnew-Besuchs denkbar, auf der die einen die sowjetische Intervention in Afghanistan als bedeutenden Beitrag zur Verteidigung des Weltfriedens preisen und die anderen das gleiche als nackte Aggression verurteilen; auf der die einen behaupten, daß die Drahtzieher der Konterrevolution in Polen in der Solidarność sitzen, und die anderen wissen, daß sie in Moskau sitzen. Und es ist sowieso unvermeidlich, daß sich ab einem bestimmten Punkt die Wege trennen zwischen denjenigen, die bereit sind, jeden Unterdrückungsakt, jede Aggression von seiten der Sowjetunion schon im Vorfeld zu rechtfertigen, und denen, die sich weder den Mund noch das Handeln verbieten lassen wollen, wenn es um Aggressionen auch der sowjetischen Supermacht geht. Letzteres ist aber die überwältigende Mehrheit.

Obwohl dies im großen und ganzen auf dem Kölner Treffen so gesehen wurde, gab es doch verschiedene Versuche, durch Änderungen des Aufrufs Brücken zu bauen, etwa durch eine ausdrückliche Unterstützung des „Krefelder Appells", etwa durch einseitige und bestreitbare Kennzeichnungen der US-Politik. Um so günstiger ist es, daß der jetzt vorliegende Aufruf alles in allem eine brauchbare Grundlage sowohl für entsprechende Aktionen in Bonn wie auch darüberhinaus für weitere Klärungen in der Friedensbewegung darstellt. Eine Stärke ist, daß er die Notwendigkeit einer blockübergreifenden, von den Supermächten unabhängigen Friedensbewegung betont, die allein in der Lage ist, dafür zu sorgen, daß aus Verhandlungen zwischen den Regierungen etwas Positives herauskommen kann. Und daß er sich ausdrücklich auf die Seite der Völker stellt, die von einem Einmarsch sowjetischer Truppen bedroht oder bereits deren Opfer sind (obwohl etwa die Völker Kampucheas und Eritreas in diesem Zusammenhang unerwähnt bleiben, was eine Schwäche ist).

Teilweise wird eingewandt, öffentliche Manifestationen anläßlich des Breschnew-Besuchs seien insofern ungünstig, als sie sich zahlenmäßig nicht an der Teilnehmerzahl der Bonner Demonstration vom 10.10. werden messen lassen. Das ist wohl richtig. Gerade *weil* die Demonstration am 10.10. in ihrer Stoßrichtung gegenüber beiden Militärblöcken klar war, wird die Teilnehmerzahl an den jetzt geplanten Aktionen nicht sehr groß sein. Aber durch ihre Anlage – auf der Kundgebung und bei der Saalveranstaltung sollen Sprecher von Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa, von Solidarność, des afghanischen Widerstandes usw. wie auch repräsentative Sprecher der westdeutschen Friedensbewegung auftreten

tere Klärungen in der Friedensbewegung darstellt. Eine Stärke ist, daß er die Notwendigkeit einer blockübergreifenden, von den Supermächten unabhängigen Friedensbewegung betont, die allein in der Lage ist, dafür zu sorgen, daß aus Verhandlungen zwischen den Regierungen etwas Positives herauskommen kann. Und daß er sich ausdrücklich auf die Seite der Völker stellt, die von einem Einmarsch sowjetischer Truppen bedroht oder bereits deren Opfer sind (obwohl etwa die Völker Kampucheas und Eritreas in diesem Zusammenhang unerwähnt bleiben, was eine Schwäche ist).

Teilweise wird eingewandt, öffentliche Manifestationen anläßlich des Breschnew-Besuchs seien insofern ungünstig, als sie sich zahlenmäßig nicht an der Teilnehmerzahl der Bonner Demonstration vom 10.10. werden messen lassen. Das ist wohl richtig. Gerade *weil* die Demonstration am 10.10. in ihrer Stoßrichtung gegenüber beiden Militärblöcken klar war, wird die Teilnehmerzahl an den jetzt geplanten Aktionen nicht sehr groß sein. Aber durch ihre Anlage – auf der Kundgebung und bei der Saalveranstaltung sollen Sprecher von Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa, von Solidarność, des afghanischen Widerstandes usw. wie auch repräsentative Sprecher der westdeutschen Friedensbewegung auftreten
– braucht man sich nicht dem Druck eines solchen *zahlenmäßigen* Vergleichs zu unterziehen. Auf der anderen Seite ist es gerade auch für den Erfolg und die weitere Entwicklung der Friedensbewegung von erheblicher Bedeutung, daß sie angesichts des Breschnew-Besuchs ihre Forderungen auch gegenüber der Sowjetunion bekundet. Um so wichtiger ist es, daß die Mitglieder des KBW das in ihren Kräften stehende tun, um zum Erfolg der geplanten Aktivitäten beizutragen.

Friedenspolitische Initiative anläßlich des Breschnew-Besuchs

Vom 23. bis 25. November wird der sowjetische Parteichef Leonid Breschnew die Bundesrepublik besuchen. Wir nehmen dies zum Anlaß, erneut deutlich zu machen, daß Abrüstung und die Verwirklichung von Menschenrechten in Ost und West notwendig sind. Unsere Initiative richtet sich nicht gegen den Besuch von Leonid Breschnew. Wir begrüßen Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen und meinen, daß Verhandlungsangebote der UdSSR ernsthaft geprüft werden sollten. Mit den 300000 Menschen, die am 10. Oktober in Bonn demonstrierten, mit dem 2. Krefelder Forum und anderen Friedensinitiativen setzen wir uns dafür ein, daß keine neuen Atomraketen der USA in unserem Land stationiert werden. Es gibt keine sowjetische „Vorrüstung", die durch eine NATO-„Nachrüstung" zu korrigieren wäre. Gegenwärtig versuchen die Vereinigten Staaten, militärische Überlegenheit zu erlangen, und durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles einen begrenzten Atomkrieg in Europa wieder führbar und gewinnbar zu machen. Diese Stationierung gilt es ohne jede Vorbedingung zu verhindern. Deshalb fordern wir die Bundesregierung erneut auf, ihre Zustimmung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß zurückzuziehen. Anläßlich des Breschnew-Besuchs wenden wir uns aber auch an die Regierung der UdSSR mit der Forderung, die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen.

Sowjetische Mittelstreckenraketen sind heute auch auf diejenigen westeuropäischen Länder gerichtet, in denen keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der NATO erleichtert, die Psychologie des Wettrüstens aufrechtzuerhalten. Atomare Abrüstung einseitig zu beginnen, gilt in Ost und West, denn sonst kann sich jede Seite immer mit dem Hinweis auf die andere herausreden. Seit über 25 Jahren findet zwischen den Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt ein gigantisches Wettrüsten statt. Hinzu kommt, daß durch die wachsende Verbreitung von Atomreaktoren und das Wachstum der sie betreibenden Industrien die weltweite Verbreitung von Atomwaffen und das Risiko einer atomaren Auseinandersetzung wächst. Wir wenden uns gegen das System der atomaren Abschreckung in Ost und West, denn solange unser Widerstand gegen den atomaren Rüstungswahnsinn auf einen Block beschränkt bleibt, kann der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden. Dies wird in dem Maße möglicher, in dem auch die Staaten Europas ihre Souveränität gegenüber den Führungsmächten durchsetzen. In diesem Zusammenhang treten wir ein für den Abzug aller fremden Truppen aus Ost- und Westeuropa. Frieden und Entspannung ist für Europa heute wichtiger denn je. Deswegen weisen wir auch hin auf die Bonner Forderungen:

- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für eine Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen. Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen. Wir setzen uns ein für eine von den Großmächten unabhängige Friedensbewegung in Europa, die von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker ausgeht.

Leonid Breschnew besucht die Bundesrepublik in einer Zeit, in der die UdSSR ähnlich wie 1968 in der CSSR ihre Interventionsdrohung gegen die polnische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach wie vor aufrechterhält. Wir unterstützen die Bemühungen des polnischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Noch immer stehen sowjetische Truppen in Afghanistan. Wir fordern den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen und verurteilen dies, wie wir uns andererseits auch gegen jede Einmischung und drohende Intervention der USA z.B. in El Salvador wenden.

Für uns ist es eine Ermutigung, daß auch in Osteuropa in jüngster Zeit friedenspolitische Initiativen entstanden sind und unterstützen

- die Forderung von Teilen der Evangelischen Kirchen der DDR nach einem sozialen Friedensdienst
- die Forderung der polnischen Gewerkschaft Solidarność nach Senkung der Rüstungsausgaben auf ein Mindestmaß
- den von Robert Havemann initiierten Offenen Brief an Leonid Breschnew.

Solche Initiativen zeigen, daß eine blockübergreifende Friedensbewegung möglich ist. Dies ist für uns von besonderer Bedeutung, weil die Ost-West-Konfrontation beide deutsche Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des jeweiligen Blocks gemacht hat. Nur eine große europäische Friedensbewegung kann dafür sorgen, daß die Regierungen bei den kommenden Verhandlungen zu wirklichen Abrüstungsschritten gezwungen werden. Letzten Endes kann der Graben zwischen Ost und West nur von unten zugeschüttet werden. Das erfordert ungehindert den Meinungs- und Informationsaustausch der Friedensbewegung und die Durchsetzung von Grund- und Menschenrechten in Ost und West. Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem Osten oder Westen, sondern untereinander loyal zu sein.

Erstunterzeichner:
Die Grünen (Bundespartei), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Jungsozialisten in der SPD Landesverband Schleswig-Holstein, Jungsozialisten-Hochschulgruppen, Evangelische Studentengemeinden, Alternative Liste Berlin, Initiative der Bertrand-Russell-Friedensstiftung und Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa.

Die Grünen u.a. rufen zu einer Demonstration anläßlich des Breschnew-Besuchs auf.
22. November, 11.00 Uhr in Bonn, Treffpunkt am Schlachthof, anschließend Kundgebung am Münsterplatz. Diskussions- und Kulturveranstaltung, 15.00 Uhr, Poppelsdorfer Mensa
(Per telefonischer Übermittlung)

UdSSR mit der Forderung, die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen.

Sowjetische Mittelstreckenraketen sind heute auch auf diejenigen westeuropäischen Länder gerichtet, in denen keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der NATO erleichtert, die Psychologie des Wettrüstens aufrechtzuerhalten. Atomare Abrüstung einseitig zu beginnen, gilt in Ost und West, denn sonst kann sich jede Seite immer mit dem Hinweis auf die andere herausreden. Seit über 25 Jahren findet zwischen den Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt ein gigantisches Wettrüsten statt. Hinzu kommt, daß durch die wachsende Verbreitung von Atomreaktoren und das Wachstum der sie betreibenden Industrien die weltweite

– Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen. Wir setzen uns ein für eine von den Großmächten unabhängige Friedensbewegung in Europa, die von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker ausgeht.

Leonid Breschnew besucht die Bundesrepublik in einer Zeit, in der die UdSSR ähnlich wie 1968 in der CSSR ihre Interventionsdrohung gegen die polnische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach wie vor aufrechterhält. Wir unterstützen die Bemühungen des polnischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Noch immer stehen sowjetische Truppen in Afghanistan. Wir fordern den sofortigen Abzug aller sowjeti-

tereinander loyal zu sein.
Erstunterzeichner:
Die Grünen (Bundespartei), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Jungsozialisten in der SPD Landesverband Schleswig-Holstein, Jungsozialisten-Hochschulgruppen, Evangelische Studentengemeinden, Alternative Liste Berlin, Initiative der Bertrand-Russell-Friedensstiftung und Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa.
Die Grünen u.a. rufen zu einer Demonstration anläßlich des Breschnew-Besuchs auf.
22. November, 11.00 Uhr in Bonn, Treffpunkt am Schlachthof, anschließend Kundgebung am Münsterplatz. Diskussions- und Kulturveranstaltung, 15.00 Uhr, Poppelsdorfer Mensa
(Per telefonischer Übermittlung)

Brokdorf Prozeß: Schwerhöriger Richter erließ willkürlichen Haftbefehl

edd.Itzehoe. Am 7. Verhandlungstag gegen die beiden Brokdorfangeklagten Michael Duffke und Markus Mohr ließ der schwerhörige Vorsitzende der 1. Jugendkammer beim Landgericht Itze-

bisher konsequent abgewürgt hatten. Selbmann und das Gericht hatten schon mehrere Befangenheitsanträge seitens der Angeklagten bekommen. Die Öffentlichkeit war weiterhin aus-

hatte, sowie gelogen, indem behauptet wurde, der Vorsitzende hätte ihn aufgefordert zu bleiben.

Nach einem Befangenheitsantrag – der u.a. auch gestützt war auf die ei-

Brokdorf Prozeß: Schwerhöriger Richter erließ willkürlichen Haftbefehl

edd.Itzehoe. Am 7. Verhandlungstag gegen die beiden Brokdorfangeklagten Michael Duffke und Markus Mohr ließ der schwerhörige Vorsitzende der 1. Jugendkammer beim Landgericht Itzehoe die Öffentlichkeit durch einen willkürlichen Haftbefehl gegen Markus Mohr (Marne, 19) hellhörig werden.

Nachdem es zu Protesten aus dem Zuschauerraum gekommen war, als der saarländische Polizeibeamte Schütt, Nebenkläger in diesem Verfahren und Mitglied eines Sondereinsatzkommandos der Polizei, aussagen wollte, hatte Richter Selbmann die Öffentlichkeit, mit Ausnahme der Presse, aus dem Verfahren ausschließen lassen. Schütt war bei einem besonders brutalen Schlagstockeinsatz bei der Demonstration am 28. Februar 1981 wegen Übereifers in einen Wassergraben gerutscht. (Nach eigenen Angaben muß er mit Panzerweste, Schutz wie Eishockeyspieler am Nacken und über den Schultern, Kampfstiefel mit Knieschützern, Sackschutz, Helm, Schild auch ganz schön schwer gewesen sein.) Er ging in einem Fahndungsfoto, das u.a. der „Stern" veröffentlichte, als der totgeschlagene Polizist um die Welt. Gar nicht tot, eher etwas zu gesund vor Gericht auftretend, berichtete er, daß er in der Situation im Graben niemanden erkennen konnte und seine Verletzungen nicht bei der Situation erhalten habe, die das Foto zeigt und den beiden Angeklagten vorgeworfen wird, sondern erst viel später, kurz vor der Sanitätsstation der Bürgerinitiativen, wo Demonstranten ihm u.a. seine Dienstpistole enteigneten.

Am 7. Verhandlungstag wurde Schütt immer noch vernommen, weil Kläger und Gericht in trauter Eintracht alle Fragen der Verteidigung an Schütt bisher konsequent abgewürgt hatten. Selbmann und das Gericht hatten schon mehrere Befangenheitsanträge seitens der Angeklagten bekommen. Die Öffentlichkeit war weiterhin ausgeschlossen. Markus Mohr beantragte nun, Heinrich Voß, Landwirt aus Wewelsfleth/Brokdorf, Kläger gegen das AKW in Brokdorf, als namentlich benannten Zuschauer zuzulassen. Dies ist nach der Strafprozeßordnung möglich, aber Richter Selbmann nimmt es selbst mit diesen Grundregeln bürgerlicher Klassenjustiz nicht so genau. Der Antrag wurde abgelehnt. Darauf erklärte Markus, er wolle der Verhandlung nicht weiter folgen, man solle ihn ausschließen. Er war sichtlich aufgeregt. Seine Verteidiger rieten ihm, den Saal zu verlassen, da nach § 232 StPO auch ohne den Angeklagten verhandelt werden kann, wenn er sich eigenmächtig entfernt hat und er nicht benötigt wird. Richter Selbmann unternahm nichts dagegen, daß Markus den Saal verließ.

In der Debatte hinterher zwischen Gericht, Staatsanwalt und Verteidigung, wo weiterhin die Öffentlichkeit ausgeschlossen blieb, obwohl Schütt nicht weiter aussagte, erklärte auch die Staatsanwaltschaft durch den Staatsanwalt Widuwilt, sie benötige bei der Aussage Schütts Markus nicht. Dennoch – zur Erschütterung aller Prozeßbeobachter und der Verteidigung – erließ das Gericht einen Haftbefehl. Obwohl Mittel unterhalb des Haftbefehls möglich sind, Markus zu zwingen, an der Verhandlung teilzunehmen – er hatte ausdrücklich erklärt, er wolle nur „für heute ausgeschlossen werden" –, wurde zu dem drakonischen Mittel des Haftbefehls gegriffen. Darin wurde angebliche Fluchtgefahr behauptet, dies obwohl Markus sich alle 7 Prozeßtage pünktlich eingefunden hatte, sowie gelogen, indem behauptet wurde, der Vorsitzende hätte ihn aufgefordert zu bleiben.

Nach einem Befangenheitsantrag – der u.a. auch gestützt war auf die eidesstattliche Versicherung einiger Journalisten zu dem Vorgang – wurde der Antrag der Verteidigung auf Aufhebung beider Haftbefehle gegen Mohr und Duffke abgelehnt. Nur der Haftbefehl gegen Markus Mohr wurde außer Vollzug gesetzt, d.h. er konnte am späten Abend das Landgericht und dessen Arrestzelle verlassen. Wie der Befangenheitsantrag gegen das Gericht ausgeht, das die Verteidigung „haßerfüllt" nannte und das des öfteren nach „Lex Selbmann" oder dem „Itzehoer Landrecht" gegen die Teilnehmer der Brokdorfdemonstration vorgeht, wird der 8. Prozeßtag zeigen, der am 5. November beginnt. Die Ablehnung des Antrags auf Zulassung des Brokdorfklägers Heinrich Voß sowie der drakonische Haftbefehl des Richters Selbmann gegen Markus Mohr sowie die nun schon 7 Monate andauernde Isolationshaft gegen Michael Duffke zeigen das Gesicht der Klassenjustiz. Die konkrete Einzeltat (so die Szene im Graben) soll – laut Staatsanwalt Widuwilt – bewußt getrennt werden von dem Zusammenhang der politischen Auseinandersetzung um das Atomprogramm der Regierung. Nicht nur am 28. Februar wurde versucht, die erkämpften Rechte der Bevölkerung mit Füßen zu treten, was aber kräftig mißlang. Auch zeigt dieser Prozeß das Bestreben der Landesregierung, in Zusammenarbeit mit NWK und dem Gericht in einem Pilotprozeß ein politisches Urteil gegen die gesamte Bewegung gegen Kernkraftwerke zu fällen. Darum ist Solidarität jetzt notwendiger denn je.

Fortsetzung von Seite 5

Bundesastenseminar ...

Teile der Jusos verlassen das AStenseminar gegen 18 Uhr. Schließlich, um 6 Uhr am Montagmorgen, ist ein Kompromiß gefunden, dem der Zentralrat dann mit 29:0:0 zustimmt: ein halbseitiger Aufruf zu „scharfen Protesten und Streiks – bundesweit vom 7.–12.12.", „für Frieden und Abrüstung", „gegen Bildungs- und Sozialabbau", „für eine alternative Wirtschaftspolitik".

Was kann man als Ergebnisse dieses Bundesastenseminars, das eigentlich nicht stattgefunden hat, festhalten? Zum einen können MSB/SHB die vds nicht mehr so uneingeschränkt für ihre Politik instrumentalisieren; ein bundesweiter Streik wurde nicht beschlossen, auch wenn dies von MSB/SHB an den Hochschulen am Montag behauptet wurde; das strategische Bündnis der DKP mit den Jusos an den Hochschulen ist noch brüchiger geworden und droht ganz auseinanderzubrechen; mehr als ein Drittel der ASten wird den vom Zentralrat gefaßten Beschluß nicht mittragen; der Beschluß selber schreibt nur fest, was ohnehin der Fall sein wird: daß es an einer Reihe von Hochschulen Streiks geben wird, an anderen hingegen nicht; die Streiks und Proteste werden sich auch nicht auf die Zeit vom 7.–12.12. beschränken lassen, was auch nicht sinnvoll wäre; inhaltliche Impulse werden von diesem AStenseminar wie vom Beschluß des Zentralrates nicht ausgehen, weil eine einheitliche Auseinandersetzung um politische Strategien sozialistischer Politik an den Hochschulen nicht stattgefunden hat. Schadenfreude darüber ist angesichts der politischen „Wende", die von der herrschenden Klasse dieses Landes durchgesetzt werden will, unangebracht.

„Whiskey on the rocks"

coi.Stockholm. Ein Fehler im Navigationssystem sei die Ursache dafür, daß sich eines ihrer Boote in schwedisches Gewässer verirrt habe und unglücklicherweise im militärischem Sperrgebiet auf Grund gelaufen sei: Mit unschuldsvoller Drohgebärde setzte die SU prompt eine Bergeflotte plus zwei Zerstörer in Marsch. Doch die schwedische Regierung reagierte bestimmt und stellte unmittelbar vier Forderungen: Formelle Entschuldigung, Bergung des U-Boots durch schwedische Schiffe, Bestreitung der Kosten durch die SU sowie „Ausfragung" des Kapitäns und Untersuchung seines U-Bootes. Die sowjetische Regierung mußte, wenn auch widerstrebend, zustimmen. Sie versucht jedoch, die Untersuchungsarbeit zu behindern. Der russische Kapitän hat jetzt die Fortsetzung des Verhörs außerhalb des U-Bootes verweigert. Der Druck der SU hat immerhin ausgereicht, die schwedische Regierung zu bewegen, der gesamten Besatzung Straffreiheit zu garantieren, unabhängig vom Ergebnis der Untersuchung. Nach Auffassung schwedischer Offiziere kann das U-Boot ohne ein perfekt funktionierendes Navigationssystem und ohne sehr gute Kenntnisse der Fahrrinnen nicht so tief in die Schären der Marinebasis von Karlskrona gesteuert worden sein. Ein U-Boot der gleichen Klasse (NATO-Bezeichnung „Whiskey") ist vor einem Jahr wochenlang in den Schären von Stockholm erfolglos gejagt worden. Damals konnte die Nationalität des Bootes nicht festgestellt werden.

Wahl des UN-Generalsekretärs durch US-Veto blockiert

kvz. Die afrikanische Regionalgruppe in der UNO hat offiziell protestiert gegen das Veto der USA, mit dem sie die Wahl des von der OAU vorgeschlagenen tansanischen Außenministers Salim Ahmad Salim zum Nachfolger Kurt Waldheims blockieren. Die USA und die SU sind sich einig darüber, Kurt Waldheim eine dritte Amtsperiode zu ermöglichen. Seine Wiederwahl ist u.a. am Veto der Volksrepublik China gescheitert. Die VR China begründete ihr Veto damit, daß bei den letzten drei Wahlperioden zum Amt des Generalsekretärs immer Kandidaten aus westeuropäischen Ländern aufgestellt worden seien, was der Bedeutung der UNO für die Dritte Welt und dem Gewicht der Dritten Welt in der UNO nicht angemessen sei. Ein weiteres Problem bei dem Vorschlag des Tansaniers liegt darin, daß er nicht von einer ausreichenden Mehrheit der im Sicherheitsrat vertretenen Länder unterstützt wird.

Evren: „Die persönlichen Rechte sind nicht unbegrenzt"

Wahl des UN-Generalsekretärs durch US-Veto blockiert

kvz. Die afrikanische Regionalgruppe in der UNO hat offiziell protestiert gegen das Veto der USA, mit dem sie die Wahl des von der OAU vorgeschlagenen tansanischen Außenministers Salim Ahmad Salim zum Nachfolger Kurt Waldheims blockieren. Die USA und die SU sind sich einig darüber, Kurt Waldheim eine dritte Amtsperiode zu ermöglichen. Seine Wiederwahl ist u.a. am Veto der Volksrepublik China gescheitert. Die VR China begründete ihr Veto damit, daß bei den letzten drei Wahlperioden zum Amt des Generalsekretärs immer Kandidaten aus westeuropäischen Ländern aufgestellt worden seien, was der Bedeutung der UNO für die Dritte Welt und dem Gewicht der Dritten Welt in der UNO nicht angemessen sei. Ein weiteres Problem bei dem Vorschlag des Tansaniers liegt darin, daß er nicht von einer ausreichenden Mehrheit der im Sicherheitsrat vertretenen Länder unterstützt wird.

Evren: „Die persönlichen Rechte sind nicht unbegrenzt"

chm. Bei der Eröffnung der von der türkischen Militärregierung geschaffenen „Beratenden Versammlung" zur Erarbeitung einer neuen Verfassung legte der Chef der Militärjunta, General Evren, die Marschrichtung für die Zukunft fest. Die Rechte des Einzelnen, seine politischen und seine Menschenrechte könnten nicht „unbegrenzt" sein, sie fänden ihre Grenzen in den Rechten des Staates gegenüber dem Einzelnen! In diesem Geiste soll wohl dann auch die neue türkische Verfassung ausgearbeitet werden. Evren legte auch der Versammlung nahe, daß die Militärregierung ein Zweiparteiensystem bevorzuge, auf jeden Fall die Formierung von islamischen und kommunistischen Parteien nicht zulassen werde. Ebenfalls sei er der Meinung, daß die Befugnisse des Staatspräsidenten gegenüber dem Parlament erweitert werden müßten.

Neuer Namibiaplan der Kontaktgruppe vorgelegt

kvz. Die „Kontaktgruppe" der UNO für Namibia hat auf Grundlage der UN-Resolution 435 einen neuen Namibia-Plan vorgelegt. Er sieht die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung noch vor der Unabhängigkeit vor. Die Beschlüsse dieser verfassunggebenden Versammlung sollen mit ¾ Mehrheit gefaßt werden. Ihre Entstehung soll von einer allgemeinen Erklärung der an ihr beteiligten Parteien zu den Menschenrechten begleitet sein. Die Wahlen sollen unter Aufsicht von UN-Truppen stattfinden und bis Ende Dezember dieses Jahres abgeschlossen sein. Angola und die SWAPO haben erklärt, daß sie den Plan annehmen. Die südafrikanische Schöpfung „Demokratische Turnhallenallianz" hat den Plan nicht offen abgelehnt, aber Vorbehalte ausgedrückt, daß keine Garantien vorab für die weiße Minderheit darin enthalten seien. Eine Stellungnahme Südafrikas, das bisher jeden Vorschlag sabotiert hat, liegt noch nicht vor. Seine Angriffe gegen die südangolanische Provinz Cunene gehen unterdessen weiter.

Kontaktaufnahme zwischen Ägypten und Saudiarabien?

chm. Der ägyptische Staatspräsident Moubarak erklärte gegenüber der Zeitschrift „Oktober", daß er bereit sei, nach Saudiarabien zu fahren, um Ägyptens Friedenspolitik zu erläutern und die Mißverständnisse zwischen Ägypten und den anderen arabischen Staaten auszuräumen. Er wies auch darauf hin, daß Ägypten den saudischen 8-Punkte-Plan nicht ablehne. Diesen Erklärungen waren vorausgegangen die Weisung an die ägyptischen Medien, jegliche Angriffe gegen die arabischen Staaten zu stoppen, und die Ankündigung, daß Ägypten die Zahl seiner Truppen an der libysch-ägyptischen Grenze erheblich verringern werde. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß bis zur Vollendung des israelischen Rückzugs von der Sinaihalbinsel Ägypten keine offiziellen Kontakte zu Saudiarabien aufnehmen wird, um den Zionisten keine Handhabe zu bieten, die Räumung des Sinai zu verzögern. Die arabische Gipfelkonferenz, die am 25.11. in Fes (Marokko) stattfinden wird, wird über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zu Ägypten beraten müssen.

Garantien vorab für die weiße Minderheit darin enthalten seien. Eine Stellungnahme Südafrikas, das bisher jeden Vorschlag sabotiert hat, liegt noch nicht vor. Seine Angriffe gegen die südangolanische Provinz Cunene gehen unterdessen weiter.

Kontaktaufnahme zwischen Ägypten und Saudiarabien?

chm. Der ägyptische Staatspräsident Moubarak erklärte gegenüber der Zeitschrift „Oktober", daß er bereit sei, nach Saudiarabien zu fahren, um Ägyptens Friedenspolitik zu erläutern und die Mißverständnisse zwischen Ägypten und den anderen arabischen Staaten auszuräumen. Er wies auch darauf hin, daß Ägypten den saudischen 8-Punkte-Plan nicht ablehne. Diesen Erklärungen waren vorausgegangen die Weisung an die ägyptischen Medien, jegliche Angriffe gegen die arabischen Staaten zu stoppen, und die Ankündigung, daß Ägypten die Zahl seiner Truppen an der libysch-ägyptischen Grenze erheblich verringern werde. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß bis zur Vollendung des israelischen Rückzugs von der Sinaihalbinsel Ägypten keine offiziellen Kontakte zu Saudiarabien aufnehmen wird, um den Zionisten keine Handhabe zu bieten,

Kekkonen tritt zurück

Seine Politik der „Finnlandisierung" bleibt

coi.Stockholm. Der finnische Staatspräsident Uro Kekkonen hat nach einer ununterbrochenen Amtszeit von 25 Jahren sein Rücktrittsgesuch aus gesundheitlichen Gründen eingereicht. Am 17./18.1. wählt das finnische Volk 301 Wahlmänner, die ihrerseits am 26.1. den neuen Präsidenten auswählen.

Bis zum letztgenannten Datum wird Kekkonen formell sein Amt weiter innehaben, die Geschäftsführung obliegt jedoch dem amtierenden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Mauno Koivisto, der selbst zu den Wahlkandidaten zählt und nach den letzten Meinungsumfragen die größten Wahlchancen hat. Ob der äußerst populäre Koivisto allerdings gewählt wird, ist gar nicht so sicher. Das Wahlmännersystem bietet die Möglichkeit zu zwischenparteilichen Absprachen, die vor allem von außenpolitischer Rücksichtnahme geprägt sind.

Wenn jetzt die Rede ist vom Ende der Ära Kekkonen, so bedeutet dies keinesfalls die Aussicht auf eine dramatische Änderung der außenpolitischen Linie Finnlands, wie sie von Kekkonen formuliert und verkörpert worden ist: Wahrung der nationalen Existenz und der staatlichen Souveränität Finnlands durch Rücksichtnahme auf und Anpassung an die Sicherheitsinteressen der SU. In seinem politischen Testament, das er mit dem im vorigen Jahr erschienen Buch „Ekudden" (nach dem Namen seiner Residenz) hinterläßt, ermahnt er nochmals die finnische Nation, sich unaufhörlich das Vertrauen der SU zu erwerben, die freundschaftlichen Beziehungen zu stärken und alle Quellen für eventuelle Konflikte zu beseitigen.

Kekkonen verkörpert einen nationalen Konsens, und keiner der potentiellen Kandidaten, die in den kommenden Wochen von den Parteitagen endgültig aufgestellt werden, wagt es, sich nicht für die Fortsetzung der Paasikivi-Kekkonen-Linie auszusprechen. Paasikivi war der Vorgänger Kekkonens. In der Person Kekkonens widerspiegelt sich, wenn auch auf bürgerliche Weise, die recht blutige jüngere Geschichte Finnlands wider. Aus sehr einfachen Verhältnissen stammend, nahm er 1917 als 17jähriger an der Seite der Weißen an der blutigen Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung teil, der bürgerlicherseits unterstellt wurde, den Anschluß an die SU zu betreiben. Danach trat er als Anhänger der „Großfinnischen Bewegung" für die Einverleibung Ost-Kareliens ein. Als Mitglied der Regierung widersetzte er sich lange einem Friedensschluß mit der SU nach ihrem Überfall auf Finnland („Winterkrieg" 1939/40) und setzte statt dessen auf eine englisch-französische Intervention zugunsten Finnlands. Noch zu Beginn des „Fortsetzungskrieges" 1941 bis 1944 hoffte er auf eine militärische Niederschlagung der SU an der Seite des Deutschen Reiches. Die sich abzeichnende Niederlage Deutschlands war Geburtshelfer einer neuen Außenpolitik, die in dem Separatfriedensschluß mit der SU 1944 und im Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (VFZ) ihre vertragliche Grundlage bekam.

Mit dem Namen Kekkonen wird westlicherseits der Begriff der „Finnlandisierung" verknüpft, d.h. die fortschreitende Aufgabe der finnischen Souveränität. Dies ist jedoch nur bedingt richtig. In seinem oben erwähnten Buch unterstreicht Kekkonen wiederholt Finnlands Neutralität, die die SU niemals anerkannt hat, sondern stattdessen nur von Finnlands „aktiver Neutralität" spricht. In der „Notenkrise" 1961 widersetzte er sich z.B. erfolgreich dem Druck seitens Chruschtschow, auf der Grundlage des VFZ militärische Konsultationen angesichts der wachsenden internationalen Spannung einzuleiten. Der Versuch der SU, 1979 gemeinsame militärische Manöver auf finnischem Boden zu vereinbaren, blieb ebenso erfolglos.

Auf der anderen Seite hat die Kekkonen-Linie die Doktrin zur Grundlage, daß die SU nur militärisch-strategische Interessen an Finnland hat, und daß dieses Interesse defensiver Natur ist. Dementsprechend richtete sich die Aktivität Kekkonens auf die Schaffung internationaler Verhältnisse, die bei Erhaltung des militärischen Gleichgewichts die Spannung zwischen den Supermächten und ihren Blöcken mindern sollte, als Voraussetzung dafür, daß Finnland nicht unter Berufung auf die VSZ auf die Seite der SU gezogen werden könnte. Seine Initiativen zur Sicherheitskonferenz 1975 in Helsinki und für einen atomwaffenfreien Norden entspringen dieser Doktrin. In dem Maße jedoch, wie der aggressive und expansionistische Charakter der sowjetischen Militärstrategie offen zutage tritt, wird ihr der Boden entzogen. Finnische Diplomaten antworten auf den Vorwurf der finnischen Stimmenthaltung bei der Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan vor der UNO mit „Überordnung nationaler Eigenliebe über den Anspruch auf ideologische Solidarität." Tatsächlich geht es nicht um moralische Kategorien, sondern um die nationale Souveränität auch Finnlands, die nur im Zusammenschluß vor allem mit den Völkern und Ländern der Dritten Welt erkämpft und verteidigt werden kann.

Dieser Zug der faktischen Finnlandisierung, der der Kekkonen-Linie innewohnt, ist natürlich ganz nach dem Geschmack der SU. Und im Kreml mißt man die Präsidentschaftskandidaten dementsprechend daran, wieweit sie bereit sind, diese Sorte Neutralität fortzusetzen oder gar noch mehr zu ihren Gunsten zu aktivieren. Bislang sähen sie offiziell jedoch keinen Anlaß, sich in die Wahlen einzumischen.



auf und Anpassung an die Sicherheitsinteressen der SU. In seinem politischen Testament, das er mit dem im vorigen Jahr erschienen Buch „Ekudden" (nach dem Namen seiner Residenz) hinterläßt, ermahnt er nochmals die finnische Nation, sich unaufhörlich das Vertrauen der SU zu erwerben, die freundschaftlichen Beziehungen zu stärken und alle Quellen für eventuelle Konflikte zu beseitigen.

Kekkonen verkörpert einen nationalen Konsens, und keiner der potentiellen Kandidaten, die in den kommenden Wochen von den Parteitagen endgültig aufgestellt werden, wagt es, sich nicht für die Fortsetzung der Paasikivi-Kekkonen-Linie auszusprechen. Paasikivi war der Vorgänger Kekkonens. In der Person Kekkonens widerspiegelt sich, wenn auch auf bürgerliche Weise, die recht blutige jüngere Geschichte Finnlands wider. Aus sehr einfachen Verhältnissen stammend, nahm er 1917 als 17jähriger an der Seite der Weißen an der blutigen Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung teil, der bürgerlicherseits unterstellt wurde, den Anschluß an die SU zu betreiben. Danach trat er als Anhänger der

blieb ebenso erfolglos.

Auf der anderen Seite hat die Kekkonen-Linie die Doktrin zur Grundlage, daß die SU nur militärisch-strategische Interessen an Finnland hat, und daß dieses Interesse defensiver Natur ist. Dementsprechend richtete sich die

Geschmack der SU. Und im Kreml mißt man die Präsidentschaftskandidaten dementsprechend daran, wieweit sie bereit sind, diese Sorte Neutralität fortzusetzen oder gar noch mehr zu ihren Gunsten zu aktivieren. Bislang sähen sie offiziell jedoch keinen Anlaß, sich in die Wahlen einzumischen.



Niederlande: Demonstration am 31. Oktober in Njmwegen gegen die Einmischung der USA in Mittelamerika. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker von El Salvador, Nicaragua, Guatemala und Honduras.

„Schwachstellen" der NATO „an der Unterseite Europas"

cof. Mit 22000 Soldaten der NATO-Staaten Südeuropas, dazu Franzosen, Briten und Amerikanern erprobte das Bündnis im September seine Manövrierfähigkeit im Mittelmeer – und trug damit der „verstärkten Abhängigkeit Westeuropas vom politisch instabilen Nahen Osten" und damit „seinen lebenswichtigen Interessen im Mittelmeerraum" Rechnung. Gleichzeitig wurden Überlegungen immer lauter, eine NATO-Truppe in Krisengebiete oder in Länder, die „für gewisse Regionen die Verantwortung übernähmen", zu entsenden.

Müssen sich die USA schon mit einer Friedens- und Volksbewegung in den verbündeten Staaten plagen, so stoßen sie im Süden erst recht auf widerborstige „Partner" – ausgerechnet an den strategisch wichtigen Polen: Spanien am Eingang und Griechenland am östlichen Rand des Mittelmeers, zugleich einziger Stützpunkt auf dem vom Warschauer Pakt in die Zange genommenen Balkan.

Größeren Ärger verspricht der Fall Griechenland: Verglichen mit den Wahlparolen: „Raus aus der NATO! Brechen wir mit der EG! Weg mit den US-Stützpunkten!" gibt sich der Wahlsieger Andreas Papandreou, inzwischen zwar eher moderat, aber er stellt Forderungen.

Einmal verlangt er Garantien gegenüber dem östlichen Nachbarn Türkei und polemisiert gegen einen Mangel des NATO-Vertrages, der keinerlei Garantien für Konflikte zwischen Mitgliedsländern enthalte. Da mischt sich panhellenisches Sendungsbewußtsein mit einer Reihe tatsächlich strittiger Punkte. Seit der Invasion der türkischen Armee auf Zypern im Jahre 1974 halten türkische Truppen immer noch 40% des Territoriums im Norden der Insel besetzt. Die längst vereinbarte und von der UNO mehrfach geforderte Rücksiedelung griechischer Zyprioten in die Hafenstadt Famagusta ist noch nicht gewährleistet. Außerdem beansprucht die Türkei, seitdem in der Ägäis Erdöl und unter dem Meeresbodenschätze vermutet werden, Gewässer und große griechische Inseln, weil sie zum türkischen Festlandssockel gehörten, für sich. Schließlich genießt die Militärregierung durchaus das Vertrauen der USA, die nicht daran denken, ihre nach der letzten Zypern-Krise eingestellte und später wieder aufgenommene Militärhilfe an die Türkei einzuschränken. Im Gegenteil – die Befürchtung, daß die USA im Fall eines NATO-Austritts Griechenlands erst recht das türkische Militärregime päppeln würden, besteht nicht ohne Grund.

Mit dem Austritt Griechenlands aus der NATO ohne Punkt und Komma ist also vorerst nicht zu rechnen, zumal Papandreou, zugleich Verteidigungsminister, für die Deckung seines Militärbudgets, das ein Viertel des Staatshaushalts ausmacht, auf Hilfe aus den USA angewiesen ist – und von einer Ersetzung des Heeres durch Volksmilizen oder auch nur von einer Reduzierung der Wehrpflicht (derzeit 26 Monate ohne Recht auf Verweigerung), wie vor Jahren mal gefordert, hört man schon lange nichts mehr.

Zum zweiten sind Verhandlungen über die US-Stützpunkte anvisiert – nicht über ihre Liquidierung, sondern mit dem Ziel griechischer Kontrolle und Information über ausspionierte Erkenntnisse wie über geplante militärische Aktionen (was vor allem den Nahen Osten betreffen dürfte).

Ob die USA damit leben können, ob das griechische Volk sich damit zufriedengibt, wird sich zeigen – und hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob die USA in der Armee Kräfte und die Gelegenheit für günstig finden könnten, dem „sozialistischen Experiment" durch einen Putsch à la Plan Prometheus von 1967 ein rasches Ende zu setzen.

Eindeutig zugunsten der NATO-Vormacht entwickelt sich dagegen die Situation in Spanien, nachdem die Mehrheit des Parlaments gegen Sozialisten und PCE mit einfacher Mehrheit den Weg zum NATO-Beitritts-Antrag freigemacht und die geforderte Zwei-Drittel-Mehrheitsentscheidung genauso wie eine Volksabstimmung abgelehnt hat, obwohl nach Meinungsumfragen die überwiegende Mehrheit des Volkes hier wie in Griechenland die NATO-Mitgliedschaft ablehnt. Der Antrag enthält zwar einige Bedingungen: keine Lagerung oder Installation nuklearer Waffen, die Sicherheit der Kanarischen Inseln wie der afrikanischen Exklaven und den Abtritt der britischen Kolonie Gibraltar an Spanien – aber nicht mal auf diesen Trostpflästerchen will die Regierung der Demokratischen Zentrumsunion im Beitrittsprotokoll bestehen. Nichts spricht dafür, daß unter solchen Auspizien die Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens über die vier US-Basen zugunsten spanischer Souveränitätsrechte ausgehen. So mögen die spanischen Sozialisten der PSOE auf ihrem Parteitag vor zwei Wochen – gerade recht beeindruckt vom Sieg der Pasok in Griechenland – viele Hoffnungen in deren Politik gegenüber der NATO und auch hinsichtlich des von Papandreou gewünschten Sondervertrags mit der EG gesetzt haben – sie werden es selbst nach einem möglichen Wahlsieg in ein oder zwei Jahren um so schwerer haben, aus der NATO auszutreten und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen, je mehr sich die Griechen zu Abstrichen an ihrem Wahlprogramm veranlaßt sehen. Bleibt zu hoffen, daß die „Vision" Papandreous von einer europäischen Konföderation, die nicht länger von Jalta und Potsdam bestimmt, weder von der Sowjetunion noch von den USA beherrscht wird, nicht Vision bleibt, sondern eine positive Wirkung in der europäischen Linken entfaltet.

Gespräch mit „Solidarność“-Vertretern in Warschau über die aktuelle Lage

Am Abend des 28.10., also dem Tag des zweistündigen Warnstreiks im ganzen Land, hatten wir Gelegenheit, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden von „Solidarność“ der Region Masowsze, Wiktor Kulerski, und dem Mitglied der zentralen Lehrerkommission von „Solidarność“, Stefan Starczewski, in Warschau zu sprechen. Die Region Masowsze umfaßt sieben Wojewodschaften, vor allem die Hauptstadt Warschau.

jüs, Westberlin

Kulerski hatte noch keinen vollständigen Überblick über den Erfolg des Streiks. Die Großbetriebe hatten jedoch ziemlich geschlossen gestreikt. Der öffentliche Verkehr war unterbrochen. Die Rosa-Luxemburg-Werke (ca. 5000 Beschäftigte), in denen auch Walesa gesprochen hat, hatten zu etwa ¾ die Arbeit niedergelegt.

Wir fragen nach den Zielen des Streiks. *Kulerski:* Solidarność hatte auf dem Kongreß in Gdansk vier Forderungen an die Regierung gestellt und für deren Erfüllung eine Frist von zwei Wochen gesetzt. Diese Forderungen sind nicht erfüllt worden:

1. Einstellung der gegen Solidarność gerichteten Kampagne in den staatlich kontrollierten Massenmedien
2. Keine Unterdrückung und Verfolgung der Herausgeber von Solidarność-Publikationen (die sich nicht der immer noch gültigen Zensur unterwerfen; d. Verf.)
3. Verbesserungen der Situation der Bauern, vorrangige Belieferung mit Maschinen, Baumaterialien und Brennstoffen
4. Einrichtung eines „Obersten Volkswirtschaftsrates“, dessen Aufgabe die Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Regierung ist.

Dieser Volkswirtschaftsrat soll aus Personen bestehen, die das Vertrauen der polnischen Gesellschaft haben; sie sollen dafür sorgen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik für die Gesellschaft durchschaubar und überprüfbar wird.

Die zweite Ebene des Streiks ist der Versuch, die sich ausbreitenden spontanen Streiks zusammenzufassen und gleichzeitig zu einer Drohung gegen die Regierung zu machen: Wir warnen die Regierung; wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, liefern wir die Produkte direkt an die Bauern. Dies wäre eine scharfe Waffe gegen die Regierung: wir kontrollieren damit die Produktion. Wir nennen das „Aktivstreik“: Kontrolle der Produktion. Sie bedeutet die Selbstverteidigung der Gesellschaft. Aktivstreik ist eine neue Qualität von Streik.

Wir fragen: Wie steht Solidarność zu den spontanen Streiks?

Kulerski: Diese Streiks sind Ausdruck von Forderungen, die eben nicht anders durchgesetzt werden können. Die Kraft der Gesellschaft wirkt nicht bloß auf die Regierung, sondern auch auf die Solidarność.

Frage: Inwieweit sind die Zielsetzungen des Streiks in der Bevölkerung bekannt?

Kulerski: Es ist das erste Mal, daß ein Streik bei uns diese zwei Ebenen hat, und weil die Lage kompliziert ist, ist auch nicht eindeutig, welche Seite des Streiks die Hauptseite ist. Zur Frage der Produktionskontrolle: Man muß zwei Punkte beachten: Erstens ist das eine neue Konzeption, die noch nicht völlig ausgearbeitet ist, und zweitens hat Solidarność keinen Zutritt zu den Massenmedien.

S. Starczewski ergänzt: Eines ist sicher, die polnische Gesellschaft traut der Regierung nicht. Ein Beispiel: das Fernsehen behauptet fortwährend, es gebe nicht genügend Kohlen. In Kattowitz wachsen jedoch die Kohlenhalden. Die Bauern kommen zu den Kattowitzer Gruben, um Kohlen zu kaufen. Die Bergleute verkaufen jedoch (noch) nicht, weil sie noch nicht gegen die Gesetze handeln wollen.

Kulerski: Angeblich gibt es keine Schokolade. Es gibt aber große Mengen an Schokolade. Sie gehen in die Kasernen. Die Soldaten erhalten sie aber auch nicht. Er zeigt eine Liste, die genaue Aufstellung von Ort, Datum, Umfang der Lieferung und Empfänger: ca. 270000 kg Schokolade, die im Zeitraum von knapp zwei Wochen an Kasernen geliefert wurden. Er fragt sich, wo diese Schokolade bleibt.

Wir fragen nach der Bedeutung der Arbeiterselbstverwaltung, die zur Zeit gerade gewählt wurde, für das Konzept des Aktivstreiks, der Produktionskontrolle.

Kulerski: Die Arbeiterselbstverwaltung kommt langsam in Gang. Aber wir haben Probleme. Einmal ist unsere eigene Struktur nicht klar. Trotzdem sind wir mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Produktionskontrolle aufbauen zu müssen. Wir haben damit keine Erfahrung, das ist sehr schwierig. Wir müssen das eben ausprobieren. Wir haben keine Fachleute für so etwas. Das Problem kam plötzlich, unsere Reaktion ebenfalls. Es besteht eben die Forderung an die Gewerkschaft, sich mit *allen* gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen. Wir können uns nicht den Luxus westlicher Gewerkschaften leisten, uns nur auf eine Seite zu beschränken. Für unsere Arbeit gibt es drei Ebenen: Die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit; die Verteidigung der Existenz der Gewerkschaft; das wird im Kampf um die Wahrheit, vor allem um den Zutritt zu den Massenmedien, entschieden; und drittens die Verteidigung, wenn man so will, unseres Arbeitgebers, damit er keinen Selbstmord macht; dies geht nur auf dem Weg der Demokratie und der Selbstverwaltung.

Wir fragen nach der Bedeutung von Kanias Rücktritt für die Lage in Polen.

Starczewski: Das politische Leben in Polen ist nicht so öffentlich, auch die Geschichte der KP ist in Bezug auf Flügelkämpfe, aber auch persönliche Auseinandersetzungen, nie richtig durchschaubar gewesen. Kania hat eine Art Zentrumsposition zwischen zwei Flügeln repräsentiert, er hat zwischen den Flügeln gesteckt und weder für den einen, noch für den anderen Flügel etwas gebracht. Früher bestand ein politisches Patt. Um wenigstens irgend etwas zu ändern, auch um äußere Freunde zufriedenzustellen, wurde eben irgendetwas getan. Die Rolle Moskaus ist unklar.

Frage: Für was steht Jaruzelski?

Starczewski: Er ist die Illusion der Partei, durch eine Personalveränderung die Lage ändern zu können.

Kulerski: Man kann sich auch selbst eine Frage stellen: Bisher hatten wir Zivilregierungen, ohne Militärbeteiligung, und diese Regierungen konnten von der Gesellschaft bekämpft werden. Die Regierung hatte immer Militär, Miliz usw., aber sie war nie sicher, ob diese sich einsetzen lassen. Was also bringt Jaruzelski? Möglicherweise die schrittweise Einführung der Militärregierung, so, daß die Gesellschaft es nicht gleich merken soll, die Vorbereitung auf den Einsatz von Militär. Wir haben jetzt bereits zunehmend die Ersetzung von Politikern und Direktoren durch Militär.

Zur Entwicklung der letzten Woche in Polen

gek. Die Führung der „Solidarität“ befindet sich in einer äußerst schwierigen Situation. Da ist auf der einen Seite der völlige Immobilismus des Regimes. Das ZK-Plenum hat beschlossen, Jaruzelski entgegen dem Parteistatut die Ämter des Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers zu belassen. Kania wurde für auch aus dem Politbüro „zurückgetreten“ erklärt, aber sein Sitz blieb vakant, was das Patt in den innerparteilichen Flügelkämpfen zeigt. Beschlossen wurde ein absolutes Streikverbot. Aber wie schon im Konflikt um die Selbstverwaltung, verweigerte der Sejm zum erneuten Mal der „führenden Partei“ die Gefolgschaft. Er verabschiedete stattdessen nur einen Appell an die „Solidarität“, für die Beendigung der wilden Streiks zu sorgen. Jaruzelski stellte seine „Regierung der nationalen Einheit“ vor – aber außer einem Katholiken der regimetreuen Pax-Gruppe und dem Vorsitzenden der „Demokratischen Partei“ wurde die Basis *nicht* erweitert. Ein beratendes Gremium von Wirtschaftssachverständigen wurde berufen. Alles dies sind nur schwache, hilflose Versuche, den Vorschlägen der „Solidarität“ wie der Kirche zur Bildung eines „Obersten Volkswirtschaftsrates“, der eine wirklich anerkannte Autorität und entsprechende Vollmachten besitzt, auszuweichen.

Der Rettungsanker in der Krise soll die Armee sein. Die „territorialen Operationsgruppen“ sind in die 2000 Orten und Dörfer losgezogen, jeweils ein Offizier, zwei Unteroffiziere, ein Soldat. Sie sollen den zusammengebrochenen Binnenhandel und die Verwaltung kontrollieren und notfalls reorganisieren. Erste Rundfunkinterviews zeigen, daß die Offiziere einen scharfen Ton gegen die Bürokratie anschlugen. Es erscheint ganz unweigerlich, daß die Armee als die letzte überparteiliche, staatliche Autorität um so schneller in den gesellschaftlichen Konflikt hineingezogen und politisiert werden muß.

Derweil wächst, von ultrarechten Provokationen auch bewußt geschürt, unter großen Massen des Volkes die revolutionäre Stimmung. Der Stettiner Vorsitzende der „Solidarität“, Jurczyk, nannte die Mehrzahl der Staats- und Parteiführer „nationale Verräter“, die vor ein Volkstribunal gehörten. Solchen Stimmungen wird sich die Führung der „Solidarität“ jetzt nicht hingeben dürfen; im Interesse des Fortgangs der Revolution.



„Laßt sie alle Valium fressen!“
Ung-Mob besetzt Skippergate 6 – 8
ref.Oslo. Hausbesetzung in Oslo – das hat es vor 6 – 7 Jahren mal gegeben, ist schon fast in Vergessenheit geraten. An einem nieseligen Freitag vor zwei Wochen sorgen einige hundert Jugendliche für Schlagzeilen, indem sie das Haus in der Skippergate 6 – 8 besetzen. Nach den harten Kämpfen um
die Initiative zur Besetzung ausging. Schon vorher hatten sie die Kommune aufgefordert, Räumlichkeiten für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen, ohne daß sich diese auch nur gerührt hätte.
Ein reges Ein und Aus herrscht selbst jetzt am frühen Nachmittag.
saal wird im 2. Stock ausgebaut, im 3. Stock sind „Wohnungen“. Früher waren hier Läden und Büros drin und die Stukkatur an der Decke zeigt, daß hier mal der Platz der Oberklasse war. Jetzt ist alles heruntergekommen, in äußerst schlechtem Zustand. Heizung fehlt. Die Besetzer konnten der Kommune
3. Verbesserungen der Situation der Bauern, vorrangige Belieferung mit Maschinen, Baumaterialien und Brennstoffen
4. Einrichtung eines „Obersten Volkswirtschaftsrates“, dessen Aufgabe die Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Regierung ist.
Dieser Volkswirtschaftsrat soll aus Personen bestehen, die das Vertrauen der polnischen Gesellschaft haben; sie sollen dafür sorgen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik für die Gesellschaft durchschaubar und überprüfbar wird.
Die zweite Ebene des Streiks ist der Versuch, die sich ausbreitenden spontanen Streiks zusammenzufassen und
ein Streik bei uns diese zwei Ebenen hat, und weil die Lage kompliziert ist, ist auch nicht eindeutig, welche Seite des Streiks die Hauptseite ist. Zur Frage der Produktionskontrolle: Man muß zwei Punkte beachten: Erstens ist das eine neue Konzeption, die noch nicht völlig ausgearbeitet ist, und zweitens hat Solidarność keinen Zutritt zu den Massenmedien.
S. Starczewski ergänzt: Eines ist sicher, die polnische Gesellschaft traut der Regierung nicht. Ein Beispiel: das Fernsehen behauptet fortwährend, es gebe nicht genügend Kohlen. In Kattowitz wachsen jedoch die Kohlenhalden. Die Bauern kommen zu den Kattowitzer Gruben, um Kohlen zu kau-
schaft, sich mit allen gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen. Wir können uns nicht den Luxus westlicher Gewerkschaften leisten, uns nur auf eine Seite zu beschränken. Für unsere Arbeit gibt es drei Ebenen: Die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit; die Verteidigung der Existenz der Gewerkschaft; das wird im Kampf um die Wahrheit, vor allem um den Zutritt zu den Massenmedien, entschieden; und drittens die Verteidigung, wenn man so will, unseres Arbeitgebers, damit er keinen Selbstmord macht; dies geht nur auf dem Weg der Demokratie und der Selbstverwaltung.
Wir fragen nach der Bedeutung von Kanias Rücktritt für die Lage in Polen.
gerte der Sejm zum erneuten Mal der „führenden Partei“ die Gefolgschaft. Er verabschiedete stattdessen nur einen Appell an die „Solidarität“, für die Beendigung der wilden Streiks zu sorgen. Jaruzelski stellte seine „Regierung der nationalen Einheit“ vor – aber außer einem Katholiken der regimetreuen Pax-Gruppe und dem Vorsitzenden der „Demokratischen Partei“ wurde die Basis nicht erweitert. Ein beratendes Gremium von Wirtschaftssachverständigen wurde berufen. Alles dies sind nur schwache, hilflose Versuche, den Vorschlägen der „Solidarität“ wie der Kirche zur Bildung eines „Obersten Volkswirtschaftsrates“, der
daß die Armee als die letzte überparteiliche, staatliche Autorität um so schneller in den gesellschaftlichen Konflikt hineingezogen und politisiert werden muß.
Derweil wächst, von ultrarechten Provokationen auch bewußt geschürt, unter großen Massen des Volkes die revolutionäre Stimmung. Der Stettiner Vorsitzende der „Solidarität“, Jurczyk, nannte die Mehrzahl der Staats- und Parteiführer „nationale Verräter“, die vor ein Volkstribunal gehörten. Solchen Stimmungen wird sich die Führung der „Solidarität“ jetzt nicht hingeben dürfen; im Interesse des Fortgangs der Revolution.

„Laßt sie alle Valium fressen!“

Ung-Mob besetzt Skippergate 6 – 8

ref.Oslo. Hausbesetzung in Oslo – das hat es vor 6 – 7 Jahren mal gegeben, ist schon fast in Vergessenheit geraten. An einem nieseligen Freitag vor zwei Wochen sorgen einige hundert Jugendliche für Schlagzeilen, indem sie das Haus in der Skippergate 6 – 8 besetzen. Nach den harten Kämpfen um Hausbesetzungen in Amsterdam, Zürich, West-Berlin, ist das ein paar Kilo Druckerschwärze wert und wird auch von seiten der Kommune als Aktion äußerst ernst genommen. Auf meiner Durchreise durch Oslo habe ich mir vorgenommen, die Skippergate zu besuchen.

Schon auf Oslos Vorzeigestraße „Karl Johan“ trifft man Jugendliche, die Geld für die Unterstützung sammeln. „Wie siehts aus in der Skippergate?“ „Wird immer besser!“ In der Antwort liegt deutlicher Optimismus. Die Skippergate liegt im Herzen Oslos – oder besser am Rande seines Herzens, an einer stark befahrenen Durchgangsstraße. Es ist das letzte Haus in der Reihe, fast schon eine Ruine. Das Haus daneben ist schon abgerissen, hat Platz gemacht für einen Parkplatz. Vor dem Eingang eine Menge alte, zerschlissene Möbel und auch sonst viel Gerümpel. Außen sind die Wände mit Parolen gschmückt, vor allem dem entschlossenen „Das Haus ist unser!“ und „Selbstverwaltetes Jugendzentrum“. Auf der Giebelseite ist eine riesige rote Faust aufgemalt und darunter steht „UNG MOB“.

„UNG MOB“ ist die „Jugendgruppe gegen Bußgeldterror“. Sie befaßt sich hauptsächlich mit Rechtshilfe und sammelt Geld für die Bezahlung von Strafen. „Wenn ein Jugendlicher arbeitslos ist und kein Geld hat, von dem er seine Strafe bezahlen kann, kann er bei UNG MOB Unterstützung finden“, wird mir später erklärt. Diese Gruppe hat vor kurzem ein Rock-Konzert veranstaltet, von dem dann die Initiative zur Besetzung ausging. Schon vorher hatten sie die Kommune aufgefordert, Räumlichkeiten für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen, ohne daß sich diese auch nur gerührt hätte.

Ein reges Ein und Aus herrscht selbst jetzt am frühen Nachmittag. Man kommt direkt in ein „Teestuben-Milieu“, die Wände sind geschmackvoll bemalt und über einer Tür hängt ein Schild „Kaffee – Das rote Zimmer“. Daneben eine uralte Reklame, auf der der Werbespruch durch den Slogan „Laßt sie alle Valium fressen“ ersetzt ist. Provisorisch ist in einem Nebenraum ein großer Tisch aufgebaut mit Käsebroten, feinen roten Äpfeln und immer Kaffee oder Tee. Mittag kann auch bestellt werden. Die ganze Zeit über läuft flotte Rock-Musik. „Dies soll später einmal ein richtiges Kaffee werden“, erzählen mir die Leute hinter dem Tisch. Ein Jugendlicher aus Guatemala reicht mir einen Kaffee und erklärt, daß es jetzt absolut notwendig gewesen sei mit der Hausbesetzung. Es gibt kein einziges selbstverwaltetes Jugendzentrum in Oslo. Das Bedürfnis für dieses Haus ist enorm und es kommen Punker, Freaks und vor allem arbeitslose Jugendliche. Täglich kommen Neue, die mitmachen wollen. „Es gibt keine bestimmte Gruppe, die hinter dieser Aktion steht. Viele verschiedene Gruppen unterstützen uns, wir sind offen für alle, die Aktivitäten entfalten wollen. Einzige Bedingung ist: Kein Rauschgift!“

Eine Leitungsgruppe gibt es nicht – wohl Leute, die heute etwas mehr machen als die anderen; morgen sind das wieder andere. Einziges demokratisches Organ ist die Vollversammlung. Ca. 40 – 50 Leute wohnen im Haus und Bedingung dafür ist, daß sie arbeiten. Später sollen es nur 10 sein, die im Haus wohnen. Einer führt mich herum und zeigt mir die Räume. Ein Konzertsaal wird im 2. Stock ausgebaut, im 3. Stock sind „Wohnungen“. Früher waren hier Läden und Büros drin und die Stukkatur an der Decke zeigt, daß hier mal der Platz der Oberklasse war. Jetzt ist alles heruntergekommen, in äußerst schlechtem Zustand. Heizung fehlt. Die Besetzer konnten der Kommune inzwischen Strom und Wärme abtrotzen, abe es ist auffällig, daß alle, die hier wohnen, ständig husten. „Aftenposten“ streicht heraus, daß die Kommune als erste „Hilfe“leistung in allen Räumen Feuerlöscher installiert hat. Eine großartige Leistung!

Man sieht im übrigen überall Leute, die beschäftigt sind, aufräumen, installieren, instandsetzen. Die Häßlichkeit der Räume hebt dadurch besonders kraß hervor, daß jetzt endlich neues Leben in diese Wände eingezogen ist. „Bist Du arbeitslos?“ frage ich meinen Führer. „Eigentlich ja, aber jetzt arbeite ich im Kaffeee. Lohn kriege ich noch nicht, aber später werde ich 30 Kr (= 12 DM) am Tag erhalten. Das reicht für meine Bedürfnisse.“ Dabei zeigt er dann auf den Kai in der Nähe und erzählt, daß er früher dort auf einem Boot gewohnt hat. Die Kommunalverwaltung in Oslo, der das Haus gehört, hat sich auf die sachte Linie gelegt. Verhandeln, keine Polizei. Sie hat den Besetzern ein besseres Haus schräg gegenüber angeboten. Die Vollversammlung der Besetzer hat das Angebot zurückgewiesen wegen der Bedingungen, die die Kommune an das Angebot geknüpft hatte. Sie hätten das Jugendzentrum völlig unter die Kontrolle der Kommune gebracht. Kommunale Beamte, die das besetzte Haus inspizieren wollten, wurden sehr direkt abgewiesen, nach Aftenposten mit den Worten: „Hau ab, Tante! Wir wollen keine breitärschigen Soziologen mit kommunaler Windjacke!“

Offensichtlich setzt die Kommune darauf, daß das Ganze wegen fehlender Geldmittel stillschweigend wieder eingehen wird. Ich frage nach der Unterstützung: „Auf der Straße sammeln wir jeden Tag ca. 6000 Kr (ca. 2400 DM). Auch sonst kriegen wir viel Unterstützung, alte Möbel z.B. usw. Neulich kam eine alte Dame, trank einen Tee und saß eine Weile hier. Bevor sie ging, legte sie stillschweigend 100 Kr in die Kaffeekasse. An einem anderen Tag kam ein Mann und gab uns einfach 1000 Kr als Spende. Viele schauen hier auch aus Neugier nur mal so rein.“ Besonders haben sich die Besetzer gefreut, daß die Beschäftigten im Weinmonopol 400 Kr Unterstützung eingesammelt haben. Beim Televerk (Fernmeldeamt) wurden sogar 1400 Kr eingesammelt. Von vielen und besonders auch gewerkschaftlichen Gruppen kommen Sympathieerklärungen.

Der kommunale Verhandlungsführer erklärt gegenüber Aftenposten, daß man vorsichtig vorgehen müßte, weil solche Häuserbesetzungen ansteckend seien. Man sehe sich hier einer „Jugendbewegung“ gegenüber. Er hat ganz recht. Die Besetzer erklären, daß sie neue Besetzungen vorbereiten und unterstützen weren. In Tromsö und Trondheim sind ähnliche Initiativen in Gang und es gibt Verbindungen untereinander. Die Bewegung ist politisch unorganisiert und lehnt es auch ab, irgendwo drangehängt zu werden. Sie ist aber auf jeden Fall in der Offensive. Ihr Optimismus ist meines Erachtens gerechtfertig. Als ich die Skippergate verließ, hatte ich das Gefühl, daß ich hier wieder hinkommen werde. Die Jugendlichen haben gewiß noch viele Schwierigkeiten zu überwinden, aber sie haben schon jetzt ein gutes Milieu geschaffen.



Beobachtungen in der Sowjetunion, Herbst 1981

„Sie lassen einen nicht leben"

Die Versorgungslage ist schlecht wie seit langem nicht, und die Unzufriedenheit wird offener geäußert als früher. Aber noch immer ist das „Dissidenten"tum, d.h. die Verweigerung gegenüber dem absoluten Anspruch des Staates, die Hauptform der Opposition



Moskau 1978: Bilderausstellung in einer Privatwohnung. 20 Mann Miliz ziehen auf und riegeln eine Woche lang das Haus ab. Sie verschwinden so plötzlich, wie sie gekommen sind. Keine Begründung.

Jedes Treffen mit Freunden nach längerer Trennung beginnt unweigerlich mit dem Lagebericht. In diesem Jahr erfahre ich es schon auf dem Bahnhof: Buchweizengrütze ist „Defizit" geworden. Buchweizengrütze, Volksnahrung, anerkannter Ersatz für so manches fehlende Fleischstück! „Defizit" heißt: „im Prinzip" gibt es die Grütze, aber kaum noch im offenen Verkauf oder nur zufällig; sie muß besorgt werden. Erstaunlich, wie hartnäckig sich „Defizit"-Waren im Alltagsleben der Menschen halten können, so seit Jahren indischer Tee und dicke süße Kondensmilch, beides Grundnahrungsmittel: indischer Tee, weil der eigene grusinische meistens wie Heu schmeckt, und Kondensmilch als Ersatz für in vielen Gegenden nicht zu habende Frischmilch.

Die „Versorgungsfront"

Ähnlich der Buchweizengrütze ist in den letzten zwei bis vier Jahren viel aus den Läden verschwunden, eigentlich jede bessere Qualität und eine bestimmte Vielfalt. Z.B. Käse: maximal drei Sorten Hartkäse (statt früher fünf bis zehn), in vielen Läden überhaupt keiner, dafür jede Menge Schmierkäse mit Gelatine ohne Geschmack. Wurst: Dasselbe, eigentlich nur Fleichwurst, mit Riesenspeckstücken, überhaupt nicht haltbar, häufig ungenießbar. Verschwunden sind alle feineren Backwaren und die bekannten Konfektsorten mit Schokolade, die meisten Marmeladen und Kompotte, die eingelegten Pilze und die grusinischen Weine – alles Dinge, die unbedingt zur Küche dieses Landes gehören. Vieles ist völlig verschwunden, einiges wenige findet sich in den Devisenläden (Intershops) und ist also „nur Defizit".

Zwei weitere Neuigkeiten: Außerhalb von Moskau, Leningrad und vielleicht noch Kiew sind in den letzten Jahren nach und nach alle staatlichen Fleischläden und -abteilungen geschlossen worden, mangels Ware. Außerdem sind bei allen Frischwaren im Prinzip die Qualitätsstufen aufgehoben worden, die Nachfrage nach guten, wenn auch teureren Produkten wäre zu groß gewesen. Jetzt gibt es staatlicherseits nur eine Sorte Pflaumen, je nach Lieferung süß oder sauer, fest oder matschig oder alles durcheinander. Bleiben die Kolchosmärkte, auf die die Landbewohner den Ertrag ihres privat genutzten Landes (derzeit ½ ha, soll aber demnächst auf 1 ha vergrößert werden) tragen, deren Konkurrenz die letzten staatlichen Fleischläden jetzt fürchten müssen. Hier funktioniert seit eh und je Angebot und Nachfrage, hier sind die Äpfel einwandfrei und poliert, die Mohrrüben schon geschrappt. Aber hier sind auch die Preise nicht zu bezahlen, zwei- bis dreimal so hoch wie in den staatlichen Läden.

Bleibt nachzutragen, daß im wichtigen sibirischen Industriezentrum Ir-

ten Pilze und die grusinischen Weine – alles Dinge, die unbedingt zur Küche dieses Landes gehören. Vieles ist völlig verschwunden, einiges wenige findet sich in den Devisenläden (Intershops) und ist also „nur Defizit".

Zwei weitere Neuigkeiten: Außerhalb von Moskau, Leningrad und vielleicht noch Kiew sind in den letzten Jahren nach und nach alle staatlichen Fleischläden und -abteilungen geschlossen worden, mangels Ware. Außerdem sind bei allen Frischwaren im Prinzip die Qualitätsstufen aufgehoben worden, die Nachfrage nach guten, wenn auch teureren Produkten wäre zu groß gewesen. Jetzt gibt es staatlicherseits nur eine Sorte Pflaumen, je nach Lieferung süß oder sauer, fest oder matschig oder alles durcheinander. Bleiben die Kolchosmärkte, auf die die Landbewohner den Ertrag ihres privat genutzten Landes (derzeit ½ ha, soll aber demnächst auf 1 ha vergrößert werden) tragen, deren Konkurrenz die letzten staatlichen Fleischläden jetzt fürchten müssen. Hier funktioniert seit eh und je Angebot und Nachfrage, hier sind die Äpfel einwandfrei und poliert, die Mohrrüben schon geschrappt. Aber hier sind auch die Preise nicht zu bezahlen, zwei- bis dreimal so hoch wie in den staatlichen Läden.

Bleibt nachzutragen, daß im wichtigen sibirischen Industriezentrum Ir-

kutsk unlängst Lebensmittelmarken eingeführt wurden. Über die eher „polnisch" anmutenden Mengen gab es nur Gerüchte; das krasseste: statt Fleisch monatlich pro Person 2 Pakete Pel'meni, ähnlich Ravioli und sibirisches Nationalgericht.

„Besorgen"

Jedes weitere „Defizit" macht das Leben teuerer und mühseliger; auch die Wörter sind ausgetauscht, statt kaufen – „besorgen". Die notwendige Versorgung steht und fällt mit einem rührigen Verwandten- und Freundeskreis, als einer Art Nachrichten- und Konsumgemeinschaft, und darüber hinaus einem ausgedehnten System von Bekanntschaften. Wenn man nicht selbst im Handel bzw. Gaststättengewerbe arbeitet oder über nützliche handwerkliche Fähigkeiten verfügt, muß man zumindest solche Leute kennen und Kontakte vermitteln können; es entwickeln sich Telefonketten, ein richtiges Maklerwesen, mit Verästelungen über die ganze Union. Geld allein reicht da nicht; der Kauf nimmt die Form des Tausches an, „Defizit" gegen „Defizit".

Aber Geld braucht man dennoch. Die Bekanntschaften müssen zwischenzeitlich bei Laune gehalten werden. Und außerdem dient es als „Schmiere" im System. „Überbezahlen" nennt man das diskret. Man fragt sich, wie eine ganze Gesellschaft permanent viele Waren überbezahlen kann. Oder anders: wieso jeder Einzelne nicht nur mehr Geld benötigt, sondern anscheinend auch ausgibt, als er eigentlich rechtmäßig haben könnte.

Dem trug übrigens auch der Staat Rechnung, am 15.9., mit Preiserhöhungen zwischen 35 und 100%, auf Benzin, Zitrusfrüchte, Pelze, Möbelgarnituren, Alkohol. Die Erklärung dazu denkbar einfach: dies seien keine unmittelbar lebensnotwendigen Güter, es gäbe davon zu wenig im Verhältnis zur Kaufbereitschaft der Bevölkerung (Ausnahme Alkohol). Mit anderen Worten: Kaufkraftabschöpfung. Aber woher kommt sie?

„Hier klaut doch jeder"

Freunde zeigen mir stolz ihr renoviertes Zimmer; im letzten Jahr waren die Wände bis auf den Stein abgeschlagen. Die Handwerkervereinigung im Stadtviertel hatte lediglich das Tapezieren und Malen übernommen. Der Verputzer fand sich auf einer nahegelegenen Neubaustelle. „Seine Brigade hat ihn für uns abgestellt", an einem normalen Wochentag. Und wo kann man Baumaterial besorgen? Achselzucken: der Verputzer hatte das Material mitgebracht, möglicherweise von der Baustelle. Aber wem nützt die Frage? Warum darüber nachdenken?

„Wes' Herz voll ist, dem geht der Mund über"

Die Situation ist eigentlich nur unangenehm: ein Nachtzug mit ungünstigen Zeiten, ein unerwarteter Kälteeinbruch, schlechte Waggons, noch keine Heizung, dünne Decken und dann – morgens – noch nicht einmal das traditionelle Glas heißen Tee, es fehlen

Die Versorgungslage ist schlecht wie seit langem nicht, und die Unzufriedenheit wird offener geäußert als früher. Aber noch immer ist das „Dissidenten"tum, d.h. die Verweigerung gegenüber dem absoluten Anspruch des Staates, die Hauptform der Opposition



Moskau 1978: Bilderausstellung in einer Privatwohnung. 20 Mann Miliz ziehen auf und riegeln eine Woche lang das Haus ab. Sie verschwinden so plötzlich, wie sie gekommen sind. Keine Begründung.

viertel hatte lediglich das Tapezieren und Malen übernommen. Der Verputzer fand sich auf einer nahegelegenen Neubaustelle. „Seine Brigade hat ihn für uns abgestellt", an einem normalen Wochentag. Und wo kann man Baumaterial besorgen? Achselzucken: der Verputzer hatte das Material mitgebracht, möglicherweise von der Baustelle. Aber wem nützt die Frage? Warum darüber nachdenken?

„Wes' Herz voll ist, dem geht der Mund über"

Die Situation ist eigentlich nur unangenehm: ein Nachtzug mit ungünstigen Zeiten, ein unerwarteter Kälteeinbruch, schlechte Waggons, noch keine Heizung, dünne Decken und dann – morgens – noch nicht einmal das traditionelle Glas heißen Tee, es fehlen

die Kohlen für den Samowar. Der Ausbruch von Empörung und Erbitterung, der folgt, ist unerwartet heftig und sehr prinzipiell: „Das Volk fällt über die Sowjetmacht her", so ein Kommentar.

Noch vor wenigen Jahren konnte ich viele meiner Beobachtungen und Erfahrungen in diesem Land nur mit bestimmten, wenigen Freunden besprechen. Und ich hatte als „Westler" immer ein bißchen schlechtes Gewissen, ob ich denn nicht zu verwöhnt und anspruchsvoll an dieses Land heranginge. Heute sind die Verhältnisse viel krasser; sie fordern zur Stellungnahme heraus. Man hat den Eindruck, die Menschen reden wieder mehr miteinander. So verstehe ich es, wenn mir am Preiserhöhungstag ein befreundeter Bauingenieur einen Spottvers weitererzählt, den er nicht etwa von Freunden, sondern von seiner ihm untergebenen „Arbeiterklasse" gehört hat und in dem, sollte die Regierung den Alkohol noch viel weiter verteuern, polnische Verhältnisse angekündigt werden.

Welche täglichen Erfahrungen das Volk mit dieser Staatsmacht macht, begreife ich besser noch im prominenten Datschenviertel außerhalb der Hauptstadt: einwandfrei aufgeräumte Straßen, blumengeschmückte Kreuzungen, saubere Läden und Bushaltestellen, Miliz allenthalben und – trotz durchgezogenem weißem Strich in höchst unübersichtlicher Situation – eine Staatskarosse nur mit Chauffeur, die mit Sirene an uns vorbeirauscht und zum nächsten Restaurant einbiegt. Eine Woche zuvor hat sich auf dieser Strecke ein Nachbar überschlagen und fast zu Tode gefahren, weil er so einer Karosse ausweichen mußte. Die Karosse hat nicht einmal angehalten. Und wenn –, Recht hätte er sowieso nicht bekommen ... „Banditen!"

Zersetzung

Der, der „Banditen" sagt, fügt noch hinzu: „Sie, die Kommunisten – ich bin ja selbst Kommunist – haben das Land zugrunde gerichtet, seit 1917." Er ist demnach Parteimitglied, verdient hervorragend und baut sich zur Zeit eine Villa auf dem Lande, übrigens in dem Dorf fast das einzige Haus mit Kanalisation. Sein Urteil hat sicher auch mit seiner Herkunft zu tun: Er kommt aus einem der Kaukasusvölker.

Ein Bekannter schwärmt mir von Estland vor. Die Balten überhaupt, aber besonders die Esten, hätten so etwas von „deutschen" Eigenschaften, sie wären arbeitsam, zuverlässig, ihr Land wäre sauberer, es würde dort alles viel besser funktionieren. „Wenn die ihre eigene Republik behalten hätten, dann würden sie sich heute so gut stehen wie Holland oder Belgien." Der das sagt, ist, trotz vieler Schwierigkeiten, inzwischen gutsituierter Wirtschaftsfunktionär, ohne Datscha, aber mit Auto und Beziehungen. Was ihn von den Herrschenden trennt: Er ist Jude. Politik, sagt er, interessiert ihn nicht; er liest auch keine Zeitung. Zu den Denkmälern des II. Weltkrieges

Estland vor. Die Balten überhaupt, aber besonders die Esten, hätten so etwas von „deutschen" Eigenschaften, sie wären arbeitsam, zuverlässig, ihr Land wäre sauberer, es würde dort alles viel besser funktionieren. „Wenn die ihre eigene Republik behalten hätten, dann würden sie sich heute so gut stehen wie Holland oder Belgien." Der das sagt, ist, trotz vieler Schwierigkeiten, inzwischen gutsituierter Wirtschaftsfunktionär, ohne Datscha, aber mit Auto und Beziehungen. Was ihn von den Herrschenden trennt: Er ist Jude. Politik, sagt er, interessiert ihn nicht; er liest auch keine Zeitung. Zu den Denkmälern des II. Weltkrieges



Privatverkauf von Bäuerinnen

fährt er mich nur, weil ich es mir ausdrücklich wünsche; er könne den „Rummel" nicht ab.

Solche Gespräche sind mir neu. Es muß etwas passiert sein in den letzten zwei, drei Jahren, etwas, was den Menschen erleichtert, ihre seit langem schwelende Unzufriedenheit jetzt auf bestimmte Nenner, Begriffe zu bringen. Meine Frage danach versteht keiner. Dann fällt irgendwann der Ausdruck „Überfall auf Afghanistan". Ich interessiere mich, ob denn viele das so sehen. Die Antwort: Mag sein, daß irgendwo tief in der Provinz, wohin überhaupt keine Informationen kommen, noch jemand an den Freundschaftsdienst glaubt. – Es läßt sich vermuten, daß Afghanistan zur Klärung beigetragen hat.

Dissidenten

Nach ihrem Selbstverständnis sind sie prinzipielle Gegner dieses Herrschaftssystems. Nicht wenige von ihnen sind Künstler, Literaten außerhalb des Künstler- und Schriftstellerverbandes; das heißt, ausgeschlossen von den institutionellen Möglichkeiten auszustellen, Lesungen zu halten, gedruckt zu werden, ein Publikum zu finden, kurz, mit ihrer Kunst ihr Leben zu finanzieren. Das fördert ihren Bruch mit der Gesellschaft praktisch. Manche arbeiten als Hausmeister, Wächter, fürs Existenzminimum. Das garantiert ihnen Ruhe vor „Ideologie" oder „Kollektiv" und im Rhythmus von 24-Stunden-Schicht und 3 freien Tagen einige Zeit für ihre eigenen Arbeiten.

Viele – vielleicht kann man sagen, die Etablierteren, die schon einen Namen und ein Publikum haben – suchen den Kontakt zu Leuten aus dem Westen; man wird eingeladen, weitergereicht, gebeten, Freunde mitzubringen und zu Hause Adressen an Sowjetunion-Reisende weiterzugeben. Gerade hat jemand aus der französischen Botschaft einen Zeitungsartikel aus „Le Matin" bekommen, in dem über ihn und einen anderen Maler berichtet

ren. Das fördert ihren Bruch mit der Gesellschaft praktisch. Manche arbeiten als Hausmeister, Wächter, fürs Existenzminimum. Das garantiert ihnen Ruhe vor „Ideologie" oder „Kollektiv" und im Rhythmus von 24-Stunden-Schicht und 3 freien Tagen einige Zeit für ihre eigenen Arbeiten.

Viele – vielleicht kann man sagen, die Etablierteren, die schon einen Namen und ein Publikum haben – suchen den Kontakt zu Leuten aus dem Westen; man wird eingeladen, weitergereicht, gebeten, Freunde mitzubringen und zu Hause Adressen an Sowjetunion-Reisende weiterzugeben. Gerade hat jemand aus der französischen Botschaft einen Zeitungsartikel aus „Le Matin" bekommen, in dem über ihn und einen anderen Maler berichtet

wird, namentlich. „Wenn jemand erst im Westen bekannt ist, dann können sie ihm hier nicht mehr so viel anhaben, das schränkt die Willkür ein." Oder: „Heute schiebt man die Leute nach Westen ab; früher verschwanden sie Richtung Osten; wir fahren lieber Richtung Westen." Im übrigen finden sich in den ausländischen Kolonien auch immer wieder kaufkräftige Kunstliebhaber.

Es bewegt sich im Untergrund, wieder, wie mir gesagt wird. Sowohl in Moskau als auch in Leningrad muß bis Anfang 1980 ein reges Salonwesen bestanden haben; die großen Altbauten bieten sich an, Versammlungen und Ausstellungen zu organisieren und über die Salons den informellen Zusammenhang der Szene zu sichern. Zur Olympiade wurden diese Salons praktisch geschlossen, den Wohnungsinhabern wurde nicht nur mit Verlust der Wohnung, sondern auch gleich der Aufenthaltsgenehmigung für die jeweilige Stadt gedroht, was eigentlich auch die Arbeitserlaubnis annulliert. Inzwischen trifft man sich wieder in kleineren Kreisen, weniger auffällig.

In beiden großen Städten schließen sich jetzt Literaten gegenüber dem offiziellen Schriftstellerverband zusammen, mit Resolutionen und Forderungen: nach öffentlichen Lesungen, nach Räumen, nach einem Almanach in eigener Regie. „Das soll eine demokratische Organisation werden", sagt einer, „mit gewählten Sprechern, so etwas wie eine Gewerkschaft". Polen „liegt in der Luft", aber Genaueres weiß eigentlich kaum jemand.

Wer in den Bildern und Gedichten der sogenannten Dissidenten den großen politischen Angriff auf die Sowjetmacht sucht, sucht erstmal vergebens.

Stattdessen findet er sehr viel Privates, Existenzialistisches, Mystisches, viel Surrealismus, Formen und Stile, an die wir uns längst gewöhnt haben. Was wirft man ihnen vor? Daß sie nicht „konstruktiv" mitarbeiten wollen, nicht bereit sind, je nach Tagespolitik die BAM oder Nichtschwarzerdegürtel (Problemgebiet) zu thematisieren. Einer sagt: „Wir wollen nichts von diesem Staat. Wir wollen nur nicht behindert werden; wollen produzieren, was uns gefällt, und uns unser Publikum suchen dürfen. Dafür sind wir bereit, uns der Tagespolitik zu enthalten." Er ist Autor auch einiger sehr bissiger Satiren.

Die eigene Geschichte

In ihrer offiziellen Variante besteht sie meist aus dem II. Weltkrieg, soll die Verteidigungsbereitschaft wachhalten und wird einem täglich mit dem Holzhammer nahegebracht. Im übrigen stellt sie für Literaten und Filmschaffende risikoarmes Terrain dar. Vielen hängt diese Art Vergangenheitsbewältigung zum Halse heraus.

Es wächst ein anderes Interesse an der eigenen Geschichte: als Versuch, aus ihr die Gegenwart besser zu verstehen, angewidert von „Lack und Lüge". So gab es in Moskau und Leningrad Gedenkfeiern zu Ehren des 90.

uns der Tagespolitik zu enthalten." Er ist Autor auch einiger sehr bissiger Satiren.

Die eigene Geschichte

In ihrer offiziellen Variante besteht sie meist aus dem II. Weltkrieg, soll die Verteidigungsbereitschaft wachhalten und wird einem täglich mit dem Holzhammer nahegebracht. Im übrigen stellt sie für Literaten und Filmschaffende risikoarmes Terrain dar. Vielen hängt diese Art Vergangenheitsbewältigung zum Halse heraus.

Es wächst ein anderes Interesse an der eigenen Geschichte: als Versuch, aus ihr die Gegenwart besser zu verstehen, angewidert von „Lack und Lüge". So gab es in Moskau und Leningrad Gedenkfeiern zu Ehren des 90.

Geburtstags des Satirikers Michail Bulgakow („Der Meister und Margarita"), mit dem Tenor: Wir haben eine Schuld abzutragen. Bulgakow war kein Freund der Bolschewiki, hatte seine Zweifel an der neuen Richtung der Gesellschaft in den 20er Jahren, wurde schon vor seinem Tod (1940) praktisch totgeschwiegen und war bis in die Mitte der 70er Jahre suspekt. – Große Verehrung wird dem „oben" ebenfalls wenig geliebten, in diesem Jahr verstorbenen Jurij Trifonov entgegengebracht. In „Das Haus an der Moskva" sind es die Säuberungen, in „Der Alte" die Fehler im Bürgerkrieg gegenüber den Kosaken, die jeweils die Romanhelden in den 70er Jahren nicht in Ruhe lassen. Das als mutig bekannte Moskauer Tagunka-Theater hat inzwischen eine Dramatisierung durch die Zensur geboxt. – Im übrigen gibt es die Bücher aller bedeutenden sowjetischen Autoren nur in für die eigenen Bürger verbotenen Devisenläden.

In diese Bewegung gehört auch Lew Kopelew mit seinen autobiografischen Schriften (s. KVZ 42/1981). Für ihn wie für wohl viele der Dissidenten ist damit die Frage des Sozialismus erledigt. Das wird man für die Mehrheit der Intellektuellen nicht sagen können. Mögen es auch Zufälle gewesen sein: Ich habe u.a. einen Menschen getroffen, der sich mit Bucharin beschäftigt (für das Aufspüren der Literatur braucht man detektivische Fähigkeiten), und einen anderen, der sich Marx-Engels von Anfang bis Ende vorgenommen hat; kürzlich war er bei Band 21 angekommen.

T.H.

Die Krise schlägt erst noch richtig durch

frb. Der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise sei eigentlich schon durchschritten, war jüngst wieder von offizieller Seite zu hören. Zwar habe man sich im Frühjahr über den Zeitpunkt geirrt – der für Herbst anvisierte Aufschwung ist ja nun wirklich nirgendwo zu sehen –, aber ab Mitte kommenden Jahres werde es zusehends besser.

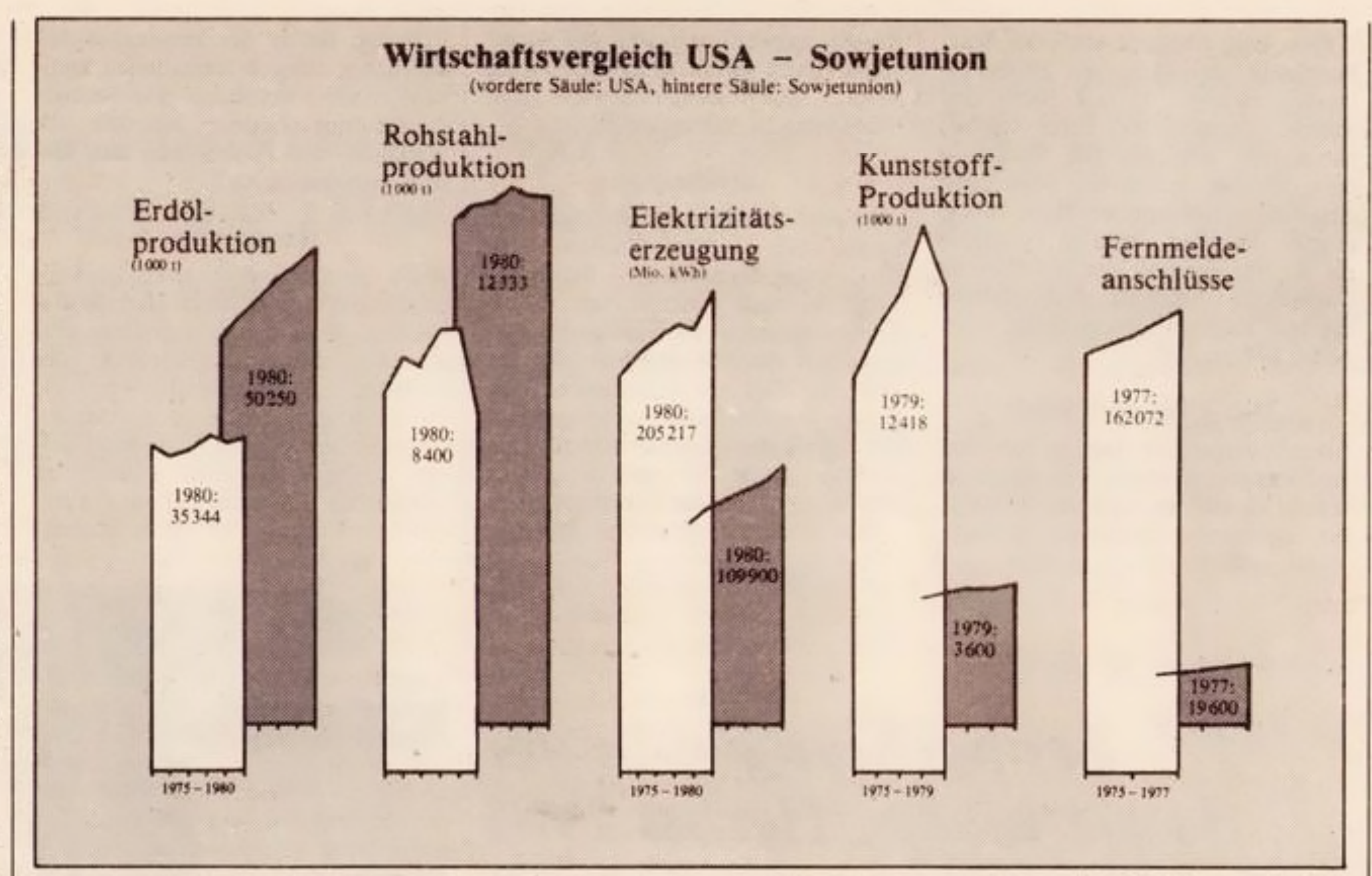
Vielleicht treffen diese ,,Analysen" für die Börsenstimmung zu, jedenfalls nicht für die Lage am Arbeitsmarkt. Die jüngsten Zahlen aus Nürnberg sprechen da eine deutliche Sprache. Das Arbeitslosenheer wird die politische Landschaft erst noch richtig in Bewegung bringen.

Und das sind die Fakten: 1365000 Arbeitslose waren im Oktober durchschnittlich bei den Arbeitsämtern registriert. Das sind rund 54% oder knapp 480000 mehr als im Oktober letzten Jahres. Von 100 Lohnabhängigen sind 6 arbeitslos.

Hinter diesen Bestandszahlen verbirgt sich immer noch erhebliche Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Seit Jahresanfang mußten 2,8 Millionen Menschen den Gang zum Arbeitsamt antreten. Doch nicht so sehr an der gestiegenen Zahl von Kündigungen liegt es, daß das Heer der Reservearmee immer größer wird. Vor allem wird kaum noch neu eingestellt. Wer heute arbeitslos wird, findet schwerer als in allen früheren Zeiten eine neue Stelle. Da muß er erst ganz schön auf die Knie gehen.

Tiefe gesellschaftliche Probleme wirft auch die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von Ausländern und Jugendlichen auf. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr liegt hier bei 74 und 71%.

Sicher ist schon jetzt, daß selbst bei einem neuerlichen wirtschaftlichen Aufschwung die Arbeitslosigkeit bleiben wird. Seit 1974 herrscht eine andere Grundtendenz der Entwicklung. Die Akkumulation des Kapitals wird keine zur Einsaugung des Arbeitslosenheeres ausreichende Rate mehr erreichen. Die jetzt Arbeitslosen sind auf Jahre ausgestoßen. Kein kapitalistisches Rezept kann hier eine Lösung bringen.



Rückschrittlich in den Produktionsmethoden, relativ unbedeutend als Handelsmacht am Weltmarkt, Gläubiger an den internationalen Kapitalmärkten ist die Sowjetunion doch ganz auf Größe getrimmt. In einigen grundlegenden Bereichen der Industrie übertrifft sie mittlerweile die USA, wie in der Stahlproduktion. Und noch etwas ist auffallend, das Auf und Ab der US-Produktion gegenüber der relativ gleichmäßigen Entwicklung – wenigstens in der Statistik – in der UdSSR.

Die Woche im Rückblick

Zu gemeinsamer Kumpanei scheinen jetzt die Wohnungspolitiker von CDU/CSU und Regierungskoalition gefunden zu haben. Danach soll die Fehlbelegungsabgabe für Sozialmietwohnungen nur in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern eingeführt werden. 35 bis 40% der Sozialmieter sind hiervon betroffen und zahlen jährlich 922 Mark mehr im Schnitt. Auf dem flachen Land und in den kleineren Städten dagegen sollen die Sozialmieten insgesamt erhöht werden, indem die Zinssubventionen schrittweise gestrichen werden. Ursprünglich hatte die CDU/CSU die Fehlbelegungsabgabe schroff kritisiert, während SPD/FDP die Streichung der Zinssubventionen abgelehnt hatten. – **In Frankreich steht jetzt eine neue Vermögenssteuer zur Beratung an,** Danach sollen Vermögen über 3 Mio. FF mit 0,5%, über 5 Mio. FF mit 1% und über 10 Mio. FF mit 1,5% belastet werden. Außerdem wurden drastische Maßnahmen gegen die Umgehung dieser Steuer angekündigt. Die Tresorabteilungen der Banken seien überbelastet, heißt es. Die einen Kunden wollen Gold und Sachwerte aus ihrem Tresor holen, weil sie womöglich von der Steuerverwaltung inspiziert werden. Andere verlagern ihren gegenständlichen Reichtum hinter die Bankmauern, damit sie ihn nicht mehr den künftig meldepflichtigen Versicherungen anzeigen müssen. Zwar liefert dies alles ständig neue Enthüllungen über die Prasserei des Besitztums, den Quellen dieser Prasserei aber kommt man so nicht bei. – **Die Kosten der Lohnfortzahlung seien kaum noch tragbar,** hat erneut das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Kapitalistenverbände in Köln behauptet. 27,2 Mrd. DM hätten die Kosten dafür betragen, daß Lohn gezahlt wird, obwohl der Beschäftigte krank ist. Wie ungehörig! Außerdem müßten die arg geschädigten Kapitalisten ja auch noch Kosten für Aushilfskräfte aufbringen, so daß sie wirklich bald unter den Kosten zusammenbrechen. Man erinnere sich bei diesen Klageliedern an die seit Jahren steigenden Frühverrentungen. – **Überkapazitäten auch bei der Welthandelsflotte.** Insgesamt 287 Seeschiffe mit einer Gesamttonnage von rund 10 Mio. BRT liegen derzeit still, darunter 119 Tanker. Das ist einer Verdoppelung innerhalb der letzten 12 Monate. – **Mit einer Leihgabe von 240 Mio. DM wollen die Gläubigerbanken von AEG den dort drohenden Bilanzverlust ausgleichen.** Andererseits streichen sie, was weniger an die große Glocke gehängt wird, in diesem Jahr 650 Mio. DM an Zinsen von AEG ein. Das sind fast 200 Mio. DM mehr als im Vorjahr. -

Wieder einheitlicher Preis der OPEC

kvz. Nach 32 Monaten haben sich die in der Organisation Ölexportierender Länder zusammengeschlossenen 13 Entwicklungsländer wieder auf einen einheitlichen Basispreis geeinigt. Er liegt jetzt bei 34 $ je Faß Arabian Light. Für bessere Ölsorten werden wie bisher Zuschläge erhoben. Das durchschnittliche Preisniveau ändert sich dadurch kaum, denn einige Länder hatten höhere Preise verlangt, während Saudi-Arabien, der größte Exporteur, sein Öl für 32 $ verkauft hatte. Die letzte Konferenz war noch an der Weigerung Saudi-Arabiens gescheitert, seinen Ölpreis zu erhöhen und seine Produktion etwas zu drosseln. Das Überangebot auf dem Ölmarkt hatten die Ölkonzerne, die nach wie vor Raffinierung und Absatz kontrollieren, genutzt, um gegenüber mehreren Ländern Preissenkungen durchsetzen zu können. Doch die beabsichtigte Sprengung der OPEC haben sie nicht erreicht. Saudi-Arabien wird jetzt seine Produktion senken.

Vier neue Krisenverordnungen der Bundesregierung

kvz. Die Bundesregierung hat am 26. Oktober vier Verordnungen verabschiedet, die Lieferbeschränkungen für Kraftstoff, Heizöl, Strom und Gas bei einer Versorgungskrise vorsehen. Der Bundesrat wird ihr sicher demnächst zustimmen. Für die Kraftstoffrationierung wurde ein Bezugsscheinsystem ausgearbeitet, während beim Heizöl einfach die in einem vergleichbaren Zeitraum bezogene Menge pauschal gekürzt wird. Zuhause wirds dann besonders kalt, denn ,,dem Bedarf für gewerbliche Zwecke wird Priorität eingeräumt". Immerhin aber haben auch Krankenhäuser und Pflegeheime Vorrang. Mit der Elektrizitäts- und Gassicherungsverordnung wird das Kriseninstrumentarium ,,abgerundet", so das Wirtschaftsministerium. Im Zweifelsfall ,,kann die Verteilung von Elektrizität auch nach Prioritätsgesichtspunkten erfolgen". Und schließlich kann auch die Gasleitung abgedreht werden, damit in der Not nicht die Gasheizungen etwa die Chemieproduktion lahm legen.

Wirtschaft der UdSSR in der Systemkrise (2)
Die Faktoren des extensiven Wachstums sind erschöpft
Gerd Koenen
Im ersten Artikel über dies Thema* haben wir bereits festgestellt, daß die akuten Produktionseinbrüche in der Landwirtschaft zu einem Großteil auf das Industriesystem zurückverweisen.
Das System der zentral-bürokratischen Planwirtschaft hat es geschicht-
sollte Hauptelement des Wachstums bleiben, sondern die intensive Nutzung der vorhandenen Anlagen, ihre Modernisierung und Rationalisierung, und die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten.
Diese Ziele hat der letzte Funfjahrplan weit verfehlt. Über den ganzen
um den Preis eines drastisch erhöhten Kapitaleinsatzes erreicht werden konnte, wobei die sprunghafte Tendenz der letzten Jahre ins Auge fällt. Anders gesagt: Trotz sprunghaft gesteigerter organischer Zusammensetzung des Kapitals ist die Arbeitsproduktivität deutlich gesunken, und zwar auf einem ins-
nämlich Arbeitskraft und Kapital (tatsächlich aufgehäufte, vergangene Arbeit) sowie Naturressourcen immer knapper werden. Ein Kardinalproblem ist der Arbeitskräftemangel:
Dieser Mangel ist in den russischen Industriegebieten schon zunehmend eine Folge dessen, daß die Reproduktion des menschlichen Lebens selbst schwer untergraben ist und die Geburtenrate seit den 50er Jahren auf äußerst niedrigem Niveau stagniert. Mehr als 90% der Frauen sind in die Produktion einbezogen, und zwar unter solchen Umständen, daß sie nur unter größten
tätsfortschritte mehr in Sicht sind, die zur Reduzierung der dort gebundenen 27 Mio. Arbeitskräfte führen könnten.
Dieser Arbeitskräftemangel fällt in den nächsten Jahren mit einem wachsenden Kapitalmangel zusammen. Der 11. Fünfjahrplan von 1981 – 1985 sieht denn auch nur noch ein 1 – 2%iges Wachstum der Investitionen vor. In der Masse handelt es sich dabei um die Fertigstellung im letzten Planjahrfünft unvollendet gebliebener Großprojekte; oder um Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen des überalterten Maschinenparks, die ebenfalls in großer Zahl

wirft auch die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von Ausländern und Jugendlichen auf. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr liegt hier bei 74 und 71%.
Sicher ist schon jetzt, daß selbst bei einem neuerlichen wirtschaftlichen Aufschwung die Arbeitslosigkeit bleiben wird. Seit 1974 herrscht eine andere Grundtendenz der Entwicklung. Die Akkumulation des Kapitals wird keine zur Einsaugung des Arbeitslosenheeres ausreichende Rate mehr erreichen. Die jetzt Arbeitslosen sind auf Jahre ausgestoßen. Kein kapitalistisches Rezept kann hier eine Lösung bringen.
mieter sind hiervon betroffen und zahlen jährlich 922 Mark mehr im Schnitt. Auf dem flachen Land und in den kleineren Städten dagegen sollen die Sozialmieten insgesamt erhöht werden, indem die Zinssubventionen schrittweise gestrichen werden. Ursprünglich hatte die CDU/CSU die Fehlbelegungsabgabe schroff kritisiert, während SPD/FDP die Streichung der Zinssubventionen abgelehnt hatten. – In Frankreich steht jetzt eine neue Vermögenssteuer zur Beratung an, Danach sollen Vermögen über 3 Mio. FF mit 0,5%, über 5 Mio. FF mit 1% und über 10 Mio. FF mit 1,5% belastet
Andere verlagern ihren gegenständli-
Die Woche im Rückblick
chen Reichtum hinter die Bankmauern, damit sie ihn nicht mehr den künftig meldepflichtigen Versicherungen anzeigen müssen. Zwar liefert dies alles ständig neue Enthüllungen über die Prasserei des Besitztums, den Quellen dieser Prasserei aber kommt man so nicht bei. – Die Kosten der Lohnfortzahlung seien kaum noch tragbar, hat erneut das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Kapitalistenverbände in Köln behauptet. 27,2 Mrd. DM hätten
gliedern an die seit Jahren steigenden Frühverrentungen. – Überkapazitäten auch bei der Welthandelsflotte. Insgesamt 287 Seeschiffe mit einer Gesamttonnage von rund 10 Mio. BRT liegen derzeit still, darunter 119 Tanker. Das ist einer Verdoppelung innerhalb der letzten 12 Monate. – Mit einer Leihgabe von 240 Mio. DM wollen die Gläubigerbanken von AEG den dort drohenden Bilanzverlust ausgleichen. Andererseits streichen sie, was weniger an die große Glocke gehängt wird, in diesem Jahr 650 Mio. DM an Zinsen von AEG ein. Das sind fast 200 Mio. DM mehr als im Vorjahr. -
Zeitraum bezogene Menge pauschal gekürzt wird. Zuhause wirds dann besonders kalt, denn ,,dem Bedarf für gewerbliche Zwecke wird Priorität eingeräumt". Immerhin aber haben auch Krankenhäuser und Pflegeheime Vorrang. Mit der Elektrizitäts- und Gassicherungsverordnung wird das Kriseninstrumentarium ,,abgerundet", so das Wirtschaftsministerium. Im Zweifelsfall ,,kann die Verteilung von Elektrizität auch nach Prioritätsgesichtspunkten erfolgen". Und schließlich kann auch die Gasleitung abgedreht werden, damit in der Not nicht die Gasheizungen etwa die Chemieproduktion lahm legen.

Wirtschaft der UdSSR in der Systemkrise (2)

Die Faktoren des extensiven Wachstums sind erschöpft

Gerd Koenen

Im ersten Artikel über dies Thema* haben wir bereits festgestellt, daß die akuten Produktionseinbrüche in der Landwirtschaft zu einem Großteil auf das Industriesystem zurückverweisen.

Das System der zentral-bürokratischen Planwirtschaft hat es geschichtlich erlaubt, auf die denkbar autoritärste, durchgreifendste Art und Weise alle Faktoren eines *extensiven* Wirtschaftswachstums, eines forcierten Übergangs vom Agrar- zum Industriestaat zu mobilisieren. Dabei hat das Sowjetreich allerdings seine Farbe gewechselt. Und der Versuch, die Unterkonsumtion der Massen – anfangs aus revolutionärem Enthusiasmus, später aus dem Enthusiasmus des Großen Vaterländischen Kriegs heraus noch in Kauf genommen – in einen dauernden Faktor der ,,erweiterten sozialistischen Akkumulation" zu verwandeln, rächt sich nun in einer tiefen Wirtschaftskrise. Deren Haupterscheinungsform ist die dauernde Disproportion (Ungleichgewichtigkeit) zwischen den verschiedenen Abteilungen der Produktion, besonders zwischen der Abteilung I (Produktionsgüter) und Abteilung II (Konsumtionsgüter), wobei dieses Problem besonders verschärft wird durch den gewaltigen Rüstungssektor, der ja nichts zur Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals beiträgt. Dies überschneidet sich mit den dauernden Einbrüchen im Stoffwechsel zwischen Stadt und Land.

Der Fünfjahrplan 1976 – 1980 sollte der ,,Fünfjahrplan der Effizienz und Qualität" werden (so Breschnew seinerzeit), d.h. des Übergangs von den extensiven zu *intensiven* Wachstumsfaktoren. Nicht die immer weitere Ausdehnung der Industrieanlagen und die immer weitergehende Einbeziehung von ländlicher Bevölkerung, von Frauen und Rentnern in die Produktion sollte Hauptelement des Wachstums bleiben, sondern die intensive Nutzung der vorhandenen Anlagen, ihre Modernisierung und Rationalisierung, und die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten.

Diese Ziele hat der letzte Funfjahrplan weit verfehlt. Über den ganzen Zeitraum gerechnet, wurden die Planziele im Schnitt nur zu 90% erfüllt, dabei in einzelnen Bereichen extrem unterschiedlich. In den letzten beiden Jahren (1979/80) sank dabei das Wachstum des gesamten Nationalprodukts auf 1 – 1,5% ab. Vor allem aber: noch langsamer als die Gesamtproduktion wuchs die Arbeitsproduktivität; hier wurden die Planziffern nur zu 85% im Schnitt erreicht. Das heißt aber wiederum, daß der Einsatz von Arbeitskräften und Kapital mehr als geplant zunahm, ohne daß dies den Rückgang des Gesamtwachstums verhindern konnte.

Wachstums- und Effizienzkennziffern der sowjetischen Industrie
(Jahresdurchschnittliches Wachstum nach Planjahrfünften in Prozent)

	1965 – 1970	1971 – 1975	1976 – 1979
(1) Bruttoproduktion	8,4	7,4	4,6
(2) Beschäftigung	2,8	1,5	1,7
(3) Produkt. Anlagevermögen (Grundfonds)	8,7	8,5	7,6
(4) Arbeitsproduktivität	5,7	6,0	3,3
(5) Kapitalproduktivität	– 0,2	– 1,1	– 2,5
(6) Anlagevermögen je Beschäftigten (Kapitalausstattung)	6,0	7,2	6,3
(7) Verhältnis Wachstum Kapitalausstattung : Wachstum Arbeitsproduktivität	1,05	1,2	1,9
(8) Brennstoffverbrauch	4,4	4,7	3,6
(9) Verhältnis Wachstum Brennstoffverbrauch : Wachstum Brutto-Produktion	0,52	0,63	0,78

Quelle: Statistische Jahrbücher der UdSSR, zit. a. Osteuropa 5/1981, S. 369

Besonders wichtig in der Tabelle ist die Zeile (4), und im Verhältnis dazu die Zeile (7), die deutlich macht, daß die – in langer Tendenz deutlich fallende – Produktivitätsrate selbst nur um den Preis eines drastisch erhöhten Kapitaleinsatzes erreicht werden konnte, wobei die sprunghafte Tendenz der letzten Jahre ins Auge fällt. Anders gesagt: Trotz sprunghaft gesteigerter organischer Zusammensetzung des Kapitals ist die Arbeitsproduktivität deutlich gesunken, und zwar auf einem insgesamt (z.B. im internationalen Vergleich) noch ganz *niedrigen* Niveau. Der Übergang zum intensiven Wachstum ist nicht gelungen.

Was sind nun die Hauptfaktoren der Systemkrise der sowjetischen Wirtschaft, an deren Kernpunkt wir hier angelangt sind: der Unfähigkeit, die Produktivkraft der *gesellschaftlichen Arbeit* zu entwickeln. In diesem und in einem weiteren Artikel sollen die Hauptfaktoren der Krise kurz skizziert werden. Dabei kann sich die Darstellung auf die Analyse stützen, die Hans-Herrman Höhmann in dem Aufsatz ,,Die Ökonomik des ,Durchwurstelns' " (Osteuropa 5/1981) zusammenfassend gibt.

Höhmann weist zunächst darauf hin, daß die *absoluten Wachstumsressourcen* der sowjetischen Wirtschaft, nämlich Arbeitskraft und Kapital (tatsächlich aufgehäufte, vergangene Arbeit) sowie Naturressourcen immer knapper werden. Ein Kardinalproblem ist der Arbeitskräftemangel:

Dieser Mangel ist in den russischen Industriegebieten schon zunehmend eine Folge dessen, daß die Reproduktion des menschlichen Lebens selbst schwer untergraben ist und die Geburtenrate seit den 50er Jahren auf äußerst niedrigem Niveau stagniert. Mehr als 90% der Frauen sind in die Produktion einbezogen, und zwar unter solchen Umständen, daß sie nur unter größten Schwierigkeiten Kinder bekommen und aufziehen können. – Dem steht ein überschießendes Bevölkerungswachstum in einer Reihe nicht-russischer Republiken gegenüber, vor allem in Zentralasien. Aber es ist nur in ganz geringem Umfang möglich, die in häuslicher Subsistenz- und Kleinproduktion gebundenen Arbeitskräfte aus diesen Gebieten für den russischen Norden als Gastarbeiter anzuheuern, und erst recht für Sibirien. Die industrielle Erschließung der südlichen Gebiete dagegen scheitert an der allgemeinen Kapitalknappheit und würde vielleicht auch das russische Übergewicht im gesamten Reich gefährden.

Zu dieser absoluten Knappheit verfügbarer Arbeitskräfte kommt eine ,,relative" Knappheit. Da sind einmal die vielfachen bürokratischen Hindernisse, die in der Sowjetunion der Mobilität der Arbeitskraft generell entgegenstehen. Auf der anderen Seite gibt es pro Jahr millionenfach ,,wilde" Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel. Die Betriebe werben sich hintenrum gegenseitig die Arbeiter ab, wie sie alle dazu neigen, gerade wegen der dauernden Diskontinuität des Arbeitsprozesses sich einen relativen Überschuß an Arbeitskräften zu halten. Ein der ,,wilden" Fluktuation entgegenwirkendes, sie teils auch wieder förderndes Element ist die furchtbare Wohnungsknappheit; wer einmal im Besitz einer Wohnung ist, gibt sie höchstens im Tausch wieder her, was natürlich kompliziert ist.

Erschöpft ist auch das Arbeitskräftepotential aus der Landwirtschaft, da dort keine entscheidenden Produktivitätsfortschritte mehr in Sicht sind, die zur Reduzierung der dort gebundenen 27 Mio. Arbeitskräfte führen könnten.

Dieser Arbeitskräftemangel fällt in den nächsten Jahren mit einem wachsenden Kapitalmangel zusammen. Der 11. Fünfjahrplan von 1981 – 1985 sieht denn auch nur noch ein 1 – 2%iges Wachstum der Investitionen vor. In der Masse handelt es sich dabei um die Fertigstellung im letzten Planjahrfünft unvollendet gebliebener Großprojekte; oder um Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen des überalterten Maschinenparks, die ebenfalls in großer Zahl überfällig sind.

Ein spezieller Faktor bei dem ständig wachsenden Kapitalkoeffizienten (Kapitaleinsatz pro Beschäftigtem) sind die Infrastrukturprobleme; die Überzentralisation der Industrie in diesem Riesenland bringt gigantische Anforderungen an Verkehr und Kommunikation mit sich. Jedes Produkt muß im Schnitt 1000 km weit transprotiert werden! Gerade hier besteht aber auch ein gewaltiger Erneuerungs- und Nachholbedarf; der Eisenbahntransport ist seit 1976 immer weiter hinter den Anforderungen zurückgeblieben; statt um 20% steigerte er sich um fast gar nicht (0,5%).

Im Bild der knapper werdenden absoluten Wachstumsressourcen muß abschließend auf den beginnenden Mangel an Roh- und Brennstoffen hingewiesen werden. In entscheidenden Bereichen wie der Ölförderung müssen die Plandaten, die 1980 verfehlt wurden, jetzt für 1985 eingesetzt werden. Die Erschließung in Sibirien wird immer kostspieliger; Arbeiter fehlen. Und nur ganz allmählich gelingt es, die horrende Energie- und Materialintensität in der Industrieproduktion zu senken. Dagegen sind die Roh- und Brennstoffe die einzigen größeren Devisenbringer, und das ökonomische Bindemittel für das Wirtschaftsimperium der SU, den RGW.

Die Erschöpfung der absoluten Wachstumsressourcen *zwingt* die Sowjetunion im nächsten Planjahrfünft daher auf den Weg des intensiven Wachstums, wenn sie überhaupt die Stagnation überwinden will.

Wird fortgesetzt.

*Vgl. KVZ 43/81



,,Wenn der unheimliche Graf und der heimliche Genscher an der Säule der Lohnfortzahlung rütteln, dann sorgen wir dafür, daß das ganze Haus wackelt!" kündigte Norbert Fischer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, in Kiel vor 4000 Gewerkschaftern an. Die Veranstaltung fand zum 25. Jahrestag des Streiks für die Lohnfortzahlung statt. Einen Bericht über die damit verbundene Ausstellung mußten wir aus redaktionellen Gründen auf die kommende Nummer der KVZ verschieben.

Was bringt das Beschäftigungsprogramm des DGB?

Auf das Sparprogramm der Bundesregierung haben die Gewerkschaften mit der Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm geantwortet. Doch was darin steht, ist wenig bekannt.

Von Friedemann Bleicher

Im DGB kommt etwas in Bewegung. Lang genug haben die Gewerkschaftsspitzen gezögert, ehe sie sich zu einem wenigstens sichtbaren Schritt gegen das Sparprogramm der Bundesregierung entschlossen haben. Nur die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, wo eine direkte Kürzung der Tariflöhne droht, waren etwas schneller, wenigstens mit Erklärungen. Aber auch hier gab es außer einigen demonstrativen Aktionen auch Behinderung für Proteste. Verschiedentlich wurden Kundgebungen, die Vertrauensleute bereits beschlossen hatten, von oben verhindert. In der ÖTV hat es auch Austritte gegeben, weil die Gewerkschaftsführung zu lasch reagiert. Oft ist damit ein Faß zum Überlaufen gebracht worden, das wegen der gewerkschaftlichen Abstinenz im Kampf gegen den Krieg ohnehin schon bis oben voll war.

Nun also werden erstmals größere Kundgebungen des DGB stattfinden. Zahlreiche Beschlüsse von Vertrauensleuten und Funktionärskonferenzen waren notwendig, bis es dahin gekommen ist. Eine der ersten Versammlungen findet diesen Samstag in Stuttgart statt, wo u.a. Franz Steinkühler von der IG Metall sprechen wird. Auch die Veranstaltung der IG Metall in Kiel zum 25jährigen Jubiläum des großen Streiks für die Lohnfortzahlung wurde zu einer Kundgebung gegen die versuchte politische Wende. In Frankfurt rufen der DGB Hessen und seine Einzelgewerkschaften kommenden Montag zu einer Kundgebung in der Halle auf.

Im September hatte Eugen Loderer seine Stellungnahme ,,Sozial nicht ausgewogen" noch mit der beschwörenden Formel eingeleitet, die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung habe in gut einem Jahrzehnt mehr für die Arbeitnehmer dieses Landes getan als die konservativen Regierungen zuvor in einer doppelt so langen Zeit. Mittlerweile wird die Schmeichelei für die Regierung immer schwieriger. Die Auffassung verbreitet sich, daß die jetzige Regierung nur vorbereitet, was eine CDU-Regierung gegebenenfalls bruchlos fortführen könnte. Helmut Schmidt gibt den Realpolitiker vor, wenn er sagt, die SPD an der Regierung hätte ohne die FDP kaum anders beschlossen. Doch damit gibt er bloß klar zu verstehen, daß sich jede Regierung dieser demokratischen Republik dem Diktat der ökonomischen Verhältnisse zu unterwerfen hat. Der Durchsetzung dieses Diktats bereitet die SPD gegenwärtig den politischen Boden. Und je unbewußter dies geschieht, um so mehr macht sie sich auch ihre Wählerbasis kaputt. So wird in den Gewerkschaften darüber nachgesonnen, wie die Erosion der Wählerbasis der SPD aufzuhalten sei. Die Debatte wird dadurch politischer, der nur-gewerkschaftliche Mantel wird ab-

auf.
Im September hatte Eugen Loderer seine Stellungnahme ,,Sozial nicht ausgewogen" noch mit der beschwörenden Formel eingeleitet, die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung habe in gut einem Jahrzehnt mehr für die Arbeitnehmer dieses Landes getan als die konservativen Regierungen zuvor in einer doppelt so langen Zeit. Mittlerweile wird die Schmeichelei für die Regierung immer schwieriger. Die Auffassung verbreitet sich, daß die jetzige Regierung nur vorbereitet, was eine CDU-Regierung gegebenenfalls bruchlos fortführen könnte. Helmut Schmidt gibt den Realpolitiker vor, wenn er sagt, die SPD an der Regierung hätte ohne die FDP kaum anders beschlossen. Doch damit gibt er bloß klar zu verstehen, daß sich jede Regierung dieser demokratischen Republik dem Diktat der ökonomischen Verhältnisse zu unterwerfen hat. Der Durchsetzung dieses Diktats bereitet die SPD gegenwärtig den politischen Boden. Und je unbewußter dies geschieht, um so mehr macht sie sich auch ihre Wählerbasis kaputt. So wird in den Gewerkschaften darüber nachgesonnen, wie die Erosion der Wählerbasis der SPD aufzuhalten sei. Die Debatte wird dadurch politischer, der nur-gewerkschaftliche Mantel wird ab-
gestreift.

Versuch einer Antwort

Die Gewerkschaften haben versucht, auf die neue Politik der Bundesregierung nicht bloß mit der Ablehnung der Sparmaßnahmen zu antworten. Das ist schon einiges wert. Zwar hat Heinz Oskar Vetter in seinem Brief an den ,,sehr geehrten Herrn Bundeskanzler" richtigerweise die Mißbrauchsdiskussion kritisiert und eine zusätzliche Belastung der Arbeitnehmer zurückgewiesen, Schwerpunkt ist aber auch hier die Forderung nach *Sicherung der Beschäftigung*.

Die Haushaltskrise sei eine Folge der Wachstums- und Beschäftigungskrise, sagt der DGB. Daher seien Maßnahmen gegen diese Krise zugleich der beste Weg zur Beseitigung der öffentlichen Finanzkrise. Dagegen verschärfe die Bundesregierung mit ihren Ausgabenkürzungen die Wirtschaftskrise noch. So ist das ,,Beschäftigungsprogramm" zur hauptsächlichen ,,positiven" Forderung des DGB geworden, die sich in allen Resolutionen und Aufrufen findet. Bloß weiß kaum jemand, was in diesem Programm eigentlich steht, außer daß es sich gegen die Arbeitslosigkeit richtet, und wer will da schon dagegen sein. Auch die Gewerkschaftspresse hat sich in seiner Propagierung bislang so sehr zurückgehalten, daß man fast schon Taktik vermuten muß.

Das Beschäftigungsprogramm, das der DGB-Vorstand am 30. März herausgegeben hat (Wortlaut siehe KVZ-Materialheft Wirtschaft und Politik Nr. 6), geht hervor aus dem ersten Teil der ,,Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" von 1977. Sein Kernpunkt ist ein staatliches Investitionsprogramm sowie zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Das Investitionsprogramm muß zunächst unterschieden werden von jenem, was die Bundesregierung 1975 durchgeführt und dessen Elemente sie jetzt wieder aufgenommen hat. Schon damals galt die Leier ,,ohne Investitionen keine Arbeitsplätze" und also wurde für jede Investition eine staatliche Prämie gezahlt. Zwar ist es dadurch der Wirtschaft besser gegangen, die Arbeitslosigkeit ist aber bekanntlich geblieben, und obendrein ist es ein Teil der damals prämierten Kapitalanlagen, der jetzt vergeblich nach Verwertung schreit und auf die Profitrate drückt.

Das offensichtliche Scheitern des da-

Auf das Sparprogramm der Bundesregierung haben die Gewerkschaften mit der Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm geantwortet. Doch was darin steht, ist wenig bekannt.

Von Friedemann Bleicher

der ,,Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" von 1977. Sein Kernpunkt ist ein staatliches Investitionsprogramm sowie zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
Das Investitionsprogramm muß zunächst unterschieden werden von jenem, was die Bundesregierung 1975 durchgeführt und dessen Elemente sie jetzt wieder aufgenommen hat. Schon damals galt die Leier ,,ohne Investitionen keine Arbeitsplätze" und also wurde für jede Investition eine staatliche Prämie gezahlt. Zwar ist es dadurch der Wirtschaft besser gegangen, die Arbeitslosigkeit ist aber bekanntlich geblieben, und obendrein ist es ein Teil der damals prämierten Kapitalanlagen, der jetzt vergeblich nach Verwertung schreit und auf die Profitrate drückt.
Das offensichtliche Scheitern des da-
maligen Krisenprogramms hat die Bundesregierung nicht davon abgehalten, nach demselben Muster auch diesmal einen Teil ihrer Maßnahmen zu gestalten. Statt Investitionszuschüsse in einem bestimmten Zeitabschnitt werden diesmal Steuernachlässe durch die Erhöhung der degressiven Abschreibung auf Dauer verteilt: 15 Mrd. Mark bis 1985, 3,7 Mrd. jährlich. Dagegen wendet sich der DGB ausdrücklich. Alois Pfeiffer und Gerd Muhr schreiben in den ,,Gewerkschaftlichen Monatsheften": ,,Die ,dicken Investitionsbrocken' sind längst geplant, und keiner sollte sich einbilden, daß etwa in der ohnehin investitionsfreudigen Automobilindustrie durch Abschreibungserleichterungen noch nennenswerte Anstöße gegeben werden können."

Der DGB will nicht Anreize für private Investitionen geben, sondern er will umfassende öffentliche Investitionen. In sechs Schwerpunktbereichen – Energieeinsparung, Wohnungs- und Städtebau, Verkehr, Umwelt, Bildung, Forschung und Technologie – werden insgesamt 26 einzelne Bereiche genannt, vom Ausbau des sozialen Mietwohnungsbaus über ein besseres Radwegnetz bis zur Modernisierung der Schulen. Als Mindestvolumen werden 50 Mrd. DM bis 1985 genannt.

Allerdings wird für die Durchführung wieder die ,,Mobilisierung von privaten Investitionen" empfohlen, aber eben bestimmter Investitionen wie Wohnungen.

Ausdrücklich wird dieses Programm *nicht als Konjunkturprogramm* gesehen. Kurzfristige Ausgaben des Staates zur Wiederbelebung privatwirtschaftlicher Aktivitäten, ,,die auf Kosten staatlicher Schuldenaufnahme öffentliche Mittel in die Privatwirtschaft umleiten, würden unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen mehr öffentliche Mittel langfristig in Form öffentlicher Zinslasten binden, als sie kurzfristig beschäftigungspolitisch wirken können", schreibt Alois Pfeiffer (Wirtschaftsdienst 2/81). Gefordert wird ein langfristiges Programm, dessen Absicht offenbar ist, die brachliegende Arbeitskraft als Chance zu ergreifen, die Arbeitszeit der Gesellschaft neu aufzuteilen und die stoffliche Zusammensetzung des Gesamtprodukts zu ändern. Der ,,öffentlichen Armut" soll abgeholfen werden. So jedenfalls kann man die Erläuterungen Pfeiffers interpretieren: ,,Gerade in einer Phase abgeschwächten Wachstums der privaten Konsumgüterproduktion

zur Wiederbelebung privatwirtschaftlicher Aktivitäten, ,,die auf Kosten staatlicher Schuldenaufnahme öffentliche Mittel in die Privatwirtschaft umleiten, würden unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen mehr öffentliche Mittel langfristig in Form öffentlicher Zinslasten binden, als sie kurzfristig beschäftigungspolitisch wirken können", schreibt Alois Pfeiffer (Wirtschaftsdienst 2/81). Gefordert wird ein langfristiges Programm, dessen Absicht offenbar ist, die brachliegende Arbeitskraft als Chance zu ergreifen, die Arbeitszeit der Gesellschaft neu aufzuteilen und die stoffliche Zusammensetzung des Gesamtprodukts zu ändern. Der ,,öffentlichen Armut" soll abgeholfen werden. So jedenfalls kann man die Erläuterungen Pfeiffers interpretieren: ,,Gerade in einer Phase abgeschwächten Wachstums der privaten Konsumgüterproduktion
gewinnt bei gleichzeitig freien Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt diese staatliche Versorgungsfunktion zusätzlich an Bedeutung."

Das Programm will mehr sein als staatliches Ausgabenprogramm. Es will Beschäftigungsprogramm im direkten Sinn sein. Durch die Bauaufträge sollen Arbeitslose von der Straße geholt werden, wodurch sich zusätzlich die Kampfposition der Arbeiter verbessern würde. Damit freilich würde auch das brachliegende Kapital wieder beschäftigt. Sinkende Stückkosten sollen die Profitrate wieder heben und in gleicher Weise würde nebenbei auch die Verbesserung der allgemeinen Produktionsbedingungen wirken. So heißt es denn auch, eine durch das Programm bewirkte Beschleunigung des qualitativen Wachstums würde ,,die notwendigen Strukturanpassungen der Wirtschaft erleichtern und damit auch die Angebotsbedingungen der Unternehmen verbessern", was heißen soll, ihre Kosten senken. Dies hätte schließlich auch höhere Steuereinnahmen zur Folge, und so würde sich das Programm nachträglich selbst finanzieren.

Im Kern bleibt also doch die Grundidee aller staatlichen Ausgabenprogramme, die der keynesianischen Politik: Der Staat soll für den Nachfrageausfall der privaten Wirtschaft in die Bresche springen, auf daß die freien Kapazitäten ausgelastet werden und der Rubel wieder rollt.

Trotz seiner Vorzüge muß sich das Beschäftigungsprogramm so den Vorwurf gefallen lassen, der ähnliche derartige Programme ebenfalls trifft. Sie alle gehen von einer falschen Analyse der Krise aus, und nicht zufällig kann man lange suchen, ehe man wenigstens den Ansatz eines Begründungszusammenhangs beim DGB findet. Das Programm ist weitgehend auf Plausibilität und Popularität seiner Forderungen abgestellt.

Diese Theorielosigkeit ist ein selbständiger Kritikpunkt. Es nützt der Arbeiterbewegung herzlich wenig, wenn ihr ein Programm vorgesetzt wird, das allein von seinem Klang lebt, dessen theoretischer und strategischer Zusammenhang aber im dunkeln bleibt. Es ist falsch schon dadurch, daß es auf die Bewußtlosigkeit und Ziellosigkeit seiner Anhänger setzt.

Mehrere Trugschlüsse

Der sachliche Fehler selbst liegt darin, daß fehlende Nachfrage zum Ausgangspunkt der Krise erklärt, daher in der Entfaltung neuer Nachfrage durch politischen Willensakt via Staatsapparat die Therapie gesehen wird. Zwar mag dies so erscheinen, insbesondere für das einzelne Unternehmen. Aber die Nachfrage ist selbst Ergebnis der Produktion. Der Kapitalist fragt nach, je nach dem Gang seiner Produktion, und der Arbeiter fragt nach entsprechend dem Lohn, den ihm der Kapitalist zahlt. Bricht die Nachfrage ein, so muß dies seine Ursache in den inneren Gesetzmäßigkeiten der Produktion, im Kreislauf des Kapitals selbst haben.

Sinkt die Produktion von Profit in bezug auf ihre ,,Kosten" – d.h. des

gramm ist weitgehend auf Plausibilität und Popularität seiner Forderungen abgestellt.
Diese Theorielosigkeit ist ein selbständiger Kritikpunkt. Es nützt der Arbeiterbewegung herzlich wenig, wenn ihr ein Programm vorgesetzt wird, das allein von seinem Klang lebt, dessen theoretischer und strategischer Zusammenhang aber im dunkeln bleibt. Es ist falsch schon dadurch, daß es auf die Bewußtlosigkeit und Ziellosigkeit seiner Anhänger setzt.
Mehrere Trugschlüsse
Der sachliche Fehler selbst liegt darin, daß fehlende Nachfrage zum Ausgangspunkt der Krise erklärt, daher in der Entfaltung neuer Nachfrage durch politischen Willensakt via Staatsapparat die Therapie gesehen wird. Zwar mag dies so erscheinen, insbesondere für das einzelne Unternehmen. Aber die Nachfrage ist selbst Ergebnis der Produktion. Der Kapitalist fragt nach, je nach dem Gang seiner Produktion, und der Arbeiter fragt nach entsprechend dem Lohn, den ihm der Kapitalist zahlt. Bricht die Nachfrage ein, so muß dies seine Ursache in den inneren Gesetzmäßigkeiten der Produktion, im Kreislauf des Kapitals selbst haben.
Sinkt die Produktion von Profit in bezug auf ihre ,,Kosten" – d.h. des
vorzuschießenden Kapitals –, so sinkt in der Folge die Nachfrage nach Vorprodukten, Maschinen usw. und nach Arbeitskräften, womit sich der Markt verengt. Marx hat die Ursachen, die in diesem Vorgang zur Wirkung kommen, zusammengefaßt im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, das hier nicht weiter entwickelt werden muß. Es genügt hier zu sagen, daß die Nachfrage nichts der Produktion Äußerliches ist, daß daher auch durch äußere Eingriffe der Krisenhaftigkeit und den insgesamt gesunkenen Akkumulationsraten, die für die Dauerarbeitslosigkeit verantwortlich sind, nicht zu begegnen ist.

Das ,,Beschäftigungsprogramm" läßt gesellschaftlich alles beim alten. Das geben auch seine Verfechter zu. Karl Georg Zinn in den ,,Gewerkschaftlichen Monatsheften": ,,Die Bedeutung der Investitionstätigkeit wird ähnlich gesehen wie bei den Gegnern des beschäftigungspolitischen Interventionismus, nur mit dem Unterschied, daß Investitionsförderung nicht durch gewinnorientierte Umverteilung, sondern durch direkte Nachfragesicherung betrieben werden soll." Die ,,Staatsintervention" läßt die Autonomie des Einzelkapitals unverletzt und damit auch die Wirtschaftsweise, die für die Dauerarbeitslosigkeit verantwortlich ist.

Noch von anderer Seite deutlich wird die Mangelhaftigkeit des Programms, wenn seine Finanzierung betrachtet wird. Vorgesehen war dies durch die Aufnahme staatlicher Kredite. Zinszahlung und Tilgung sollte erfolgen durch höhere Steuereinnahmen, wie bereits erwähnt. So einfach aber ist die Lösung nicht. Wird eine Straße auf Kredit gebaut, so muß sie sich verwerten, wie jedes andere Kapital auch, um den Zins abzuwerfen. Daran ändert sich nichts dadurch, daß sich das Ergebnis dieser Verwertung zunächst bei privaten Kapitalisten sammelt, die dann entsprechende Steuern zahlen, damit schließlich der Staat seine Gläubiger befriedigen kann.

Die vom DGB geforderten Investitionen werden sich nicht so verwerten. Sonst könnten sie gleich unter der Regie einzelner Kapitalisten durchgeführt werden. Die zur Rückzahlung und Verzinsung der Kredite notwendigen Steuermehreinnahmen sind höher als der Zusatzprofit, der den Kapitalisten aufgrund der Wirkung des Investitionsprogramms zukommt. Ihre Steuerquote steigt und drückt auf ihre Profitrate. Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb die Kapitalisten die Verwirklichung der DGB-Forderung verhindern werden, wenngleich sie ihre gesellschaftliche Position nicht wesentlich angreift. Außerdem würde der staatliche Druck auf die Profitrate bereits die nächste Krise befördern.

Dies sind erst einige Gesichtspunkte zur Beurteilung des ,,Beschäftigungsprogramms". Die Stellung dazu ist damit noch nicht geklärt. Man muß ja nicht gegen den Bau weiterer Wohnungen sein, bloß sollte klar sein, daß politisch *so* praktisch nichts verändert ist und die Krise auch nicht wirklich bekämpft werden kann. Außerdem muß vor einem U-Boot gewarnt werden:

gebnis dieser Verwertung zunächst bei privaten Kapitalisten sammelt, die dann entsprechende Steuern zahlen, damit schließlich der Staat seine Gläubiger befriedigen kann.
Die vom DGB geforderten Investitionen werden sich nicht so verwerten. Sonst könnten sie gleich unter der Regie einzelner Kapitalisten durchgeführt werden. Die zur Rückzahlung und Verzinsung der Kredite notwendigen Steuermehreinnahmen sind höher als der Zusatzprofit, der den Kapitalisten aufgrund der Wirkung des Investitionsprogramms zukommt. Ihre Steuerquote steigt und drückt auf ihre Profitrate. Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb die Kapitalisten die Verwirklichung der DGB-Forderung verhindern werden, wenngleich sie ihre gesellschaftliche Position nicht wesentlich angreift. Außerdem würde der staatliche Druck auf die Profitrate bereits die nächste Krise befördern.
Dies sind erst einige Gesichtspunkte zur Beurteilung des ,,Beschäftigungsprogramms". Die Stellung dazu ist damit noch nicht geklärt. Man muß ja nicht gegen den Bau weiterer Wohnungen sein, bloß sollte klar sein, daß politisch so praktisch nichts verändert ist und die Krise auch nicht wirklich bekämpft werden kann. Außerdem muß vor einem U-Boot gewarnt werden:
Wer das Beschäftigungsprogramm so wie es steht unterschreibt, der fordert auch eine Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sie werden vielerorts in der Gewerkschaft bereits bekämpft, ihnen sollte nicht durch die Hintertür zu neuem Glanz verholfen werden.

Protestversammlung des DGB in Köln

osh.Köln. In Nordrhein-Westfalen wird gegenwärtig der Widerstand gegen die gesamte Sparpolitik von den ÖTV- und DGB-Gremien langsam, aber fundiert aufgebaut. Der Kölner DGB hat am 3.11. eine Protestveranstaltung mit weit über tausend Teilnehmern gestartet, um einige Klarheit über die Politik von Kapitalistenklasse und Staat zu verbreiten. Redner war das IG-Druck Vorstandsmitglied Georg Hensche. Seine Rede stieß auf uneingeschränkte Zustimmung. Hensche trat scharf gegen Ausbeutung und Kapitalismus auf. Er zitierte Böll, der den Begriff soziale Marktwirtschaft einmal ein Kosewort für hundsgemeinen Kapitalismus genannt hatte. Die Kapitaleigentümer hätten es geschafft, seit 1980 die Reallöhne um 0,6% zu drücken, in diesem Jahr jetzt schon um 1%. Ein Bosch-Kapitalsprecher habe das maximale Durchschnittsalter der Arbeiter mit 35 angegeben, der Rest solle ausgeschieden werden. Unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe würden Billiglohnländer brutal ausgebeutet. Der schlaue Spruch, daß die Gewinne von heute die Arbeitsplätze von morgen seien, sei richtig nur im Gegenteil, daß nämlich die Gewinne von heute die Arbeitslosen von morgen seien, weil z.Zt. 70% in Rationalisierungsinvestitionen gesteckt würden. Vor allem aber würde die Politik der Bundesregierung, jetzt den Sozialstaat abzubauen und den öffentlichen Dienst anzugreifen, sich rasant den Brüning'schen Notverordnungen nähern. Die Volkswirtschaft stehe am Scheideweg. Wirklich aus der Krise könne man nur herauskommen, wenn das Volk selber die Verfügung über die Wirtschaft habe.

Das sei nicht utopisch, sondern dringlich und zu erreichen über Zwischenforderungen. Also 1. aktive Tarifpolitik, konkret Lohnsteigerungen, wo im Moment das wichtigste sei, den öffentlichen Dienst zu unterstützen bei der Verteidigung des laufenden Tarifvertrags. Gleichzeitig müsse in den nächsten Jahren die 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden, damit man überhaupt gesund das Rentenalter erreiche. 2. müsse die Vollbeschäftigung vor allem durch Ausbau der Reproduktion gesichert werden. Keine Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst, sondern Stellenausweitung, z.B. für Lehrer, Straßenbahner usw. Öffentliche Wohnungsbauprogramme. Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs usw.

Die Finanzierung könne über vielerlei geschehen: 20 Milliarden DM würden allein durch Steuerhinterziehung der Reichen verlorengehen; teils offiziell wie bei Flick. Weiter müsse man für die wirklich hohen Einkommen die Ergänzungsabgabe endlich durchsetzen, ebenso wie die Arbeitsmarktabgabe für Selbständige. Die größte Katastrophe für das Volk seien jedoch die 50 Mrd. DM, die in die Rüstung gesteckt würden. Zur Friedenspolitik gebe es keine Alternative. Also: verhandeln und abrüsten, vor allem weil auch nur so die bedrohlichen SS-20-Raketen auf der anderen Seite abgebaut werden könnten. Insgesamt müßten die Gewerkschaften sich auf eine erhebliche Verschärfung der Kämpfe einrichten. Einstimmig verabschiedete die Versammlung eine Resolution gegen die Sparpolitik der Bundes- und Landesregierung mit der Aufforderung, weitere Kämpfe vorzubereiten.



Vor dem 10. Bundes-Angestelltenkongreß des DGB vom 27. bis 29.10. in Dortmund forderte H.O. Vetter „massive und gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit". Kanzler Schmidt dagegen lehnte dies ab und bot die Senkung des Hochzinses als Allheilmittel für die Beschäftigten an.

Hoesch-Betriebsversammlung

bsc.Dortmund. Detlef Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der ESTEL-Hoesch Werke AG, versprach keine weiteren Abstriche an der bestehenden Sanierungskonzeption. Otto Graf Lambsdorff, Bundeswirtschaftsminister, sicherte zusätzliche – über das bestehende Stahl-Programm hinausgehende – Subventionen für die aus der Fusion von Hoesch und Krupp angestrebte Ruhrstahl AG zu. Am Donnerstag, den 29. Oktober, fand die erste gemeinsame Belegschaftsversammlung der drei Dortmunder Hüttenwerke statt. Mehr als 12000 Arbeiter und Angestellte füllten die Westfalenhalle. Ein geplanter Sternmarsch war abgesetzt worden. Detlef Rohwedder, noch bläßlich vom kürzlichen Krankenhaus-Aufenthalt, wurde solange ausgepfiffen, bis sein Gesicht im vollen Rot eines St. Martin-Lampions erstrahlte. Er sprach sich ausdrücklich gegen die Dreier-Lösung aus, also daß der Fusionskreis um Salzgitter erweitert werden soll. Als Lambsdorff nach mehrminütigem Pfeifkonzert sprechen konnte, operierte er sehr vorsichtig: er lobte das Verständnis der Belegschaft, versprach weiteres Geld und wandte, sich indirekt auch gegen die Dreier-Lösung. Unter sozialdemokratischer Versammlungsregie kamen rund 20 Betriebsräte und Vertrauensmänner zu Wort, die im wesentlichen die Einhaltung des beschlossenen Konzeptes verlangten und für den Fall darüberhinausgehenden Belegschaftsabbaus mit der „brennenden Ruhr" drohten. Nach vier Stunden, als noch ca. weitere 20 Redner auf der Liste standen, wurde die Versammlung durch Mehrheitsentscheid abgebrochen.

„Neue Beweglichkeit" nicht rechtswidrig

strebte Ruhrstahl AG zu. Am Donnerstag, den 29. Oktober, fand die erste gemeinsame Belegschaftsversammlung der drei Dortmunder Hüttenwerke statt. Mehr als 12000 Arbeiter und Angestellte füllten die Westfalenhalle. Ein geplanter Sternmarsch war abgesetzt worden. Detlef Rohwedder, noch bläßlich vom kürzlichen Krankenhaus-Aufenthalt, wurde solange ausgepfiffen, bis sein Gesicht im vollen Rot eines St. Martin-Lampions erstrahlte. Er sprach sich ausdrücklich gegen die Dreier-Lösung aus, also daß der Fusionskreis um Salzgitter erweitert werden soll. Als Lambsdorff nach mehrminütigem Pfeifkonzert sprechen konnte, operierte er sehr vorsichtig: er lobte das Verständnis der Belegschaft, versprach weiteres Geld und wandte, sich indirekt auch gegen die Dreier-Lösung. Unter sozialdemokratischer Versammlungsregie kamen rund 20 Betriebsräte und Vertrauensmänner zu Wort, die im wesentlichen die Einhaltung des beschlossenen Konzeptes verlangten und für den Fall darüberhinausgehenden Belegschaftsabbaus mit der „brennenden Ruhr" drohten. Nach vier Stunden, als noch ca. weitere 20 Redner auf der Liste standen, wurde die Versammlung durch Mehrheitsentscheid abgebrochen.

„Neue Beweglichkeit" nicht rechtswidrig

kvz. Am Freitag letzter Woche wurde das erste Urteil auf die Klage der Arbeitgeberverbände gegen die Warnstreiks der IG Metall im letzten Tarifkampf gesprochen. Das Arbeitsgericht Düsseldorf wies die Klage ab. Es sah das „Gemeinwohl" nicht verletzt. Der Gewerkschaft müsse die „Freiheit, ihren Kampf auch nach taktischen Gesichtspunkten zu führen", bleiben. Damit hat das erste Arbeitsgericht die Ansicht der Kapitalisten, die „neue Beweglichkeit" seien verbotene „Erzwingungsstreiks" gewesen, abgelehnt.

Streik norwegischer Ölarbeiter

bag. Aarhus. Am 27.10. traten 570 norwegische Ölarbeiter auf Bohrplattformen in der Nordsee im Friggfeld und Ekofisk-Feld in den Streik. Mehrmonatige Lohnverhandlungen mit den Konzernen Elf Aquitaine und Philipps Petroleum waren gescheitert bzw. Zusagen der Konzerne nicht eingehalten worden. Der Streik bei Elf wurde nach drei Tagen beendet, weil der Konzern sich verhandlungswillig zeigte, der Streik der 500 auf dem Ekofisk-Feld gegen Philipps ist inzwischen ebenfalls beendet. Die Ölarbeiter forderten 1. gleichhohe Zulagen für offshore-Arbeiter wie für die Arbeiter an Land, 2. gleiches Lohnsystem für alle Organisierten in der Operateur-Gewerkschaft OFS. Mobil zum Beispiel hat 13 Lohnstufen, während Philipps nur 6 hat, mit weit niedrigerem Spitzenlohn und nur geringen Lohnerhöhungen in den letzten Jahren. Während der Streiks auf dem Friggfeld brach ein großer Teil der Gasversorgung Englands zusammen.

Notmaßnahmen zur Erhaltung des belgischen Schiffbaus

rof.Kleve. Die zurückgetretene belgische Regierung Eyskens hat beschlossen, die Schiffswerft Cockerill-Yards in Hoboken bei Antwerpen finanziell zu unterstützen. 3000 Beschäftigten droht Arbeitsplatzverlust durch Konkurs der Werft, indirekt sind ca. 10000 Arbeitsplätze bedroht, einschließlich der Zulieferer. Die staatliche Maßregel garantiert die Lohnzahlungen für November und Dezember. Bis Jahresende soll ein Strukturplan für den belgischen Schiffbau vorliegen. Eyskens: „Es liegt auf der Hand, daß Zusammenarbeit – vielleicht auch eine Fusion zwischen der Boel- und Cockerill Werft – (den beiden größten Werften) einer der belangreichsten Punkte in diesem Strukturplan sein wird." Cockerill erwartet 1,7 Mrd. Franken Verlust für 1981.

Streik bei Leyland beendet

mfl. Einschließlich Zulieferer hängen schätzungsweise 400000 bis 500000 Arbeitsplätze an dem Autokonzern, was die Bedeutung des Ausgangs dieses Tarifstreits klar macht. Außerdem gehört British Leyland zu den größten britischen Exportunternehmen. An eine Schließung des Betriebs glaubt kaum jemand, diese Drohung ist man vom Leiter des Konzerns schon gewohnt. Seit 1977 wurden bei British Leyland 72000 Beschäftigte wegrationalisiert, wo jedesmal mit Stillegung gedroht und sich weitgehend über die Gewerkschaften hinweggesetzt wurde. Seit drei Jahren hat die Belegschaft zur Sanierung des Konzerns Lohneinbußen hingenommen. Angesichts der Inflationsrate von 11,5% ist das Angebot von 3,8% nicht annehmbar. Die kürzliche Gehaltserhöhung von 38000 Pfund im

garantiert die Lohnzahlungen für November und Dezember. Bis Jahresende soll ein Strukturplan für den belgischen Schiffbau vorliegen. Eyskens: „Es liegt auf der Hand, daß Zusammenarbeit – vielleicht auch eine Fusion zwischen der Boel- und Cockerill Werft – (den beiden größten Werften) einer der belangreichsten Punkte in diesem Strukturplan sein wird." Cockerill erwartet 1,7 Mrd. Franken Verlust für 1981.

Streik bei Leyland beendet

mfl. Einschließlich Zulieferer hängen schätzungsweise 400000 bis 500000 Arbeitsplätze an dem Autokonzern, was die Bedeutung des Ausgangs dieses Tarifstreits klar macht. Außerdem gehört British Leyland zu den größten britischen Exportunternehmen. An eine Schließung des Betriebs glaubt kaum jemand, diese Drohung ist man vom Leiter des Konzerns schon gewohnt. Seit 1977 wurden bei British Leyland 72000 Beschäftigte wegrationalisiert, wo jedesmal mit Stillegung gedroht und sich weitgehend über die Gewerkschaften hinweggesetzt wurde. Seit drei Jahren hat die Belegschaft zur Sanierung des Konzerns Lohneinbußen hingenommen. Angesichts der Inflationsrate von 11,5% ist das Angebot von 3,8% nicht annehmbar. Die kürzliche Gehaltserhöhung von 38000 Pfund im
Jahr für den Leiter des Konzerns hat diese Meinung nur bestärkt. Während des Ultimatums der Gewerkschaften bot die Konzernleitung an, eine Leistungsprämie von 3,75 Pfund pro Woche zu garantieren, was die Gewerkschaften mit dem Hinweis ablehnten, daß dort, wo solche Boni als Zusatz zum Tarif gezahlt werden, diese im Schnitt schon 11 Pfund übersteigen. Das zusätzliche Angebot, diese Bonusgarantie auch für die Berechnung von Kranken- und Urlaubsgeld heranzuziehen, ist jetzt von den Beschäftigten angenommen worden.

Kurzmeldungen:

Die Volkswagenwerke haben die seit 1974 bestehende 59er-Regelung zum Jahresende gekündigt. Begründet wird es damit, daß es für den Konzern finanziell nicht tragbar wäre.

Der Betriebsrat von Ford-Amsterdam hat beschlossen, keine neuerlichen juristischen Schritte gegen die Ankündigung der Unternehmensleitung, den Betrieb am 24. November zu schliessen, zu unternehmen. Der laufende Prozeß, in dem eine Untersuchung der Schließungspläne gefordert wird, soll nicht unterbrochen werden.

Am Dienstag letzter Woche wurde der Philips-Betrieb DATA-Systems in Den Haag durch die Belegschaft besetzt. Alle 450 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die Philips-Kapitalisten haben dem Betriebsrat Gespräche über die Zukunft der Belegschaft angeboten. In Stadskanaal wurde am Samstag mittag gegen die bedrohliche Arbeitsplatzsituation demonstriert. Im Werk Stadskanaal will Philips über 200 Entlassungen durchführen.

VDM Frankfurt: Besetzung beendet

Die Aktionen der Belegschaft haben Verbesserungen gebracht, eine Schließung aber nicht verhindern können

jot.Frankfurt. Natürlich kann man sich vorstellen, daß durch eine weitere Besetzung der Erfolg hätte größer sein können. Sicher gab es eine große Anzahl von Kollegen, die bereit waren, nachdem nun einmal der Anfang gemacht war, den Kampf fortzusetzen. Es gab Kollegen, die für den Erhalt der Arbeitsplätze den Kampf weiterführen wollten, es gab genügend Anhaltspunkte, die für diese Auffassung sprachen. Es hätte aber absoluter Mehrheiten unter der Belegschaft bedurft, einen solchen Kampf mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Das Verhandlungsergebnis zwischen VDM-Vorstand einerseits und VDM-Betriebsrat sowie IGM-Frankfurt andererseits über einen Sozialplan sieht gegenüber den Vorstellungen der VDM-Geschäftsleitung, die die Besetzung auslösten (s. KVZ 44/81), Verbesserungen vor: Pro Jahr der Betriebszugehörigkeit bekommt jeder Mitarbeiter eine einmalige Abfindung von 60% seines Brutto-Monatsverdienstes. Wer weniger als 2000 DM brutto hatte, erhält die Abfindung von 2000 DM ausgehend. Die Abfindung erhöht sich für alle zur Zeit der Stillegung 45jährigen pro Lebensjahr um 3,5%. Die Grenze nach oben wurde mit 3800 DM Monatsverdienst festgelegt. Weiter wurde vereinbart, daß keine Maßregelungen gegenüber Beteiligten der Aktionen vor dem 2. November, 18.00 Uhr, erfolgen. Für die Lehrlinge hat die VDM die Verpflichtung zur Fortsetzung der Ausbildung übernommen.

Am Montag, um 18.00 Uhr, war der Zugang zum Werk geräumt, die Blockade beendet. Die ausgefallene Arbeitszeit wollen die Kapitalisten allerdings nicht zahlen. Man war sich zunächst auf seiten der Belegschaft nicht einig, ob man ohne eine Zusicherung der Geschäftsleitung zu dieser Zahlung die Blockade aufheben soll. Da die Gewerkschaft aber die Besetzung vom juristischen Standpunkt aus als Proteststreik sieht, dessen Berechtigung durch ein provozierend niedriges Sozialplanangebot gegeben war, wird sie Streikgelder zahlen. Im übrigen gibt es eine Spendenkasse, aus der Unterstützung in Sonderfällen gezahlt werden kann.

Daß, solange die Werksstillegung aufrechterhalten bleibt, letztlich jeder Teilerfolg in der Verhandlung um den Sozialplan kaum als Sieg gefeiert werden kann, da Stillegung und Verlust von 1700 Arbeitsstellen immer schwerer wiegen, ist in diesem ebenso wie in dem Kampf der Belegschaft der Adler-Werke jedem Gewerkschafter deutlich geworden. Die Auffassung der Gewerkschaftsorganisation in dieser Frage ist nicht mehr eindeutig. Kennzeichnend dafür sind Äußerungen aus der Verwaltungsstelle Frankfurt der IGM. Sekretär der Verwaltungsstelle R. Göbel: „VDM hat deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften nur über ein begrenztes Instrumentarium verfügen; vor allem können sie sich auf keine widerrechtlichen Aktionen einlassen." Der Rechtssekretär der Verwaltungsstelle Frankfurt/M., B. Rübsam, sieht die Sache da anders: „Trotz sehr gutem Sozialplan, wenn die Arbeitgeber weiter so rigoros verfahren, können wir uns mit Sozialplänen nicht mehr abspeisen lassen. Ohne eine Werksbesetzung wäre dieses Ergebnis nicht herausgekommen." Dieser Debatte ist man bisher in der Gewerkschaft mit Mitbestimmung begegnet. Letztlich wird es darauf hinauslaufen, die Auffassung der Gewerkschaftsorganisation zum privaten Eigentum an den Fabriken und Maschinen und zu den Verfügungsrechten über die Produktionsmittel zu diskutieren.

Bei der IGM hat das Vorgehen der VDM-Belegschaft viel Sympathie erweckt, wie Schreiben von Vertrauenskörpern, Belegschafts- und Abteilungs-Spenden-Sammlungen zeigen. Auch über den Bereich der Verwaltungsstelle hinaus und aus anderen Gewerkschaften gab es große Unterstützung. Die bisher eingegangenen Geld-Spenden machen mehr als 25000 DM aus. „Sie sind Eigentum der Belegschaft und werden gegenwärtig als Unterstützungsfonds für Härtefälle aus den Reihen der Belegschaft verwandt", erklärte der Betriebsrat in einer Pressemeldung.



Fristlose Entlassungen wegen Gewerkschaftsstreiks

Prozeßverschleppung vor Arbeitsgerichten

kas.Pirmasens. Vor 5 Monaten führte die IG Chemie einen auf 3 Tage befristeten Warnstreik in der Firma allfloor, Bodenbelag GmbH in Zweibrücken durch. Urabstimmungsergebnis war 77,1% für Streik. Streikziel:

schwerde beim Landesarbeitsgericht eingelegt und Verfassungsbeschwerde angekündigt.

Die Zeit seit Mai hat die Geschäftsleitung zu vielfältigen Spaltungsmanövern genutzt. Die Sekretärin des Ge-

Tochter allfloor ist, von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, verschiedenen Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern in Zweibrücken und Pirmasens sowie zahlreiche Unterschriften an Ständen der gekündigten

ne Maßregelungen gegenüber Beteiligten der Aktionen vor dem 2. November, 18.00 Uhr, erfolgen. Für die Lehrlinge hat die VDM die Verpflichtung zur Fortsetzung der Ausbildung übernommen.

Am Montag, um 18.00 Uhr, war der Zugang zum Werk geräumt, die Blockade beendet. Die ausgefallene Arbeitszeit wollen die Kapitalisten allerdings nicht zahlen. Man war sich zunächst auf seiten der Belegschaft nicht einig, ob man ohne eine Zusicherung der Geschäftsleitung zu dieser Zahlung die Blockade aufheben soll. Da die Gewerkschaft aber die Besetzung vom juristischen Standpunkt aus als Proteststreik sieht, dessen Berechtigung durch ein provozierend niedriges Sozialplan-



Fristlose Entlassungen wegen Gewerkschaftsstreiks

Prozeßverschleppung vor Arbeitsgerichten

kas.Pirmasens. Vor 5 Monaten führte die IG Chemie einen auf 3 Tage befristeten Warnstreik in der Firma allfloor, Bodenbelag GmbH in Zweibrücken durch. Urabstimmungsergebnis war 77,1% für Streik. Streikziel: die Geschäftsleitung zu Verhandlungen über einen Hausarifvertrag in Anlehnung an die Chemie-Tarife zu bewegen. Seit einer Satzungsänderung der IG Chemie von 1975 ist sie auch für Betriebe zuständig, in denen Bodenbeläge produziert werden. allfloor ist allerdings im Textil-Arbeitgeberverband und beruft sich auf Arbeitsgerichtsurteile zu seinen Gunsten, die vor der Satzungsänderung der IG Chemie ergangen sind. Die Textiltarife liegen um durchschnittlich 2 DM unter denen von Chemie. Laut Tarifvertragsgesetz entscheiden allerdings allein die Gewerkschaften über ihre Zuständigkeit in den Branchen auf Grund ihrer Satzungen.

Während des befristeten Warnstreiks wurden 47 Kollegen fristlos entlassen, für 2 Betriebsräte und 3 Schwerbehinderte die fristlose Kündigung beantragt. Laut einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 28.1.55 (GS 1/54) sind solche Maßnahmen bei Arbeitskämpfen verboten. Die IG Chemie setzte den Streik daraufhin unbefristet fort, bis er zu den Betriebsferien abgebrochen wurde.

Bis heute wird das seit dem 25. Mai anhängige Verfahren gegen die fristlosen Kündigungen vor den Arbeitsgerichten verschleppt. Vertagung wegen angeblich zu geringer Zeit für die Beisitzer, sich einzuarbeiten, bis zur Ablehnung des Arbeitsrichters durch allfloor. Das Arbeitsgericht Kaiserslautern sah allerdings keinen Grund für diese Ablehnung. Owohl ein solcher Ablehnungsantrag nur einmal verhandelt werden kann, hat allfloor Beschwerde beim Landesarbeitsgericht eingelegt und Verfassungsbeschwerde angekündigt.

Die Zeit seit Mai hat die Geschäftsleitung zu vielfältigen Spaltungsmanövern genutzt. Die Sekretärin des Ge-schäftsführers sammelte persönlich Unterschriften für eine Mißtrauenserklärung gegen die IG Chemie-Betriebsräte und ergatterte 109 Unterschriften. Dabei sind zum einen die Kollegen, die nur befristet eingestellt wurden für die fristlos Entlassenen, zum anderen hatten bereits während des Streiks 18 Kollegen ihren Austritt aus der IG Chemie erklärt, aus Angst vor Kündigungen, die bereits vor Streikbeginn von der Geschäftsleitung ausgesprochen worden waren. Auf allen lastet die Arbeitslosenquote von fast 7%. Während des Streiks im gewerblichen Bereich hatte es 20 Streikbrecher bei 50 Streikenden gegeben. Das alles mit breiter Presseberichterstattung, die sich stark machte für die Geschäftsleitung.

Inzwischen wird über die Presse lanciert, daß bei den Summen, um die es inzwischen geht, die Existenz des Betriebs gefährdet sein könnte, um das Bild zu erwecken, die Gewerkschaft gefährde dringend benötigte Arbeitsplätze. Der Betrieb wurde 1973 unter Verwendung erheblicher öffentlicher Mittel in Zweibrücken gegründet.

Letzte Woche wählten *nach Abschluß* der Betriebsratssitzung die 2 noch im Betrieb tätigen Betriebsratsmitglieder mit einigen Ersatzmitgliedern den alten Betriebsrat ab, erklärten sich zum neuen Betriebsrat und verabschiedeten einen selbst (!) gestellten Antrag auf fristlose Kündigung der alten Betriebsratsmitglieder der IG Chemie, was alles nach dem BVG gar nicht zulässig ist.

Solidaritätsadressen gab es von Anfang an von den Konzernbetriebsräten des DLW-Konzerns, dessen 100%ige Tochter allfloor ist, von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, verschiedenen Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern in Zweibrücken und Pirmasens sowie zahlreiche Unterschriften an Ständen der gekündigten allfloor-Kollegen. Die IG Chemie unterstützte u.a. durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden Vott die Streikenden. Er erklärte auf einer Streikversammlung, daß die gesamte Organisation hinter den Forderungen stehe. In Rundschreiben wurde bundesweit informiert und zu Unterstützungserklärungen und Spenden aufgerufen. In den letzten Wochen gibt es zahlreiche Solidaritätsadressen bundesweit aus Chemiebetrieben.

Trotz des Drucks durch die hohe Arbeitslosenquote, der Hetze in der Presse und der Verschleppungstaktik vor Gericht sind alle betroffenen Kollegen bei allfloor entschlossen, die Auseinandersetzung erfolgreich durchzustehen.

Aktionsprogramm der Postgewerkschaft

kvz. Über 2000 Beschäftigte der Post demonstrierten am 3.11. in Deidesheim/Pfalz gegen die Sparbeschlüsse des Postministers. Aufgerufen hatte der DPG-Bezirk Nordbaden/Pfalz anläßlich einer Konferenz der Amtsvorsteher, bei der diese von Vertretern des Ministers auf das Sparprogramm eingeschworen werden sollten. Das Programm beinhaltet u.a. die Nichteinstellung von 13000 notwendigen Kräften, die Einschränkung von Sonderurlaub und Winterzusatzurlaub, die Streichung von anrechenbaren Pausen und eine weitere Verschärfung der Bemessungsrichtlinien. Im Rahmen des Aktionsprogramms der DPG sollen in allen Bezirken solche Demonstrationen stattfinden, sobald die Amtsvorsteherkonferenzen einberufen werden.

Kommunistische Bewegung und Feminismus

Bericht von einer Frauenkonferenz

ug.Frankfurt. Zwischen siebzig und achtzig Frauen hatten sich am vergangenen Wochenende zu der von Frauen der KG Bochum initiierten Arbeitskonferenz in Bochum versammelt. Intention dieses Treffens war, orthodoxe Politik kommunistischer und sozialistischer Organisationen zu überdenken und Lösungsvorschläge für eine Strategie und Taktik zur Frauenbefreiung zu diskutieren.

Der „Klassiker“, auf den sich die Linke in ihrer kurzen Antwort auf die heutige Frauenfrage in der Vergangenheit bezog, Friedrich Engels und sein „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, bildete dabei den Ausgangspunkt der Kritik. Kontrovers zur KG Bochum vertreten die Sozialistischen Studiengruppen (SOST), Engels gebe in bezug auf den Mangel an Theorie und Politik hier und heute keine Antwort. „Nur weil die Aufgabe, einen widersprüchlichen Entwicklungsprozeß – der Familie im Kapitalismus – zu untersuchen, so vereinseitigt wird, als ginge es darum, eine ‚Theorie der Repression‘ zu entwickeln, scheint Engels eine Lösung für das Problem zu bieten. Der ‚Ursprung‘ legt den Eindruck nahe, als liefere er eine historische Begründung für die Entstehung der heutigen Familie und die Unterdrückung der Frau“ (SOST). Ihren Einwand begründen die SOST damit, daß der „Zusammenhang von Arbeits- und Lebensordnung, wie er noch in den Familienformen der letzten Jahrhunderte existierte, für die Lohnabhängigen (im Kapitalismus) zerissen“ ist.

Etwas problematisch war die Fragestellung durch die KG Bochum aufgeworfen: „Friedrich Engels, vielleicht kein Märchenonkel, aber Manns genug, um viel Mist zu schreiben. – Was ist brauchbar an seinem Ursprung der Familie?“ Es müsse versucht werden, die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft historisch zu begründen, um gegen Argumente reaktionärer Auffassungen, diese Stellung etwa biologisch zu erklären, gewappnet zu sein. Zweite These zur Bedeutung des Engels-Textes: bürgerlich-patriarchalische Ideen und Strukturen hätten sich in der kommunistisch-sozialistischen Ideologie und Organisation durchgesetzt, indem die Frauenbewegung programmatisch keinen Niederschlag gefunden hätte. „Die Beantwortung der Frage, was geschlechtliche Arbeitsteilung, Mutterrecht, für die soziale Stellung der Frauen bedeutet hat, ist insofern wichtig, als daß Engels und ihm folgend sämtliche komm./soz. Theoretikerinnen das Aufkommen des Privateigentums in den Händen der Männer für den ‚friedlichen‘ Umschlag von Mutter- zum Vaterrecht als Ursache für die Unterdrückung der Frau angeben.“ Was bei Engels vergeblich zu suchen sei, „ist die Beschreibung der Produktionsverhältnisse, auf die sich die ‚freie bzw. hochgeachtete Stellung‘ der Frauen begründet‘ (Engels' Beschreibung der gentilen Gesellschaft, d. Verf.). Die Voreingenommenheit Engels' drücke sich aus in seiner Trennung zwischen Reproduktionsarbeit und gesellschaftlicher Produktion; er begreife die Frauen nicht als eigenständige Produzentinnen, sondern fälschlich als abhängig vom Erwerb des Mannes (Verarbeitung von Rohstoffen, Kochen, Weben, etc.). „Die Stellung der Gentilmitglieder und den Widerstreit ihrer Interessen von ihrer Art und Weise der Produktion herzuleiten, diesen Versuch unternimmt er nur beim Mann. Deswegen ist es für ihn nur ‚legitim‘, daß der Mann als Eigentümer des neuen Mehrprodukts nicht nur als erster ein Bewußtsein über Privateigentum entwickeln kann, sondern dieses auch von der Gensverfassung lösen kann, indem er Anspruch auf Erben anmeldet und damit auch Gewähr für die Fortführung seiner Stellung in der Gesellschaft durch die männlichen Nachkommen. An dem Punkt verläßt Engels auch den Versuch, den von ihm durchaus gesehenen ‚Antagonismus zwischen Mann und Weib‘ materialistisch zu erklären.“

Im weiteren Verlauf der Diskussion ergaben sich folgende Fragestellungen in der Einschätzung der heutigen Familien- und Geschlechterbeziehungen: Gibt es einen Fortschritt in Richtung Auflösung tradierter Rollen, oder ist es das alte Lied? Ist die Bestimmung einer „Frauenökonomie“ als Teil der gesellschaftlichen Produktion notwendig? Familie als widersprüchliche Institution: Hemmnis zur Emanzipation und gleichzeitig Form der Herausbildung von Individualität. Muß die Zerschlagung der Familie auf die Tagesordnung gesetzt werden? Wie hängt das Bild der heutigen Familie mit den Errungenschaften der Arbeiterbewegung zusammen?

Eine weitere, 15köpfige Arbeitsgruppe, die sich mit „Erfahrungen in kommunistischen Organisationen“ befaßte, trug unterschiedliche Standpunkte zur autonomen Organisierung vor. Dabei legte die KG Bochum großen Wert auf solche Betonung der autonomen Frauenbewegung, die über die organisierte Arbeiterbewegung hinausgehen solle, um die stark unterschiedlichen Ausgangspositionen von Frauen zu Männern in Form der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Arbeitsteilung tatsächlich überwinden zu können. Die Gegenposition bestritt prinzipiell das Recht zu selbständiger Organisierung von Frauen, vorgetragen durch die Gelsenkirchener Theoriegruppe. Klar geworden ist, daß ohne umfassendere Untersuchung kein theoretischer Zugang zu dem Problem der Frauenbefreiung gefunden werden kann; die Formulierung selbständiger Interessen und Entwicklung von Kampfformen, über die diese Interessen durchgesetzt werden können, ist notwendig. Das Allheilmittel mancher Kommunisten, die Frauenbewegung solle sich gefälligst mit der Arbeiterbewegung verbinden und basta, nutzt dabei wenig. Der Austausch von Arbeitsergebnissen, Literaturlisten etc. soll durch einen Rundbrief organisiert werden. Weitere Konferenzen sind geplant. Themen sollen sein: a) Geschichtliche Untersuchung der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Übergang Matriarchat/Patriarchat. b) Wie sehen die Lebensverhältnisse von Frauen heute aus?



Leserbrief

Vielen Dank für die Belehrung, daß *die* Frauen letztlich selbst die „erregtesten“ Vertreter der „Mutterfamilie“ sind. Wir neigen schuldig unser Haupt.
Vielen Dank, für die Belehrung, daß die christlichen *Bourgeois* sowas nicht vertreten, sondern gerade die christlichen *Arbeitnehmer*. Wir schlagen uns die CDU als Partei der Bourgeois aus dem Kopf.
Vielen Dank auch für die moralische Aufrüstung, daß die „freieren partnerschaftlichen Beziehungen“ oft die brüchigeren sind. Schau, schau wohin das führt!!
Aber so richtig weich wird mirs ums Herz, daß endlich einer einmal die Schädlichkeit der Lohnarbeit begriffen hat und die dreifache Belastung entdeckt. All das war ja in der gewerkschaftlichen Beschlußfassung der letzten 10 Jahre völlig unterbelichtet, die so trampelig ist, davon zu spre-

ihren größten Stich macht, wenn auch nicht mehr ganz so ausgeprägt wie früher zu Adenauers Zeiten; und daß ihr dies gerade mit einer solchen Familienpropaganda seit jeher gelingt. Können wir, kann die Arbeiterbewegung sich demgegenüber darauf verlassen, daß die revolutionierende Wirkung des Lohnsystems, daß die erkämpften sozialen Einrichtungen und Sicherungen schon das nötige tun werden, um mit solchen spontan reaktionären Auffassungen aufzuräumen? Wie ja überhaupt schon die Gewerkschaften seit

beit aufs Notwendigste. Überhaupt lasse sich das ganze Problem reduzieren auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, oder, wie die Genossin Laubach schreibt, auf „mehr Ausbildung, Lohngleichheit und gesellschaftliche Einrichtungen im Reproduktionsbereich“.
Darauf läßt es sich halt *nicht* reduzieren. Und erst recht soll man sich hüten, daß Kind mit dem Bade auszuschütten. Sonst überläßt man der Reaktion eins ihrer Hauptfelder der Einflußnahme unter den Massen. Ge-

gegangen. Hier hat vor allem die Ausdehnung der Lohnarbeit der Frauen, und zwar insbesondere auch während der Ehe und für die ganze Lebenszeit (mit Unterbrechungen), eine Bresche geschlagen, und zweitens die Auflösung der „Drei-Generationen-Familie“ infolge verbesserter Sozialversicherung und -einrichtungen.
Aber ist damit „die Familie“ schlechthin beseitigt? Das halte ich für eine große Täuschung. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen ersetzen bis heute nicht die Ehe als eine Vertragsfrom zur Aufzucht von Kindern, was ihr rationaler Kern ist. Selbst wenn jeder juristische Zwang entfiele, würden ein Großteil der Leute heiraten, es mag einem gefallen oder nicht. Zweitens nämlich, auch ohne Kinder, aus Gründen der Rationalisierung der Lebens-

wiegend zu jung sind und zu wenig Lebenserfahrung besitzen, um diese verschiedenen Seiten der gesellschaftlichen Realität richtig gegeneinander abschätzen zu können.
Wenn man sich nicht mehr verträgt, soll man auseinandergehen. Richtig. Wir sind bestimmt die letzten, z.B. die steile Kurve der Ehescheidungen an sich für etwas Tragisches zu halten. Nur: für einen großartigen Ausdruck der Emanzipation kann ich sie weiß Gott auch nicht halten, so wenig wie die hunderttausendfachen Abtreibungen. Hier wird doch etwas verwechselt: Die Abstreifung der materiellen und juristischen Fessel z.B. in der Ehescheidung, und der soziale Sachverhalt selbst, nämlich die Brüchigkeit vieler Beziehungen unter dem reinen Druck der Verhältnisse. Im Gegensatz zu vielen andern finde ich auch, daß diese

Noch einmal über „Die sanfte Macht der Familie“

talismus) zerissen“ ist.
Etwas problematisch war die Fragestellung durch die KG Bochum aufgeworfen: „Friedrich Engels, vielleicht kein Märchenonkel, aber Manns genug, um viel Mist zu schreiben. – Was

und gesellschaftlicher Produktion; er begreife die Frauen nicht als eigenständige Produzentinnen, sondern fälschlich als abhängig vom Erwerb des Mannes (Verarbeitung von Rohstoffen, Kochen, Weben, etc.). „Die Stellung der Gentilmitglieder und den Wi-

schaften der Arbeiterbewegung zusammen?
Eine weitere, 15köpfige Arbeitsgruppe, die sich mit „Erfahrungen in kommunistischen Organisationen“ befaßte, trug unterschiedliche Stand-



Noch einmal über „Die sanfte Macht der Familie“

Artikel in KVZ 42/1981 und Leserbriefe dazu (vgl. auch KVZ 43/1981)

Leserbrief

Vielen Dank für die Belehrung, daß *die* Frauen letztlich selbst die „erregtesten“ Vertreter der „Mutterfamilie“ sind. Wir neigen schuldig unser Haupt.

Vielen Dank, für die Belehrung, daß die christlichen *Bourgeois* sowas nicht vertreten, sondern gerade die christlichen *Arbeitnehmer*. Wir schlagen uns die CDU als Partei der Bourgeois aus dem Kopf.

Vielen Dank auch für die moralische Aufrüstung, daß die „freieren partnerschaftlichen Beziehungen“ oft die brüchigeren sind. Schau, schau wohin das führt!!

Aber so richtig weich wird mirs ums Herz, daß endlich einer einmal die Schädlichkeit der Lohnarbeit begriffen hat und die dreifache Belastung entdeckt. All das war ja in der gewerkschaftlichen Beschlußfassung der letzten 10 Jahre völlig unterbelichtet, die so trampelig ist, davon zu sprechen und zu *fordern*, daß mehr Ausbildung, Lohngleichheit und gesellschaftliche Einrichtungen im Reproduktionsbereich gerade in bezug auf die Lohnabhängigkeit der Frauen her müssen und die es vor allem wagt, von einer Reservearmee zu sprechen, wozu nach dieser selbstverständlich völlig einseitigen Interpretation die CDU-Vorschläge herhalten.

Und: Gott sei Dank hat sich endlich mal einer gewagt den Sozialisten und der Arbeiterbewegung die Meinung zu sagen, daß sie bitte schön derartige Zurückgebliebenheit der Frauen wohlgemerkt nicht kritisieren, sondern *begreifen*!!

Birgit Laubach, Frankfurt

Eine Antwort:

Zu diesem Leserbrief und zu dem letzte Woche ein paar Anmerkungen:

Daß Blüms „Mutterfamilie“ in meinem Kommentar zur CDA-Tagung *den* Frauen untergeschoben worden sei, kann ich daraus nicht entnehmen. Ich hatte nur festgestellt, daß Blüms Resolution deshalb auf dieser Tagung so unangefochten durchkommen konnte, weil die Mehrheit auch der weiblichen Delegierten ihr zugestimmt und sie z.T. sogar wütend verteidigt haben. Wären sich die Frauen auf der Konferenz in der Ablehnung einig gewesen, hätte die Resolution kaum durchgesetzt werden können, trotz der übergroßen Mehrheit männlicher Delegierter. Das war der Ausgangspunkt.

Ich habe dann auf ein allgemeineres Problem verwiesen: daß die CDU als Volkspartei (was sie nämlich ist, und keineswegs nur „Partei der Bourgeois“) unter den Frauen noch immer ihren größten Stich macht, wenn auch nicht mehr ganz so ausgeprägt wie früher zu Adenauers Zeiten; und daß ihr dies gerade mit einer solchen Familienpropaganda seit jeher gelingt. Können wir, kann die Arbeiterbewegung sich demgegenüber darauf verlassen, daß die revolutionierende Wirkung des Lohnsystems, daß die erkämpften sozialen Einrichtungen und Sicherungen schon das nötige tun werden, um mit solchen spontan reaktionären Auffassungen aufzuräumen? Wie ja überhaupt schon die Gewerkschaften seit eh und je ... Das nenne ich revolutionäres Philistertum: Heiliger Marx, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie die anderen!

Man muß diese Ressentiments gegen die Moderne zu *begreifen* versuchen und „in der Entwicklung einer *besseren* gesellschaftlichen Alternative Rechnung tragen“, hatte ich geschrieben, und einige Anhaltspunkte zu geben versucht für die „stille Macht der Familie“ – die es nämlich nun einmal gibt. Der Zwang zur Lohnarbeit falle oft mit erzwungenem Verzicht auf Kinder zusammen; ich hätte auch schreiben können: mit erzwungener Vernachlässigung der Kinder. Dann, daß die Lohnarbeit gerade für die Frauen häufig ihre gehässigsten Seiten herauskehre, die sich mit der doppelten Gehässigkeit der Hausarbeit kombiniert; wo dann ein Kind oft zur Plage wird; und wo die Frauen für diese dreifache Belastung allerdings geringen Dank ernten. Auch seien die freieren, partnerschaftlichen Beziehungen heute eben oft auch die brüchigeren. Alles Motive, um sich nach den illusionären alten Sicherheiten der intakten Familie, ausgeschmückt im Bild der „Mutterfamilie“, zurückzusehen.

Kitsch hoch drei, ärgern sich die Genossinnen. Das seien ja wohl meine eigenen Ressentiments gegen die Moderne. Schließlich gebe es ja nicht nur den Zwang zur Lohnarbeit, sondern auch Befreiung vom stupiden Hausfrauendasein, Rationalisierung der Hausarbeit aufs Notwendigste. Überhaupt lasse sich das ganze Problem reduzieren auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, oder, wie die Genossin Laubach schreibt, auf „mehr Ausbildung, Lohngleichheit und gesellschaftliche Einrichtungen im Reproduktionsbereich“.

Darauf läßt es sich halt *nicht* reduzieren. Und erst recht soll man sich hüten, daß Kind mit dem Bade auszuschütten. Sonst überläßt man der Reaktion eins ihrer Hauptfelder der Einflußnahme unter den Massen. Genosse vol. hat im abschließenden Artikel über die CDA-Konferenz zu Recht darauf verwiesen, daß zumindest eine Kritik der bürokratischen Staatsstätigkeit auf diesem Gebiet notwendig sein wird, um der reaktionären Propaganda das Wasser abzugraben. Er schreibt dann allerdings weiter: „Die Familie, die Blüm beschwört, gibt es kaum noch in Westdeutschland. Sie ist durch die Revolutionierung des kapitalistischen Produktionsprozesses auch und gerade in den letzten 30 Jahren glücklicherweise weitgehend beseitigt.“

Da müßte man sich schon darauf einigen, was gemeint ist. Vernichtet ist, insbesondere auch unter den Mittelklassen und den besser gestellten Schichten der Lohnabhängigen, ein gutes Stück der *bürgerlichen* Familie, d.h. jene juristisch und moralisch strenge Form der Anbindung von Frau und Kindern an das „Familienoberhaupt“, als den Inhaber des (klein-) bürgerlichen Besitzstandes, um dessen Wahrung und Weitervererbung sich alles gruppierte. Tendenzen in der Entwicklung des Kapitalverhältnisses selbst, Änderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (einige Hunderttausend Mädchen aus diesen Familien sind zur Universität gegangen und nehmen entsprechende Berufe ein), und eine Masse andere Faktoren haben dahin gewirkt. Unter den Lohnabhängigen ist parallel ein gutes Stück weit die Nachahmung dieser „gutbürgerlichen“ Familienverhältnisse zu Bruch gegangen. Hier hat vor allem die Ausdehnung der Lohnarbeit der Frauen, und zwar insbesondere auch während der Ehe und für die ganze Lebenszeit (mit Unterbrechungen), eine Bresche geschlagen, und zweitens die Auflösung der „Drei-Generationen-Familie“ infolge verbesserter Sozialversicherung und -einrichtungen.

Aber ist damit „die Familie“ schlechthin beseitigt? Das halte ich für eine große Täuschung. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen ersetzen bis heute nicht die Ehe als eine Vertragsfrom zur Aufzucht von Kindern, was ihr rationaler Kern ist. Selbst wenn jeder juristische Zwang entfiele, würden ein Großteil der Leute heiraten, es mag einem gefallen oder nicht. Zweitens nämlich, auch ohne Kinder, aus Gründen der Rationalisierung der Lebenshaltung; und so sind die Löhne auch gleich gehalten, daß nur zwei zusammengeworfen meist hinreichen, um das bißchen notwendigen Hausstand zu haben. Drittens, und das ist das übergreifendste Motiv, sind alle diese blutsverwandtschaftlichen Bindungen (darum geht es bei der Familie) noch immer das Notnetz, die Versicherung für die Wechselfälle des Lebens, die bis jetzt



keine Sozialversicherung ersetzt. Und je unsicherer die Existenz, je tiefer die Krise, um so mehr gewinnt die Familie wieder diese Funktion zurück. Diese verwandtschaftlichen Verbindungen mögen tausendmal gehaßt, abgeschüttelt, vernichtet werden – sie erstehen wenigstens neunhundertmal wieder auf. Das ist die reale „stille Macht der Familie“. Vielleicht ist es eins unserer politischen Probleme, daß wir überwiegend zu jung sind und zu wenig Lebenserfahrung besitzen, um diese verschiedenen Seiten der gesellschaftlichen Realität richtig gegeneinander abschätzen zu können.

Wenn man sich nicht mehr verträgt, soll man auseinandergehen. Richtig. Wir sind bestimmt die letzten, z.B. die steile Kurve der Ehescheidungen an sich für etwas Tragisches zu halten. Nur: für einen großartigen Ausdruck der Emanzipation kann ich sie weiß Gott auch nicht halten, so wenig wie die hunderttausendfachen Abtreibungen. Hier wird doch etwas verwechselt: Die Abstreifung der materiellen und juristischen Fessel z.B. in der Ehescheidung, und der soziale Sachverhalt selbst, nämlich die Brüchigkeit vieler Beziehungen unter dem reinen Druck der Verhältnisse. Im Gegensatz zu vielen andern finde ich auch, daß diese Entwicklungen – so brutal, wie sie verlaufen – ihre großartigen Seiten haben für die Entwicklung der Individuen. Aber soll man deshalb die Schattenseite nicht sehen, ausgedrückt etwa in der Fieberkurve von einigen Millionen psychisch Kranken?

An alle diesen Sachverhalten eben knüpfen die christlich-demokratischen Demagogen nicht ungeschickt an. Und die ganze Sache mit der „Mutterfamilie“ ist gerade auch auf die Frauen zugeschnitten. Praktisch geht es ja um die Propaganda einer Art Wiedereinführung des Matriarchats in der Privatsphäre, und zwar als ein zivilisierendes, die Menschen veredelndes Element, und als Schutz gegen die rauhe Leistungsgesellschaft. Allerdings knüpft das an kleinbürgerliche Instinkte gerade auch unter rückständigeren Teilen der Lohnabhängigen an. Auf einer Tagung des Wirtschaftsrats der CDU wäre eine solche Resolution nie eingebracht worden. Was soll ein Kapitalist mit der „Mutterfamilie“, bitte schön? Das ist ausgesprochen ein Schmus, der dem Volk ums Maul geschmiert werden soll. Die Anknüpfungspunkte zu Teilen der Frauen- und Alternativbewegung sind real vorhanden, eben weil auch dort z.T. im reinen Ressentiment gegen die Moderne die Lösung gesucht wird, konkret in Forderungen wie Lohn für Hausarbeit, bis hin zur gesetzlichen Verpflichtung der Männer zu Hausarbeit. Blüm fordert, die Männer müßten mütterlicher werden – ganz unpopulär?

Nein wirklich, wir werden uns da noch einiges einfallen lassen müssen. Und das *Begreifen* muß einer richtigen *Kritik* oft eben vorausgehen.

Gerd Koenen

„‚Die Familie‘ hat noch immer eine historische Aufgabe zu erfüllen“

Der chinesische Schriftsteller Ba Jin

Von Helmut Forster-Latsch

Zu den meistübersetzten chinesischen Schriftstellern gehört neben Lu Xun und Mao Dun sicherlich Ba Jin. In diesem Jahr sind auf dem westdeutschen Büchermarkt drei Romane von ihm erschienen: „Die Familie“, „Eiskalte Nächte“ und „Shading“. Hiermit wurde erstmals in Westdeutschland ein Zugang zu dem Werk von Ba Jin möglich.

Dieses Entdecken Ba Jins außerhalb Chinas geht Hand in Hand mit einem Wiederentdecken seines Werks in der VR China. Seine Werke – 1958 war eine 14bändige Ausgabe herausgekommen – waren in der Kulturrevolution verboten, er hatte Schreibverbot und war schweren Verfolgungen ausgesetzt. Er wurde als „Konterrevolutionär“, „Antikommunist“ und „Altmeister des Anarchismus“ angegriffen. Sein Haus wurde mehrmals durchsucht und dabei große Teile seiner Bibliothek, die die größte anarchistische Privatbibliothek auf der Welt gewesen sein soll, zerstört. Er selbst mußte, wie viele andere auch, zur Strafe in eine „Kaderschule“.

Daß er früher Anarchist war, daraus hat er nie einen Hehl gemacht. Schon der Name Ba Jin, ein Pseudonym, der wirkliche Name ist Li Feigang, zeugt davon: Das zweite Zeichen des Namens „Jin“ ist dem chinesischen Namen des russischen Anarchisten Kropotkin entnommen, während das erste Zeichen „Ba“, wie er mir im August 1978 in Shanghai erzählt hat, nicht, wie vielfach behauptet, auf den russischen Anarchisten Bakunin zurückgehe, sondern auf einen chinesischen Freund, mit dem er zusammen in den zwanziger Jahren in Frankreich war und der dort Selbstmord beging. Er selbst meint allerdings, daß der Anarchismus in seinen früheren Werken eher eine Verschmelzung aus Humanismus und Patriotismus gewesen sei. Humanismus, das hieß für ihn Liebe zu den Unterdrückten, und Patriotismus bedeutete für ihn Liebe zu China und Suche nach einem Ausweg aus der Misere, in der China – damals der kranke Mann Asiens genannt – sich vor 1949 befand.

Daß sein Humanismus und Patriotismus mit anarchistischem Gedankengut verschmolzen und nicht, wie bei anderen Schriftstellern Chinas, die aktiv an der 4. Mai Bewegung 1919 teilgenommen hatten, mit dem Marxismus, das hat wohl seinen Grund in der Umgebung, in der er aufwuchs. Ba Jin wurde 1904 in einer wohlhabenden, patriarchalischen Großfamilie in der Hauptstadt der chinesischen Provinz Sichuan, Chengdu, geboren. 55 Familienmitglieder und 45 Dienstboten, von denen einige praktisch leibeigen waren, lebten unter einem Dach. Später schrieb er selbst über seine Kindheitser-

1978 in Shanghai erzählt hat, nicht, wie vielfach behauptet, auf den russischen Anarchisten Bakunin zurückgehe, sondern auf einen chinesischen Freund, mit dem er zusammen in den zwanziger Jahren in Frankreich war und der dort Selbstmord beging. Er selbst meint allerdings, daß der Anarchismus in seinen früheren Werken eher eine Verschmelzung aus Humanismus und Patriotismus gewesen sei. Humanismus, das hieß für ihn Liebe zu den Unterdrückten, und Patriotismus bedeutete für ihn Liebe zu China und Suche nach einem Ausweg aus der Misere, in der China – damals der kranke Mann Asiens genannt – sich vor 1949 befand.

Daß sein Humanismus und Patriotismus mit anarchistischem Gedankengut verschmolzen und nicht, wie bei anderen Schriftstellern Chinas, die aktiv an der 4. Mai Bewegung 1919 teilgenommen hatten, mit dem Marxismus, das hat wohl seinen Grund in der Umgebung, in der er aufwuchs. Ba Jin wurde 1904 in einer wohlhabenden, patriarchalischen Großfamilie in der Hauptstadt der chinesischen Provinz Sichuan, Chengdu, geboren. 55 Familienmitglieder und 45 Dienstboten, von denen einige praktisch leibeigen waren, lebten unter einem Dach. Später schrieb er selbst über seine Kindheitser-

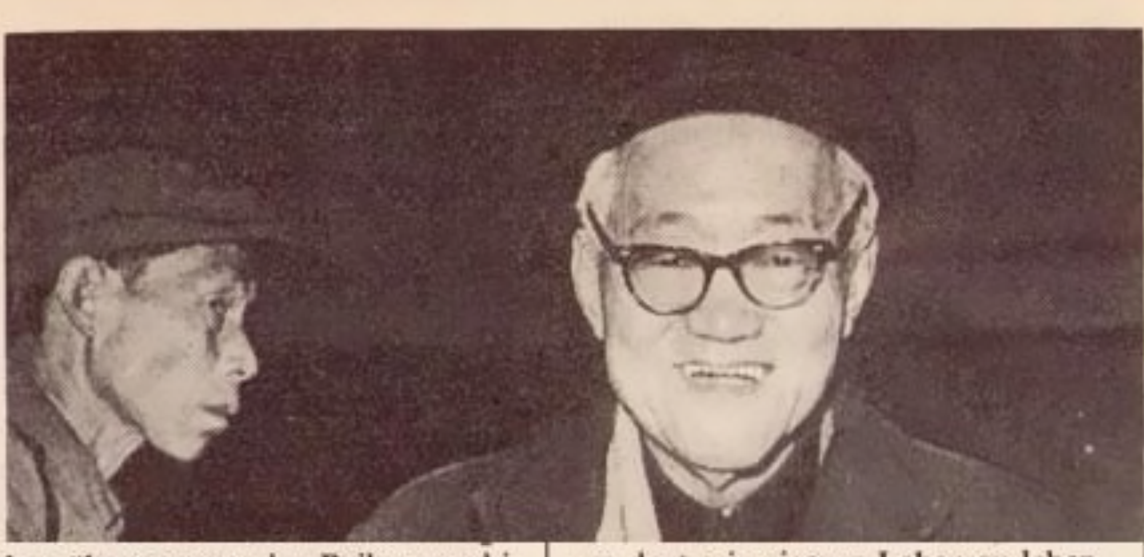
fahrungen: „Als ich noch ein Kind war, lehrte mich meine Mutter die Menschen lieben, die armen ebenso wie die reichen; lehrte sie mich denen helfen, die in Not waren, und den Unterdrückten und Unglücklichen mit Verständnis zu begegnen. Aber als ich größer wurde, gewann es den Anschein, daß eine solche Liebe in der Umgebung, in der ich lebte, nicht gedeihen konnte. Alles, was ich sah, lief darauf hinaus, daß der Mensch den Menschen unterdrückte. Ich war gerne mit den Dienstboten zusammen, die in unserem Haushalt arbeiteten. Von diesen ungebildeten, ‚unkultivierten‘ Menschen lernte ich Offenheit, einen nahezu primitiven Glauben an die Gerechtigkeit, eine innere Haftung dem Leben gegenüber. Ich liebte und achtete diese Menschen. So oft ich mit ansehen mußte, wie erbarmungslos man mit ihnen verfuhr, empörte ich mich innerlich, und ich begann das schändliche System zu hassen, das ein solches Leben erzeugte.“ Um Liebe und Haß drehen sich denn auch nahezu alle seine Werke. Er selbst schrieb einmal: „Man muß diejenige lieben, die geliebt werden sollen, und diejenigen hassen, die die Liebe zerstören. Ich habe nur einen Gott – die Menschlichkeit.“

Vor, während und nach der 4. Mai Bewegung 1919 sog der junge Ba Jin begierig aus den zahllosen Zeitschriften wie „Neue Jugend“, „Neue Flut“ und „Kampf“ die neuen, aus dem Westen kommenden Ideen auf. Damals las er die französischen und russischen realistischen Romane, wie die von Turgenjew und Zola, und anarchistische Werke von Kropotkin und Emma Goldmann.

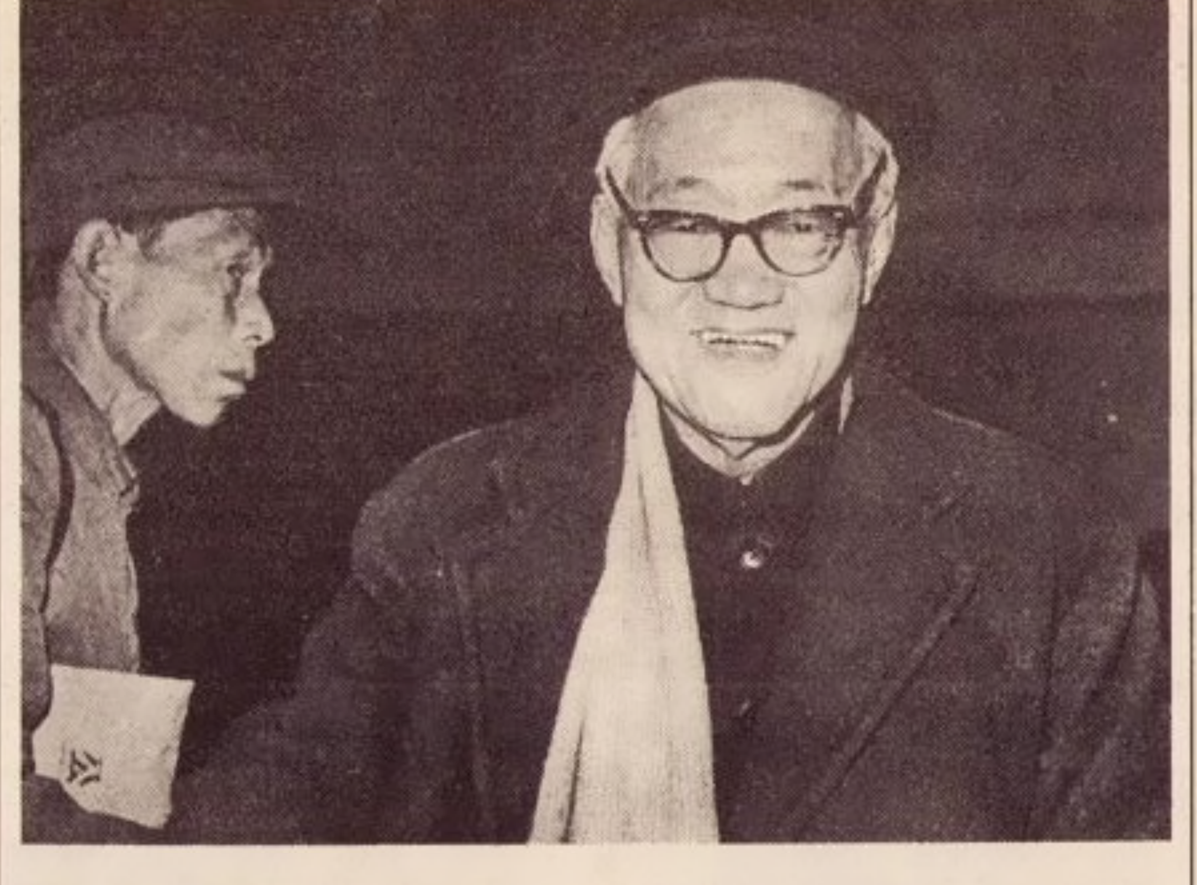
In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre studierte er in Shanghai, wo er auch in der revolutionären Bewegung aktiv war. 1927 ging er, unzufrieden mit den Ergebnissen seiner Arbeit, nach Frankreich zum Studium. Dort lernte er bekannte Anarchisten kennen und schrieb viel für chinesische anarchistische Zeitungen. U.a. korrespondierte er mit Sacco und Vanzetti. In Paris schrieb er seinen ersten Roman „Untergang“, der auf dem Hintergrund der Militärherrschaft in Shanghai im Jahre 1925 den Entwicklungsprozeß eines kleinbürgerlichen, revolutionären Intellektuellen schildert, der sich, im Kampf gegen die „dunklen Mächte“ schließlich, da er keinen Ausweg findet, selbst opfert.

Dabei hatte er eigentlich gar nicht die Absicht, Schriftsteller zu werden, noch heute bezeichnet er sich nicht gern als ein solcher, sondern er wollte mit diesem Roman, wie auch mit den folgenden, nur seinem ältesten Bruder erklären, warum er nicht die Beamtenlaufbahn einschlagen und reich werden wolle, und daß in China eine Revolution unabdingbar sei.

Ende 1928 nach China zurückgekehrt, übersetzte er eine Reihe anarchistischer Schriften und schrieb einige kürzere Erzählungen, in deren Mittelpunkt revolutionär gesinnte kleinbürgerliche Intellektuelle standen. Der eigentliche „literarische Durchbruch“ kam mit dem stark autobiographische Züge aufweisenden Roman „Die Familie“, der im Jahre 1933 veröffentlicht wurde. Dieser Roman, ebenfalls für seinen älteren Bruder geschrieben, ist Teil der Trilogie „Reißende Strömung“ und war vielen Jugendlichen und Intellektuellen aus dem Herzen gesprochen. Viele wurden durch diesen Roman veranlaßt, nach Yan'an in die befreiten Gebiete zu gehen, und sich der Revolution anzuschließen, ein Schritt, den Ba Jin selbst nie getan hat.



kehrt, übersetzte er eine Reihe anarchistischer Schriften und schrieb einige kürzere Erzählungen, in deren Mittelpunkt revolutionär gesinnte kleinbürgerliche Intellektuelle standen. Der eigentliche „literarische Durchbruch“ kam mit dem stark autobiographische Züge aufweisenden Roman „Die Familie“, der im Jahre 1933 veröffentlicht wurde. Dieser Roman, ebenfalls für seinen älteren Bruder geschrieben, ist Teil der Trilogie „Reißende Strömung“ und war vielen Jugendlichen und Intellektuellen aus dem Herzen gesprochen. Viele wurden durch diesen Roman veranlaßt, nach Yan'an in die befreiten Gebiete zu gehen, und sich der Revolution anzuschließen, ein Schritt, den Ba Jin selbst nie getan hat.



„Die Familie“, oft als sein repräsentativstes Werk bezeichnet, schildert eine im Verfall begriffene patriarchalische, hauptsächlich von Pachteinnahmen lebende Gentry-Familie zur Zeit der 4. Mai Bewegung 1919 in Chengdu, Provinz Sichuan. Familienoberhaupt ist der eigensinnige Großvater, der, starr an konfuzianischen Normen festhaltend, die ganze Familie tyrannisiert. Hinter der nach außen zur Schau getragenen Harmonie verbirgt sich ein grausames System der Unterdrückung und Menschenverachtung. Der älteste Enkel, der eine Kusine liebt, wird vom Großvater gezwungen, mit einem Mädchen, das er vorher nie gesehen hat, eine Geldheirat einzugehen. Eine junge Sklavin, die mit dem drittältesten Enkel eine Liebesbeziehung hat, begeht, als sie einem Freund des Großvaters als Konkubine gegeben werden soll, Selbstmord. Als der Großvater erfährt, daß einer seiner Söhne, der Mitte dreißig ist, sich heimlich eine Prostituierte hält, gerät er außer Rand und Band und der Schuldige muß sich vor und Frau und Tochter selbst im Knien ohrfeigen. Als Gegenpol zu dem Verfall schildert der Roman die Jugend, die unter dem Einfluß neuer Ideen dieses System nicht mehr als gegeben hinnimmt und zu rebellieren beginnt. Gao Juehui, in dem Ba Jin sich selbst dargestellt hat, und Gao Juemin, beides Enkel des Tyrannen, verkörpern die gebildete und revoltierende Jugend jener Zeit. Gao Juehui gibt eine fortschrittliche Studentenzeitung heraus und ist politisch aktiv. Sein Großvater setzt ihn unter Hausarrest, aber er widersetzt sich. Juemin liebt eine seiner Kusinen, eine emanzipierte junge Chinesin, die ihrerseits sich nicht mehr von ihrer Mutter tyrannisieren läßt. Als der Großvater Juemin mit einem anderen Mädchen verheiraten will, weigert sich dieser, flieht aus dem Haus und kehrt erst wieder zurück, nachdem er die Zusicherung bekommen hat, daß er nicht gegen seinen Willen heiraten muß. Der älteste Bruder jedoch, der sich zwangsweise hat verheiraten lassen, predigt immer nur die Unterordnung unter das etablierte System: So trägt er, wenn auch passiv, zum Tod seiner Frau bei, die Opfer abergläubischer Vorstellungen ignoranter Eltern und anderer Familienmitglieder wird. Gao Juehui, in dem sich Haß und Zorn immer mehr steigern, verläßt zum Schluß diese Familie und bricht nach Shanghai auf, um dort sein eigenes Leben zu leben.

Dieser Roman ist eine leidenschaftliche Anklage gegen das chinesische Feudalsystem, das, wie Lu Xun einmal geschrieben hat, Menschen frißt, sowie gegen dessen ideologische Grundlage, den Konfuzianismus. Ba Jin hat sich in diesem Roman, wie auch in allen anderen, nicht an einen bestimmten Plan und Aufbau gehalten. Ihm war der Inhalt immer wichtiger als die Form. Und wohl nicht zu Unrecht sagt er von sich selbst, daß ihn die Formfragen nie interessiert haben, daß er auch von Literaturtheorie keine Ahnung habe, ihm sei es immer nur darum gegangen zu schreiben, was er auf dem Herzen habe, darum, ehrlich zu sein.

Von der Veröffentlichung der „Fa-

um dort sein eigenes Leben zu leben.

Dieser Roman ist eine leidenschaftliche Anklage gegen das chinesische Feudalsystem, das, wie Lu Xun einmal geschrieben hat, Menschen frißt, sowie gegen dessen ideologische Grundlage, den Konfuzianismus. Ba Jin hat sich in diesem Roman, wie auch in allen anderen, nicht an einen bestimmten Plan und Aufbau gehalten. Ihm war der Inhalt immer wichtiger als die Form. Und wohl nicht zu Unrecht sagt er von sich selbst, daß ihn die Formfragen nie interessiert haben, daß er auch von Literaturtheorie keine Ahnung habe, ihm sei es immer nur darum gegangen zu schreiben, was er auf dem Herzen habe, darum, ehrlich zu sein.

Von der Veröffentlichung der „Fa-

milie“ bis 1949, dem Jahr des Sieges der chinesischen Revolution, war Ba Jins fruchtbarste Schaffenszeit. Er schrieb Romane, Kurzgeschichten, Reisebilder und fertigte Übersetzungen an. 1947, zwei Jahre nach dem Ende des anti-japanischen Widerstandskrieges, erschien der oft als sein eigentliches Meisterwerk bezeichnete Roman „Eiskalte Nächte“. Im Unterschied zu der Hoffnung, die durch die Rebellion der Jugend, insbesondere durch Gao Juehiu, in der „Familie“ erweckt wird, ist der Grundtenor dieses Romans Hoffnungslosigkeit und Pessimismus. Anders als in der „Familie“ geht es hier um eine moderne chinesische Familie aus den weniger bemittelten Schichten, die aus nur vier Personen besteht; Wang Wenxuan – der als Korrektor in einem Verlag arbeitet –, seiner modern eingestellten Frau Ceng Shusheng – beide sind über dreißig Jahre alt –, ihrem zwölfjährigen Kind Xiaoxuan und der der mehr als fünfzig Jahre alten Mutter des Mannes. Zwischen den beiden gegensätzlich eingestellten Frauen, der Mutter, die, ökonomisch von ihrem Sohn abhängig, von ihrer Schwiegertochter entsprechend der konfuzianischen Lehre Unterordnung unter ihren Sohn und Respektierung ihrer eigenen Person verlangt, und Shusheng, die durch ihre Arbeit in einer Handelsbank finanziell unabhängig und zur Hauptstütze des kleinen Haushalts wird, steht der kränkliche und entscheidungsschwache Wang Wenxuan. Er versucht, zwischen der „Tradition“ und der „Moderne“ zu vermitteln, geht aber schließlich selbst daran zugrunde. Die Gegensätze zwischen den beiden sind unüberbrückbar. Aber auch die junge Shusheng, die nach einem Ausbruchsversuch in die „Freiheit“ – sie ist mit ihrem Liebhaber nach Lanzhou (Gansu) vor dem Krieg ausgewichen – kurz nach Beendigung des Krieges gegen Japan zu ihrem Mann zurückkehrt, diesen aber tot vorfindet, hat erfahren müssen, daß das bessere Leben nur eine Legende ist, welche die Guomindang-Politiker zu ihrem Geschäft gemacht haben. Die Handlung spielt 1945 vor dem Hintergrund des Krieges in Chongjing (Sichuan), dem damaligen Sitz der Guomindang-Regierung. Die Regierung ist korrupt, es herrschen Inflation, Arbeitslosigkeit und Hunger. Die Menschen sind demoralisiert. Und Ba Jin zeigt diese demoralisierten Menschen in einer hoffnungslosen Umwelt, in den „kalten Nächten“, wo selbst das Licht noch Dunkelheit ist.

Schwanken zwischen Pessimismus und Optimismus ist kennzeichnend für das gesamte Schaffen Ba Jins bis 1949. Er selbst schätzt heute seine Werke aus der Zeit vor der Befreiung folgendermaßen ein: „Meine früheren Werke beschreiben hauptsächlich, stellen die Schattenseiten der alten Gesellschaft bloß, aber zeigen keinen Ausweg. Sie sind kritisch-realistisch, die Krankheit wird lediglich aufgezeigt, aber es werden keine Rezepte gegeben. In der ‚Familie‘ ist die Hauptperson aus der feudalen Gesellschaft hervorgegangen, aber nachdem er sie hinter sich gelassen hat, habe ich dem Leser nicht gesagt, wohin er gegangen ist. Weil ich damals noch vom Anarchismus beeinflußt war, konnte ich keinen Ausweg aufzeigen. Der kritische Realismus zeigt keinen Ausweg. Auch der Roman ‚Eiskalte Nächte‘, den ich 1947 geschrieben habe, ist ein durch und durch kritisch-realistischer Roman. Meine Absicht war zu zeigen, daß die Zeit der Guomindang-Herrschaft nach der Kapitulation der Japaner überhaupt keine Hoffnung bot. In der ‚Familie‘ stellte ich ebenfalls die dunklen Seiten dar, aber die Jugendlichen in der ‚Familie‘ hatten noch Hoffnung.

Menschen in einer hoffnungslosen Umwelt, in den „kalten Nächten“, wo selbst das Licht noch Dunkelheit ist.

Schwanken zwischen Pessimismus und Optimismus ist kennzeichnend für das gesamte Schaffen Ba Jins bis 1949. Er selbst schätzt heute seine Werke aus der Zeit vor der Befreiung folgendermaßen ein: „Meine früheren Werke beschreiben hauptsächlich, stellen die Schattenseiten der alten Gesellschaft bloß, aber zeigen keinen Ausweg. Sie sind kritisch-realistisch, die Krankheit wird lediglich aufgezeigt, aber es werden keine Rezepte gegeben. In der ‚Familie‘ ist die Hauptperson aus der feudalen Gesellschaft hervorgegangen, aber nachdem er sie hinter sich gelassen hat, habe ich dem Leser nicht gesagt, wohin er gegangen ist. Weil ich damals noch vom Anarchismus beeinflußt war, konnte ich keinen Ausweg aufzeigen. Der kritische Realismus zeigt keinen Ausweg. Auch der Roman ‚Eiskalte Nächte‘, den ich 1947 geschrieben habe, ist ein durch und durch kritisch-realistischer Roman. Meine Absicht war zu zeigen, daß die Zeit der Guomindang-Herrschaft nach der Kapitulation der Japaner überhaupt keine Hoffnung bot. In der ‚Familie‘ stellte ich ebenfalls die dunklen Seiten dar, aber die Jugendlichen in der ‚Familie‘ hatten noch Hoffnung.

Meine Werke spiegeln sehr genau meine Gedanken und Gefühle zu verschiedenen Zeiten wider.“

Nach 1949, im neuen China, hat Ba Jin nichts Nennenswertes mehr produziert, wie übrigens die meisten der älteren fortschrittlichen Schriftsteller (Mao Dun, Ding Ling etc.). Er hat sich 1949 auf die Seite der KP Chinas gestellt. Als Patriot erkannte er vorbehaltlos an, daß sie der chinesischen Gesellschaft den Ausweg, den er immer gesucht, aber nie gefunden hatte, gewiesen hat. Er selbst aber, nun in offiziellen Funktionen im Schriftstellerverband, kam nur schwer mit den neuen Realitäten und Anforderungen zurecht. Von der KP wurde ausgehend von Mao Zedongs Reden über Literatur und Kunst in Yan'an gefordert, über das Leben der Arbeiter und Bauern zu schreiben und proletarische Heldenfiguren zu schaffen. Aber das Leben der Arbeiter und Bauern kannte er kaum. Insbesondere in Zeiten, in denen die ultralinke Linie ihre Hochblüte trieb – in der Kampagne gegen die Rechten 1957 und in der Kulturrevolution – und damit Intellektuellenfeindlichkeit und Kulturdespotismus vorherrschend wurde, wurde er immer wieder wegen seiner anarchistischen Vergangenheit und wegen seiner „nicht-proletarischen Heldenfiguren“ kritisiert. Sicherlich ist richtig, daß seine Figuren bis auf wenige Ausnahmen – etwa in Shading – nicht dem proletarischen Milieu entstammen und daß da, wo sie Widerstand leisten und rebellieren, ihre Sichtweise die der intellektuellen Jugend ist. Aber gleichzeitig sind seine Werke eine flammende Kritik an der alten feudalen Ordnung, eine aus dem Herzen kommende Kritik, die auch noch heute zu begeistern vermag. Nicht zuletzt darauf dürfte seine Wirkung und Aktualität unter den chinesischen Jugendlichen begründet sein, haben diese doch das „Feudalsystem“, wenn auch unter anderen Vorzeichen, erneut erlebt. 1979 verwies Ba Jin in Paris selbst auf die nach wie vor bestehende Aktualität seines Romans „Die Familie“: „Die Feudalfamilien sind verschwunden. Aber Spuren des Feudalismus sind immer noch vorhanden. Die Viererbande hat versucht, den Feudalismus zu restaurieren. Unter einem ‚linken‘ Ladenschild wollten sie ihren feudalistischen Ramsch verkaufen. Sie haben sich wie ‚Patriarchen‘ benommen. Ein einzelner konnte seinen Willen allen aufzwingen. Es kam sogar vor, daß junge Menschen nicht das Recht hatten zu lieben, wen sie wollten. Die Methoden der Zwangsheirat und arrangierten Ehe wurde wieder empfohlen. Und wenn jemand angeklagt wurde, zog man die ganze Familie mit hinein, sogar die entferntesten Verwandten. Der politische Aufstieg einer Person brachte noch dem Unbedeutendsten aus seiner Gefolgschaft Ehren und Vergünstigungen ein. Diese Phänomene haben mich zu dem Schluß gebracht, daß der ‚Geist des Alten Herrn Gao‘ immer noch sein Unwesen treibt und daß ‚Die Familie‘ immer noch eine historische Aufgabe zu erfüllen hat.“

Ba Jin, in der Nachfolge Mao Duns gegenwärtig Vorsitzender des chinesischen Schriftstellerverbandes, widmet sich heute u.a. als Herausgeber der bekannten Shanghaier Literaturzeitschrift „Ernte“ (Shouhuo) den zahlreichen jungen Schriftstellern. Er selbst hat durch die Kulturrevolution in gewissem Sinne wieder zu sich selbst gefunden: Er schreibt an einem Roman, der das Los und die Lage der Intellektuellen während der Kulturrevolution zum Gegenstand hat. Und dieser wird sicherlich auch eine Abrechnung mit jenen Leuten, die er 1962 in einer Rede – damals u.a. an die Adresse Yao Wenyuans gerichtet – folgendermaßen beschrieb:

„Aber ich fürchte mich ein wenig vor jenen Leuten, die in einer Hand mit Vorschriften fuchteln und mit dem Stock in der anderen Hand ständig auf der Suche nach Mängeln anderer Leute sind. Wer auf sie trifft, gerät in Schwierigkeiten. Ich mache hier keine Witze. Auch in unserer neuen Gesellschaft gibt es solche Leute, nicht viele allerdings, so daß man sie normalerweise nicht zu Gesicht bekommt und nicht weiß, wo sie eigentlich stecken. Aber sobald du den Mund aufmachst oder den Pinsel in die Hand nimmst, sind sie plötzlich da. Sie lieben es, einfache Regulative aufzustellen, sind mit ihnen auch immer zufrieden und lieben es um so mehr, die Menschen allesamt

schen Schriftstellerverbandes, widmet sich heute u.a. als Herausgeber der bekannten Shanghaier Literaturzeitschrift „Ernte“ (Shouhuo) den zahlreichen jungen Schriftstellern. Er selbst hat durch die Kulturrevolution in gewissem Sinne wieder zu sich selbst gefunden: Er schreibt an einem Roman, der das Los und die Lage der Intellektuellen während der Kulturrevolution zum Gegenstand hat. Und dieser wird sicherlich auch eine Abrechnung mit jenen Leuten, die er 1962 in einer Rede – damals u.a. an die Adresse Yao Wenyuans gerichtet – folgendermaßen beschrieb:

„Aber ich fürchte mich ein wenig vor jenen Leuten, die in einer Hand mit Vorschriften fuchteln und mit dem Stock in der anderen Hand ständig auf der Suche nach Mängeln anderer Leute sind. Wer auf sie trifft, gerät in Schwierigkeiten. Ich mache hier keine Witze. Auch in unserer neuen Gesellschaft gibt es solche Leute, nicht viele allerdings, so daß man sie normalerweise nicht zu Gesicht bekommt und nicht weiß, wo sie eigentlich stecken. Aber sobald du den Mund aufmachst oder den Pinsel in die Hand nimmst, sind sie plötzlich da. Sie lieben es, einfache Regulative aufzustellen, sind mit ihnen auch immer zufrieden und lieben es um so mehr, die Menschen allesamt

unter den Hut ihrer Regulative zu stecken. Wenn immer sich jemand weigert, sich ihren Vorschriften zu beugen, oder wenn im Garten des Nachbarn plötzlich ein paar mehr Blumen blühn und im Baum vor dem Fenster ein paar mehr Vögel zwitschern, kurz, wenn immer sie neue Lieder hören und Artikel lesen, an die sie sich noch nicht gewöhnt haben, dann werden sie blaß vor Wut, erheben ihre Knüppel und bereiten sich auf eine Schlägerei vor. Heute sagen sie, dieser oder jener Artikel entstelle das Ansehen dieser oder jener Person; morgen sagen sie, dieser oder jener Schriftsteller verleumde das Leben in unserer neuen Gesellschaft, als gehöre unser großartiges Vaterland nur dieser kleinen Minderheit von Leuten ... Obwohl sie nur eine kleine Minderheit darstellen, prasseln doch überall wie wild Knüppel auf die Schriftsteller hernieder, so daß sie Angst bekommen und nicht mehr wagen, offen zu sagen, was sie denken.“

Absolute Ehrlichkeit sich selbst und seinen Lesern gegenüber, das ist die Eigenschaft, die ihn, den fast achtzigjährigen, heute bei vielen chinesischen Jugendlichen und jungen Schriftstellern so beliebt macht.

Literaturhinweise

1. Ba Jin, Die Familie, Oberbaumverlag, Berlin 1980
2. Ba Jin, Kalte Nächte, Suhrkamp, Frankfurt 1981
3. Ba Jin, Shading, Bibliothek Suhrkamp, Frankfurt 1981

über Ba Jin

Gespräch mit Ba Jin, in: W.M. Schwiedrzik, Literaturfrühling in China?, prometh-Verlag, Köln 1980

Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge zur VI. ordentl. Delegiertenkonferenz des KBW

Zwischen dem 14. und 18. November 1981 wird der KBW seine VI. ordentliche Delegiertenkonferenz durchführen. Acht Jahre nach der Gründung des KBW wird es Aufgabe der Delegiertenkonferenz sein, eine Überprüfung der Erfahrungen des KBW aus dieser Zeit und eine Einschätzung der Ergebnisse seiner Tätigkeit vorzunehmen, um die Positionen festzulegen, die seine Tätigkeit in Zunkunft bestimmen. Die Auseinandersetzungen um die Neubestimmung seiner Auffassungen und Aufgaben, die der KBW seit der letzten Delegiertenkonferenz im September 1981 geführt hat, sind sowohl in der Kommunistischen Volkszeitung als auch in Kommunismus und Klassenkampf zu verfolgen. Die Anträge und Berichte, die seitens des Zentralen Komitee der Delegiertenkonferenz zur Erörterung und Annahme vorgeschlagen werden, sind im Sonderheft von Kommunismus und Klassenkampf, Oktober 1981 dokumentiert. Dort sind ebenfalls bereits eine Reihe von kritischen Beiträgen zu den vorgelegten Anträgen wiedergegeben. Die nächste Ausgabe von Kommunismus und Klassenkampf, die am 12. November erscheint, wird einige kontroverse Stellungnahmen zu dem umstrittenen Komplex der Diktatur des Proletariats und damit zusammenhängender Fragen der Strategie der Revolution in Westdeutschland und des Aufbaus des Sozialismus enthalten. Auf den folgenden 6 Seiten setzen wir die Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen von Zellen und Mitgliedern des KBW fort, die sich vor allem kritisch mit der durch das ZK vorgeschlagenen ,,Resolution zur Kritik von Programm und Geschichte des KBW und über die programmatischen und politischen Positionen, die der KBW jetzt für richtig hält'', auseinandersetzen. Wiedergegeben wird ferner ein alternativer Resolutionsentwurf der Zelle Solingen/Remscheid und ein Beitrag von Hans-Gerhart Schmierer, der auf einige der vorgetragenen Einwände antwortet. Die Überschriften stammen in der Regel von der Redaktion, einige Kürzungen waren aus Platzgründen notwendig.

Das ZK hat – vorbehaltlich der Beschlußfassung der Delegiertenkonferenz über ihre Geschäftsordnung – beschlossen, die Delegiertenkonferenz öffentlich durchzuführen. Vertreter sowohl der verschiedenen linken Organe wie der relevanten bürgerlichen Tageszeitungen und Agenturen wurden eingeladen, der DK beizuwohnen.

Die übernächste Ausgabe der KVZ (Nr. 47) wird als Sondernummer herausgegeben. Sie wird die von der Delegiertenkonferenz gefaßten Beschlüsse, auch einige Referate und Diskussionsbeiträge, dokumentieren. *(Red.)*

Demokratischer Kampf und soziale Interessen

Diskussionsbeitrag der Zelle Castrop-Rauxel des KBW

Diskussionsbeitrag der Zelle Castrop-Rauxel des KBW

In der Frage des Kampfes um Demokratie legt die vom ZK vorgelegte Resolution fest: ,,Der Kampf um Demokratie, d.h. um Positionen der Volksmacht, ist das entscheidende Mittel, das Hauptkettenglied des Proletariats, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen.''

Demgegenüber hält die Plattform ,,Moderne Zeiten'' fest: Der Kampf um Demokratie ist ,,nicht der Kernpunkt einer auf Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichteten Politik''. Und auf derselben Seite (S. 10): ,,Der *Inhalt* solcher die Gesellschaft spaltenden Widersprüche wird aber in parlamentarisch-republikanischen Verhältnissen im Normalfall – also wenn es nicht um Verteidigung dieses Kampffeldes selber gegen die Reaktion geht – nicht die Frage der demokratischen Form und der politischen Freiheit selber sein.''

Um das Problem zu lösen, muß man es im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Kämpfe untersuchen.

In der ZK-Resolution schließt an den oben zitierten Satz folgender Satz an: ,,In dem Maße, wie der Grad der Vergesellschaftung der Produktion zunimmt (...) wird die Richtung, die Art und Weise der Produktion, die Auswirkung der Entwicklung der Produktivkräfte auf Mensch und Natur immer häufiger zum Inhalt der Kämpfe um Demokratie.'' Hier werden zwei unterschiedliche Dinge miteinander vermischt: nämlich der Inhalt der Kämpfe um Demokratie und die Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte.

Der Inhalt der Kämpfe um Demokratie besteht immer aus politischen Rechten des Volkes, aus politischen Machtpositionen bestimmter Teile des Volkes oder der Volksmassen insgesamt. Diese Rechte und Machtpositionen sind aber immer nur politische Mittel des Volkes um seine Interessen zur Geltung zu bringen und durchzusetzen. Die Frage der Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte gehört zu diesen Interessen, ebenso wie etwa die Frage der Schulbildung, der Sozialversicherungen, die Wohnungsfrage etc., was im folgenden unter dem Begriff soziale Interessen des Volkes zusammengefaßt ist. Zwischen diesen sozialen Interessen des Volkes und den demokratischen Rechten und Machtpositionen besteht ein Zweck-Mittel-Verhältnis: Demokratische Rechte und Machtpositionen sind das politische Mittel, mit dem das Volk einen bestimmten Zweck, nämlich die Durchsetzung, die Verwirklichung seiner sozialen Interessen erzielen kann. Dieses Zweck-Mittel-Verhältnis wird in der oben zitierten Passage der ZK-Resolution verwischt, was durchaus in schlechter KBW-Tradition liegt. Entsprechend unserer Linie: die soziale Revolution kommt nach der politischen Revolution, und vorher ist es praktisch unmöglich und deshalb nicht sonderlich erstrebenswert, soziale Interessen des Volkes durchzusetzen, haben wir alle Bewegungen, die für uns interessant waren, flugs in demokratische Bewegungen umgetauft, damit sie irgendwie in unser Revolutionsschema einzuordnen waren. Wobei wir die sozialen Interessen, für die diese Bewegungen sich zusammengeschlossen hatten, (z.B. bei der Anti-AKW-Bewegung) einer generellen und ,,vernichtenden'' Kritik unterzogen und als positives für uns nur die demokratische Form dieser Bewegungen übrigblieb, was für unser Schema aber ja ausreichend war.

Die Anti-AKW-Bewegung ebenso wie die Hausbesetzer-Bewegung u.a. sind streng begrifflich keine demokratische Bewegungen, sie führen keinen demokratischen Kampf. Es sind soziale Bewegungen, die sich als Ziel zunächst die Erkämpfung bestimmter sozialer Interessen gesetzt haben, nicht aber die Erkämpfung bestimmter politischer Rechte. Natürlich benutzen diese Bewegungen demokratische Rechte. Aber die CDU hat mit ihren Coop-Schul-Volksbegehren in NRW auch ein demokratisches Mittel benutzt, ohne dadurch zur demokratischen Bewegung zu werden.

Dennoch ist etwas Besonderes an den ,,neuen'' sozialen Bewegungen, was vom KBW analytisch nicht verarbeitet worden ist.

Die Arbeiterbewegung ist auch eine soziale Bewegung; sie ist aber eine beschränkte soziale Bewegung. Beschränkt in der Hinsicht, daß ihre sozialen Forderungen als Arbeiterbewegung von der Wirkung auf sie selbst begrenzt sind. Die traditionellen sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung nach Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, mehr Urlaub, Verbesserung der Arbeitsbedingungen etc. haben nur Bedeutung für die Lohnabhängigen selbst, nicht aber für andere Teile und Klassen des Volkes, wie etwa die Bauern, die Studenten, die kleinen Selbständigen usw.

Diese Klassen haben auch wieder ihre besonderen sozialen Forderungen, z.B. haben die Studenten ihre BAföG-Forderungen, die Bauern ihre Forderungen nach höheren Erzeugerpreisen, um nur einige zu nennen.

Im Unterschied zu diesen sozialen Bewegungen vertreten die ,,neuen'' sozialen Bewegungen soziale Interessen, die über einzelne Klassen und Schichten hinaus für die Volksmassen von allgemeiner Bedeutung sind: Die Wohnungsnot betrifft nicht nur Arbeiter und Lohnabhängige; atomare Strahlen unterscheiden die Klassenzugehörigkeit nicht; die Kriegsgefahr bedroht das ganze Volk; das Problem der Schulbildung ist von allgemeinem Interesse. In all diesen Bereichen gibt es breite Massenbewegungen, die gerade deshalb so breit sind, weil die sozialen Interessen, um die es geht, von allgemeiner und nicht von klassenspezifischer Natur sind.

Es gibt andere Bereiche, in denen heute nicht in dem Maße ,,neue'' soziale Bewegungen sich entwickelt haben: die Kranken- und Rentenversicherung, die ja für Landwirte, Studenten, Selbständige geöffnet worden ist; das Kindergeld; das gesamte Steuerwesen usw.

Früher haben wir solche Forderungen im wesentlichen zum Anlaß für unsere KBW-spezifischen demokratischen Forderungen genommen, während wir die sozialen Bewegungen selbst im wesentlichen ignoriert und von der Sache her sogar bekämpft haben. Und jetzt wieder in der ZK-Resolution theoretische Verrenkungen (soziale Interessen werden ,,immer häufiger zum Inhalt der Kämpfe um Demokratie'') damit diese Bewegungen irgendwie in unser Konzept vom ,,Hauptkettenglied'' Kampf um Demokratie eingepaßt werden können.

Die Ursache liegt unserer Meinung nach daran, daß in der ZK-Resolution nur der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat entwickelt wird, nicht aber, wie sich auf Grundlage dieses Widerspruchs der Widerspruch zwischen der Bourgeoisie auf der einen und den Volksmassen auf der anderen Seite herausgebildet hat. Dieser Widerspruch entwickelte sich dadurch, daß die Bourgeoisie sich als besitzende und mehrwertsaugende Klasse nur dann als ökonomisch herrschende Klasse über die ganze Gesellschaft ausbreiten konnte, indem sie die sozialen Interessen aller Klassen und Schichten des Volkes verletzte. Die politische Unterdrückung war der Schutzmantel für diese Verletzung der sozialen Interessen, also das politische Mittel.

Weil das nicht untersucht wird und in der ZK-Resolution nicht entwickelt wird, taucht das Volk in der Resolution erst in der porletarischen Revolution auf (Punkt 13, Mitte), dann aber auch gleich als ,,aufständisches''.

Wenn aber das Volk als politischer Begriff definiert ist als die Gesamtheit aller Teile, Klassen und Schichten der Bevölkerung, deren soziale Interessen in unlösbarem Widerspruch zur sozialen Existenz der Bourgeoisie als Klasse stehen, dann wird sich dieses Volk nicht zum Aufstand gegen die Bourgeoisie zusammenschließen können, wenn es sich nicht über diesen sozialen Interessengegensatz einheitlich klargeworden ist, d.h. wenn es sich über den sozialen Zweck des Aufstandes nicht klar geworden ist.

Von daher ist heute das ,,Hauptkettenglied, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen'', die Entwicklung der sozialen Kämpfe und Bewegungen, die bewußte Vereinheitlichung über die zu erkämpfenden sozialen Interessen, vor allem der Interessen, die für die Volksmassen allgemein Bedeutung haben. Wer heute den Kampf um Demokratie zum ,,Hauptkettenglied'' erklärt, rennt praktisch offene Türen ein. Denn das Problem ist ja nicht, daß die heutigen sozialen Bewegungen an die Grenzen der vorhandenen politischen Mitteln angelangt wären. Das Problem ist doch eher, daß die heutigen sozialen Bewegungen oft noch gar nicht stark genug sind, um die vorhandenen demokratischen Machtmittel auszuschöpfen. Volksbegehren etwa oder das passive Wahlrecht werden erst in Ansätzen genutzt. Das kommt doch nicht daher, daß die Bewegungen die Demokratie oder den demokratischen Kampf ablehnen, sondern daher, daß unter den Volksmassen die Einigkeit und Klarheit über die sozialen Interessen nicht weit genug gediehen ist. Daß die Spaltung zwischen der Arbeiterbewegung und der ,,demokratischen'' Anti-AKW-Bewegung noch heute relativ stark ist, liegt doch nicht daran, daß die Arbeiterbewegung nicht für Demokratie ist, sondern daran, daß sie unter politischer Führung der Sozialdemokratie Schwierigkeiten hat, ihre spezifischen sozialen Interessen, z.B. Sicherung der Arbeitsplätze, mit den allgemeinen sozialen Interessen, die die Anti-AKW-Bewegung verficht, in Einklang zu bringen. Wenn die Gewerkschaftsbewegung bzw. ihre sozialdemokratische Führung es sich immer noch erlauben kann, gegen die Forderung der Bauern nach höheren Erzeugerpreisen und für eine höhere Besteuerung der Bauern zu Felde zu ziehen, dann ist doch die Ursache nicht mangelnder Demokratismus, sondern mangelnde Einsicht in die sozialen Beziehungen dieser Gesellschaft und die daraus resultierenden sozialen Interessen einzelner Klassen und Schichten des Volkes. Unsere Linie ,,Hauptkettenglied Kampf um Demokratie'' haben wir häufig mit folgendem Lenin-Zitat ,,untermauert'': ,,Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, daß heißt aus einen Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen.'' Für unsere Theoriebildung haben wir uns anscheinend immer nur den ersten Teil des zweiten Satzes herausgenommen, denn die ,,Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung'' werfen die Frage der politischen Macht, die Frage von Demokratie und Unterdrückung auf. Und im damaligen Rußland war das ja auch die beherrschende Frage. Die ,,Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen'' jedoch sind mit den Begriffen der politischen Demokratie nicht zu fassen, weil es sich dabei um soziale Wechselbeziehungen handelt und auch nur handeln kann: sowohl um die Entwicklung widersprüchlicher sozialer Interessen zwischen einzelnen Gesellschaftsklassen, als aber auch um die Herausbildung gemeinsamer sozialer Interessen bestimmter Gesellschaftsklassen gegenüber der herrschenden Klasse.

Und in der heutigen BRD sind nicht nur die Wechselbziehungen zwischen den Gesellschaftsklassen sozialer Natur; auch die Beziehungen zwischen den Gesellschaftsklassen und dem Staat und der Regierung sind häufig genug sozialer Natur. Man denke nur an die schon durchgeführten und noch geplanten öffentlichen Sparmaßnahmen. Da ist es für die Entwicklung des Klassenkampfes allemal entscheidender, eine einheitliche Kampffront aller Teile des Volkes gegen diese Sparmaßnahmen zu errichten (mit den heute vorhandenen ,,legalen'' demokratischen Mitteln) als z.B. die Abwählbarkeit und die Rechenschaftspflicht der Parlamentarier in den Mittelpunkt zu stellen, was ja ein demokratischer Kampf wäre. Alles in allem spricht nichts dafür, heute den Kampf um Demokratie als Hauptkettenglied zum Herankommen an Eroberung der politischen Macht zu definieren. Insofern muß man den Genossen von den ,,Modernen Zeiten'' Recht geben.

Aber die Genossen von den ,,Modernen Zeiten'' führen ihre Gedanken zum demokratischen Kampf nicht konsequent zuende. Wie oben zitiert, entwickeln sie ihre Auffassung nur für den ,,Normalfall'' in parlamentarisch-republikanischen Verhältnissen. Später, auf der Seite 17 ihrer Plattform, führen sie dann aus: ,,Aber analytisch und praktisch führt kein Weg an der politischen Grundfrage vorbei: Wer ist der Souverän? Welche Klasse oder Gruppierung? Und da heben die Theoretiker des Bürgerkrieges von Rechts (z.B. Carl Schmitt) die Auskunft schlüssig gegeben: Diese Frage kann nicht von der Normalsituation, sie muß vom Ausnahmezustand her beantwortet werden.'' Jetzt, wo es um den Ausnahmezustand, um die ,,Machtfrage'' geht, findet sich in der Plattform kein Wort mehr über den Kampf um Demokratie, obwohl doch gerade dann der Kampf um Demokratie, um die Volksmacht wirklich zum ,,Hauptkettenglied'' wird.

Dieser ,,Ausnahmezustand'' tritt von den Volksmassen aus gesehen dann ein, wenn sie sich über ihre sozialen Interessen weitgehend geeinigt haben, und wenn sie in ihren praktisch-politischen Kämpfen und durch theoretische Untersuchungen festgestellt haben, daß ihre sozialen Interessen mit den vorhandenen Mitteln, mit den existierenden demokratischen Rechten und Machtpositionen nicht durchgesetzt werden können. An der Stelle wird die Frage der Mittel zur beherrschenden Frage.

So sind beide Positionen einseitig: Die Plattform ,,Moderne Zeiten'' orientiert sich nur an den heutigen Entwicklungsbedingungen des Klassenkampfes; die ZK-Resolution orientiert sich an einer abstrakten, sich erst in Zukunft stellenden Machtfrage (und wahrscheinlich an der alten Doktrin, daß es in einer ,,Epoche'' auch nur ein ,,Hauptkettenglied'' geben dürfe). Das Mittel-Zweck-Verhältnis zwischen sozialen Interessen und dem demokratischen Kampf und die Entwicklung dieses Verhältnisses wird von beiden nicht richtig erfaßt. Das aber ist notwendig, um die jetzige und die zukünftige Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD verstehen zu können. □

Die Stellungsnahme wurde bei 3 anwesenden Mitgliedern einstimmig verabschiedet.

Generallinie und KBW-Programm. Die Kritik am Revisionismus haben wir genau von der falschen Seite aus geführt

Diskussionsbeitrag zur Debatte um Programm und Geschichte des KBW

Von G.H., Hannover

Man kann die Geschichte und die Positionen des KBW nur im internationalen Zusammenhang begreifen. Die kommunistischen Zirkel und der KBW sind in einer bestimmten internationalen Lage, in einer bestimmten Entwicklungsphase der Kämpfe der unterdrückten Völker und der internationalen Arbeiterbewegung entstanden. Sie sind im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung enstanden.

Eine entscheidende Rolle spielte der Vietnamkrieg. Der Kampf richtete sich hauptsächlich gegen den US-Imperialismus, unterstützt wurde der nationale Befreiungskampf eines Volkes der 3. Welt. Der Befreiungskampf der Völker der 3. Welt wurde damals der Hauptfaktor des Fortschritts in der Welt. Ohne diesen Kampf wäre der Widerspruch zwischen dem Block der USA und dem der Sowjetunion die Hauptsache geblieben. Für die europäischen Völker gab es in diesem Widerspruch weder auf der einen noch auf der anderen Seite eine Entwicklungsperspektive. Daran ist die Friedensbewegung der 50er Jahre gescheitert. Ohne diese neue Lage durch den Befreiungskampf der Völker der 3. Welt hätten sich die Kämpfe um Notstandsgesetze, Springer-Presse und auch wirtschaftliche Kämpfe wie die September-Streiks gar nicht so entfalten können.

Was die Positionen der Revolutionäre betrifft, die in den Bewegungen der 60er Jahre entstanden, so waren sie entscheidend geprägt
- durch vorbehaltlose Unterstützung der Völker der 3. Welt. Ihrem Befreiungskampf wurde Bedeutung für die Befreiung der Zentren des Imperialismus beigemessen (schafft viele Vietnams, die Metropolen von den Ländern der 3. Welt aus einkreisen);
- durch die Bekämpfung der USA als Hauptfeind der Menschheit, und zugleich die Ablehnung der SU;
- durch Neubeginn des Studiums des Marxismus, und zwar zunächst durchaus nicht des „Marxismus-Leninismus"-Verschnitts, sondern Studium von Marx, gerade auch des „frühen" Marx. Entlarvung der bestehenden Ge-

sache geblieben. Für die europäischen Völker gab es in diesem Widerspruch weder auf der einen noch auf der anderen Seite eine Entwicklungsperspektive. Daran ist die Friedensbewegung der 50er Jahre gescheitert. Ohne diese neue Lage durch den Befreiungskampf der Völker der 3. Welt hätten sich die Kämpfe um Notstandsgesetze, Springer-Presse und auch wirtschaftliche Kämpfe wie die September-Streiks gar nicht so entfalten können.

Was die Positionen der Revolutionäre betrifft, die in den Bewegungen der 60er Jahre entstanden, so waren sie entscheidend geprägt
- durch vorbehaltlose Unterstützung der Völker der 3. Welt. Ihrem Befreiungskampf wurde Bedeutung für die Befreiung der Zentren des Imperialismus beigemessen (schafft viele Vietnams, die Metropolen von den Ländern der 3. Welt aus einkreisen);
- durch die Bekämpfung der USA als Hauptfeind der Menschheit, und zugleich die Ablehnung der SU;
- durch Neubeginn des Studiums des Marxismus, und zwar zunächst durchaus nicht des „Marxismus-Leninismus"-Verschnitts, sondern Studium von Marx, gerade auch des „frühen" Marx. Entlarvung der bestehenden Ge-

sellschaft als Klassengesellschaft, Ablehnung der reformistischen Klassenzusammenarbeit und Zielsetzung der klassenlosen Gesellschaft;
- durch Kampf um andere Lebensformen, andere Studieninhalte an den Hochschulen und damit verbunden Kampf gegen die Unterdrückung durch Presse, Große Koalition, Ordinarien etc.

Diejenigen Revolutionäre, die dann kommunistische Zirkel aufbauten, waren nur ein Teil der Revolutionäre. Dieser Teil betonte, daß die Arbeiterklasse das „revolutionäre Subjekt" ist, daß die Arbeiterklasse ohne Kommunistische Partei nicht die Revolution machen könne, und betrachtete die VR China und die KP Chinas als die Kraft in der internationalen Lage, die die entscheidenden Fragen des Sozialismus und der Strategie zum Sieg des Sozialismus richtig beantwortet hatte. In der demokratischen Bewegung der 60er Jahre hatte die chinesische Position deshalb großes Ansehen, weil sie die Bedeutung der 3. Welt betonte und die SU ablehnte. Die Kulturrevolution schien eine Antwort auf das Problem der Entartung der Sowjetunion zu sein. Und die Ablehnung des „friedlichen Übergangs" und des „parlamentarischen Wegs" der modernen Revisionisten schien den Erfahrungen der Bewegungen, die rein außerparlamentarisch waren, zu entsprechen. Die kommunistischen Zirkel übernahmen die Positionen der KP Chinas zum Sozialismus, zur Partei, zur 3. Welt, zur Strategie der Machteroberung praktisch als Programm, wenn auch nicht dem Wortlaut nach und auch nur schrittweise, aber der Richtung nach.

Man darf die Wurzeln des KBW nicht nur in der Bewegung der 60er Jahre in der BRD sehen. Man darf den Grundfehler des KBW nicht auf die Frage der Partei beschränken. In Wirklichkeit sind wir einer bestimmten Richtung in der internationalen Arbeiterbewegung gefolgt, die sowohl einen bestimmten Begriff von kommunistischer Partei, als auch bestimmte Vorstellungen vom Sozialismus und der Strategie dorthin hatte.

Aus heutiger Sicht müssen wir meiner Meinung nach eingestehen, daß wir mit allen diesen Positionen, mit der Richtung, im wesentlichen nicht richtig gelegen haben. Die falsche Vorstellung über die kommunistische Organisation als „Partei der Arbeiterklasse" ist erkannt. Man kann auch nicht sagen, daß wir den Sozialismus/Kommunismus richtig gegen andere Vorstellungen abgegrenzt hätten, wenn wir bedenken, daß der Angelpunkt für uns die Kulturrevolution war, um die Entartung des Sozialismus zu verhindern. Im Bereich der Strategie ist der KBW durch Kritik des imperialistischen Ökonomismus und Aufstellung der demokratischen Forderungen über die Polemik zur Generallinie hinausgegangen, die nur Kämpfe zu Verteidigung demokratischer Rechte kennt. Aber haben wir den Zwiespalt zwischen Abwehrkämpfen und revolutionärem Akt in der Strategie dadurch überwunden? Was bleibt, ist die korrekte Position zur Unterstützung der 3. Welt und die Bekämpfung des Sozialimperialismus, und dies ist nicht wenig. Es ist auch ein wesentlicher Grund, warum wir die Gesamtkonzeption der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung unterstützten.

Dies Problem unserer Generallinie hat die Genossin M. auf der V. Delegiertenkonferenz des KBW angesprochen im Punkt der Kulturrevolution. Es ist damals darauf geantwortet worden, man dürfe die chinesischen Genossen nicht für unsere Fehler verantwortlich machen (Genosse Plümer). Als ob es darum ginge! Als ob unsere

daß wir den Sozialismus/Kommunismus richtig gegen andere Vorstellungen abgegrenzt hätten, wenn wir bedenken, daß der Angelpunkt für uns die Kulturrevolution war, um die Entartung des Sozialismus zu verhindern. Im Bereich der Strategie ist der KBW durch Kritik des imperialistischen Ökonomismus und Aufstellung der demokratischen Forderungen über die Polemik zur Generallinie hinausgegangen, die nur Kämpfe zu Verteidigung demokratischer Rechte kennt. Aber haben wir den Zwiespalt zwischen Abwehrkämpfen und revolutionärem Akt in der Strategie dadurch überwunden? Was bleibt, ist die korrekte Position zur Unterstützung der 3. Welt und die Bekämpfung des Sozialimperialismus, und dies ist nicht wenig. Es ist auch ein wesentlicher Grund, warum wir die Gesamtkonzeption der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung unterstützten.

Dies Problem unserer Generallinie hat die Genossin M. auf der V. Delegiertenkonferenz des KBW angesprochen im Punkt der Kulturrevolution. Es ist damals darauf geantwortet worden, man dürfe die chinesischen Genossen nicht für unsere Fehler verantwortlich machen (Genosse Plümer). Als ob es darum ginge! Als ob unsere

Verantwortung geringer würde, wenn wir erkennen, daß es sich um eine bestimmte internationale Linie unter den Revolutionären handelt!

Eine Kritik dieser Generallinie, die in der „Polemik über die Generallinie" ihren konzentrierten Ausdruck findet, ist dringend erforderlich.

Die „Polemik über die Generallinie"

Die „Polemik" umfaßt eine Reihe von Briefen, die das ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU schrieb, sowie Kommentare in den Zentralorganen der KP Chinas aus den 60er Jahren. Eckpunkte dieser Polemik sind:
- die „Stalinfrage". Stalin wird im wesentlichen gegen die Kritik Chruschtschows verteidigt;
- die Kritik Jugoslawiens als Land auf dem kapitalistischen Weg;
- die Kritik der sowjetischen Theorie des „Staats des ganzen Volkes" und Entwicklung der Theorie des Fortbestands der Klassen in der ganzen Übergangsperiode zum Kommunismus, und demzufolge des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats;
- Kritik der SU-Theorie von der „Partei des ganzen Volkes";
- Kritik des „Gulaschkommunismus" Chruschtschows;
- Kritik der Theorie, daß die friedliche Koexistenz Hauptseite der Außenpolitik des Sozialismus ist; Kritik der Zusammenarbeit SU-USA auf Kosten der Völker der 3. Welt. Der proletarische Internationalismus soll Hauptseite der Außenpolitik sein;
- Kritik des „parlamentarischen Wegs" und des „friedlichen Übergangs" als unmögliche Wege zum Sozialismus.

Mir ist nicht an jedem Punkt klar, was falsch und richtig ist. Aber folgende Punkte scheinen mir klar zu sein:
a) In der Polemik wird Stalin gegen Chruschtschow verteidigt, indem zustimmend eine Erklärung der KP Chinas von 1956 zitiert wird: „Nach dem Tode Lenins wandte Stalin als Hauptführer der Partei und des Staates den Marxismus-Leninsimus schöpferisch an und entwickelte ihn. Im Kampf für die Verteidigung des Leninschen Erbes gegen die Feinde des Leninismus, die Trotzkisten, die Sinowjewleute und andere Agenten der Bourgeoisie brachte er den Willen des Volkes zum Ausdruck und war ein hervorragender Streiter für den Marxismus-Leninismus. Wenn Stalin die Unterstützung des Sowjetvolkes gewonnen und eine große Rolle in der Geschichte gespielt hat, so vor allem deswegen, weil er zusammen mit den anderen Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Leninsche Linie der Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung der Landwirtschaft verteidigte. Die Einhaltung dieser Linie durch die KPdSU führte dazu, daß in der Sowjetunion die sozialistische Ordnung siegte, schuf die Voraussetzung für den Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen Hitler ..." (Polemik ..., Oberbaum Berlin, 1970, S. 68/69)

So haben wir das auch gesehen, und wie die chinesischen Genossen die Entartung der Sowjetunion mit dem XX. Parteitag angesetzt. Aus heutiger Sicht ist die sog. „Leninsche Linie der Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung der Landwirtschaft" (gemeint sind gar nicht Lenins Auffassungen, sondern Stalins Kurs ab 1928) gerade eine falsche Antwort auf die Probleme der Sowjetunion gewesen. Notwendig wäre eine viel weitergehende Kritik an Stalin gewesen, als Chruschtschow sie geübt hat. Durch Übernahme der Verteidigung der Stalinschen Politik haben wir in der Frage des Sozialismus eine ganze Reihe von

mus. Wenn Stalin die Unterstützung des Sowjetvolkes gewonnen und eine große Rolle in der Geschichte gespielt hat, so vor allem deswegen, weil er zusammen mit den anderen Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Leninsche Linie der Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung der Landwirtschaft verteidigte. Die Einhaltung dieser Linie durch die KPdSU führte dazu, daß in der Sowjetunion die sozialistische Ordnung siegte, schuf die Voraussetzung für den Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen Hitler ..." (Polemik ..., Oberbaum Berlin, 1970, S. 68/69)

So haben wir das auch gesehen, und wie die chinesischen Genossen die Entartung der Sowjetunion mit dem XX. Parteitag angesetzt. Aus heutiger Sicht ist die sog. „Leninsche Linie der Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung der Landwirtschaft" (gemeint sind gar nicht Lenins Auffassungen, sondern Stalins Kurs ab 1928) gerade eine falsche Antwort auf die Probleme der Sowjetunion gewesen. Notwendig wäre eine viel weitergehende Kritik an Stalin gewesen, als Chruschtschow sie geübt hat. Durch Übernahme der Verteidigung der Stalinschen Politik haben wir in der Frage des Sozialismus eine ganze Reihe von

Gemeinsamkeiten mit dem Sozialimperialismus mit uns herumgeschleppt.
b) Die Kritik Jugoslawiens wird vom Standpunkt eines despotischen Sozialismus, der alle gesellschaftlichen Angelegenheiten in Staatshand zentralisiert, geübt:
„In den Betrieben unter ‚Arbeiterselbstverwaltung' sind laut Tito-Clique die Eigentumsverhältnisse eine ‚höhere Form des sozialistischen Eigentums'. Ihren Behauptungen nach kann nur mit Hilfe der ‚Arbeiterselbstverwaltung' der wahre Sozialismus aufgebaut werden.

Das alles ist nichts als lügnerisches Geschwätz. Theoretisch betrachtet, weiß jeder, der etwas vom Marxismus versteht, daß Losungen wie die sogenannte ‚Arbeiterselbstverwaltung' und ‚Die Fabriken den Arbeitern' niemals marxistische Losungen waren, sondern von Anarchosyndikalisten, bürgerlichen Sozialisten, von Opportunisten und Revisionisten alten Schlages aufgestellt wurden. Die ‚Theorie' von der sogenannten ‚Selbstverwaltung der Arbeiter' und das Schlagwort ‚Die Fabriken den Arbeitern' sind das gerade Gegenteil der marxisitischen Grundprinzipien des Sozialismus. ‚Theorien' solcher Art wurden schon längst von den Klassikern des Marxismus restlos widerlegt. Marx und Engels wiesen im ‚Kommunistischen Manifest' darauf hin: ‚Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats ... zu zentralisieren ...' Engels schrieb im ‚Anti-Dühring': ‚Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.' " (ebd., S. 175)

Heute unterstützen wir in Polen Forderungen nach Arbeiterselbstverwaltung. Heute wissen wir, daß die Übernahme der Produktionsmittel in Staatshand nicht identisch ist mit ihrer wirklichen Aneignung durch die Arbeiterklasse. Das Verhältnis zwischen proletarischer Staatsmacht und Organisierung der Produktion ist meiner Meinung nach bei uns nicht klar. Es ist aber ein Hauptproblem. Die „Polemik" sitzt hier meiner Meinung nach in einem Boot mit den Sozialimperialisten, indem sie der Staatsmacht die Aufgabe der *Vergesellschaftung* der Produktion zuschreibt, und nicht bloß ihre Besitzergreifung im Namen der Gesellschaft. Unsere Kritiken an der Sowjetunion gingen auch in die Richtung, daß sie „das Primat der Politik" aufgegeben hätte, die einzelnen Betriebe zu viel Autonomie hätten etc. Das geht meiner Meinung nach genau in die falsche Richtung. Über die Landwirtschaftsprobleme in der Sowjetunion wurde inzwischen in Kommunismus und Klassenkampf schon der Standpunkt vertreten, daß ein größerer Freiraum für die ländlichen Produzenten und Entfaltung des Genossenschaftswesens eine wirkliche Vergesellschaftung ermöglicht hatten. Müssen wir nicht unser Verhältnis zur Arbeiterselbstverwaltung, aber auch zur Genossenschaftsfrage in der Industrie theoretisch neu überdenken?
c) Die Theorie des Fortbestandes der Klassen und des Klassenkampfes im Sozialismus trennt die Frage der Klassen von den Produktionsverhältnissen. Für die Kritik der Sowjetunion liefert sie eine Scheinlösung, und dient in der Kulturrevolution dann ihrerseits zur Entartung der Staatsmacht.
„Es ist ganz klar, daß mit der historischen Periode, in welcher der Staat der proletarischen Diktatur besteht, sowohl Marx als auch Lenin nicht, wie die Chruschtschow-Clique behauptet, lediglich den Übergang vom Kapitalismus zur ersten Phase des Kommunismus meinten, sondern vielmehr die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum ‚vollständigen Kommunismus', die Übergangsperiode, in der alle Klassenunterschiede beseitigt werden und eine ‚klassenlose Gesellschaft' verwirklicht wird, also bis zur höheren Phase des Kommunismus." (ebd., S. 498)

„In allen sozialistischen Ländern ohne Ausnahme gibt es Klassen und Klassenkampf, Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus, ist noch die sozialistische Revolution zu vollenden und eine Restauration des Kapitalismus zu verhüten. Alle sozialistischen Länder sind

nossenschaftsfrage in der Industrie theoretisch neu überdenken?
c) Die Theorie des Fortbestandes der Klassen und des Klassenkampfes im Sozialismus trennt die Frage der Klassen von den Produktionsverhältnissen. Für die Kritik der Sowjetunion liefert sie eine Scheinlösung, und dient in der Kulturrevolution dann ihrerseits zur Entartung der Staatsmacht.
„Es ist ganz klar, daß mit der historischen Periode, in welcher der Staat der proletarischen Diktatur besteht, sowohl Marx als auch Lenin nicht, wie die Chruschtschow-Clique behauptet, lediglich den Übergang vom Kapitalismus zur ersten Phase des Kommunismus meinten, sondern vielmehr die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum ‚vollständigen Kommunismus', die Übergangsperiode, in der alle Klassenunterschiede beseitigt werden und eine ‚klassenlose Gesellschaft' verwirklicht wird, also bis zur höheren Phase des Kommunismus." (ebd., S. 498)

„In allen sozialistischen Ländern ohne Ausnahme gibt es Klassen und Klassenkampf, Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem des Kapitalismus, ist noch die sozialistische Revolution zu vollenden und eine Restauration des Kapitalismus zu verhüten. Alle sozialistischen Länder sind

noch sehr weit entfernt von der Beseitigung der Unterschiede zwischen Volks- und Kollektiveigentum, zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, von der Aufhebung der Klassen und Klassenunterschiede, von der kommunistischen Gesellschaft, in der das Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" verwirklicht ist. Deshalb müssen alle sozialistischen Staaten an der Diktatur des Proletariats festhalten." (ebd., S. 476)

Die bürgerliche Klasse in der Sowjetunion wird mit Beispielen des Betrugs und der Bereicherung von Funktionären der einzelnen Betriebe nachzuweisen versucht. Die chinesischen Genossen gehen (wie die Zitate oben zeigen) von sozialistischen Produktionsverhältnissen in der Sowjetunion aus und versuchen auf dieser Grundlage (die sie mit den Sozialimperialisten teilen) den Beweis der Restauration des Kapitalismus. Dazu setzen sie die Widersprüche zwischen Hand- und Kopfarbeit, Stadt und Land etc. mit Klassenwidersprüchen gleich, ebenso die Existenz von Kollektiveigentum als mögliche Ursache von neuer Klassenherrschaft. Dazu dehnen sie die Diktatur des Proletariats auf alle diese Probleme aus und damit auf die erste Phase des Kommunismus. Demgegenüber hat Marx in der Kritik des Gothaer Programms das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung", das im Sozialismus herrscht, als ungleiches Recht für ungleiche Arbeit charakterisiert, das aber keinen Klassencharakter habe: „Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere ..." (MEW Bd. II, S. 16) In der Konsequenz führt diese Theorie zu verstärkter Unterdrückungstätigkeit des Staates in der Übergangsperiode. Chruschtschow haben wir den „Liberalismus" der Wirtschaftsreformen vorgeworfen. Und die Kulturrevolution hat die Staatsmacht zentralisiert und gesetzliche Schranken eingerissen.
d) Kritik am „Gulaschkommunismus Chruschtschows" (ebd., S. 511 f.). In dieser Kritik wird die Hebung des Lebensstandards der Entwicklung kommunistischen Bewußtseins gegenübergestellt. Am sowjetischen Sozialimperialismus wird nicht kritisiert, daß er Akkumulation und Aufrüstung auf Kosten der Landwirtschaft und des Lebensniveaus der Volksmassen betreibt, sondern umgekehrt, daß er das Lebensniveau zu sehr betont.

Diese 4 Punkte sind nicht nur Punkte, die um eine Einschätzung eines Landes oder einer Person gehen (Jugoslawien, Stalin), sondern in denen prinzipielle Fragen des Sozialismus und Kommunismus falsch beantwortet werden. Diese Punkte haben unsere Auffassungen vom Sozialismus und Kommunismus wesentlich geprägt. Man kann nicht sagen, daß wir den Kommunismus richtig abgegrenzt hatten. Dabei ist das in der heutigen Lage nach Entartung der Sowjetunion elementar.

Weitere Punkte in Kürze:
e) Die Strategie zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wurde durch eine abstrakte Kritik am „parlamentarischen Weg" und am „friedlichen Übergang" gefesselt:
„Die Bourgeoisie kann auch einer Arbeiterpartei erlauben, eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen und auch eine Regierung zu bilden, wenn diese Partei zu einer Hofpartei der Bourgeoisie degeneriert ist. Das ist z.B. bei den sozialdemokratischen Parteien in manchen Ländern der Fall, die Parteien vom bürgerlichen Typ sind. Dadurch wird jedoch nur die Diktatur der Bourgeoisie aufrechterhalten und gefestigt; die Stellung des Proletariats als einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse wird aber nicht im geringsten verändert und kann dadurch auch nicht verändert werden." (ebd., S. 436)

Damit wurde die Ausnutzung des allgemeinen Stimmrechts durch die Arbeiterklasse für unmöglich und unsinnig erklärt, und einer Politik der Regierungsbeteiligung durch Arbeiterparteien sogar systemstabilisierende Funktion gegeben.

„Die Marxisten-Leninisten sind seit jeher der Ansicht, daß eine proletarische Partei unter bestimmten Voraussetzungen am parlamentarischen Kampf teilnehmen und die Parla-

Kapitalismus zum Sozialismus wurde durch eine abstrakte Kritik am „parlamentarischen Weg" und am „friedlichen Übergang" gefesselt:
„Die Bourgeoisie kann auch einer Arbeiterpartei erlauben, eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen und auch eine Regierung zu bilden, wenn diese Partei zu einer Hofpartei der Bourgeoisie degeneriert ist. Das ist z.B. bei den sozialdemokratischen Parteien in manchen Ländern der Fall, die Parteien vom bürgerlichen Typ sind. Dadurch wird jedoch nur die Diktatur der Bourgeoisie aufrechterhalten und gefestigt; die Stellung des Proletariats als einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse wird aber nicht im geringsten verändert und kann dadurch auch nicht verändert werden." (ebd., S. 436)

Damit wurde die Ausnutzung des allgemeinen Stimmrechts durch die Arbeiterklasse für unmöglich und unsinnig erklärt, und einer Politik der Regierungsbeteiligung durch Arbeiterparteien sogar systemstabilisierende Funktion gegeben.

„Die Marxisten-Leninisten sind seit jeher der Ansicht, daß eine proletarische Partei unter bestimmten Voraussetzungen am parlamentarischen Kampf teilnehmen und die Parla-

mentstribüne ausnutzen soll, um das reaktionäre Wesen der Bourgeoisie zu entlarven, die Volksmassen zu erziehen und die revolutionären Kräfte zu sammeln." (ebd., S. 436)

Daß die Kommunisten im Parlament praktische Politik zur Verbesserung der Lage und der Kampfbedingungen machen, und es nicht nur als Schwatzbude behandeln, wurde damit ausgeschlossen.

„In der gegenwärtigen Situation der internationalen kommunistischen Bewegung ist es, von taktischen Gesichtspunkten ausgehend, vorteilhaft, den Wunsch nach dem friedlichen Übergang zu erwähnen. Aber es wäre nicht angebracht, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zu sehr zu betonen." „Man muß stets bereit sein, plötzlichen konterrevolutionären Überfällen Widerstand zu leisten und im kritischen Augenblick der Revolution, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht an sich reißt, die Bourgeoisie mit Waffengewalt niederzuschlagen, wenn diese versucht, die Volksrevolution mit Waffengewalt zu ersticken, was – allgemein gesagt – unvermeidlich ist." (ebd. S. 83)

Der Wunsch nach einem friedlichen Übergang ist keine taktische Frage der Kommunisten, sondern eine Frage ihrer Strategie. Ihre Strategie richtet sich daraufhin, in Vorbereitung der Revolution bzw. im revolutionären Prozeß die Machtpositionen der Volksmassen zu entwickeln, und der Bourgeoisie

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung: ,,Generallinie ... "

den Einsatz ihrer bewaffneten Organe unmöglich zu machen. Eine solche Lage kann man auch für die entwickelten kapitalistischen Länder nicht strategisch ausschließen, sondern muß sie als erstrebenswert betonen. Die Entwaffnung des Proletariats durch die Revisionisten liegt nicht im Wunsch nach friedlichem Übergang, sondern im Verzicht auf grundlegende demokratische Umgestaltungen.

Dies sind einige Punkte aus der Generallinie. Es ist nicht die gesamte Generallinie und auch kein abschließendes Urteil über die Generallinie. Mir genügt an dieser Stelle, daß an entscheidenden Stellen die Kritik am Revisionismus genau von der falschen Seite geübt wird. Insofern die ML-Bewegung diese Positionen übernahm, fiel sie noch hinter entsprechende Positionen der Revisionisten zurück. Mir scheint das der Grund zu sein, warum die ML-Organisationen nirgendwo die revisionistischen Parteien an Einfluß schlagen konnten, obwohl die Revisionisten doch für den Sozialimperialismus Reklame machten.

Wird bestritten, daß die Positionen Einfluß auf Politik und Programmatik des KBW hatten? Haben wir sie nicht übernommen? Meiner Meinung gilt das für die Fragen des Sozialismus und die Parteitheorie unbedingt. Für die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus haben wir ein Stück weit den imperialistischen Ökonomismus mit unseren demokratischen Forderungen aufgerissen, aber aus dem Zwiespalt zwischen Abwehrkämpfen und Revolutionsakt sind wir dennoch nicht herausgekommen.

Aber wie haben diese Positionen bei uns Eingang gefunden? Es ist bedeutungsvolles Geraune, wenn dafür die Übernahme der Parteitheorie verantwortlich sein soll. Wieso haben wir die Parteitheorie übernommen? Wieso folgt aus der Parteitheorie eine bestimmte Position zum Sozialismus? Meiner Meinung nach liegt es anders: wir haben falsche Positionen der III. Internationalen übernommen, weil sie (in Gestalt der Auseinandersetzung um die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung) als Kritik am Sozialimperialismus und als vorbehaltlose Unterstützung der unterdrückten Völker auftraten. Falsches war mit richtigem verbunden.

Zur ,,Diktatur des Proletariats"

Der Begriff der Diktatur des Proletariats erhält seine Bedeutung im Zusammenhang mit der Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten und der Enteignung der Bourgeoisie. In diesem Sinn verstehe ich die welthistorische Bedeutung, die ihr Marx gab: ,,Was mich betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz

sen. Im Weltmaßstab erkennen wir das hinsichtlich der unterdrückten Nationen ja schon seit längerem an. Falsch erscheint mir also auf jeden Fall, die Diktatur des Proletariats als Hebel all dieser Befreiungsaufgaben zu betrachten. Offenbar ist die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft doch so weit, daß eine ganze Reihe von Befreiungsaufgaben gleichzeitig angepackt werden müssen. Spricht das nicht dafür, daß die Staatsmacht in der Übergangsperiode zum Sozialismus von einem Bündnis der Proletarier mit allen anderen geknechteten Menschen getragen werden kann und getragen werden muß? Die Diktatur des Proletariats wäre dann nur eine Seite der Staatsmacht der Übergangsperiode (und dabei sollten wir dann auch ausdrücklich positiv sagen, daß wir unter Diktatur Rechtsstaatlichkeit, umfassende Demokratie, Mehrparteiensystem, unabhängige Gewerkschaften etc. verstehen und nicht irgendeinen politischen Despotismus.) Ganz falsch wäre meiner Meinung nach, wenn man ein Etappenmodell entwerfen würde, nach dem es erst um die Aneignung der Produktionsmittel ginge, und danach erst mit der Überwindung der Knechtschaft in jeder Gestalt begonnen werden könnte.

Das entscheidende Kettenglied zum Sieg des Sozialismus

Ich halte den Satz in der Resolution ,,Der Kampf um Demokratie, d.h. um Positionen der Volksmacht, ist das entscheidende Mittel, das Hauptkettenglied des Proletariats, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen." (S. 26) für falsch. Damit wird der Inhalt, der Zweck, die Richtung des Klassenkampfes zum bloßen ,,Stoff" des Kampfes heruntergebracht. Damit wird der soziale Zweck faktisch doch wieder zum Brennholz des Kampfes um die politische Form. Der Zweck bestimmt die Mittel. Wie kann dann das Mittel zum Hauptkettenglied werden, von dem alle anderen Kettenglieder abhängen? Ich meine, in dieser Position sind zwei Fehler enthalten, die wir überwinden müssen:

a) die Auffassung, daß es ökonomisch keine Zwischenstufen zwischen dem Kampf zur Verteidigung des Werts der Ware Arbeitskraft und der Aneignung der wesentlichen Produktionsmittel gibt;

b) die Auffassung, daß es politisch keine Zwischenstufen zwischen individuellen demokratischen Rechten und der Rätemacht gibt, sondern höchstens Bewußtseinsstufen des Proletariats.

Zu a) halte ich es für nützlich, sich noch einmal eine Stelle im ,,Kapital" vor Augen zu führen. Im Kapitel über ,,Gesundheits- und Erziehungsklauseln" schildert Marx den Widerspruch zwischen Knechtung als Teilarbeiter

haben wir bei Aufstellung von Forderungen immer darauf bestanden, daß sie ökonomisch mit der kapitalistischen Produktionsweise vereinbar sein müssen (vgl. NRF 1 – 2/73). Richtig wäre es stattdessen gewesen, wenn wir herausgearbeitet hätten, daß jeder dieser Schritt zu einer anderen Ökonomie nur durch politische Kraftentfaltung des Proletariats zustande kommen kann.

Dies ist ein wichtiger Unterschied zu der Art und Weise, wie die Bourgeoisie in der Geschichte zur Herrschaft kommt. Sie konnte ökonomisch zur Herrschaft kommen, ohne vorher die politische Macht zu erobern. Ihre jeweilige politische Macht beruhte auf ihrer schon erreichten ökonomischen Stellung als besitzende Klasse. Die Arbeiterklasse besitzt nicht nur ihre Arbeitskraft und kann nicht aufgrund der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der bestehenden Gesellschaft Produktionsmittel akkumulieren etc. Das Proletariat kann dies nur vermittels despotischer Eingriffe in die bürgerliche Produktionsweise und das bürgerliche Eigentum. Ein solcher Eingriff ist die Arbeitsschutzgesetzgebung, die Arbeitszeitverkürzung, das allgemeine Bildungswesen, oder auch die Verhinderung eines AKW-Baus. Es ist jeweils ein Eingriff auf Grund der politischen Kraft des Proletariats.

Wie soll man nun die Grenze ziehen, wo das Proletariat noch ohne Revolution in die Produktion eingreifen kann, und wo nicht? Ist so eine Grenzziehung nicht sinnlos? Man will die Notwendigkeit der Revolution begründen und begründet hintenherum immer die Unmöglichkeit der Revolution, weil die Zwischenschritte zur Revolution für unmöglich erklärt werden. Die Frage, welcher ökonomische Schritt die Frage der gesamten politischen Macht aufwirft, ist nur konkret historisch zu entscheiden. Es kann schon die Forderung nach Brot in einer bestimmten Situation die Machtfrage aufwerfen. Es kann aber auch zu weitreichenden sozialen Errungenschaften kommen, ohne daß die Machtfrage insgesamt aufgeworfen wäre. Der Umschlagspunkt ist dann, wenn das Proletariat nicht mehr so will wie bisher und die Bourgeoisie nicht mehr so kann wie bisher.

Aber gibt es denn politisch Zwischenstufen zwischen individuellen Rechten und der ganzen Macht? (Zwischenstufen soll man hier nicht als Etappen oder sowas verstehen, besser als Schritte). Die ökonomischen Schritte hängen ja jeweils von einer bestimmten politischen Kraftentfaltung ab. Die Erkämpfung des 8-Stundentages beruhte z.B. auf solchen politischen Mitteln wie Streikrecht, Organisationsfreiheit, Gewerkschaftsrechte, Pressefreiheit, allgemeines Wahlrecht. Natürlich gibt es solche Zwischenstufen/Schritte. Diese Erkenntnis durchzusetzen, war ja der Inhalt unserer Auseinandersetzung mit den imperialistischen Ökonomisten. Und soweit war das nicht falsch. Falsch war, diese politischen Zwischenschritte in den Rang des ,,Hauptkettenglieds" zum Herankommen an die Revolution zu erheben. Falsch war auch nicht, daß wir den bürgerlichen Staat als Unterdrückungsmaschine gekennzeichnet haben. Man muß sich davor hüten, ökonomische wie politische Schritte des Proletariats auf dem Weg zur Revolution damit zu begründen, daß man den Kapitalismus oder den bürgerlichen Staat verharmlost. Man muß offen den ,,diametralen Widerspruch" (s.o.) dieser Schritte zum Kapitalismus und zum Staat klarmachen.

Entscheidendes Kettenglied ist nicht der Kampf um Demokratie, sondern der Kampf um Schritte zur Befreiung der Produktivkräfte und Aneignung der Produktionsmittel. Davon hängen die politischen Mittel ab. Dazu brauchen wir konkrete Untersuchungen und konkrete Programme.

Ich halte es für falsch, solch ein Programm jetzt schon auf den Punkt der ,,Linksregierung" zuzuspitzen. Damit gehen wir schon wieder auf die Form, ohne den Inhalt näher umrissen zu haben. Eine Linksregierung ist doch eine politische Form unter anderen, in denen das Proletariat und die anderen unterdrückten Menschen ihre Ziele durchsetzen. Sie ist sicher in Westdeutschland nicht die nächstliegende. Ich sehe die Gefahr, daß wir nach unserem ,,ständigen demokratischen Kampf" jetzt schon wieder mit einer Marotte, zu der die ,,Linksregierung" unter diesen Umständen wird, herumlaufen. □

Wegkommen vom Umsturzdenken. Wir beginnen erst, was andere bereits seit längerem versuchen

Antrag der Zelle Solingen / Remscheid zur Geschichte und den Aufgaben des KBW

0 Wenn der KBW heute in einer Resolution zur Geschichte, Theorie und Politik des KBW Stellung nimmt, sowie einige Aufgaben benennt, an welchen die im KBW zusammengeschlossenen Kommunisten arbeiten wollen, so ist es zuerst nötig klarzumachen, daß wir uns in der Entfaltung der Kritik wie auch in der Erarbeitung neuer Standpunkte erst am Anfang befinden. Entsprechend vorläufig muß die Darstellung der Kritik und die Vorstellung möglicher Standpunkte gesehen werden. Diese Resolution kann nicht mehr, als den augenblicklichen Stand unserer Überlegungen zusammenfassen.

Die Grenzen dieser Massenbewegung und die Grenzen sozialdemokratischer Gewerkschafts- und Regierungspolitik aber wurden einer Neuen Linken bewußt, und diese Grenzen wollte sie überwinden.

Auf die Massenbewegung selber folgte die Phase des Abschwungs der Bewegung. Rückwirkend kann man sagen, daß diejenigen Kräfte in der Neuen Linken, die in dieser Massenbewegung zu der Notwendigkeit des Kampfes für den Kommunismus fanden, in dieser Situation nicht in der Lage waren, die wirklichen Verhältnisse und den Verlauf der Bewegung zu erklären und eine konkrete Perspektive für die

der RGO-Politik seinen Ausdruck fand. Gerade dieses kritische Element gegenüber der Politik der III. Internationale in der Theorie des KBW mag dazu beigetragen haben, daß er anfänglich in der Lage war, zentralisierend unter Teilen der westdeutschen Kommunisten zu wirken. Wenn der KBW RGO-Politik und Sozialfaschismusthese kritisierte, so sprach er jedoch nur Sachen aus, die in der Neuen Linken kaum umstritten waren. Es sei denn bei anderen ,,ML"-Organisationen. So ist es kein Wunder, daß die Phase einer relativen Anziehungskraft des KBW in der kommunistischen Bewegung schnell endete und einer stetigen Abwärtsentwicklung Platz machte.

Stück weit den imperialistischen Ökonomismus mit unseren demokratischen Forderungen aufgerissen, aber aus dem Zwiespalt zwischen Abwehrkämpfen und Revolutionsakt sind wir dennoch nicht herausgekommen.

Aber wie haben diese Positionen bei uns Eingang gefunden? Es ist bedeutungsvolles Geraune, wenn dafür die Übernahme der Parteitheorie verantwortlich sein soll. Wieso haben wir die Parteitheorie übernommen? Wieso folgt aus der Parteitheorie eine bestimmte Position zum Sozialismus? Meiner Meinung nach liegt es anders: wir haben falsche Positionen der III. Internationalen übernommen, weil sie (in Gestalt der Auseinandersetzung um die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung) als Kritik am Sozialimperialismus und als vorbehaltlose Unterstützung der unterdrückten Völker auftraten. Falsches war mit richtigem verbunden.

Zur ,,Diktatur des Proletariats"

Der Begriff der Diktatur des Proletariats erhält seine Bedeutung im Zusammenhang mit der Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten und der Enteignung der Bourgeoisie. In diesem Sinn verstehe ich die welthistorische Bedeutung, die ihr Marx gab: ,,Was mich betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz
der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphsen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zu Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet ..." (Marx an Weydemeyer, MEW II, S. 423)

Erstens sollte man sicher klarstellen, daß es bei der Diktatur des Proletariats um despotische Eingriffe ins Eigentumsrecht der Bourgeoisie geht, nicht aber um ein despotisches Regime über die ganze Gesellschaft. Zweitens aber sollte man sich überlegen, ob damit die Staatsmacht im Sozialismus oder auch in der Übergangsperiode zum Sozialismus richtig bzw. vollständig gekennzeichnet ist. Wir gehen ja davon aus, daß es neben der Aneignung der Produktionsmittel noch andere Befreiungsaufgaben gibt. Wir müssen auch davon ausgehen, daß die Vorkämpfer dieser anderen Befreiungsaufgaben (Hand- und Kopfarbeit, Frauenfrage, Stadt – Land, unterdrückte Nationen) nicht einfach die Proletarier sind: z.B. die unterdrückten Frauen innerhalb des Proletariats wie aus anderen Klas-

,,Der Kampf um Demokratie, d.h. um Positionen der Volksmacht, ist das entscheidende Mittel, das Hauptkettenglied des Proletariats, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen." (S. 26) für falsch. Damit wird der Inhalt, der Zweck, die Richtung des Klassenkampfes zum bloßen ,,Stoff" des Kampfes heruntergebracht. Damit wird der soziale Zweck faktisch doch wieder zum Brennholz des Kampfes um die politische Form. Der Zweck bestimmt die Mittel. Wie kann dann das Mittel zum Hauptkettenglied werden, von dem alle anderen Kettenglieder abhängen? Ich meine, in dieser Position sind zwei Fehler enthalten, die wir überwinden müssen:

a) die Auffassung, daß es ökonomisch keine Zwischenstufen zwischen dem Kampf zur Verteidigung des Werts der Ware Arbeitskraft und der Aneignung der wesentlichen Produktionsmittel gibt;

b) die Auffassung, daß es politisch keine Zwischenstufen zwischen individuellen demokratischen Rechten und der Rätemacht gibt, sondern höchstens Bewußtseinsstufen des Proletariats.

Zu a) halte ich es für nützlich, sich noch einmal eine Stelle im ,,Kapital" vor Augen zu führen. Im Kapitel über ,,Gesundheits- und Erziehungsklauseln" schildert Marx den Widerspruch zwischen Knechtung als Teilarbeiter
und stetem Wechsel der Funktion des Proletariers durch Hin- und Herschleudern auf dem Arbeitsmarkt, und dem Kampf um allgemeine Bildung durch das Proletariat. Er fährt dann fort:

,,Wenn die Fabrikgesetzgebung als erste, dem Kapital notdürftig abgerungene Konzession nur Elementarunterricht mit fabrikmäßiger Arbeit verbindet, unterliegt es keinem Zweifel, daß die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse auch dem technologischen Unterricht, theoretisch und praktisch, seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern wird. Es unterliegt ebensowenig einem Zweifel, daß die kapitalistische Form der Produktion und die ihr entsprechenden ökonomischen Arbeiterverhältnisse im diametralsten Widerspruch stehen mit solchen Umwälzungsfermenten und ihrem Ziel, der Aufhebung der alten Teilung der Arbeit. *Die Entwicklung der Widersprüche einer geschichtlichen Produktionsform ist jedoch der einzig geschichtliche Weg ihrer Auflösung und Neugestaltung.*" (Hervorhebung von mit) (Kapital I, Dietz, S. 512)

Marx sieht also in den Erziehungsklauseln der engl. Fabrikgesetzgebung viel mehr als bloße Schutzgesetzgebung im Rahmen der Verteidigung des Werts der Arbeitskraft: er sieht darin einen Schritt zur Überwindung der knechtenden Arbeitsteilung. Er steht im Widerspruch zur kapitalistischen Ökonomie und kann sich doch im Widerspruch zu ihr bereits entfalten. Demgegenüber

tion in die Produktion eingreifen kann, und wo nicht? Ist so eine Grenz-

das nicht falsch. Falsch war, diese politischen Zwischenschritte in den Rang

unter diesen Umständen wird, herumlaufen. □

Wegkommen vom Umsturzdenken. Wir beginnen erst, was andere bereits seit längerem versuchen

Antrag der Zelle Solingen / Remscheid zur Geschichte und den Aufgaben des KBW

0 Wenn der KBW heute in einer Resolution zur Geschichte, Theorie und Politik des KBW Stellung nimmt, sowie einige Aufgaben benennt, an welchen die im KBW zusammengeschlossenen Kommunisten arbeiten wollen, so ist es zuerst nötig klarzumachen, daß wir uns in der Entfaltung der Kritik wie auch in der Erarbeitung neuer Standpunkte erst am Anfang befinden. Entsprechend vorläufig muß die Darstellung der Kritik und die Vorstellung möglicher Standpunkte gesehen werden. Diese Resolution kann nicht mehr, als den augenblicklichen Stand unserer Überlegungen zusammenfassen.

1 Ende er sechziger Jahre erlebte die Bundesrepublik Deutschland eine Phase einer großen Massenbewegung. Diese Bewegung entfaltete sich an verschiedenen Fronten: An der Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt, insbesondere des vietnamesischen Volkes, an der Notstandsgesetzgebung, an den Auswirkungen der ökonomischen Krise sowie an dem Versuch, viele Bereiche der Reproduktion der Arbeitskraft und des Überbaus der Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen mit den veränderten Bedürfnissen der Massen.

Große Teile der Jugend, insbesondere der studentischen Jugend, wurden in dieser Massenbewegung politisch aktiv. Die tatsächlichen Ergebnisse dieser Massenbewegung, ihre wirklichen Erfolge und Mißerfolge, sind von den westdeutschen Kommunisten bis heute nicht ausreichend untersucht worden. Fest steht, daß diese Bewegung ein erhebliches Ansteigen der gewerkschaftlichen Organisation und Tätigkeit bis heute zur Folge hatte, und daß sie die Sozialdemokratie an die Regierung brachte, quasi mit dem Auftrag, die von der Bewegung geforderten Veränderungen durchzusetzen. Inwieweit die sozialdemokratisch geführten Regierungen diesem Auftrag entsprochen und damit zur Veränderung der westdeutschen Gesellschaft beigetragen haben, ist von den Kommunisten wohl ebenfalls erst in Ansätzen untersucht und begriffen.

Die Grenzen dieser Massenbewegung und die Grenzen sozialdemokratischer Gewerkschafts- und Regierungspolitik aber wurden einer Neuen Linken bewußt, und diese Grenzen wollte sie überwinden.

Auf die Massenbewegung selber folgte die Phase des Abschwungs der Bewegung. Rückwirkend kann man sagen, daß diejenigen Kräfte in der Neuen Linken, die in dieser Massenbewegung zu der Notwendigkeit des Kampfes für den Kommunismus fanden, in dieser Situation nicht in der Lage waren, die wirklichen Verhältnisse und den Verlauf der Bewegung zu erklären und eine konkrete Perspektive für die
Umwälzung der bestehenden Verhältnisse hin zur kommunistischen Gesellschaft zu entwickeln. Der Subjektivismus und der Idealismus dieser Kräfte war groß. Daher entspricht es ihrem Unvermögen, eine konkrete Perspektive zu entwickeln, daß sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte der großen Volksrevolutionen nach Vorbildern suchten. Sie kamen schließlich zu einem erheblichen Teil dazu, den Leninismus, und zwar in der Gestalt seiner Einengung durch die III. Internationale, zum allgemeingültigen Konzept einer Revolution in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zu erklären. Es folgte der Versuch, ihn in Westdeutschland praktisch anzuwenden im Versuch des Wiederaufbaus einer kommunistischen Partei nach dem Muster der Parteien der III. Internationale. Wesentliches Element der Gemeinsamkeit dieser Kräfte war der ,,Anti-Revisionismus", gestützt auf die ,,Polemik zur Generallinie" der chinesischen Kommunisten. Von diesem ,,Antirevisionismus" – der Kritik einer Abweichung von der wahren Lehre – war es nicht weit bis zur Orthodoxie und zur Dogmatik. Ein Teil dieser Kräfte waren die Genossen, die schließlich 1973 den KBW gründeten.

Es bleibt richtig, daß der KBW sich bei seiner Gründung von den übrigen ,,ML"-Organisationen durch eine etwas weniger mechanische Übernahme der Theorie der III. Internationale auszeichnete, was insbesondere in der Ablehnung der Sozialfaschismusthese und

der RGO-Politik seinen Ausdruck fand. Gerade dieses kritische Element gegenüber der Politik der III. Internationale in der Theorie des KBW mag dazu beigetragen haben, daß er anfänglich in der Lage war, zentralisierend unter Teilen der westdeutschen Kommunisten zu wirken. Wenn der KBW RGO-Politik und Sozialfaschismusthese kritisierte, so sprach er jedoch nur Sachen aus, die in der Neuen Linken kaum umstritten waren. Es sei denn bei anderen ,,ML"-Organisationen. So ist es kein Wunder, daß die Phase einer relativen Anziehungskraft des KBW in der kommunistischen Bewegung schnell endete und einer stetigen Abwärtsentwicklung Platz machte.
Kein Wunder, weil auf der Grundlage der Anwendung des Gesamtkonzepts der III. Internationale sich solche Erkenntnisse nicht in der praktischen Politik auswirken konnten, vielmehr eine Politik gegenüber der Gewerkschaftssozialdemokratie gemacht wurde, welche die gleichen Auswirkungen wie die RGO-Politik hatte, während die Sozialfaschismustheorie in Gestalt der Einschätzung der SPD-Regierung als ,,Reaktion auf der ganzen Linie" fröhliche Urstände feierte.

Letztlich aber hat die Gründung des KBW, wie die Sammlungsbewegung unter der Fahne des ,,Marxismus-Leninismus" überhaupt, die Sammlung der westdeutschen Kommunisten nicht ermöglicht. Die Neue Linke wurde über diese Gründungen direkt gespalten und damit die Möglichkeit der Einflußnahme einer starken sozialistisch-kommunistischen Strömung auf die Entwicklung der BRD in den siebziger Jahren verschenkt.

Immer seltener traten Züge einer konkreten Analyse einer konkreten Situation in der Politik des KBW in Erscheinung, und immer deutlicher nahmen die Züge Oberhand, die den KBW auswiesen als eine Organisation, die ein in der Geschichte der kommunistischen Bewegung entwickeltes Konzept auf die westdeutschen Verhältnisse stülpen, seine Richtigkeit an den westdeutschen Verhältnissen beweisen wollte, anstatt den Weg der Entwick-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung: „Wegkommen ...“

lung einer kommunistischen Strategie und Taktik aus den westdeutschen Verhältnissen heraus zu beginnen.

2 Viele der im Laufe der Jahre aus dem KBW ausgetretenen Genossen haben sich bemüht, die Ursachen für das Scheitern der Politik des KBW in seiner Theorie herauszuarbeiten. Seit der Delegiertenkonferenz des KBW im vorigen Jahr ist auch innerhalb des KBW eine umfassende Diskussion über die Theorie und Praxis des KBW enstanden. Diese Diskussion hat zu vielen einzelnen Fragen richtige Ergebnisse erbracht. Insgesamt aber ist sie bislang stehengebliebenen bei der Behauptung, die Grundlage der falschen Konzeption des KBW sei eine falsche Konzeption der Kommunistischen Partei als Partei der Arbeiterklasse, wie er sie von der III. Internationale übernommen hat. Alle weiteren programmatischen, strategischen und taktischen Fehler würden demnach aus der falschen Parteikonzeption resultieren. Demgegenüber halten wir es heute eher für richtig, daß diese Parteikonzeption nur Teil einer Konzeption der Revolution ist, sich sogar ihrerseits notwendig aus bestimmten Auffassungen über den Gang der Revolution in Westdeutschland ergibt. Diese Konzeption des Gangs der Revolution läßt sich vielleicht darstellen in der Reihe: Massenbewegung / Massenstreik / revolutionäre Krise / Aufstand – Bürgerkrieg / Eroberung der politischen Macht / Rätesystem und Diktatur des Proletariats bis zum Eintritt in den Kommunismus.

Im Ergebnis achtjähriger Politik auf dieser theoretischen Grundlage halten wir einen solchen Gang der Revolution in der westdeutschen Gesellschaft für unwahrscheinlich. Diese Theorie über den Gang der Revolution in Westdeutschland impliziert einige fragliche Dogmen, darunter: die Rolle des Staates in der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft, die Bedeutung des Kampfes um Demokratie als Hauptkettenglied, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen, und eben die Rolle der Kommunistischen Partei.

Ohne behaupten zu können, daß wir in diesen Fragen schon eindeutig neue Positionen beziehen könnten und ausreichende Überlegungen vorhanden wären, wollen wir doch einige Gründe festhalten, warum wir die bisherigen Festlegungen in Zweifel ziehen.

a) *Die Rolle des Staates in der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft*

Hat die Bourgeoisie heute die politische Macht inne, uneingeschränkt und über den Staat – übt sie also die Diktatur aus? Ist es nicht so, daß die Bourgeoisie herrscht, aber vor allem gesellschaftlich, aufgrund ihres Besitzes an

Macht / Rätesystem und Diktatur des Proletariats bis zum Eintritt in den Kommunismus.

Im Ergebnis achtjähriger Politik auf dieser theoretischen Grundlage halten wir einen solchen Gang der Revolution in der westdeutschen Gesellschaft für unwahrscheinlich. Diese Theorie über den Gang der Revolution in Westdeutschland impliziert einige fragliche Dogmen, darunter: die Rolle des Staates in der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft, die Bedeutung des Kampfes um Demokratie als Hauptkettenglied, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen, und eben die Rolle der Kommunistischen Partei.

Ohne behaupten zu können, daß wir in diesen Fragen schon eindeutig neue Positionen beziehen könnten und ausreichende Überlegungen vorhanden wären, wollen wir doch einige Gründe festhalten, warum wir die bisherigen Festlegungen in Zweifel ziehen.

a) *Die Rolle des Staates in der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft*

Hat die Bourgeoisie heute die politische Macht inne, uneingeschränkt und über den Staat – übt sie also die Diktatur aus? Ist es nicht so, daß die Bourgeoisie herrscht, aber vor allem gesellschaftlich, aufgrund ihres Besitzes an

den Produktionsmittel? Ist es nicht so, daß die Arbeiterklasse bislang zuwenig selbständig als Partei gegenüber der Kapitalistenklasse die Interessen der ganzen Gesellschaft vertritt und dazu die demokratischen Rechte nutzt, die bislang erkämpft wurden, vorneweg das allgemeine Wahlrecht? Wenn sie es täte, wäre nicht eine weitergehende Einschränkung des Einflusses der Bourgeoisie auf den Staat denkbar?

Der heutige Staat kann nicht einfach als bloße Unterdrückungsmaschine gefaßt werden, die sich in der Hand der Bourgeoisie befindet und auch nur entsprechend eingesetzt würde. Vielmehr nimmt der heutige Staat viele gesellschaftliche Funktionen wahr, teilweise im Interesse der Bourgeoisie, teilweise kommt zum Ausdruck, daß die Arbeiter- und Volksbewegung ihre Interessen durchsetzen kann, etwa in Bezug auf Ausbildung. Auch machen sich objektive gesellschaftliche Notwendigkeiten geltend, welche die Beschränkung oder Einschränkung von Einzelkapitalen, vielleicht auch des Gesamtkapitals durch den Staat unabdingbar machen. Ist es nicht ferner so, daß man die bewaffneten Organe des Staates nicht einfach mit solchen Organen aus dem 19. Jahrhundert oder aus dem Beginn des 20. Jahrhundets gleichsetzen kann, daß sie heute zwar nicht demokratisch wären, aber auch nicht einfach Organe der Bourgeoisie, die sich einfach für die Bourgeoisie einsetzen ließen? Sind nicht die Möglichkeiten, diese Organe zwecks Konterrevolution gegen eine legal gewählte Arbeiterregierung etwa einzusetzen, vergleichsweise geringer geworden? Kommt es nicht heute weniger auf die Spaltung dieser Organe an, als auf die Durchsetzung demokratischer Kontrolle?

Ist es nicht ein Anachronismus, dem heutigen Staat als Etappe zum Kommunismus die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, wenn man die schon existierenden demokratischen Rechte, vor allem das allgemeine Wahlrecht, in Betracht zieht? Setzt der Gedanke der Diktatur des Proletariats nicht logisch voraus, daß über den bewaffneten Aufstand die bestehende Ordnung durch eine Minorität (etwa die Industriearbeiter) im Namen der Gesellschaft umgestürzt wird, was schon 1895 von F. Engels als veraltet angesehen wurde? Sollte unsere Losung nicht statt einem diktatorischen Staat (an keinerlei Gesetze gebunden, nach Lenin sei nicht die Form, sondern der Klasseninhalt entscheidend) vielleicht eher ein demokratisch verwaltetes Gemeinwesen sein, wie Engels es vorschlug? Ist es nicht so, daß der Sozialismus gar nicht möglich ist, ohne die Gewinnung der Mehrheit durch demokratische Debatte und Überzeugung für das Ziel des Kommunismus und den weiteren Weg zu diesem Ziel? Ist es nicht so, daß die Ausbildung eines produktiven Gesamtarbeiters, der faktisch fast die gesamte Bevölkerung umfaßt, qualitativ andere Möglichkeiten eröff-

an, als auf die Durchsetzung demokratischer Kontrolle?

Ist es nicht ein Anachronismus, dem heutigen Staat als Etappe zum Kommunismus die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, wenn man die schon existierenden demokratischen Rechte, vor allem das allgemeine Wahlrecht, in Betracht zieht? Setzt der Gedanke der Diktatur des Proletariats nicht logisch voraus, daß über den bewaffneten Aufstand die bestehende Ordnung durch eine Minorität (etwa die Industriearbeiter) im Namen der Gesellschaft umgestürzt wird, was schon 1895 von F. Engels als veraltet angesehen wurde? Sollte unsere Losung nicht statt einem diktatorischen Staat (an keinerlei Gesetze gebunden, nach Lenin sei nicht die Form, sondern der Klasseninhalt entscheidend) vielleicht eher ein demokratisch verwaltetes Gemeinwesen sein, wie Engels es vorschlug? Ist es nicht so, daß der Sozialismus gar nicht möglich ist, ohne die Gewinnung der Mehrheit durch demokratische Debatte und Überzeugung für das Ziel des Kommunismus und den weiteren Weg zu diesem Ziel? Ist es nicht so, daß die Ausbildung eines produktiven Gesamtarbeiters, der faktisch fast die gesamte Bevölkerung umfaßt, qualitativ andere Möglichkeiten eröff-

net als zu den Zeiten, wo der Begriff der Diktatur des Proletariats geprägt wurde? Diese Entwicklung sah Engels 1895, was ihn veranlaßte, vom Umsturzdenken abzukommen, stattdessen die Eroberung von Positionen im Staat anzuvisieren, um damit die Demokratie gegen die Bourgeoisie zu kehren. Ist es nicht richtig, etwaige Antworten der Bourgeoisie auf eine solche Entwicklung dann konkret zu beantworten, anstatt schon heute die Art und Weise der Antwort der Bourgeoisie festzulegen?

b) *Der Kampf um Demokratie als Hauptkettenglied und die Trennung von politischer und sozialer Revolution*

Wird der Charakter des Staatsapparats und seine Politik nicht als Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen, sondern als Organ entweder einer bürgerlichen oder einer proletarischen Diktatur begriffen, muß logisch zuerst die politische Macht der Arbeiterklasse als Ganzes erobert werden, bevor soziale Interessen des Volkes durchgesetzt werden können. Die strikte Tennung von politischer und sozialer Revolution impliziert damit, daß einzelne demokratische Rechte wie allgemeines Wahlrecht, Volksentscheide, Pressefreiheit, Parteienrecht letztlich nichts an der umfassenden Herrschaft der Bourgeoisie über die Gesellschaft ändern können. Damit bleibt die Eroberung von solchen Rechten und Machtpositionen des Volkes für die Durchsetzung sozialer Interessen folgenlos.

Der Kampf um Demokratie wird so zur erzieherischen Vorbereitung auf den Umsturz, während die sozialen Interessen, die in den stattfindenden Kämpfen ihren Ausdruck finden, auf die Zeit nach der Machtergreifung verwiesen werden. Aber können die Volksmassen die Richtung der Entwicklung der Gesellschaft, in die der Staat ja immer umfassender eingreift, nicht bereits heute beeinflussen? Ist es dazu nicht notwendig, den Prozeß der Verständigung über die gemeinsamen sozialen Interessen, über die gewünschte Entwicklungsrichtung der Gesellschaft voranzutreiben? Wird nicht gerade im Prozeß, in dem sich erhebliche Kräfteverschiebungen, aber auch Sprünge und qualitative Umschläge ergeben, ohne aber in zwei strikt getrennten Phasen „Kampf um die Macht“ und „Aufbau des Sozialismus“ auseinanderzufallen? Kommt es nicht gerade darauf an, eine Strategie zu entwickeln, die soziale und politische Reformen beinhaltet und auf eine sozialistische Umgestaltung hinausläuft?

Die Frage des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus, von Reform und Revolution, nach den Formen des Überangs zum Sozialismus muß ausdrücklich neu gestellt werden.

c) *Die Rolle der Kommunistischen Partei*

Die Konzeption der Organisation der Kommunisten als Partei der Arbeiter-

Kämpfen ihren Ausdruck finden, auf die Zeit nach der Machtergreifung verwiesen werden. Aber können die Volksmassen die Richtung der Entwicklung der Gesellschaft, in die der Staat ja immer umfassender eingreift, nicht bereits heute beeinflussen? Ist es dazu nicht notwendig, den Prozeß der Verständigung über die gemeinsamen sozialen Interessen, über die gewünschte Entwicklungsrichtung der Gesellschaft voranzutreiben? Wird nicht gerade im Prozeß, in dem sich erhebliche Kräfteverschiebungen, aber auch Sprünge und qualitative Umschläge ergeben, ohne aber in zwei strikt getrennten Phasen „Kampf um die Macht“ und „Aufbau des Sozialismus“ auseinanderzufallen? Kommt es nicht gerade darauf an, eine Strategie zu entwickeln, die soziale und politische Reformen beinhaltet und auf eine sozialistische Umgestaltung hinausläuft?

Die Frage des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus, von Reform und Revolution, nach den Formen des Überangs zum Sozialismus muß ausdrücklich neu gestellt werden.

c) *Die Rolle der Kommunistischen Partei*

Die Konzeption der Organisation der Kommunisten als Partei der Arbeiter-

klasse umfaßt insbesondere folgende Auffassungen: Hierarchisierung der Organisationen der Arbeiterklasse mit der Partei als höchster Form der Organisation der Arbeiterklasse, der die anderen Organisationen der Arbeiterklasse untergeordnet sind; nur eine Partei der Arbeiterklasse, welche die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse umfassend verkörpert; diese eine Partei kann nur die kommunistische Partei sein, die allein die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Dieser Parteitypus, diese Vorstellung über die Rolle der kommunistischen Partei vor, während und nach der Revolution ist das Resultat der strategischen Konzeption. Die Begründung der Notwendigkeit einer „proletarischen Partei“, in der die objektiven, revolutionären Interessen, das „wahre“ Bewußtsein der Arbeiterklasse verkörpert sind, hat zwei Dimensionen: Zum einen liegen ihr bestimmte Vorstellungen über das spontane, angeblich bloß trade-unionistische Bewußtsein der Arbeiterbewegung zugrunde, und ebenso zweifelhafte Vorstellungen, daß die Partei das objektive Klassenbewußtsein verkörpern und in die Arbeiterbewegung hineintragen kann. Auf der anderen Seite bekommt die Partei in großem Umfang organisatorische Aufgaben. Wenn Vorstellungen fehlen, in welcher Weise dauerhafte Formen der Selbstorganisation der Arbeiterklasse und der Massen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft entstehen können, Formen, in denen die Massen auch Stück für Stück Einfluß auf den gesellschaftlichen Prozeß gewinnen, wenn es also nicht möglich ist, politische Machtpositionen und gesellschaftliche Gegenmachtpositionen Stück für Stück zu besetzen, – dann ist tatsächlich die Partei die einzige Struktur, die die Arbeiterklasse politisch organisiert, die die verschiedenen Kämpfe zusammenführt und auf die Revolution ausrichtet. Die die revolutionären Massenstreiks in den bewaffneten Aufstand überführt und im bewaffneten Aufstand wie bei der Errichtung eines proletarischen Staates das Kommando übernehmen muß.

Ist es demgegenüber nicht richtiger, die Kommunistische Partei gegenüber den anderen Parteien nur dadurch zu unterscheiden, daß sie das Ziel des Kommunismus programmatisch festgelegt hat und in der Massenbewegung verficht? Daß sie selbst und ihre Mitglieder nicht mehr als einen Teil der allgemeinen Bewegung bilden, der weder vorgreifende Erkenntnis noch organisatorische Führung beanspruchen kann? Gilt das gleiche nicht auch für den Aufbau des Sozialismus, so daß auch im Sozialismus die verschiedenen Auffassungen der Massen durch verschiedene Parteien repräsentiert werden, von denen die Kommunistische Partei nur eine gleichberechtigte sein kann?

3 Da die fehlerhafte Konzeption der Revolution in Westdeutschland im

schaftliche Gegenmachtpositionen Stück für Stück zu besetzen, – dann ist tatsächlich die Partei die einzige Struktur, die die Arbeiterklasse politisch organisiert, die die verschiedenen Kämpfe zusammenführt und auf die Revolution ausrichtet. Die die revolutionären Massenstreiks in den bewaffneten Aufstand überführt und im bewaffneten Aufstand wie bei der Errichtung eines proletarischen Staates das Kommando übernehmen muß.

Ist es demgegenüber nicht richtiger, die Kommunistische Partei gegenüber den anderen Parteien nur dadurch zu unterscheiden, daß sie das Ziel des Kommunismus programmatisch festgelegt hat und in der Massenbewegung verficht? Daß sie selbst und ihre Mitglieder nicht mehr als einen Teil der allgemeinen Bewegung bilden, der weder vorgreifende Erkenntnis noch organisatorische Führung beanspruchen kann? Gilt das gleiche nicht auch für den Aufbau des Sozialismus, so daß auch im Sozialismus die verschiedenen Auffassungen der Massen durch verschiedene Parteien repräsentiert werden, von denen die Kommunistische Partei nur eine gleichberechtigte sein kann?

3 Da die fehlerhafte Konzeption der Revolution in Westdeutschland im

Programm des KBW seit seiner Gründung ausdrücklich verankert ist, wird es notwendig, das Programm des KBW aufzuheben.

4 Wir ersetzen das Programm nicht durch ein neues, wir sind vielmehr der Auffassung, daß taktische und strategische Fragen nicht zu programmatischen Grundlagen einer kommunistischen Partei mit statuarischem Rang werden sollten. Wollten wir darstellen, welche Positionen die Mitglieder des KBW heute gemeinsam für richtig halten, so kämen wir etwa zu folgendem Ergebnis: Wir stellen uns den Kommunismus vor als freie Assoziation der Produzenten, wir sind überzeugt von der entscheidenden Rolle der produzierenden Klasse für diese gesellschaftliche Umwälzung sowie von der prinzipiellen Gegnerschaft der Privatbesitzer an den Produktionsmitteln zu dieser Umwälzung. Wir sind uns einig über die große Bedeutung, die dem Kampf und dem Zusammenschluß der Dritten Welt für diese Umwälzung weltweit zukommt. – Wie man sieht, handelt es sich um Gemeinsamkeiten, die wir mit vielen Genossen außerhalb der Organisation teilen.

Wenn wir uns heute an der Ausarbeitung einer Strategie und Taktik zur Umwälzung der bestehenden Gesellschaft in eine kommunistische beteiligen, so gehen wir dabei davon aus, daß es nun keineswegs darauf ankommt, dies in der Hauptseite als Kritik des „Marxismus-Leninismus“ zu betreiben. Vielmehr müssen wir versuchen, an den Verhältnissen selbst und an den von den Massen entwickelten Vorstellungen anzuknüpfen. Dabei werden wir uns sowohl mit den Auffassungen der Gewerkschaften (Wirtschaftsdemokratie), der ökologischen und alternativen Bewegung, der eurokommunistischen und sozialistischen Parteien Westeuropas auseinandersetzen. Wenn wir uns dabei auch die Erkenntnisse der marxistischen Theoretiker zunutze machen, so muß es ein Bezugnehmen auf die Erkenntnisse aller Strömungen der sozialistischen und kommunistischen Theorie sein.

Es ist uns klar, daß wir in diesem Bemühen nicht allein stehen, daß wir eben erst mit Sachen beginnen, die andere in der westdeutschen sozialistischen und kommunistischen Bewegung seit langem versuchen. Daher stellt die Organisation KBW heute nichts besonderes mehr dar. Jedoch ist richtig, wenn die Mitglieder des KBW auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Erfahrungen und Geschichte eigene Vorschläge und Vorstellungen entwickeln. Darüber hinaus streben wir den Zusammenschluß in einer Partei an, die den Zusammenschluß der verschiedenen Strömungen der Kommunisten in Westdeutschland ermöglicht. Dies sollte möglich sein bei Anerkennung des gemeinsamen Ziels im Kommunismus, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen über Strategie und Taktik gibt. Insgesamt werden wir daher uns bemü-

der Gewerkschaften (Wirtschaftsdemokratie), der ökologischen und alternativen Bewegung, der eurokommunistischen und sozialistischen Parteien Westeuropas auseinandersetzen. Wenn wir uns dabei auch die Erkenntnisse der marxistischen Theoretiker zunutze machen, so muß es ein Bezugnehmen auf die Erkenntnisse aller Strömungen der sozialistischen und kommunistischen Theorie sein.

Es ist uns klar, daß wir in diesem Bemühen nicht allein stehen, daß wir eben erst mit Sachen beginnen, die andere in der westdeutschen sozialistischen und kommunistischen Bewegung seit langem versuchen. Daher stellt die Organisation KBW heute nichts besonderes mehr dar. Jedoch ist richtig, wenn die Mitglieder des KBW auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Erfahrungen und Geschichte eigene Vorschläge und Vorstellungen entwickeln. Darüber hinaus streben wir den Zusammenschluß in einer Partei an, die den Zusammenschluß der verschiedenen Strömungen der Kommunisten in Westdeutschland ermöglicht. Dies sollte möglich sein bei Anerkennung des gemeinsamen Ziels im Kommunismus, auch wenn es unterschiedliche Auffassungen über Strategie und Taktik gibt. Insgesamt werden wir daher uns bemü-

hen, zu einer Verbesserung der Auseinandersetzungen beizutragen und örtlich die Zusammenarbeit zu intensivieren. □

Der KBW ist nicht an den Fehlern der vergangenen, sondern an den Anforderungen der heutigen Arbeiterbewegung gescheitert

Argumente gegen den Resolutionsentwurf zu „Programm und Geschichte des KBW ...“

Von H.D. Meyer

Der geschichtliche Teil des Resolutionsentwurfs des ZK des KBW zur Kritik von „Programm und Geschichte des KBW sowie zu den Programmpunkten, die wir heute für richtig halten und vertreten“ (vgl. Sonderheft Kommunismus und Klassenkampf 10/81, S. 20 ff.) erhebt sichtlich nicht den Anspruch einer Gesamteinschätzung von Verlauf und Ergebnissen der revolutionären Bewegung in Westdeutschland. Vielmehr konzentriert sich die Resolution offensichtlich auf die Frage, welche Schlußfolgerung aus dieser Geschichte im Hinblick auf die weitere Arbeit des KBW zu ziehen ist. Zu diesem Zweck sucht die Resolution nach dem Ausgangs- und Kristallisationspunkt der Fehler des KBW und findet ihn in einer fehlerhaften Vorstellung vom Charakter und Zweck des Zusammenschlusses der Kommunisten. „Wenn diese (vor der Gründung des KBW erarbeiteten, d.V.) positiven Ansätze sich nicht voll entfalten konnten und später in der Politik des KBW weitgehend verschüttet wurden, ist die Ursache in erster Linie darin zu suchen, daß die Kritik der III. Internationale und ihre Fehlentwicklung in Vorbereitung der Gründung des KBW und nach Gründung des KBW nicht radikal und tiefgreifend genug gewesen ist, insbesondere daß die Konzeption der kommunistischen Organisation als Partei der Arbeiterklasse weitgehend kritiklos übernommen wurde.“ (a.a. O., S. 21)

Eine solche Erklärung der Entwicklung des KBW wirft zumindest zwei Fragen auf:

1. Wie vereinbart sich der Übergang zu der genannten Parteikonzeption mit der kurze Zeit vorher noch vorhandene Kritik an dieser Konzeption? Vgl. auch die Resolution selber: „Das Wechselverhältnis zwischen Aufbau der kommunistischen Partei und Parteibildung der Arbeiterklasse wurde erkannt, wobei der Parteibildung der Arbeiterklasse die grundlegende Bedeutung eingeräumt wurde.“ (a.a.O., S. 20) Die Einsicht in den prinzipiellen Unterschied zwischen der Parteibildung der Arbeiterklasse und dem Aufbau einer kommunistischen Organisation war demnach – übrigens in Übereinstimmung mit einer ganzen Reihe anderer revolutionärer Kräfte – vorhanden, und es müßte erklärt werden, warum die Kommunisten mit dieser Einsicht *gebrochen* haben, statt über diesen Bruch problemlos hinwegzugehen.
2. Wenn die mit Gründung festgeschriebene fehlerhafte Parteikonzeption „Ausgangs- und Kristallisationspunkt“ der Fehlentwicklung des KBW war, wie erklärt es sich dann, das der „Wiederaufbau der KPD“ nach allen vorhandenen objektiven Daten (Mitgliederzahlen, KVZ-Vertrieb), wie auch nach der eigenen Wahrnehmung zumindest 3 Jahre ganz gut florierte?

Gegen die Stilisierung der fehlerhaften „Parteikonzeption“ zum Ausgangs- und Kristallisationspunkt der Fehler des KBW gibt es den Einwand, daß sich in falschen Vorstellungen über Charakter und Zweck des Zusammenschlusses der Kommunisten lediglich falsche Vorstellungen über den Gang der proletarischen Revolution insgesamt ausdrücken, so daß die heutigen Kommunisten nicht bei einer Kritik dieser Parteikonzeption stehenbleiben dürfen – und zwar um so weniger, als die ungeteilte Zustimmung, die diese Konzeption unter den Kommunisten bisher gefunden hat, ein sicheres Indiz für die ungeteilte Übereinstimmung in den ihr zugrundeliegenden Fehlern ist.

Wiederaufbau der KPD und westdeutsche Arbeiterbewegung

Wir können aber auch noch von einer anderen Seite an die Sache herangehen und fragen: Welche wirklichen Widersprüche, welche bestimmte gesellschaftliche Entwicklung hat die Revolutionäre veranlaßt, das eben noch abgelehnte Konzept zur Losung ihrer weiteren Arbeit zu machen? Es müßten dies die gleichen Gründe sein, die diesem Konzept einige Jahre Erfolg beschieden haben.

Diese Fragestellung würde zur Überprüfung der Geschichte des KBW im Zusammenhang mit der Geschichte der revolutionären Bewegung insgesamt sowie vor allem im Zusammenhang mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Westdeutschland führen. Da dies eine zumindest ungewöhnliche Fragestellung in unserer bisherigen Debatte ist, wird hier niemand aus dem Stand ins einzelne gehende Antworten geben können. Aber es läßt sich vielleicht trotzdem folgende These wagen:

Die Krise 1966/67 ist zum Ausgangspunkt einer Revolutionierung nicht nur der Produktion, sondern auch der westdeutschen Arbeiterklasse selber

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung: „Der KBW ist ..."

geworden – ein Prozeß, in dessen Verlauf sowohl die überkommene Arbeitsteilung in der Produktion und damit alle traditionellen Arbeiterfähigkeiten und -fertigkeiten, wie auch das Arbeiterpersonal selber durch die massenhafte und neuartige Einbeziehung von Frauen und Ausländern in die Produktion umgewälzt wurde. Damit aber wurden zugleich Fragen wie die Neuordnung der Arbeitsteilung in den Betrieben (die „Humanisierung der Arbeitswelt"), die Reform der Berufsausbildung, die Lohnverteilung (insbesondere die Löhne der Frauen), die Ausländerrechte usw. usw. als *unmittelbare Fragen der Arbeiterbewegung* aufgeworfen, und gleichzeitig die alten Antworten für große Massen als unzureichend erkennbar. Die Arbeiterklasse mußte ihre politische Einheit und Selbständigkeit auf neuer, höherer Stufe wieder herstellen. Die Auseinandersetzung, in der sich diese Revolutionierung der Arbeiterklasse vollzog, hat dazu geführt, daß größere Teile der Arbeiterbewegung vorübergehend in den Gewerkschaften kein oder jedenfalls kein ausreichendes Mittel des Zusammenschlusses gegen die Kapitalistenklasse und die Reaktion besaßen, so daß insbesondere die neuen und beweglichsten, aber auch am wenigsten erfahrenen Teile der Arbeiterklasse nach neuen Formen und Mitteln des Zusammenschlusses gegen die Kapitalisten suchten.

Ihren grellsten, aber keineswegs erschöpfenden Ausdruck hat diese Entwicklung in den „wilden" Streiks 1969 und 1972 gefunden, in denen sich die Arbeiterbewegung von den politischen und organisatorischen Fesseln der damaligen Gewerkschaft freigeschwommen und die Bedingungen für eine auf die revolutionären Aktionen folgende schrittweise Umgestaltung der Gewerkschaft geschaffen hat.

Ohne diese revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse selber wäre der „Wiederaufbau der Kommunistischen Partei" ein Sandkastenspiel von ein paar Sektierern geblieben. So aber konnte die Losung des „Wideaufbaus ..." eine Zeitlang Ausdrucksmittel und Fahne realer Strömungen in der

Kommunismus und Klassenkampf

listen suchten.

Ihren grellsten, aber keineswegs erschöpfenden Ausdruck hat diese Entwicklung in den „wilden" Streiks 1969 und 1972 gefunden, in denen sich die Arbeiterbewegung von den politischen und organisatorischen Fesseln der damaligen Gewerkschaft freigeschwommen und die Bedingungen für eine auf die revolutionären Aktionen folgende schrittweise Umgestaltung der Gewerkschaft geschaffen hat.

Ohne diese revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse selber wäre der „Wiederaufbau der Kommunistischen Partei" ein Sandkastenspiel von ein paar Sektierern geblieben. So aber konnte die Losung des „Widerau fbaus ..." eine Zeitlang Ausdrucksmittel und Fahne realer Strömungen in der

Kommunismus und Klassenkampf

11/81

Arbeiterbewegung und der Jugend werden – nämlich genau solange, wie die Arbeiterbewegung brauchte, um sich in ihren elementaren Zusammenschlüssen über ihre neuen Aufgaben klar zu werden und daraus die nötigen programmatischen, politischen, organisatorischen und personellen Konsequenzen zu ziehen.

Damit ist nicht gesagt, daß seit dem Zeitpunkt, seitdem der Wiederaufbau der KPD praktisch erledigt ist, also seit 1976/77, die DGB-Gewerkschaften, so wie sie sind, die Interessen der Arbewiterbewegung ohne Einschränkung vertreten (wobei man aber im Auge haben muß, daß die Arbeiterbewegung jeweils Zeit braucht, um sich über diese Interessen in der Praxis klar zu werden; d.h. sie stehen nicht in jedem Moment einfach fest), – wohl aber, daß man den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei und sein Schicksal nur verstehen kann, wenn man ihn als Episode der westdeutschen Arbeiterbewegung versteht, die – ähnlich wie die selbständigen (‚wilden‘) Streiks, der Durchgangspunkt einer vor neue Aufgaben gestellte Arbeiterbewegung oder doch wesentlicher Teile von ihr waren. Ein zwar notwendiger Durchgangspunkt, aber eben nur ein Durchgangspunkt.

So betrachtet würde sowohl verständlich, warum die Revolutionäre mit dem kurze Zeit vorher noch verteidigten richtigen Konzept der Partei bzw. Parteibildung der Arbeiterklasse gebrochen haben, wie auch die anfänglichen Erfolge im „Wiederaufbau ..." erklärlich würden.

Für die Klärung der beiden oben genannten, durch die Resolution aufgeworfenen Fragen, gäbe es also einen Ansatzpunkt. Allerdings taucht jetzt eine neue Frage auf: Wenn nicht das fehlerhafte Parteikonzept umstandslos zur Quelle aller weiteren Fehler erklärt werden kann, worin besteht dann die Ursache dieser Fehler?

Ursachen der erfolgreichen Sammlung der Revolutionäre

Sozusagen als Nebenergebnis des bisher Gesagten hat sich herausgestellt, daß es nicht sehr sinnvoll ist, die Geschichte des KBW in die von der falschen Parteikonzeption freie und die durch die falsche Parteikonzeption beherrschte Phase zu unterteilen, und daß es ferner nicht sinnvoll ist, einfach von der „Übernahme *der* falschen Parteikonzeption" auszugehen. Mal davon abgesehen, ob es in der wirklichen Geschichte der Arbeiterbewegung *die* falsche Parteikonzeption überhaupt gegeben hat, hat es jedenfalls in der Geschichte des KBW ein ganz bestimmtes politisches Konzept, nämlich das des „Wiederaufbaus der KPD", gegeben. Wenn dieses Konzept einerseits Reflex auf eine bestimmte, widersprüchliche Entwicklung der Arbeiterbewegung war, so wurde es andererseits auch zu der bestimmten Form, in der sich die Kommunisten seinerzeit die Notwendigkeit eines Fortschritts in der Organisation der Kommunisten klarmachten. Ein solcher Fortschritt war fällig, nachdem die Zeitschrift „Neues Rotes Forum" zum Zentrum einer bestimmten, bundesweiten Richtung der Kommunisten geworden war, aber immer noch von nur einer örtlichen kommunistischen Gruppe herausgegeben wurde.

Daß die Revolutionäre sich damals die Aufgabe der Schaffung einer bundesweiten Zeitung und eines entsprechenden bundesweiten Zusammenschlusses der Kommunisten als „Wiederaufbau der KPD" übersetzten, kann man als Ausdruck nicht genügend tiefgreifender Kritik an den Konzepten der III. Internationale betrachten und dies wiederum als Ursache aller weiteren Fehler. Man kann es aber auch als Ausdruck des Interesses nehmen, daß die Revolutionäre damals eben die Aufgaben ihrer Zeit lösen wollten – mit den Mitteln und Losun-

falsche Parteikonzeption überhaupt gegeben hat, hat es jedenfalls in der Geschichte des KBW ein ganz bestimmtes politisches Konzept, nämlich das des „Wiederaufbaus der KPD", gegeben. Wenn dieses Konzept einerseits Reflex auf eine bestimmte, widersprüchliche Entwicklung der Arbeiterbewegung war, so wurde es andererseits auch zu der bestimmten Form, in der sich die Kommunisten seinerzeit die Notwendigkeit eines Fortschritts in der Organisation der Kommunisten klarmachten. Ein solcher Fortschritt war fällig, nachdem die Zeitschrift „Neues Rotes Forum" zum Zentrum einer bestimmten, bundesweiten Richtung der Kommunisten geworden war, aber immer noch von nur einer örtlichen kommunistischen Gruppe herausgegeben wurde.

Daß die Revolutionäre sich damals die Aufgabe der Schaffung einer bundesweiten Zeitung und eines entsprechenden bundesweiten Zusammenschlusses der Kommunisten als „Wiederaufbau der KPD" übersetzten, kann man als Ausdruck nicht genügend tiefgreifender Kritik an den Konzepten der III. Internationale betrachten und dies wiederum als Ursache aller weiteren Fehler. Man kann es aber auch als Ausdruck des Interesses nehmen, daß die Revolutionäre damals eben die Aufgaben ihrer Zeit lösen wollten – mit den Mitteln und Losungen ihrer Zeit.

Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum der Erfolg des „Wiederaufbau"-Konzeptes in der Geschichte der Organisation der Kommunisten zu mehr hat werden sollen, als er für die Arbeiterbewegung geworden ist: ein vielleicht etwas vom Weg abliegender, aber deshalb nicht einfach vermeidbarer Durchgangspunkt auf dem widersprüchlichen Weg, auf dem sich die Arbeiterbewegung zur Erkenntnis ihrer neuen Aufgaben durcharbeitet.

Wenn der Verfolg dieses Konzeptes tatsächlich zu mehr wurde, nämlich zum Ausgangspunkt einer durchgängigen Fehlentwicklung einer kommunistischen Organisation, dann sollten wir die Ursache dafür nicht in den Fehlern früherer Arbeiterbewegungen suchen (und seien diese auch noch so gewichtig), sondern in unseren eigenen. Konkret: In unseren Antworten auf die Anforderungen der heutigen Arbeiterbewegung.

Tatsächlich waren es dieselben Probleme, die die Krise der Arbeiterbewegung zum Ende der 60er Jahre hervorgerufen haben, in deren Lösung die Kommunisten gescheitert sind. Was hatten wir zu der notwendigen Reform der Berufs- und Schulausbildung zu sagen, was zur dringend notwendigen Reform der betrieblichen Arbeitsteilung – außer daß die „Humanisierung der Arbeit", in der sich die Sozialdemokraten die Notwendigkeit dieser Reform klarmachten, bloß zur Verschärfung der Ausbeutung führen würde? Was zu der Regierung, die zu der anstehenden Erneuerung der Gesellschaft auf den verschiedensten Gebieten nötig sein würde?

Das Scheitern in der Lösung dieser *neuen* Probleme war die Ursache für die wachsende Zuflucht zu Grundsätzen und Konzeptionen der früheren Arbeiterbewegung – nun aber nicht mehr zum besseren Verständnis der heutigen Bewegungen, die aus den früheren hervorgegangen sind, sondern um in der Vergangenheit die Rezepte zu finden, nach denen die Zukunft gemeistert werden kann. Damit sind wir schrittweise zu Methoden übergegangen, die wir bis dahin gerade nicht verfolgt hatten – und zwar im Gegensatz sowohl zu den Genossen, die sich seinerzeit um die Fahne „Parteiaufbau" wie auch zu den Genossen, die sich um die Fahne „Klassenanalyse" sammelten, und die damit jeweils eine bestimmte, begrenzte Erfahrung der Arbeiterbewegung zum Dreh- und Modelpunkt der weiteren Arbeit der Revolutionäre machen wollten. Gerade die Ablehnung der Verpflichtung unserer Arbeit auf irgendeines dieser Rezepte und stattdessen eine durch keine willkürlichen Konzepte eingeschränkte, von den Problemen der Praxis der gesellschaftlichen Bewegungen (deren Teil wir waren) ausgehende theoretische Debatte, also ein *revolutionäres* und kein dogmatisches Verhältnis zur Geschichte der Gesellschaft und der Theorie war das „Geheimnis" der erfolgreichen Sammlung der Revolutionäre in den Jahren vor der Gründung des KBW.

Im Verlaufe dieser Debatte sind dann auch verschiedene Kritiken an der schematischen Übernahme von Konzepten der III. Internationale – also der Sozialfaschismusthese, der RGO-Politik usw. – herausgekommen. Aber nicht diese *einzelnen* Resultate der theoretischen Auseinandersetzung haben den Erfolg der NRF-Gruppe in der Sammlung der Revolutionäre begründet, wie der Resolutionsentwurf behauptet, sondern die schrittweise Schaffung eines bundesweiten Zusammenhangs der Revolutionäre, der zum Verständnis der vor sich gehenden Bewegungen und Umwälzungen gerade dadurch etwas beitragen konnte, daß er in der Praxis von ihnen ausging und in der Theorie sich keinerlei willkürlichen Schranken und Konzepten unterwarf. (Dieser Gesichtspunkt war auch zu einem ursprünglichen Resolutionsentwurf angedeutet.) In die Programmdebatte sind dann viele der in diesen Auseinandersetzungen gewonnenen Erkenntnisse eingeflossen und systematisch ausgearbeitet worden, so daß sie für große Teile der revolutionären Kräfte zu einem Fortschritt im Verständnis der Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus und der west-

Theorie war das „Geheimnis" der erfolgreichen Sammlung der Revolutionäre in den Jahren vor der Gründung des KBW.

Im Verlaufe dieser Debatte sind dann auch verschiedene Kritiken an der schematischen Übernahme von Konzepten der III. Internationale – also der Sozialfaschismusthese, der RGO-Politik usw. – herausgekommen. Aber nicht diese *einzelnen* Resultate der theoretischen Auseinandersetzung haben den Erfolg der NRF-Gruppe in der Sammlung der Revolutionäre begründet, wie der Resolutionsentwurf behauptet, sondern die schrittweise Schaffung eines bundesweiten Zusammenhangs der Revolutionäre, der zum Verständnis der vor sich gehenden Bewegungen und Umwälzungen gerade dadurch etwas beitragen konnte, daß er in der Praxis von ihnen ausging und in der Theorie sich keinerlei willkürlichen Schranken und Konzepten unterwarf. (Dieser Gesichtspunkt war auch zu einem ursprünglichen Resolutionsentwurf angedeutet.) In die Programmdebatte sind dann viele der in diesen Auseinandersetzungen gewonnenen Erkenntnisse eingeflossen und systematisch ausgearbeitet worden, so daß sie für große Teile der revolutionären Kräfte zu einem Fortschritt im Verständnis der Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus und der west-deutschen Arbeiterbewegung sowie der internationalen Situation werden konnte. – Andererseits standen die Revolutionäre jedoch bereits damals unter dem Druck der genannten ungelösten Fragen der akutellen Arbeiterbewegung, wie auch die Gesamtsituation nach einer neuen, kommunistischen Massenpartei zu verlangen schien. Unter diesen Bedingungen hat die Programmdebatte dann starke Züge der Überhöhung historischer, also relativer Erfahrungen der Arbeiterbewegung in epochale Prinzipien des Klassenkampfes angenommen. (In welcher Weise dies etwa mit dem Rückgriff auf Lenins Polemik gegen den ‚imperialistischen Ökonomismus‘ der Fall ist, kann auf der Delegiertenkonferenz gezeigt werden.) – Die weitere Geschichte des KBW ist die Geschichte der fortschreitenden Kapitulation vor der Lösung der die Gesellschaft bewegenden Widersprüche und der fortschreitenden Zuflucht zu dogmatisierten Konzepten der früheren Arbeiterbewegungen.

Es versteht sich, daß die Geschichte des KBW im engeren Sinn sich im Lichte der hier entwickelten Gesichtspunkte nochmal etwas anders darstellen würde. Etwa die Kontroverse um die Bremer Thesen, wo in den Thesen die Seite der allmählichen Entwicklung der Arbeiterbewegung und in der Kritik an den Thesen die Seite der sprunghaften Veränderungen, die diese allmähliche oder besser vielleicht schrittweise Veränderung eingeleitet hatten, jeweils isoliert betrachtet und in dieser Betrachtung verabsolutiert wurden. Mit dem „Sieg" der Hauptresolution auf der Gründungskonferenz, mit dem die Organisation auf fortgesetzte sprunghafte Veränderung eingestellt wurde, hat sich von zwei einseitigen Ansichten, die aber beide Anhaltspunkte in der Wirklichkeit hatten, diejenige durchgesetzt, aus der die Notwendigkeit rascher Fortschritte zum Wiederaufbau der KPD, zu dem man sich ja organisieren wollte, am ehesten folgte. (In diesem Sinne ist es auch richtig, von einer Beeinflussung der Theoriebildung durch das „Wiederaufbau"-Konzept auszugehen, was allerdings von dem Determinismus „falsches Parteikonzept – falsche Theoriebildung" unterschieden werden muß, von dem die Resolution ausgeht.) Überdies war es, wie die heutige Entwicklung zeigt, natürlich durchaus richtig, sich auf neue revolutionäre politische Entwicklungen einzustellen – bloß eben nicht als Dauerzustand, sondern jeweils im Gefolge größerer Krisen.

Sodann würde sich die Austrittswelle 1976/77, also zum Zeitpunkt als mit der 218-Demonstration in Bonn und dem Bundestagswahlergebnis der Wiederaufbau *praktisch* gescheitert war, von hier aus etwas anders darstellen. Offenbar zogen viele Genossen damals die Verbindung mit der wirklichen Bewegung der weiteren Verbindung mit dem KBW vor – teils, weil sie die theoretische Aufklärung des gescheiterten Wiederaufbaus der KPD nicht für nötig, teils weil sie sie nicht für möglich hielten – teils aber auch, weil sie diese Klärung *innerhalb des KBW* nicht für möglich hielten, und von denen dann auch für unsere Neuorientierung entscheidende Anstöße ausgingen.

Im Anschluß daran würde die interessante Frage auftauchen, was den KBW nach dem Scheitern des Wiederaufbaus der KPD und nach der zunehmenden Beschränkung und Beschränktheit der theoretischen Arbeit als Organisation von Kommunisten bis 1980 zusammengehalten hat – wenn man „Unterdrückung" oder „Treue" als hinreichende Erklärungsgründe mal ausscheidet. Ein entscheidender, wenn nicht der entscheidende Grund ist m.E. der Beitrag, den der KBW innerhalb der Linken zum Verständnis der Entwicklung der internationalen Lage geleistet hat, wo der KBW bis vor kurzem die einzige Organisation war, die zum Kampf der unterdrückten Völker einen prinzipiellen Standpunkt eingenommen und in der Politik vertreten hat, statt die Stellung zu diesem Kampf von der jeweiligen Führung, unter der er stattfindet, abhängig zu machen. – Dies aber muß in einer Situation, in der der Kampf der unterdrückten Völker die weltrevolutionäre Hauptkraft darstellt, für die gesamte Orientierung

terten Wiederaufbaus der KPD nicht für nötig, teils weil sie sie nicht für möglich hielten – teils aber auch, weil sie diese Klärung *innerhalb des KBW* nicht für möglich hielten, und von denen dann auch für unsere Neuorientierung entscheidende Anstöße ausgingen.

Im Anschluß daran würde die interessante Frage auftauchen, was den KBW nach dem Scheitern des Wiederaufbaus der KPD und nach der zunehmenden Beschränkung und Beschränktheit der theoretischen Arbeit als Organisation von Kommunisten bis 1980 zusammengehalten hat – wenn man „Unterdrückung" oder „Treue" als hinreichende Erklärungsgründe mal ausscheidet. Ein entscheidender, wenn nicht der entscheidende Grund ist m.E. der Beitrag, den der KBW innerhalb der Linken zum Verständnis der Entwicklung der internationalen Lage geleistet hat, wo der KBW bis vor kurzem die einzige Organisation war, die zum Kampf der unterdrückten Völker einen prinzipiellen Standpunkt eingenommen und in der Politik vertreten hat, statt die Stellung zu diesem Kampf von der jeweiligen Führung, unter der er stattfindet, abhängig zu machen. – Dies aber muß in einer Situation, in der der Kampf der unterdrückten Völker die weltrevolutionäre Hauptkraft darstellt, für die gesamte Orientierung
der Kommunisten von eminenter Bedeutung sein. – Allerdings hat die akuter werdende Kriegsgefahr auch in dieser Beziehung die Verhältnisse in der Linken in Bewegung gebracht.

Alles in allem würde eine solche neuerliche Untersuchung der geschichtlichen Entwicklung jedenfalls definitiv erweisen, daß alle Hoffnung, im KBW doch das trotz aller Fehler, Irrtümer usw. letztendlich revolutionäre Zentrum der westdeutschen Linken vorzufinden, das diesen seinen Beruf jetzt wieder verstärkt wahrzunehmen habe, (selbstbe-)trügerisch ist. Mag sein, daß das inzwischen auch niemand mehr denkt. Aber um so eher sollte es dann auch mal ausgesprochen werden.

Womit wir es zu tun haben, ist eine Linke, deren verschiedene Teile sich seit 10–15 Jahren von verschiedenen Ausgangspunkten her um das Verständnis der „unter unseren Augen vor sich gehenden Bewegung" und die Formulierung dementsprechender politischer Konzeptionen bemühen – mit mehr oder weniger Erfolg. Daß sich dabei irgendeine der Gruppierungen besondere Verdienste erworben hätte, läßt sich kaum behaupten. Wie weit sie sich von diesen verschiedenen Ausgangspunkten inzwischen angenähert haben, wird sich allein in der Erarbeitung eines positiven Aktionsprogramms herausstellen und nicht etwa im Streit um Namen wie „sozialistisch" oder „kommunistisch".

Diesen Fragen der Geschichte der revolutionären Bewegung in Westdeutschland wird nach der DK sicher weiter nachgegangen werden und so vielleicht auch konkreter geklärt werden können, warum das ZK mit seinem Versuch einer Geschichtsschreibung des KBW im engeren Sinne (vgl. „Bericht innere Lage ...") Schiffbruch erlitten hat. Vielleicht kommt es zu einer Sichtweise der Dinge, die von der Mehrheit der Revolutionäre geteilt wird, vielleicht auch nicht. Darauf kommt es m.E. nicht an, weder für die jetzige DK, noch für die Weiterarbeit danach. Worauf es ankommt, ist daß die DK nicht die Weichen der weiteren Arbeit des KBW in eine falsche Richtung stellt.

Zwei Schlußfolgerungen

1. Was der Kommunismus heute nicht braucht (und was ihm wahrscheinlich noch nie gut bekommen ist), ist ein von der konkreten Anaylse der großen gesellschaftlichen Widersprüche getrennter Streit um Grundsätze oder programmatische Elemente des Kommunismus. Außerhalb dieser konkreten Analyse gibt es bloß die Geschichte von Natur und Gesellschaft und ihren theoretischen Reflex in den Wissenschaften, deren Resultate aber – wie alle Erkenntnis – mehr oder weniger beschränkt, mehr oder weniger relativ sind, so daß sie keine abstrakte Wahrheit beanspruchen können, sondern nur, soweit sie sich in der konkreten Analyse der konkreten Situation bewähren. Ob und wieweit z.B. die von Marx und Engels im Begriff der „Diktatur des Proletariats" zusammengefaßten Erfahrungen der proletarischen Revolution die Aufgaben der heute vor sich gehenden proletarischen Revolution klären kann, ist ein getrennt von den Analysen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und des heutigen Staatswesens ganz nutzloser Streit. In der Erarbeitung eines Programms zur Lösung der großen gesellschaftlichen Widersprüche hingegen kann die Frage entschieden werden. Darauf, und nicht auf die Fixierung abstrakter programmatischer Elemente, sollten wir unsere weitere Arbeit konzentrieren, weil auch nur in der Erarbeitung eine solchen positiven Programms der Grad der Übereinstimmung der Sozialisten und Kommunisten und die Möglichkeiten ihrer Zusammenarbeit sinnvoll festgestellt werden kann. Der Vorschlag ist also, auf den programmatischen Schlußteil der Resolution „Programm und Geschichte ..." zu verzichten.

2. Wenn man schon nach dem „Ausgangs- und Kristallisationspunkt" der Fehlentwicklung des KBW sucht, dann müßte der bisher gewählte – die „fehlerhafte Parteikonzeption" – m.E. durch einen anderen, den „Dogmatismus", ersetzt werden. Man kann allerdings aus der ganzen Auseinandersetzung auch den Schluß ziehen,

Marx und Engels im Begriff der „Diktatur des Proletariats" zusammengefaßten Erfahrungen der proletarischen Revolution die Aufgaben der heute vor sich gehenden proletarischen Revolution klären kann, ist ein getrennt von den Analysen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und des heutigen Staatswesens ganz nutzloser Streit. In der Erarbeitung eines Programms zur Lösung der großen gesellschaftlichen Widersprüche hingegen kann die Frage entschieden werden. Darauf, und nicht auf die Fixierung abstrakter programmatischer Elemente, sollten wir unsere weitere Arbeit konzentrieren, weil auch nur in der Erarbeitung eine solchen positiven Programms der Grad der Übereinstimmung der Sozialisten und Kommunisten und die Möglichkeiten ihrer Zusammenarbeit sinnvoll festgestellt werden kann. Der Vorschlag ist also, auf den programmatischen Schlußteil der Resolution „Programm und Geschichte ..." zu verzichten.

2. Wenn man schon nach dem „Ausgangs- und Kristallisationspunkt" der Fehlentwicklung des KBW sucht, dann müßte der bisher gewählte – die „fehlerhafte Parteikonzeption" – m.E. durch einen anderen, den „Dogmatismus", ersetzt werden. Man kann allerdings aus der ganzen Auseinandersetzung auch den Schluß ziehen,
auf die Suche nach Generalklauseln, unter die die Geschichte des KBW (und der Arbeiterberwegung) subsumierbar ist, zu verzichten und stattdessen auch in dieser Frage den Ring für die konkrete Auseinandersetzung freigeben. – Das würde Streichung auch der geschichtlichen Teils der Resolutionsentwurfes bedeuten.

Übrig bliebe dann die begründete Aufhebung des bisherigen Programms des KBW – eine Aufgabe, die die Delegiertenkonferenz tatsächlich erfüllen muß, ob allerdings in der vorliegenden Form, muß man noch sehen.

In seiner Gesamtheit ist der Resolutionsentwurf des ZK jedenfalls ein Dokument, das die Orientierung der im KBW zusammengeschlossenen Revolutionäre auf die anstehenden Aufgaben – im Gegensatz zu seiner eigenen Absicht – nicht erleichtert, sondern erschwert, insofern das eigentliche Feld, auf dem die Kommunisten sich schlagen müssen und auf dem sie allein auch scheitern können – die konkrete Analyse der Widersprüche, in denen sich die heutige Gesellschaft bewegt – sowohl was die Geschichte des KBW, wie auch was die „programmatische Ausrichtung" betrifft, sorgsam gemieden wird. Ein solches Dokument kann sich in der weiteren Arbeit im besten Fall als nutzlos, im schlechtesten Fall als desorientierend erweisen. Die Auseinandersetzung auf der Delegiertenkonferenz wird zeigen, daß für den vorliegenden Resolutionsentwurf letzteres gilt. □

Was kann die Delegiertenkonferenz klären?

Von Hans-Gerhart Schmierer

In Vorbereitung der Delegiertenkonferenz konzentriert sich die Debatte innerhalb des KBW auf den Resolutionsantrag „Zur Kritik an Programm und Geschichte des KBW und über die programmatischen und politischen Positionen, die der KBW jetzt für richtig hält und vertritt". Umstritten sind insbesondere drei Komplexe:

1. Die Auffassung, daß „Ausgangspunkt und Kristallisationspunkt der Fehler" des KBW in der „Konzeption der kommunistischen Partei als Partei der Arbeiterklasse" zu sehen seien.
2. Die Auffassung, daß „der Kampf um Demokratie, d.h. um Positionen der Volksmacht" das „entscheidende Mittel", „Hauptkettenglied" sei, das das Proletariat ergreifen müsse, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen.
3. Die Auffassung, daß dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus die Diktatur des Proletariats als politische Übergangsperiode entspreche.

Wenn sich die Auseinandersetzung auf diese Punkte konzentriert, so gibt es freilich auch weitere generelle Einwände, wie etwa die Kritik an Programm und Geschichte des KBW sei nicht hinreichend in den Zusammenhang der internationalen Entwicklung der kommunistischen Bewegung gestellt, es fehle die Kritik an der Generallinie, obwohl diese einen erheblichen Einfluß auf unseren theoretischen und politischen Bildungsprozeß gehabt hätte, oder die Kritik, der Resolutionsantrag sei sowohl in seinem kritischen Teil wie insbesondere auch in seinen positiven Schlußfolgerungen viel zu allgemein. Stattdessen käme es auf die „konkrete Analyse der konkreten Situation" an. Von hier aus wird dann überhaupt der Versuch verworfen, eine Resolution im Sinne des vom ZK des KBW mehrheitlich vorgeschlagenen Antrages zu erarbeiten. Eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen sind der Auffassung, daß es jedenfalls noch zu früh sei, einen solchen Versuch zu unternehmen.

So ernst zu nehmen gerade diese zuletzt genannten Einwände sind, meine ich doch, daß sie erst nach einer Debatte um die einzelnen Punkte der Resolution auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden können, statt zu versuchen, sie auf der Delegiertenkonferenz in einer Generaldebatte vorab zu klären. Im Anschluß an eine Debatte Punkt für Punkt wird man am besten zusammenfassend erörtern können, ob es sinnvoll ist, über die Resolution insgesamt zu entscheiden, oder ob besser einige Punkte der Grundübereinstimmung

der kommunistischen Bewegung gestellt, es fehle die Kritik an der Generallinie, obwohl diese einen erheblichen Einfluß auf unseren theoretischen und politischen Bildungsprozeß gehabt hätte, oder die Kritik, der Resolutionsantrag sei sowohl in seinem kritischen Teil wie insbesondere auch in seinen positiven Schlußfolgerungen viel zu allgemein. Stattdessen käme es auf die „konkrete Analyse der konkreten Situation" an. Von hier aus wird dann überhaupt der Versuch verworfen, eine Resolution im Sinne des vom ZK des KBW mehrheitlich vorgeschlagenen Antrages zu erarbeiten. Eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen sind der Auffassung, daß es jedenfalls noch zu früh sei, einen solchen Versuch zu unternehmen.

So ernst zu nehmen gerade diese zuletzt genannten Einwände sind, meine ich doch, daß sie erst nach einer Debatte um die einzelnen Punkte der Resolution auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden können, statt zu versuchen, sie auf der Delegiertenkonferenz in einer Generaldebatte vorab zu klären. Im Anschluß an eine Debatte Punkt für Punkt wird man am besten zusammenfassend erörtern können, ob es sinnvoll ist, über die Resolution insgesamt zu entscheiden, oder ob besser einige Punkte der Grundübereinstimmung

herausgezogen und zusammengestellt werden sollen, um andere Punkte zurückzustellen, oder ob der Versuch, eine solche Resolution jetzt zu erarbeiten, von vornherein oder wenigstens in der jetzigen Form verfehlt ist und vielleicht zu frühzeitig unternommen wurde.

Nun zu den Hauptauseinandersetzungspunkten:

Sicher ist es nicht vernünftig, einen Streit nach dem Muster zu führen, wer war zuerst da, die Henne oder das Ei, zumal beides, Parteikonzeption wie Revolutionskonzept von uns gelegt und ausgebrütet wurde. In Wirklichkeit geht es darum, den bestimmten Charakter unserer Parteikonzeption herauszuarbeiten, diese als selbständigen Fehler zu benennen, wie es in der Resolution auch versucht wird. „Die Konzeption der Organisation der Kommunisten als Partei der Arbeiterklasse umfaßt insbesondere folgende Fehler: Hierarchisierung der Organisationen der Arbeiterklasse mit der Partei als höchster Form der Organisation der Arbeiterklasse, der die anderen Organisationen der Arbeiterklasse untergeordnet sind; *eine* politische Partei der Arbeiterklasse, die die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse umfassend verkörpert; diese *eine* Partei kann nur die kommunistische Partei sein, die allein die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse verficht."

„Ausgangs- und Kristallisationspunkt" unserer Fehler ist diese Parteikonzeption nicht insofern, als alles weitere daraus folgt und einer eigenen Kritik nicht unterzogen werden müßte, sondern insofern, daß diese Parteikonzeption unsere Auffassungen durchgehend prägte, wie andererseits jede bestimmte Auffassung der Organisation als Theorie oder Politik der Arbeiterklasse auf die Bühne trat, was auch richtigen Auffassungen nicht gut bekam. Kann man sich darauf einigen, dann ist das schon etwas wert, denn die Kritik an dieser Parteikonzeption macht den Blick frei für die wirkliche Bewegung und die Organe der Selbstorganisation, die die Arbeiterklasse im Kampf hervorbringt, also für das, was wir den Parteibildungsprozeß nennen. Sie hilft auch klären, was die Rolle der Kommunisten ist: In der Praxis der Arbeiterbewegung diesen Prozeß der Selbstorganisation theoretisch und politisch zu fördern. Und nur auf diese Weise kann überhaupt ein „Revolutionskonzept" entwickelt werden, ausgehend von der Devise, die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein. Wenn es diesen Prozeß der Selbstorganisation des Proletariats wie auch der Volksmassen im Kampf nämlich nicht geben würde, dann könnten die schönsten Revolutionskonzepte in Wirklichkeit nur auf menschenfreundliche Reformspielereien oder sektiererische Handstreiche hinauslaufen. Deshalb steht die Kritik an unserer Parteikonzeption zurecht am Beginn unserer Selbstkritik.

Wenn wir die unter unseren Augen vor sich gehende Bewegung untersuchen, dann können wir, wie keimhaft auch immer, bereits heute die Organe der Machteroberung wie auch der gesellschaftlichen Selbstverwaltung auf seiten der Arbeiterbewegung sich entwickeln sehen, die Räte und die Gewerkschaften, und nur deshalb können wir eine bestimmte *revolutionäre* Strategie überhaupt entwickeln, statt auf Partei und Staat als Retter zu setzen. Damit kehren wir gleichzeitig zu den Auffassungen von Marx und Engels zurück, die in ihrer Konzeption der politischen Partei der Arbeiterklasse stets von der Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Arbeiterklasse ausgingen, um von hier aus eine revolutionäre Strategie der Eroberung der politischen Macht und der Umwandlung des Kapitalismus in den Kommunismus zu entwerfen. So 1846 in „Das Elend der Philosophie":

„Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Auf-

dann könnten die schönsten Revolutionskonzepte in Wirklichkeit nur auf menschenfreundliche Reformspielereien oder sektiererische Handstreiche hinauslaufen. Deshalb steht die Kritik an unserer Parteikonzeption zurecht am Beginn unserer Selbstkritik.

Wenn wir die unter unseren Augen vor sich gehende Bewegung untersuchen, dann können wir, wie keimhaft auch immer, bereits heute die Organe der Machteroberung wie auch der gesellschaftlichen Selbstverwaltung auf seiten der Arbeiterbewegung sich entwickeln sehen, die Räte und die Gewerkschaften, und nur deshalb können wir eine bestimmte *revolutionäre* Strategie überhaupt entwickeln, statt auf Partei und Staat als Retter zu setzen. Damit kehren wir gleichzeitig zu den Auffassungen von Marx und Engels zurück, die in ihrer Konzeption der politischen Partei der Arbeiterklasse stets von der Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Arbeiterklasse ausgingen, um von hier aus eine revolutionäre Strategie der Eroberung der politischen Macht und der Umwandlung des Kapitalismus in den Kommunismus zu entwerfen. So 1846 in „Das Elend der Philosophie":

„Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Auf-

rechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes – Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um den Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes. Das ist so wahr, daß die englischen Ökonomen ganz erstaunt sind zu sehen, wie die Arbeiter einen großen Teil ihres Lohnes zugunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen der Ökonomen nur zugunsten des Lohnes errichtet wurden. In diesem Kampfe – ein veritabler Bürgerkrieg – vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an. Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf."

So auch 1865, wo Marx in seinem Vortrag „Lohn, Preis und Profit" auf den Sitzungen des Generalrats der I. Internationale ebenfalls die Gewerkschaften zum Ausgangspunkt der revolutionären Strategie nimmt. Tatsächlich hat in England, dem klassischen Land des Kapitalismus, auch jeder Versuch der Arbeiterklasse, zur politischen Partei im engeren Sinn zu werden und auch das Parlament für den Klassenkampf zu nutzen, stets seinen Ausgangspunkt von den Gewerkschaften genommen, wie ja die Labour Party noch heute formell nicht viel mehr ist als der parlamentarische Arm der Gewerkschaften.

Anders verlief die Entwicklung auf dem Kontinent und insbesondere in Deutschland, wo die Bildung der Sozialdemokratie ihren Ausgangspunkt in einer Abspaltung von der Demokratischen Partei nahm und es erst später zur Bildung von sozialdemokratischen Gewerkschaften kam. Aber auch hier kritisierte Engels die Sozialdemokratie, daß im Gothaer Programm von der „Organisation der Arbeiterklasse als Klasse mittels der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede" sei: „Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platterdings nicht mehr kaputtzumachen ist. Bei der Wichtigkeit, die diese Organisation auch in Deutschland erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt notwendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offenzulassen."

Dieser Gesichtspunkt, die eigentlichen Klassenorganisationen zum Ausgangspunkt der politischen Parteibildung des Proletariats zu machen, blieb für Marx und Engels immer bestimmend. Gerade umgekehrt aber entwickelte sich in der II. Internationale und speziell in der SPD die Auffassung, daß die politische Partei à la Sozialdemokratie die „höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes" (Kautsky) sei. Oder wie Ledebour auf dem Mannheimer

zur Bildung von sozialdemokratischen Gewerkschaften kam. Aber auch hier kritisierte Engels die Sozialdemokratie, daß im Gothaer Programm von der „Organisation der Arbeiterklasse als Klasse mittels der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede" sei: „Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platterdings nicht mehr kaputtzumachen ist. Bei der Wichtigkeit, die diese Organisation auch in Deutschland erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt notwendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offenzulassen."

Dieser Gesichtspunkt, die eigentlichen Klassenorganisationen zum Ausgangspunkt der politischen Parteibildung des Proletariats zu machen, blieb für Marx und Engels immer bestimmend. Gerade umgekehrt aber entwickelte sich in der II. Internationale und speziell in der SPD die Auffassung, daß die politische Partei à la Sozialdemokratie die „höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes" (Kautsky) sei. Oder wie Ledebour auf dem Mannheimer

Parteitag von 1906 sagte: „In ihren eigenen Angelegenheiten sollen sie (die Gewerkschaften, gs) selbständig sein, aber in politischen Angelegenheiten hat die Partei zu entscheiden und gerade die sogenannten gemeinschaftlichen Angelegenheiten sind im Kern ihres Wesens politische Angelegenheiten. Da muß es eine Instanz zur endgültigen Entscheidung geben."

Es kann hier nicht auf die verzwickte Debatte über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften in der SPD und in der II. Internationale eingegangen werden und wie gerade das Zentrum und die Linke hier in Kritik an der Politik der Gewerkschaftsinstanzen den Begriff der Partei als höchster und umfassendster Form des Klassenkampfes entwickelte, was beim Zentrum (Kautsky) nachher auf völlige Ausrichtung auf das Parlament hinauslief. Umgekehrt waren Lenin und Rosa Luxemburg trotz dieser Vorstellungen von Partei sehr schnell in der Lage, die revolutionäre Bedeutung der Räte zu erfassen und sie zu einem neuen Anhaltspunkt der revolutionären Strategie zu machen. Dennoch hat die Konzeption der Partei als höchster und umfassendster Form des Klassenkampfes oder der Organisation des Proletariats beim Abflauen der revolutionären Krise in Europa und im schwierigen Verlauf der russischen Revolution vollends zu einer Parteikonzeption geführt, die mit dem Blick auf die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation des Proletariats zugleich die Möglichkeit einer revolutionären Strategie der Selbstbefreiung der Arbeiter verstellte. Diese Parteikonzeption haben wir übernommen. Darum geht es in der Resolution. Wie diese fehlerhafte Konzeption mit Fehlern des Programms und Fehlern der Einschätzung der Situation Hand in Hand ging, wird in der Resolution gezeigt.

Differenzen der politischen Konzeption

Über diese Fehler des Programms gibt es unterschiedliche Auffassungen, insofern manche Genossen meinen, der Kampf um Demokratie beinhalte seinerseits eine verfehlte Konzeption, die sich in der Konzeption der Diktatur des Proletariats fortpflanze. So jedenfalls verstehe ich den Zusammenhang dieser Kritikpunkte. Beides, Kampf um Demokratie und Diktatur des Proletariats ergeben sich aber offensichtlich nicht aus einer „Zusammenbruchsthese" oder einem „Katastrophismus" wie auch nicht aus einer „striktesten Trennung von politischer und sozialer Revolution", sondern aus einer bestimmten Auffassung des *Zusammenhangs* zwischen sozialen Interessen und politischem Kampf, zwischen sozialer und politischer Revolution. Dieser Zusammenhang ergibt sich daraus, daß der Kampf für soziale Interessen, wie die soziale Revolution selber, gerade weil sie aus dem Klassengegensatz entspringen und sich in der Klassengesellschaft entwickeln, politischen Charakter annehmen müssen, wenn die sozialen Interessen nicht innerhalb des von der Herrschaft der Bourgeoisie vorbestimmten Rahmens bleiben sollen und auf die soziale Revolution nicht verzichtet werden soll. Um *diesen* Zusammenhang geht es sowohl beim Kampf um Demokratie, um an die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat heranzukommen, wie auch bei der Diktatur des Proletariats als Übergangsperiode zwischen der politischen Revolution und der Überwindung der Klassengesellschaft.

Nun braucht man über die politischen Meinungsunterschiede in diesen Fragen wenigstens insoweit nicht mehr zu rätseln, als die Zelle Solingen/Remscheid inzwischen eine andere Konzeption, wenn auch erst in Frageform, vorgelegt hat. Es scheint jetzt üblich zu werden, die Antworten, die man selber schon hat und von anderen erhalten will, in Frageform der Abstimmung vorzulegen.

Die Theorie über den Gang der Revolution in Westdeutschland, an der das ZK immer noch festhalte, während nur die Spitze des Eisbergs, die Parteikonzeption, der Kritik freigegeben werde, „impliziert einige fragwürdige Dogmen, darunter: Die Rolle des Staates in der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft, die Bedeutung des Kampfes um Demokratie als Hauptkettenglied, um an die Eroberung der prole-

nerhalb des von der Herrschaft der Bourgeoisie vorbestimmten Rahmens bleiben sollen und auf die soziale Revolution nicht verzichtet werden soll. Um *diesen* Zusammenhang geht es sowohl beim Kampf um Demokratie, um an die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat heranzukommen, wie auch bei der Diktatur des Proletariats als Übergangsperiode zwischen der politischen Revolution und der Überwindung der Klassengesellschaft.

Nun braucht man über die politischen Meinungsunterschiede in diesen Fragen wenigstens insoweit nicht mehr zu rätseln, als die Zelle Solingen/Remscheid inzwischen eine andere Konzeption, wenn auch erst in Frageform, vorgelegt hat. Es scheint jetzt üblich zu werden, die Antworten, die man selber schon hat und von anderen erhalten will, in Frageform der Abstimmung vorzulegen.

Die Theorie über den Gang der Revolution in Westdeutschland, an der das ZK immer noch festhalte, während nur die Spitze des Eisbergs, die Parteikonzeption, der Kritik freigegeben werde, „impliziert einige fragwürdige Dogmen, darunter: Die Rolle des Staates in der heutigen und der zukünftigen Gesellschaft, die Bedeutung des Kampfes um Demokratie als Hauptkettenglied, um an die Eroberung der prole-

tarischen Macht heranzukommen, und eben die Rolle der kommunistischen Partei".

Die wohl wichtigsten Fragen zur Rolle des Staaten lauten dann:

„Hat die Bourgeoisie heute die politische Macht inne, uneingeschränkt und über den Staat – übt sie also Diktatur aus? Ist es nicht so, daß die Bourgeoisie herrscht, aber vor allem gesellschaftlich, aufgrund ihres Besitzes an den Produktionsmitteln?"

Der heutige Staat könne nicht einfach als bloße Unterdrückungsmaschine gefaßt werden, die sich in der Hand der Bourgeoisie befindet und auch nur entsprechend eingesetzt würde. Er nehme viele gesellschaftliche Funktionen wahr, teilweise im Interesse der Bourgeoisie, teilweise komme zum Ausdruck, daß die Arbeiterklasse ihre Interessen durchsetzen könne.

„Kommt es nicht heute weniger auf die Spaltung dieser Organe (der bewaffneten Organe, gs) an, als auf die Durchsetzung demokratischer Kontrolle?"

„Ist es nicht ein Anachronismus, dem heutigen Staat als Etappe zum Kommunismus die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, wenn man die existierenden demokratischen Rechte, vor allem das allgemeine Wahlrecht, in Betracht zieht? Setzt der Gedanke an Diktatur nicht logisch voraus, daß über den bewaffneten Aufstand eine Minorität (etwa die Industriearbeiter) im Namen der Gesellschaft umgestürzt wird ..."

Ich frage mal zurück: Wer besitzt in Westdeutschland das Monopol der Gewalt? Ist es nicht der Staat, der dies zum Beispiel gerade jetzt wieder in Frankfurt gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung im Landkreis Groß-Gerau schlagfest zum Ausdruck bringt, um später solche Leute, die es nicht einsehen wollen, mit Landfriedensbruchprozessen zu überziehen? Hat der Staat nicht auch die Apparate, um dieses Gewaltmonopol zu sichern? Woraus entspringt aber nun dieser Staat? Aus dem allgemeinen Stimmrecht oder aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in denen das Kapital herrscht und die Bourgeoisie als dessen Funktionär über die Produktionsmittel verfügt? Ist es nicht so, daß der Staat ein bloß illusorisches Allgemeininteresse *verkörpert*, in Wirklichkeit aber das keineswegs illusorische Klasseninteresse der Bourgeoisie? Ist es im Interesse der Volksmassen, wenn sie in Gesetzen gesellschaftliche Interessen geltend machen kann, diese über den Staat der Kontrolle der Bourgeoisie unterworfen werden? Hat eine herrschende Klasse jemals unabhängig von den Kräfteverhältnissen zwischen ihr und den unterdrückten Klassen geherrscht und hat das am *Charakter* ihrer Herrschaft, die aus den Produktionsverhältnissen entspringt, etwas geändert? Kann das Volk die Kontrolle über die Waffen anders ausüben als so, daß es diese Waffen in Händen hat, statt sie in den Händen vom Volk getrennter bewaffneter Formationen zu lassen? Und braucht das Proletariat nicht eigene Machtorgane, damit nicht nur einzelne Bourgeois enteignet werden können, sondern das Proletariat sich die Produktionsmittel aneignen kann? Können sich die Produzenten die Produktionsmittel aneignen, bevor ihre Machtorgane die Machtorgane der Bourgeoisie ersetzt haben, und ist das linkeste Parlament dazu in der Lage, die Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten vorzunehmen?

In Ablehnung der Konzeption, *alle* Kämpfe dahin zu führen, daß sie politischen Charakter annehmen (und bei den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Volksmassen können sie diesen Charakter nur in der Form der Demokratie annehmen), fragen die Genossen: „Kommt es nicht gerade darauf an, eine Strategie zu entwickeln, die soziale und politische Reformen beinhaltet und auf eine sozialistische Umgestaltung hinausläuft?" Das Problem ist halt, daß innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise alles auf Reproduktion dieser Produktionsweise, einschließlich ihrer Herrschaftsverhältnisse „hinausläuft". Insofern bleibt es richtig, an der Formel Rosa Luxemburgs „Reform und Revolution" festzuhalten, statt die Entgegensetzung von Reform oder Revolution dahin aufzulösen, daß die Reformen schon auf eine sozialistische Umgestaltung hinauslaufen würden.

nicht eigene Machtorgane, damit nicht nur einzelne Bourgeois enteignet werden können, sondern das Proletariat sich die Produktionsmittel aneignen kann? Können sich die Produzenten die Produktionsmittel aneignen, bevor ihre Machtorgane die Machtorgane der Bourgeoisie ersetzt haben, und ist das linkeste Parlament dazu in der Lage, die Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten vorzunehmen?

In Ablehnung der Konzeption, *alle* Kämpfe dahin zu führen, daß sie politischen Charakter annehmen (und bei den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Volksmassen können sie diesen Charakter nur in der Form der Demokratie annehmen), fragen die Genossen: „Kommt es nicht gerade darauf an, eine Strategie zu entwickeln, die soziale und politische Reformen beinhaltet und auf eine sozialistische Umgestaltung hinausläuft?" Das Problem ist halt, daß innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise alles auf Reproduktion dieser Produktionsweise, einschließlich ihrer Herrschaftsverhältnisse „hinausläuft". Insofern bleibt es richtig, an der Formel Rosa Luxemburgs „Reform und Revolution" festzuhalten, statt die Entgegensetzung von Reform oder Revolution dahin aufzulösen, daß die Reformen schon auf eine sozialistische Umgestaltung hinauslaufen würden.

Mag sein, daß es uns auf dieser Delegiertenkonferenz nicht gelingt, hinreichend Klarheit zu gewinnen, um die vom ZK vorgeschlagene Resolution in allen Punkten insgesamt zur Verabschiedung vorzuschlagen. Sicher beinhaltet diese an vielen Punkten nur Klärung in allgemeiner Form. Ohne Verallgemeinerungen der bisherigen Erfahrung der Arbeiterbewegung wird man im übrigen aber nie zur *konkreten* Analyse der *konkreten* Situation kommen. Ohne Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitals im allgemeinen ist z.B. eine konkrete Analyse einer konkreten Krise nicht möglich, auch wenn erstere letztere nicht ersetzt.

Ganz falsch wäre meines Erachtens die Verabschiedung von Fragen, in denen die Antworten bloß versteckt sind, statt offen ausgesprochen zu werden. Sowieso hat es keinen Sinn, so zu tun, als zeichneten sich im KBW oder in der Linken ganz neue Fragestellungen ab. Es sind Fragen, wie sie im Verlauf der letzten hundert Jahre immer wieder in der gleichen Richtung in der Arbeiterbewegung aufgeworfen wurden. Also wird in der weiteren Untersuchung und Erörterung auch dieser Zusammenhang reflektiert werden müssen, und zwar nicht nur von den gegenwärtigen Gegnern der bereits absehbaren Antworten, sondern auch gerade von ihren Befürwortern. Dabei wäre es aber nicht schlecht, wenn man einige gemeinsame Ausgangspunkte feststellen könnte. □